

HESSISCHER LANDTAG

23. 02. 2017

99. Sitzung

Wiesbaden, den 23. Februar 2017

	Amtliche Mitteilungen Entgegengenommen Vizepräsident Frank Lortz	.6931	René Rock	. 6939 . 6940
45.	Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend eine Aktuelle Stunde (Die Citybahn in Wiesbaden kommt ins Rol- len – weil alle bis auf die Dagegen-Partei FDP es wollen) – Drucks. 19/4550 –		Antrag der Fraktion der CDU betreffend eine Aktuelle Stunde (Opel Rüsselsheim: starker Standort für Forschung, Entwicklung und Produktion – Hessen steht weiterhin fest an der Seite der Opel-Beschäftigten) – Drucks. 19/4552 –	.6943
	Abgehalten	. 6936	Abgehalten	.6959
	Karin Müller (Kassel) Jürgen Lenders Astrid Wallmann Janine Wissler Ernst-Ewald Roth Minister Tarek Al-Wazir	. 6932 . 6933 . 6934 . 6935	Dringlicher Antrag der Fraktion der FDP betreffend Opel und die weitere Entwicklung der hessischen Automobilindustrie – Drucks. 19/4566 –	
46.	Antrag der Fraktion der SPD betreffend eine Aktuelle Stunde (Gebührenfreie Bildung von Anfang an – Hessens Eltern entlasten – Hessens Kommunen ausreichend unterstützen) – Drucks. 19/4551 –	59.	Dringlicher Antrag der Fraktionen der CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend Sicherung der Arbeitsplätze bei Opel ist für die hessische Wirtschaft von zentraler Bedeutung – Unternehmen benötigt zukunftsfeste Perspektiven – Drucks. 19/4568 –	.6943
	Abgehalten	. 6943	Angenommen	
	Gerhard Merz		Ministerpräsident Volker Bouffier	, 6954

	Thorsten Schäfer-Gümbel		. Dringlicher Antrag der Fraktion der SPD betreffend Kooperationen von Schulen und Un-	
	Florian Rentsch		ternehmen transparent und einflussfrei fördern	
	Janine Wissler		– Drucks. 19/4562 –	.6982
48.	Antrag der Fraktion DIE LINKE betreffend eine Aktuelle Stunde (Steuerflucht stoppen:		Dem Kulturpolitischen Ausschuss, federführend, und dem Ausschuss für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Landesentwicklung, beteiligt, über-	6002
	Auch Fraport "flie(h)gt" ins Steuerparadies Malta)		wiesen	
	– Drucks. 19/4553 –	. 6959	Wolfgang Greilich	
	Abgehalten	. 6965	Armin Schwarz	
	Janine Wissler	6959	Gabriele Faulhaber	
	Lena Arnoldt		Daniel May Minister Prof. Dr. R. Alexander Lorz	
	Marius Weiß		Willister Fron. Dr. R. Alexander Lorz	0707
	Sigrid Erfurth		. Antrag der Fraktion der SPD betreffend	
	Staatssekretärin Dr. Bernadette Weyland		Rückkehr des Landes Hessen in die Tarifgemeinschaft der Länder – Drucks. 19/4498 –	.6992
40	Antrag der Fraktion der FDP betreffend eine		Abgelehnt	
77.	Aktuelle Stunde (Regierung Bouffier muss	50		. 7001
	endlich Doppelbezug von öffentlichen Leistungen stoppen – vollständige Registrierung von Flüchtlingen zügig umsetzen und Datenabgleich ermöglichen) – Drucks. 19/4554 –		 Dringlicher Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend Hessen bietet Beschäftigten weiterhin gute Arbeitsbedingungen – Drucks. 19/4567 – 	. 6992
			Angenommen	.7001
	Abgehalten	. 6972	Günter Rudolph 6992,	
	René Rock		Hermann Schaus	7000
	Dr. Ralf-Norbert Bartelt		Christian Heinz	6994
	Gabriele Faulhaber		Jürgen Frömmrich	
	Ernst-Ewald Roth		Wolfgang Greilich	
	Minister Axel Wintermeyer		Holger Bellino	
23.	Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN be- treffend "Es kommt nicht darauf an, wo du herkommst, sondern wo du hin willst" –	17	. Antrag der Fraktion der FDP betreffend jungen Menschen eine Chance geben, sich etwas aufzubauen – Freibetrag bei der Grunderwerbsteuer einführen	5 004
	deutliche Ausweitung des integrationspoliti-		– Drucks. 19/4524 –	
	schen Landesprogrammes WIR - Drucks. 19/4530	. 6972	Von der Tagesordnung abgesetzt	.7001
	Angenommen	.6982	. Antrag der Fraktion der SPD betreffend	
	Marcus Bocklet	6973	Frauenrechte stärken – Gleichberechtigung	
	Ismail Tipi Corrado Di Benedetto		endlich realisieren – auch in Hessen – Drucks. 19/4526 –	7001
	Gabriele Faulhaber			. 7001
	Dr. h.c. Jörg-Uwe Hahn	6978	Dem Sozial- und Integrationspolitischen Aus- schuss überwiesen	7007
	Minister Stefan Grüttner			. 7007
16.	Antrag der Fraktion der FDP betreffend Gründergeist und Unternehmertum in hessi- schen Schulen – Drucks. 19/4518 –		. Dringlicher Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend Gleichberechtigung von Frauen und Männern verwirklichen – Maßnahmen des Landes zeigen bereits Wirkung	
		·	– Drucks. 19/4572 –	.7001
	Dem Kulturpolitischen Ausschuss, federführend, und dem Ausschuss für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Landesentwicklung, beteiligt, über-		Dem Sozial- und Integrationspolitischen Ausschuss überwiesen	.7007
	wiesen	. 6992	Vizepräsidentin Ursula Hammann	

	Sigrid Erfurth René Rock Marjana Schott Claudia Ravensburg Minister Stefan Grüttner	7003 7003 7005	24.	Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend Hessens Gesundheitswirtschaft Garant für Wachstum und Arbeitsplätze – Drucks. 19/4531 –	7015
				Von der Tagesordnung abgesetzt	7015
53.	Dringlicher Entschließungsantrag der Fraktion DIE LINKE betreffend Mobilisierung pensionierter Polizeikräfte für Abschiebungen belegt völlig verfehlte Personalplanung und inhumane Flüchtlingspolitik der Landesregierung – Drucks. 19/4556 –	7007	25.	Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend Städtebauprogramme finanziell deutlich gestärkt und breiter aufgestellt – Drucks. 19/4532 –	
	Dem Innenausschuss überwiesen	7015		Von der Tagesordnung abgesetzt	7015
61.	Dringlicher Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend ausreisepflichtige Asylbewerber aus Afghanistan – Drucks. 19/4573 –	7007	26.	Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN be- treffend kommunaler Schutzschirm des Lan- des wirkt schneller als erwartet – Landkreis	
62.	Dem Innenausschuss überwiesen Dringlicher Antrag der Fraktion der SPD be-	7015		Marburg-Biedenkopf und Stadt Kassel ste- hen beispielhaft für die Erfolge der Schutz- schirmkommunen	
	treffend Abschiebungen nach Afghanistan aussetzen			- Drucks. 19/4533	7015
	– Drucks. 19/4574 –	7007		Von der Tagesordnung abgesetzt	7015
	Dem Innenausschuss überwiesen	7015			
	Vizepräsident Dr. Ulrich Wilken Hermann Schaus Astrid Wallmann Marcus Bocklet Günter Rudolph	7007 7008 7009	28.	Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend Hessen hat Familiensinn – Stärkung der Familienfreundlichkeit in Hessen – Drucks. 19/4535 –	7015
	Wolfgang Greilich	7012		Von der Tagesordnung abgesetzt	7015
21.	Antrag der Fraktion DIE LINKE betreffend Handels- und Investitionsschutz-Abkommen CETA ablehnen – Drucks. 19/4528 –		56.	Dringlicher Entschließungsantrag der Fraktion DIE LINKE betreffend Wohnsitzauflagen für Flüchtlinge sind mit Menschenrechten unvereinbar und behindern die Integration – Hessen darf "diskriminierende" Regelung nicht einführen	
	Von der Tagesordnung abgesetzt	7015		– Drucks. 19/4563 –	7015
				Von der Tagesordnung abgesetzt	7015

Im Präsidium:

Präsident Norbert Kartmann

Vizepräsidentin Heike Habermann

Vizepräsident Frank Lortz

Vizepräsidentin Ursula Hammann

Vizepräsident Dr. Ulrich Wilken

Vizepräsident Wolfgang Greilich

Auf der Regierungsbank:

Ministerpräsident Volker Bouffier

Minister für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Landesentwicklung Tarek Al-Wazir

Minister und Chef der Staatskanzlei Axel Wintermeyer

Ministerin für Bundes- und Europaangelegenheiten und Bevollmächtigte des Landes Hessen

beim Bund Lucia Puttrich

Minister des Innern und für Sport Peter Beuth

Minister der Finanzen Dr. Thomas Schäfer

Ministerin der Justiz Eva Kühne-Hörmann

Kultusminister Prof. Dr. R. Alexander Lorz

Minister für Wissenschaft und Kunst Boris Rhein

Ministerin für Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz Priska Hinz

Minister für Soziales und Integration Stefan Grüttner

Staatssekretär Michael Bußer

Staatssekretär Mark Weinmeister

Staatssekretär Mathias Samson

Staatssekretär Werner Koch

Staatssekretärin Dr. Bernadette Weyland

Staatssekretär Thomas Metz

Staatssekretär Dr. Manuel Lösel

Staatssekretär Ingmar Jung

Staatssekretärin Dr. Beatrix Tappeser

Staatssekretär Jo Dreiseitel

Staatssekretär Dr. Wolfgang Dippel

Abwesende Abgeordnete:

Dirk Landau

(Beginn: 9:03 Uhr)

Vizepräsident Frank Lortz:

Meine Damen und Herren! Ich begrüße Sie alle sehr herzlich, heiße Sie willkommen zur Plenarsitzung am Donnerstag und stelle die Beschlussfähigkeit des Hauses fest.

(Unruhe – Glockenzeichen des Präsidenten)

Es sind noch Punkte offen: 14, 16, 17, 19, 21, 23 bis 26, 28, 45 bis 49, 53 und 55 bis 59.

Wir tagen heute bis 18 Uhr. Mittagspause: eine Stunde. Wir fangen an mit der Aktuellen Stunde. Nach dem Tagesordnungspunkt 47 werden die Tagesordnungspunkte 57 und 59 – das ist Opel –, zwei Dringliche Anträge zum Thema, ohne Aussprache aufgerufen und sofort abgestimmt.

(Unruhe – Glockenzeichen des Präsidenten)

Dann geht es nach der Aktuellen Stunde mit Tagesordnungspunkt 23 weiter.

Es fehlt heute entschuldigt bis 16:45 Uhr der Staatsminister Dr. Thomas Schäfer.

Wir haben heute auch Geburtstage im Haus. Zunächst möchte ich unserer Kollegin Karin Wolff ganz herzlich gratulieren und ihr alles Gute wünschen.

(Allgemeiner Beifall – Vizepräsident Frank Lortz überreicht einen Blumenstrauß.)

Dann haben wir noch einen runden Geburtstag. Unser Kollege Willi van Ooyen kann heute seinen 70. Geburtstag feiern. Herzlichen Glückwunsch, lieber Willi, alles Gute.

(Allgemeiner Beifall – Abg. Janine Wissler (DIE LINKE) überreicht einen Blumenstrauß. – Vizepräsident Frank Lortz überreicht mit einem Kuss ein Weinpräsent. – Zurufe: Hui!)

 Das habe ich mir gedacht, dass jetzt so eine Reaktion kommt. Aber ich hatte es vorher abgestimmt, auch mit dem Ministerpräsidenten. Alles in Ordnung. Willi, Glück auf.

(Allgemeine Heiterkeit)

Es ist doch schön, wenn wir während der Plenarsitzungen Geburtstage haben. Dass die Geburtstagskinder wegen mir kommen, ist eine schöne Sache.

Das wären die amtlichen Geschichten usw. usf. Gibt es noch etwas zur Tagesordnung? – Das ist nicht der Fall.

Dann fangen wir an mit Tagesordnungspunkt 45:

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend eine Aktuelle Stunde (Die Citybahn in Wiesbaden kommt ins Rollen – weil alle bis auf die Dagegen-Partei FDP es wollen) – Drucks. 19/4550 –

So heißt der Titel. Das Wort hat Frau Karin Müller (Kassel), BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Karin Müller (Kassel) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Geschichte der Stadtbahn Wiesbaden ist lang. Sie begann bereits Ende der Neunzigerjahre. Leider kann ich Ihnen in fünf Minuten nicht die komplette Geschichte erzählen, aber einen kleinen Einblick will ich Ihnen gerne geben.

(Zuruf des Abg. Florian Rentsch (FDP))

Umso mehr freuen wir uns, dass die Citybahn, wie sie jetzt heißt, endlich ins Rollen kommt – und hoffentlich dann auch zu einem guten Ergebnis.

(Unruhe – Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Psssst!)

Dass das so ist, hängt auch mit dieser Landesregierung zusammen, die das Projekt aktiv unterstützt und in Berlin dafür um Unterstützung wirbt.

(Zuruf des Abg. Gerhard Merz (SPD))

Nicht nur das, sie gibt auch fast 500.000 € an Landesmitteln für die Planung frei, die jetzt schon freigegeben sind.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/ DIE GRÜNEN und der CDU)

Ohne diese Unterstützung hätte die Citybahn kaum eine Chance gehabt; denn – wir blicken zurück – 2013 hieß der Verkehrsminister Florian Rentsch, und der hat dieses Projekt aktiv blockiert. Deswegen sind wir froh, dass der Verkehrsminister jetzt Tarek Al-Wazir von den GRÜNEN ist und nicht mehr Florian Rentsch von der FDP. Die FDP, die sich ja als Dagegen-Partei –

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der CDU – Unruhe – Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Man versteht leider nichts, Herr Präsident! – Glockenzeichen des Präsidenten)

Vizepräsident Frank Lortz:

Meine Damen und Herren, ich bitte um Aufmerksamkeit für die Rednerin. Wir sind erst am Beginn der Aktuellen Stunde; wir können uns dann noch ein bisschen heiß machen.

(Zuruf des Abg. Gerhard Merz (SPD))

Also, Frau Kollegin Müller, Sie haben das Wort.

Karin Müller (Kassel) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Vielen Dank, Herr Präsident. – Ich kann ja verstehen, dass Sie Geburtstag feiern. Aber jetzt feiern wir die Citybahn, und das ist auch ein schöner Anlass.

> (Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/ DIE GRÜNEN und der CDU)

Die FDP als Dagegen-Partei hat die Bahn lange erfolgreich blockiert. Damit ist nun Schluss. Im Jahr 2001 hat die FDP erfolgreich Kommunalwahlkampf mit der Bahn gemacht, und der Höhepunkt in der Geschichte war im Jahr 2013 – ich habe es eben schon kurz erwähnt –, als Herr Rentsch aus fadenscheinigen Gründen eine Förderung der Stadtbahn in Wiesbaden abgelehnt hat.

(Gerhard Merz (SPD): Unerhört!)

Damit wollten Sie Landtagswahlkampf machen und sonst nichts; denn selbst Ihre eigene Behörde Hessen Mobil hat damals nach Aussagen der Wiesbadener Dezernentin eine positive fachliche Bewertung abgegeben. Aber Sie haben uns auf eine Kleine Anfrage geantwortet, der Systemwechsel wäre schwierig, dies und das. – Alles fadenscheinige Begründungen, weil Sie es einfach politisch nicht wollten.

(Beifall der Abg. Angela Dorn, Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) und Manfred Pentz (CDU))

Aber zum Glück war der Landtagswahlkampf nicht so erfolgreich. In der glücklichen Situation heute haben wir eine Mehrheit in der Wiesbadener Stadtverordnetenversammlung, die den Beschluss aus 2001 erneuert hat und ein positives Votum für die Citybahn gegeben hat. Diesen Beschluss haben alle unterstützt – außer der FDP, die erst mal eine Kosten-Nutzen-Analyse und Fahrgastzahlen will.

(Zurufe der Abg. René Rock und Florian Rentsch (FDP))

Dabei könnte ihr Gedächtnis auch ein bisschen besser sein; denn die Fahrgastzahlenerhebung und die Kosten-Nutzen-Analyse wurden schon 2003 und 2011 durchgeführt, jedes Mal mit einem positiven Ergebnis. Also: Damals haben Ihnen die Fakten nichts ausgemacht, um es abzulehnen, und jetzt schieben Sie fadenscheinige Argumente vor.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/ DIE GRÜNEN und der Abg. Judith Lannert (CDU))

Die Citybahn kann erheblich zur Entlastung der Verkehrswege beitragen, da ein erhebliches Umstiegspotenzial von dem Individualverkehr auf den öffentlichen Personennahverkehr zu erwarten ist. Aber auch ein erheblicher Beitrag zur Minderung der Feinstaubbelastung und zum Klimaschutz wird durch die Citybahn geleistet.

Die Citybahn ist ein Schlüsselprojekt für modernen Nahverkehr, der jetzt endlich mit Unterstützung des Landes auf die Schiene gesetzt wird. Die FDP ist dagegen die Partei von gestern; das haben wir gestern schon gehört. Sie ist gegen das Zufußgehen, gegen das Radfahren, gegen die Windkraft und gegen die Straßenbahn, wie sie immer wieder deutlich macht.

Wir setzen uns genau für diese Zukunftsthemen ein und sind davon überzeugt, dass diese Themen für die Gesellschaft viel relevanter sind als Autobahnen und Warnhinweise für Blitzer.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

In diesem Sinne freuen wir uns auf die Citybahn, die Wiesbaden und Mainz verbindet und die Menschen umweltfreundlich ans Ziel bringt.

(Zuruf des Abg. Florian Rentsch (FDP))

Vielleicht entdecken Sie das auch als Ihr Lieblingsprojekt, wenn es mit der Brücke nichts wird.

(Lebhafter Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN – Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Frank Lortz:

Vielen Dank, Frau Kollegin Müller. – Das Wort hat Herr Abg. Lenders, FDP-Fraktion.

Jürgen Lenders (FDP):

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Frau Kollegin Müller, Sie sind eigentlich eine viel zu nette Kollegin,

(Holger Bellino (CDU): Ja, das stimmt!)

als dass ich es Ihnen abnehme, dass dieser Frontalangriff auf eine Fraktion, die einfach nur sachlich anderer Meinung ist, von Ihnen ist. Ich glaube, dass das eher aus dem Hause des Wirtschaftsministers kommt.

(Zuruf des Abg. René Rock (FDP))

Man konnte auch sehen, dass der Herr Wirtschaftsminister sich jetzt ein Loch in den Bauch gefreut hat wegen Ihrer Rede. Er freut sich auch darüber, wenn die AfD seinen Ideen zustimmt. Es ist schön, worüber er sich freut. Mit Respekt davor, dass man im politischen Raum in einer Sachfrage eine andere Meinung hat, hat das jetzt hier überhaupt nichts mehr zu tun.

(Beifall bei der FDP)

Meine Damen und Herren, Sie haben es schon angesprochen: In der Sachfrage kritisieren wir, dass es keine aktuelle Kosten-Nutzen-Rechnung gibt. Frau Müller – dafür machen Sie den Job zu lange –, das steht am Anfang eines jeden Verkehrsinfrastrukturprojekts für die Entscheidung, ob man es will oder nicht. Wenn ich es so richtig sehe, will selbst der Stadtkämmerer der Stadt Wiesbaden eine solche Kosten-Nutzen-Rechnung haben und Antworten auf die Frage: Gibt es dazu Alternativen?

Frau Müller, wir haben bei der Frage autonomes Fahren, Elektromobilität heute moderne Alternativen. Es gibt die Fahrzeuge, es gibt die Technik. All das könnten wir in einer Stadt wie Wiesbaden einsetzen. Es gibt Alternativen, die zu prüfen sind: ob der Busverkehr anders zu regeln ist, vielleicht auf Elektromobilität umzustellen ist. All diesen Diskussionen verweigern Sie sich, weil Sie sagen: Es muss jetzt wieder eine Straßenbahn in die Stadt Wiesbaden. – Herr Staatsminister, vielleicht sagen Sie einfach einmal nichts, wenn Sie auf der Regierungsbank sind.

(Beifall bei der FDP)

Sagen Sie einfach einmal nichts. Sie haben gleich Gelegenheit zur Antwort.

(Florian Rentsch (FDP): Er kann ja twittern!)

Meine Damen und Herren, wir haben eine gleiche Situation.

(Unruhe – Glockenzeichen des Präsidenten)

wie es bei der Elbphilharmonie oder dem BER in Berlin war. Auch dort hat Politik Großprojekte durchgesetzt, und sie sind am Ende in einem Millionengrab geendet, weil man vorher die Kosten nicht richtig eingeschätzt hat.

(Beifall bei der FDP – Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Die Elbphilharmonie ist aber großartig, mit Verlaub!)

 Herr Schäfer-Gümbel, das stimmt. Sie ist toll geworden, aber am Ende wissen wir auch, welche Diskussionen wir hinter uns haben.

(Beifall bei der FDP – Gerhard Merz (SPD): Aber sie fährt nicht! – Mathias Wagner (Taunus) (BÜND-NIS 90/DIE GRÜNEN): Wenn Sie am Ende zur Citybahn sagen, sie ist toll, ist das in Ordnung! – Weitere Zurufe – Glockenzeichen des Präsidenten)

Frau Müller, es wäre fair, wenn Sie den Menschen sagen, dass die Straßenbahn, die dann fahren wird, die Buslinien ersetzen wird. Der Charme, den die Taktung des Busverkehrs in Wiesbaden momentan hat, wenn man beispielsweise nach Mainz fahren will, ist, dass Sie, ohne zu überlegen, einfach in den nächsten Bus steigen können. Die Taktung ist so eng – –

(Janine Wissler (DIE LINKE): Man muss schon überlegen, welchen Bus man nimmt! – Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das klingt ein bisschen nach Stoiber!)

Vizepräsident Frank Lortz:

Moment, Herr Kollege Lenders. – Meine Damen und Herren, ich bitte Sie um etwas Aufmerksamkeit. Die Zwischenrufe etwas intelligenter, dann sehen wir weiter.

(Beifall bei der FDP)

Jürgen Lenders (FDP):

Dann müssten Sie den Menschen sagen, dass das verschwinden wird. Diesen Komfort, den man im Moment hat, wird es dann nicht mehr geben, weil die Straßenbahn in einer solch engen Taktung nicht fahren wird. Frau Müller, auch das gehört zur Ehrlichkeit hinzu.

Ich will Ihnen noch eines sagen: Wenn Sie nicht auf uns hören wollen, dann wäre es vielleicht vernünftig, einmal abzufragen, was die Bürger wollen. Wir haben ähnliche Projekte in Aachen gehabt, ähnliche Ideen, wieder eine Straßenbahn zu installieren. Am Ende gab es eine riesengroße politische Mehrheit. Auch da war nur die FDP dagegen, die Dagegen-Partei, wie Sie so schön sagen.

Was ist am Ende beim Bürgerentscheid herausgekommen? Die Bürger haben es mit zwei Dritteln abgelehnt, weil sie gesagt haben: Das ist eine Technik, die wir heute nicht mehr haben wollen.

(Beifall bei der FDP)

In einer Großstadt wie Aachen oder Wiesbaden im Nachgang eine Straßenbahn zu installieren, hat so viele Probleme, dass die Menschen es am Ende nicht wollen.

Frau Müller, dieser Diskussion stellen Sie sich nicht. Sie gehen hierhin und sagen, die FDP sei die Dagegen-Partei. – Mit rein sachlichen Überlegungen, mit Sachargumenten kommen wir an dieser Stelle anscheinend nicht weiter. Dann wäre es zumindest wünschenswert, Sie würden einmal die Bürger fragen, was sie wirklich wollen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsident Frank Lortz:

Vielen Dank, Kollege Lenders. – Das Wort hat die Frau Kollegin Astrid Wallmann, CDU-Fraktion.

Astrid Wallmann (CDU):

Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Umsetzung des Projekts Citybahn in Wiesbaden ist eine Entscheidung, die auf kommunaler Ebene zu treffen ist. Die Kommunalpolitik in Wiesbaden beschäftigt das Thema schon seit vielen Jahren, konkret seit Anfang der Neunzigerjahre. Am vergangenen Donnerstag war es dann so weit: Das Wiesbadener Stadtparlament hat getagt, im Vorfeld die zuständigen Fachausschüssen.

Es ist ein Beschluss gefasst worden. Bis auf die Vertreter der FDP haben alle Stadtverordneten zugestimmt, dass mit den Vorplanungen für das Projekt begonnen werden kann. Diese Vorplanungen sind essenziell, um eine Umsetzungsentscheidung für ein so bedeutsames Verkehrsgroßprojekt überhaupt im Grundsatz beschließen zu können.

Angesichts des Busverkehrs, der in Wiesbaden immer mehr an seine Grenzen gerät, hatten wir das Thema auch schon 2011 diskutiert, damals noch unter dem Titel "Regiobahn". Der damalige Verkehrsminister hat sich gegen das Projekt gestellt, sodass es eigentlich nie aus den Startschuhen hinausgekommen ist.

Mittlerweile – es ist jetzt einige Jahre später – ist es so, und man kann es jeden Tag live in Wiesbaden begutachten, dass der Busverkehr tatsächlich an die Grenzen seiner Leistungsfähigkeit gerät. Außerdem haben wir Anforderungen der Luftreinhaltung einzuhalten. Deswegen ist es richtig und wichtig, dass das Thema Citybahn erneut auf der politischen Agenda steht.

Herr Lenders, Sie haben eben das Thema Alternativen angesprochen. – Alternativen sind natürlich geprüft worden. Längere Solobusse, längere Gelenkbusse, Doppeldeckerbusse, Oberleitungsbusse, sogar ein 24-m-Buszug wurden geprüft. Alles wurde durchgespielt. Am Schluss muss man aber einfach feststellen, dass in Fragen Umweltfreundlichkeit und Beförderungsqualität keine der Alternativen mit der Citybahn standhalten kann. Ich glaube, das ist auch einer der Gründe, warum sich die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus allen Bereichen der ESWE für die Citybahn starkmachen und aussprechen.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das Vorhaben soll in einem ersten Schritt auf 12 km Länge von der Theodor-Heuss-Brücke über Mainz-Kastel, den Ostbahnhof und die Wiesbadener Innenstadt bis zur Hochschule RheinMain führen. Die Spurweite wird von der Mainzer Straßenbahn übernommen, damit man die Möglichkeit hat – es ist am Schluss auch die logische Konsequenz –, die Strecke mit der rheinland-pfälzischen Landeshauptstadt zu verbinden.

Herr Lenders, Sie haben eben die Taktung der Busse angesprochen, und was das für den Busverkehr in Wiesbaden bedeutet. Das kann man schon konkret benennen.

Wenn die Citybahn zum Einsatz kommen würde, würde sie 30 Busse ersetzen. Wir bräuchten dann 20 Fahrzeuge für die Citybahn. – Ich glaube, maßgeblich sind die folgenden Zahlen: 82.000 Personen würden die Citybahn täglich nutzen. Die Zahl, die nun von mir genannt werden wird, finde ich beeindruckend: 22.000 Personen davon wären neue Kunden. Das wären überwiegend Kunden, die im Straßenverkehr den Pkw nutzen. Das würde eine Reduzierung der Fahrleistung um 116.000 km pro Tag bedeuten.

Eines kommt noch hinzu: Der Zeitpunkt ist so günstig wie nie. 60 % der Finanzierung würde der Bund über das Bundesprogramm Schienenverkehrswege übernehmen. Die politischen Vorzeichen sind so günstig wie nie. Ich möchte an dieser Stelle ausdrücklich Herrn Staatsminister Tarek Al-Wazir dafür danken, dass er dieses Projekt von Anfang an so positiv begleitet hat. Er hat auch diese – ich will es einmal so nennen – Art Startschuss mit begleitet.

Der Landesregierung liegen inzwischen Teilergebnisse der Nutzen-Kosten-Untersuchung von PTV Transport Consult sowie eine Machbarkeitsstudie der städtischen Verkehrsbetriebe vor. (Unruhe – Glockenzeichen des Präsidenten)

Auch dafür möchte ich mich ausdrücklich bedanken: Das Land wird sich an den Kosten der Vorplanungen mit knapp 500.000 € beteiligen. Das Projekt ist auch schon zu einer Förderung im Rahmen des Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes angemeldet.

Zur Ehrlichkeit muss man Folgendes sagen: Die GVFG-Mittel werden zwar über das Jahr 2019 hinaus weitergeführt werden. Sie sind aber bis zum Jahr 2025 auf 330 Millionen € eingefroren. Das Programm ist mehrfach überzeichnet. Das bedeutet: Wiesbaden muss im Wettbewerb der Infrastrukturprojekte gute Argumente vorbringen, damit die Förderung nach Wiesbaden geht. Ich glaube aber, dass wir die werden vorbringen können.

Noch fährt die Citybahn in Wiesbaden nicht. Ich finde es aber gut und erfreulich, dass wir jetzt den ersten Schritt gegangen sind. Wie gesagt, die Vorplanungen starten jetzt. Wenn alles so konsequent und zügig weitergeht, dann wäre die Bahn im Jahr 2022 auf den Schienen.

Herr Lenders, da möchte ich noch einmal auf das, was Sie eben kritisch angemerkt haben --

Vizepräsident Frank Lortz:

Frau Kollegin Wallmann, Sie müssen langsam zum Schluss Ihrer Rede kommen.

Astrid Wallmann (CDU):

Sofort. Ich werde dann aufhören. Das ist wirklich mein Schluss. – Sie haben eben das Thema Bürgerbeteiligung angesprochen. Ja, da stimme ich Ihnen ausdrücklich zu. Es ist ganz maßgeblich, dass die Bürger bei einem solch großen Verkehrsprojekt mitgenommen werden. Das ist maßgeblich. Man kann ein solches Projekt nur mit den Bürgern und nicht gegen sie umsetzen. In dem Fall sind wir uns völlig einig. Da sind sich aber auch die neuen Kooperationspartner von CDU, SPD und GRÜNEN im Rathaus ebenso einig. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Frank Lortz:

Astrid Wallmann, vielen Dank. – Das Wort hat Frau Kollegin Janine Wissler für die Fraktion DIE LINKE.

Janine Wissler (DIE LINKE):

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Landeshauptstadt Wiesbaden ist die einzige der vier größten Städte Hessens, die ihren Nahverkehr komplett mit Bussen abwickelt. Sie ist damit schon längst an ihrer Kapazitätsgrenze angekommen. Zum Beispiel kommen am Bahnhof oftmals gleichzeitig mehrere Hundert Menschen mit Zügen an. Sie quetschen sich dann in wenige Busse.

In der Innenstadt blockieren sich die in dichtem Takt fahrenden Busse oft gegenseitig. Oft sind sie überfüllt. Gerade wenn es zu Verspätungen kommt, laufen die Busse aufeinander auf.

Die Busse sind schlecht beschleunigbar. Sie stehen oft im gleichen Stau und an den gleichen Ampeln wie die Autos und haben damit oftmals keinen Zeitvorteil. Eine Schienenlösung hätte da klare Vorteile, wenn sie, wo immer es möglich ist, baulich vom restlichen Verkehr getrennt und ansonsten klar priorisiert durch die Stadt geführt wirde.

Generell bevorzugen Fahrgäste Bahnen gegenüber Bussen. Für diesen sogenannten Schienenbonus gibt es gute Gründe: Die Linien sind im Stadtbild klar erkennbar, die Fahrten sind komfortabler und zuverlässiger, die Bahnen sind geräumiger.

Wir reden hier nicht nur über den Vorteil der Schiene, sondern wir reden vor allem auch über die Elektrifizierung des Verkehrs. Wiesbaden hat nämlich noch ein anderes Alleinstellungsmerkmal unter den hessischen Großstädten, den NO_x-Baum vor dem Bahnhof. Die Lichtinstallation im Baum zeigt farbig an, wie es um die Luftqualität in der Stadt steht. In der Wiesbadener Kessellage ist sie besonders verheerend. Bei Überschreitung des Grenzwertes für Stickstoffdioxid in der Luft leuchtet der Baum rot. Dieser Baum ist leider meistens rot. In diesem Fall ist rot ausnahmsweise nicht gut.

(Beifall bei der LINKEN – Holger Bellino (CDU): Rot bedeutet immer Gefahr, das ist schon in der Natur so!)

Gerüchteweise soll dieser Baum in klaren Nächten einmal vorübergehend grün leuchten. Aber in der Regel leuchtet er rot und zeigt an, dass wir eine hohe Schadstoffbelastung in der Stadt haben.

Schuld sind vor allem die Dieselfahrzeuge in der Stadt. Dazu gehören natürlich auch maßgeblich die Busse.

Natürlich braucht es beim Neubau der Stadtbahn die Einbindung und Beteiligung der Menschen in der Stadt und in der Region. Es bedarf besonders der Einbindung der betroffenen Anwohnerinnen und Anwohner.

Natürlich ist es mit der Stadtbahn nicht getan, will man die Verkehrswende in der heutigen Autostadt Wiesbaden. Dringend notwendig ist z. B. der Ausbau des Radverkehrs. Die Radwege müssen vor dem Zuparken geschützt werden. Das Zuparken in der Stadt ist ein großes Problem. Es geht aber auch um ein kostenloses Leihradsystem. All das könnte dazu führen, dass Wiesbaden ein Stück weit von Lärm und Autos entlastet würde.

Ich habe erfreut zur Kenntnis genommen, dass der Wiesbadener Verkehrsdezernent auch die kostenfreie Nutzung des ÖPNV als ein Werkzeug im Kampf gegen die Schadstoffbelastung in der Stadt ins Spiel gebracht hat. Auch wir diskutieren und fordern den Nulltarif. Von daher freut es mich, wenn diese Debatte auch bei den verantwortlichen Kommunalpolitikern so geführt wird.

Das Beispiel der Stadtbahn Wiesbaden zeigt, wie wichtig auch große Investitionen in die kommunale Nahverkehrsinfrastruktur sind. In der zweiten Hälfte des letzten Jahrhunderts wurden viele Großprojekte verwirklicht, in Hessen natürlich allem voran die Errichtung der U- und S-Bahnen in Frankfurt.

Mittlerweile wird aber nur noch punktuell in neue ÖPNV-Infrastruktur investiert. Dabei wären auch weiterhin große Visionen und große Investitionen notwendig, die die Kommunen in Zukunft nicht alleine werden stemmen können. Deshalb ist es wichtig, dass der Bund die Gemeindeverkehre noch mehr als bisher finanziell unterstützt. Aber

auch das Land muss unterstützen, um nachhaltige und umweltfreundliche Alternativen zum Auto zu schaffen.

(Beifall bei der LINKEN)

Die Errichtung einer Stadtbahn in Wiesbaden ist mehr als überfällig. Sie kommt viel zu spät. Fast 20 Jahre wurden verloren, weil insbesondere durch die FDP, aber auch durch die CDU das Projekt immer wieder sabotiert wurde. Das muss man auch sagen: Die CDU war, um es mit den Worten der GRÜNEN zu sagen, in diesem Fall auch lange eine Dagegen-Partei. Nach der Kommunalwahl im Jahr 2001 – die Finanzierung war zu diesem Zeitpunkt schon gesichert – verwarfen CDU und FDP die weit gediehenen Stadtbahnpläne. Im Jahr 2013 tat der FDP-Verkehrsminister Rentsch noch einmal alles, um das Projekt zu verhindern, weswegen die Planungen wieder gestoppt wurden.

Jetzt kann die FDP gerade einmal auf keiner Ebene Steine in den Weg werfen. Deshalb muss die Errichtung jetzt angegangen werden. Dabei geht es nicht nur um die Errichtung einer Linie. Vielmehr brauchen wir ein Stadtbahnnetz in Wiesbaden. Die angedachten Anbindungen nach Mainz und über die Aartalbahn nach Bad Schwalbach wären sehr sinnvoll. Das könnte der Mobilität in der Region neue Impulse geben. Das begrüßen wir ausdrücklich. Das muss jetzt angepackt werden. – Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsident Frank Lortz:

Frau Kollegin Wissler, vielen Dank. – Das Wort erhält Herr Abg. Ernst-Ewald Roth für die SPD-Fraktion.

Ernst-Ewald Roth (SPD):

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Wiesbadener Abgeordneten haben gemeinsam, dass sie stark erkältet sind.

(Horst Klee (CDU): Nein, ich nicht! Ich sage ausdrücklich: ich nicht!)

Zunächst möchte ich auf die Historie dieses Themas zu sprechen kommen. Das wurde von einigen schon angesprochen. In den Neunzigerjahren bis Anfang 2000 gab es im Stadtparlament eine große Mehrheit für die Errichtung der Stadtbahn. Dann nutzte die FDP im Kommunalwahlkampf 2001 die Gunst der Stunde und hat das zum Wahlkampfthema gemacht. Sie hat dann in der Tat in dieser Stadt stark dazugewonnen.

Kollegin Wissler, das muss in der Tat der Aufrichtigkeit wegen wirklich gesagt werden: Danach gab es eine Gestaltungsmehrheit in dieser Stadt aus CDU, FDP und einem Republikaner, die dieses Projekt dann gestoppt hat.

Zweiter Versuch. Vor knapp fünf Jahren gab es eine Neuauflage unter der Überschrift "Regiobahn" – eine Initiative der Stadtentwicklungsdezernentin Möricke. Das ist gescheitert – in der Tat nicht an der FDP, aber an einem FDP-Minister, der jetzt hier im Hessischen Landtag Fraktionsvorsitzender ist.

(Florian Rentsch (FDP): Auch an der Verkehrsdezernentin Ihrer Partei!)

Dritter Versuch. ESWE-Verkehr im September 2016 – jetzt heißt das ganze Projekt Citybahn. Es ist erfreulich, dass sieben von acht Fraktionen im Stadtparlament dieses

Projekt unterstützen und einen Brief an den amtierenden Wirtschafts- und Verkehrsminister unterschrieben haben, der sich dieses Projekts angenommen und 15 % der Planungskosten in Aussicht gestellt hat. Ich könnte jetzt aus meiner Fraktion viele Namen nennen, die sich meinem Dank anschließen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Abg. Mürvet Öztürk (fraktionslos))

Von den vielen Dingen, die von den Vorrednerinnen richtig benannt wurden, will ich wenigstens noch zwei Punkte nennen. Wir gehen derzeit von einem Fahrgastaufkommen von 82.000 Personen täglich aus, darunter 22.000 neue, die vom Auto auf den ÖPNV umsteigen. Die anderen Projekte, was die Senkung der Schadstoffbelastung und viele andere Punkte mehr angeht, sind genannt.

Ich sage das jetzt an die Adresse der Kolleginnen und Kollegen der GRÜNEN: Wir wünschen uns, dass die Citybahn ins Rollen kommt, aber wir sind in einem weit entfernten Stadium. Frau Wallmann hat es angesprochen. Die Stadtverordnetenversammlung hat das am 16. Februar Gott sei Dank beschlossen. Mein Wiesbadener Parteivorsitzender hat gesagt: Wir entscheiden heute nicht über die Details der Streckenführung, nicht über die Standorte der Haltestellen, nicht über die Taktung der Bahnen, nicht über Rasengleise, nicht über Oberleitungen und nicht darüber, ob der Grundwasserschutz gewahrt ist oder ob und welche Buslinien in Zukunft anders fahren werden. Wir entscheiden heute einzig und allein über eine Vor- und Entwurfsplanung, die Vorbereitung der Gründung einer Citybahn GmbH und die Bereitstellung von Mitteln für dieses Proiekt.

Die Vorplanung ist entschieden. Wir alle wissen aus anderen Projekten im Lande Hessen, bei denen schon Bagger gerollt sind, wo wir jetzt stehen. Hier ist es so: Ich hoffe, dass die Citybahn ins Rollen kommt, aber wir sind noch weit davon entfernt.

Ein Punkt unter vielen, der in der Kritik der FDP zu allen Zeiten eine Rolle gespielt hat, war das Schotterbett in dieser Stadt. Da wird ein Schotterhaufen quer durch die Stadt gezogen – das kann man vergessen. Mir fallen dabei Hänsel und Gretel ein, die eine Kiesspur gezogen haben

(Horst Klee (CDU): Das hatten wir aber in Wiesbaden schon!)

ja, das gab es schon –, damit sie wussten, wie sie von A nach B wieder zurückfinden. Herr Kollege Lenders, so wie Sie es gesagt haben, kann man nicht irgendwo in den Bus einsteigen. Man muss sich da schon orientieren. – Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Frank Lortz:

Vielen Dank, lieber Herr Kollege Ernst-Ewald Roth. – Das Wort hat Wirtschaftsminister Tarek Al-Wazir.

Tarek Al-Wazir, Minister für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Landesentwicklung:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Citybahn in Wiesbaden ist ein zentrales Vorhaben für einen leistungsfähigen, umweltfreundlichen und zukunftsfähigen Personennahverkehr in der Stadt Wiesbaden. Es ist leistungsfähig, weil Wiesbaden mit der Citybahn in der Lage wäre, das wachsende Fahrgastaufkommen im ÖPNV in ausreichender Qualität zu bewältigen. Ein weiterer Ausbau des Busnetzes würde angesichts der Tatsache, dass die Busse schon jetzt teilweise sich gegenseitig und auch andere Verkehrsteilnehmer behindern, sicher ein großes Problem werden und zu einem Dauerstau beitragen.

Zweitens. Es ist ein umweltfreundliches Projekt, weil eine Straßenbahn Emissionen von CO₂ und sonstigen Schadstoffen vermindert. Das heißt, die Ziele des Klimaschutzes und der Luftreinhalteplanung würden an dieser Stelle gefördert, und das wäre ein entscheidender Beitrag zur dauerhaften und – im wahrsten Sinne des Wortes – nachhaltigen Schadstoffentlastung in Wiesbaden. Wir haben die absurde Situation, dass Wiesbaden mit die größten Probleme bei der Luftreinhaltung hat und gleichzeitig eine der größten Dieselbusflotten in Hessen betreibt. Meine sehr verehrten Damen und Herren, das passt nicht zusammen.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das Projekt ist zukunftsfähig, weil man in der Landeshauptstadt zeigen könnte, wie man mit einem guten ÖPNV-Projekt die Lebensqualität in der Stadt verbessert. Eines muss man sagen: Die Menschen – das wissen wir – fahren lieber mit der Bahn als mit dem Bus. Das sagen uns die Lebenserfahrung und jede Untersuchung. Wenn man sich das einmal insgesamt anschaut: Es gab in den Siebzigerjahren überall die Situation, dass man Busverkehre neu eingerichtet und Straßenbahnen teilweise stillgelegt hat. Man hat gedacht, das funktioniert jetzt alles nur noch auf der Straße. Dann stellte man fest: Es funktioniert eben nicht, weil die Menschen lieber in die Bahn als in den Bus steigen. Deswegen muss man aus meiner Sicht alles dafür tun, dass man auch kommunale ÖPNV-Projekte, die die schienengebundenen Verkehre fördern, an dieser Stelle unterstützt.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es gibt einen weiteren Punkt, der über die Stadt Wiesbaden hinausgeht – jetzt fangen die Vorplanungen an. Natürlich gibt es einen Teil, an dem das Ganze als länderübergreifendes Projekt geplant ist. Ich glaube, wir haben in der letzten Plenarwoche über Brücken zwischen Rheinland-Pfalz und Hessen gesprochen. Es wäre eine grenzüberschreitende Straßenbahn, weil sie nämlich das Mainzer Straßenbahnnetz mit benutzen würde. An dieser Stelle würde das sicherlich auch einen Beitrag dazu leisten, in einer solchen Situation die Beziehungen zwischen Mainz und Wiesbaden, die gerade beim Fasching nicht immer die besten sind, im wahrsten Sinne des Wortes zu verbessern. Es gibt ebenfalls – wir sind gespannt darauf, was die Vorplanungen und die weiteren Planungen ergeben werden – noch die Aartalbahn.

(Beifall des Abg. Marius Weiß (SPD))

Wenn man das Ganze einmal weiterdenkt in Richtung Bad Schwalbach, dann könnte auch das – wenn es klappt, das ist noch nicht sicher – einen Beitrag dazu leisten, die dortige Engpasssituation, Stichwort: B 54 und Eiserne Hand, zu entschärfen.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ja, das ist ein gutes Projekt. Es ist teuer. Die geschätzten Kosten liegen bei ca. 200 Millionen € zuzüglich ca. 40 Millionen € für die Fortführung nach Mainz, im Falle eines Falles dann noch einmal 70 Millionen € für die Verlängerung ins Aartal bis Bad Schwalbach. Aber es ist ein kluges Projekt. Die Zusammenarbeit mit Mainz führt zu einer Kostenersparnis auf beiden Seiten, weil man sich dann nämlich hier den Betriebshof und die sonstigen Wartungseinrichtungen sparen könnte. Die Mainzer könnten wiederum ihre Kapazitäten besser auslasten. Ich glaube, dass man das auf Neudeutsch Win-win-Situation nennt. Wir wollen das Projekt unterstützten. Wir als Verkehrsministerium haben jetzt die Vorplanung unterstützt, weil es aus unserer Sicht ein besonders förderungswürdiges Projekt ist. Wir haben uns auch jetzt schon an das Bundesverkehrsministerium gewandt und gesagt, dass es wichtig sei, dass wir die Zuschüsse des Bundes bekommen. Sonst ist dieses Projekt nicht durchführbar.

Ich bin sehr dankbar dafür, dass der Bundesverkehrsminister die Bereitschaft zur Förderung des Vorhabens signalisiert hat, aber natürlich nur unter der Bedingung, dass die Voraussetzungen dafür erfüllt sind.

Deswegen ist das Projekt mit dem Beschluss der Stadtverordnetenversammlung der vergangenen Woche endlich auf einem guten Weg. Wir begrüßen das ausdrücklich.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der CDU)

Wir haben in den letzten Jahren und Jahrzehnten zu viel Zeit verloren. Wenn wir dem Dauerstau und der schlechten Luft in unseren Städten begegnen wollen, dann müssen wir den öffentlichen Personennahverkehr ganz anders fördern, als das in der Vergangenheit passiert ist, meine sehr verehrten Damen und Herren. Wir arbeiten jetzt Schritt für Schritt auf, was in der Vergangenheit liegen geblieben ist. Das gilt für viele Projekte. Das gilt auch für das Projekt Frankfurt Rhein-Main plus. Überlegen Sie einmal, seit wann die Ideen zur Stärkung der Schieneninfrastruktur im Rhein-Main-Gebiet sowohl kommunal als auch regional auf dem Tisch liegen und was in den vergangenen 15 Jahren passiert ist. Sie erkennen, da ist nicht genug passiert. Wir versuchen, da jetzt Tempo reinzubringen.

Deswegen muss ich ausdrücklich sagen: Ich bin froh, dass in der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Wiesbaden alle bis auf eine Fraktion erkannt haben, dass das dringend notwendig ist.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der CDU)

In diesem Sinne, Herr Kollege Rentsch, und weil heute die heiße Phase der Kampagne beginnt, kann ich an dieser Stelle nur sagen: Es tobt der Rentsch, es kräht der Hahn, Wiesbaden kriegt die Citybahn. – Vielen Dank.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der CDU)

Vizepräsident Frank Lortz:

Vielen Dank, Herr Minister. – Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

(Zuruf von der FDP: Der Minister als Fastnachtsprinz!)

Damit ist Tagesordnungspunkt 45 behandelt.

(Unruhe – Glockenzeichen des Präsidenten)

- Meine Damen und Herren, ich bitte um Aufmerksamkeit.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 46** auf:

Antrag der Fraktion der SPD betreffend eine Aktuelle Stunde (Gebührenfreie Bildung von Anfang an – Hessens Eltern entlasten – Hessens Kommunen ausreichend unterstützen) – Drucks. 19/4551 –

Es beginnt der Kollege Gerhard Merz, SPD-Fraktion.

Gerhard Merz (SPD):

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Jetzt wollen wir einmal zu einem Thema kommen, das uns etwas angeht.

(Unruhe – Glockenzeichen des Präsidenten)

Da ich am vergangenen Dienstag in Anwesenheit zahlreicher geistlicher Würdenträger einvernehmlich von dem Herrn Minister und dem Kollegen Rock zum objektivsten Landtagsabgeordneten in Hessen ernannt worden bin, will ich Ihnen hier jetzt nicht das Märchen von Hänsel und Gretel erzählen, sondern ich möchte ein paar objektive Zahlen vortragen. Welche Zahlen könnten objektiver sein als die, die die Hessische Landesregierung über das Land streut?

Ich beginne mit einer Zahl aus dem Evaluationsbericht zum KiföG. Danach betrug die Landesförderung für den Betrieb von Kindertagesstätten im Jahr 2015 339 Millionen €. Nach dem Bericht des Statistischen Landesamts betrugen die Kosten für den Betrieb von Kindertagesstätten im Jahr 2015 2,14 Milliarden €.

Wenn man die Zeitreihe bis 2002 zurückgeht – sowohl was die Entwicklung der Kosten als auch die Entwicklung der Landesmittel angeht –, dann kommt man zu dem Ergebnis, dass durch den Evaluationsbericht deutlich wird, dass der Anteil der Landesförderung am Betrieb der Kindertagesstätten nicht wesentlich gestiegen ist. Dieser ist um etwas mehr als 2 %, aber nicht wesentlich gestiegen.

Angesichts steigender Kosten bedeutet das, dass das Defizit der Kommunen aus dem Betrieb von Kindertagesstätten automatisch steigen muss; denn 50 % von 1 Milliarde € sind 500 Millionen €, und 50 % von 2 Milliarden € sind 1 Milliarde €. Das ist nur logisch.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Deswegen kommt es dazu, dass der Elternanteil am Betrieb der Kindertagesstätten auch auf demselben Niveau bleibt. Damit er bei steigenden Kosten auf dem gleichen Niveau bleiben kann, müssen die Elternbeiträge steigen. Das ist auch der Fall gewesen. Nach dem Evaluationsbericht haben 45 % der Kommunen in den letzten beiden Jahren ihre Beiträge erhöht.

Meine Damen und Herren, außerdem haben wir die Situation, dass gemäß Evaluationsbericht die Kosten für einen Kinderkrippenplatz zwischen 75 € und 700 € pro Monat liegen. Der Durchschnitt liegt bei 327 €. Die Kosten für einen Kindergartenplatz variieren zwischen 45 € und 300 € pro Monat

Meine Damen und Herren, dass dazwischen ein innerer Zusammenhang besteht, das ist evident. Infolge des steigenden Kostendrucks, der aus der Qualitätsverbesserung und der quantitativen Erweiterung resultiert, was wir alle wollten und was wir alle befürwortet haben, steigen die strukturellen Defizite der Kommunen. Allein aus dieser Situation heraus steigt der Druck, die Beiträge zu erhöhen, weil das eine der Einnahmen ist, die die Kommunen selbst steuern können.

Im Übrigen wirkt die Kommunalaufsicht in die gleiche Richtung. Diese fordert die Kommunen landauf, landab auf, den vollkommen utopischen Anteil von einem Drittel aus den Kindergartenbeiträgen zu erwirtschaften. Das ist zwar utopisch, aber der Druck ist da. Deswegen werden landauf, landab die Kindergartenbeiträge erhöht.

Dadurch wird deutlich, dass die Frage der Entlastung von Familien und die Frage der Entlastung von Kommunen nicht voneinander getrennt werden können. Beides gehört zusammen, wie wir es im Titel unserer Aktuellen Stunde deutlich gemacht haben.

(Beifall bei der SPD)

Unter dem Aspekt der Entlastung von Familien ist es also notwendig, zu einer Gebührenbefreiung zu kommen. Unter dem Aspekt der regionalen Gleichbehandlung ist dies ebenso der Fall. Ich habe die Spannweite in beiden Betreuungssegmenten deutlich gemacht. Ich könnte jetzt noch etwas zum Hortbereich und zum Pakt für den Nachmittag sagen. Dabei sieht die Situation im Grunde genauso aus. Außerdem müssen wir – auch das ist hier schon mehrfach erörtert worden – das unter dem Aspekt der Gleichheit innerhalb des Bildungssektors betrachten, zu dem der Bereich der Kindertagesstätten ohne jede Frage gehört.

Lassen Sie mich zum Schluss, nachdem ich so viele objektive Zahlen genannt habe, noch etwas Subjektives sagen:

Wir wollen Familien mit kleinem Einkommen entlasten. Und das geht kaum noch über Steuerentlastungen. Ich denke darüber nach, ob wir nicht bundesweit Kindergartenplätze für die Drei- bis Sechsjährigen beitragsfrei anbieten sollten. Das würde 6 Milliarden € kosten, und es wäre gut angelegtes Geld.

Das sage aber nicht ich, sondern das sagt Karl-Josef Laumann, Vorsitzender der CDU-Sozialausschüsse. Recht hat der Mann.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Hermann Schaus (DIE LINKE))

Vizepräsident Frank Lortz:

Vielen Dank, Kollege Merz. – Auf der Besuchertribüne begrüße ich unseren langjährigen Kollegen und Freund Volker Hoff. Herzlich willkommen.

(Beifall)

Das Wort hat nun Frau Kollegin Wiesmann, CDU-Fraktion.

Bettina Wiesmann (CDU):

Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Merz, als am Montag der Titel Ihrer Aktuellen Stunde publik wurde, habe ich mich gefragt, was wir heute dazu diskutieren wollen. Die von Ihnen und der Linkspartei zu dieser Frage vorgelegten Gesetzentwürfe haben wir hier schon ausführlich diskutiert. Man kann zumindest nicht sagen, wir hätten sie hier nicht diskutiert. Wir haben sie zwar abgeräumt, aber das kann man unterschiedlich beurteilen.

Ich habe mich dann geistig mit mir selbst darauf geeinigt, dass Familienpolitik immer aktuell ist. Insofern habe ich mich gefreut, dass wir heute darüber sprechen können.

Jetzt verstehe ich, worauf Sie hinauswollen. Das habe ich jetzt nachvollzogen. Dennoch ist zu bemerken, dass in demselben Evaluationsbericht steht, dass die Elternbeiträge in den letzten Jahren tatsächlich erhöht worden sind. Es wurde aber auch ausdrücklich festgestellt, dass dies nicht in einem kausalen Zusammenhang gesehen wird mit der Einführung des KiföG. Insofern müssen wir da etwas intensiver einsteigen. Vielleicht legen Sie einmal einen Antrag dazu vor, damit wir das im Ausschuss einmal vertieft erörtern können. Zunächst einmal steht diese Aussage in einem erstaunlichen Gegensatz zu dem, was Sie hier gesagt haben.

(Gerhard Merz (SPD): Frau Kollegin, Sie sollen nicht immer Aussagen widerlegen, die ich nicht gesagt habe! – Zurufe – Glockenzeichen des Präsidenten)

- Ich glaube, ich habe jetzt das Wort.

Sie haben einen Dreisatz vorgelegt, mit dem Dinge miteinander in Verbindung gebracht worden sind. Sie haben versucht, das jetzt hier zu erläutern. Diese Dinge stehen aber in überhaupt keinem Zusammenhang zueinander. Ich möchte Ihnen zu allen drei Bestandteilen Ihrer Aktuellen Stunde direkt antworten.

Erstens: Eltern entlasten. Ja, CDU und GRÜNE verfolgen auch dieses Ziel. Deswegen unternehmen wir in der Landesregierung und in den sie tragenden Fraktionen sehr viel, um dieses Ziel zu erreichen. Wir reden nicht nur davon. Wir tun etwas. Mehr als eine halbe Milliarde Euro investieren wir mittlerweile jährlich in Familienleistungen. Auch das bringt eine Entlastung der Eltern. Ich nenne noch einmal die Stichworte: Ausweitung der Zahl der Kinderbetreuungsplätze und deren Qualität, Familienzentren, Familienkarte und vieles mehr.

Damit wird tatsächlich Enormes für die Familien geleistet; denn die Eltern haben die Möglichkeit, durch eine inzwischen flächendeckend mögliche Einlösung der Rechtsansprüche ihren beruflichen Vorstellungen und Zielen nachzugehen. Sie bekommen zudem - das sagt uns übrigens auch die KiföG-Evaluation – allenthalben mehr Personal, an vielen Stellen eine stärkere Ausrichtung an Qualitätsstandards und eine intensivere Elternbeteiligung. Auch das sind Ergebnisse der Einführung des KiföG. Das heißt, die Eltern in Hessen haben heute nicht nur die Sicherheit, einen Betreuungsplatz zu finden, sondern die guten Mindeststandards geben ihnen darüber hinaus die Gewissheit, dass ihre Kinder nicht verwahrt, sondern systematisch gut betreut und in Zusammenarbeit mit den Eltern erzogen und gebildet werden. Wenn das keine erstklassige Entlastung der Eltern ist, dann weiß ich nicht, was wir sonst noch tun sollen.

(Beifall bei der CDU)

Ich will ein Zweites hinzufügen. Wenn Sie als SPD nicht auf allen Ebenen blindwütig das Betreuungsgeld bekämpft hätten, dann hätten sogar die Eltern, die von ihrer Wahlfreiheit einen anderen Gebrauch machen und ihre Kinder erst etwas später in die außerfamiliäre Betreuung geben, ebenfalls ein Stück Entlastung erfahren. Das wollten Sie nicht, und so ist dieses Stück Entlastung am Ende auch an Ihnen gescheitert.

(Beifall bei der CDU – Zuruf des Abg. Gerhard Merz (SPD))

Zweitens. Die Forderung, die Kommunen spürbar zu unterstützen, unterschreiben wir, und das machen wir auch: 1 Milliarde € aus dem Kommunalinvestitionsprogramm. Davon sind zwei Drittel Landesmittel. Ich erspare mir die Details, weil Sie sie ja kennen. Demnächst gibt es eine zweite Tranche, um den Schulbau besonders zu unterstützen

Kommunaler Schutzschirm und Kommunaler Finanzausgleich: Noch nie gab es so viel Geld für die Kommunen, und noch nie war – neben allen anderen Vorteilen – das Schwankungsrisiko so stark auf der Seite des Landes verankert

(Zurufe von der SPD)

Sogar das KiföG hat einen Beitrag zur kommunalen Entlastung geleistet. Auch das steht im Bericht: Rückgang des kommunalen Finanzierungsanteils an den Gesamtbetriebskosten um 2,4 %.

Drittens – jetzt komme ich zum Kern –: gebührenfreie Bildung von Anfang an. Das hört sich in Verbindung mit den schönen Zielen, die wir teilen, natürlich toll an.

(Gerhard Merz (SPD): Es ist auch toll!)

Es ist aber der falsche Weg zum Glück. Es ist ein Subventionsprogramm für Gut- und Besserverdienende; denn die Schwachen, von denen auch Herr Laumann gesprochen hat, werden überwiegend von den Gebühren bereits befreit oder erfahren Gebührenreduzierungen.

(Gerhard Merz (SPD): Das ist falsch! Wie oft muss ich Ihnen das noch erklären?)

Ihre Forderung mag einige Eltern entlasten. Die Rechnung zahlen aber die künftigen Generationen. Eine vollständige Übernahme des Elternanteils durch das Land würde den endlich ausgeglichenen Landeshaushalt mit hohen dreistelligen Millionenbeträgen belasten – unvereinbar mit der Schuldenbremse – oder zulasten imaginärer reicher Steuerzahler gehen, unter denen am Ende viele derer wären, die Sie zu entlasten vorgeben. Welchen Sinn macht das – außer vielleicht, es ist eine verfrühte Wahlkampfspekulation?

Letzter Punkt. Im Steuerrecht werden die Eltern, die Sie im Fokus haben, bereits heute signifikant entlastet. Sie haben die Möglichkeit, Kinderbetreuungskosten bis zu 6.000 € pro Kind und Jahr zu zwei Dritteln von der Einkommensteuer abzusetzen.

Vizepräsident Frank Lortz:

Frau Kollegin Wiesmann, Sie müssen zum Schluss kommen.

Bettina Wiesmann (CDU):

Wollen Sie den Bund um diesen Aufwand entlasten, um in der Folge den Landeshaushalt zu ruinieren? Welchen Sinn macht das?

Ich will die allgemeinen Argumente nicht wiederholen, die wir schon tausendmal ausgetauscht haben. Ich fasse zusammen: Wir entlasten die Eltern, wir unterstützen die Kommunen, und es ist keine gute Idee, die Elternbeiträge abzuschaffen.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Frank Lortz:

Vielen Dank, Frau Kollegin Wiesmann. – Das Wort hat der Abg. René Rock, Seligenstadt, FDP-Fraktion.

René Rock (FDP):

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Frau Wiesmann, ich schätze Sie persönlich wirklich, aber Sie scheinen nicht zu verstehen – deshalb muss ich es Ihnen immer wieder deutlich sagen –, dass die Kinderbetreuung und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ein Riesengeschäft für den Staat, nicht für die Familien sind. Das sollten Sie endlich einmal zur Kenntnis nehmen.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der SPD)

Sie sollten zur Kenntnis nehmen, dass die Menge an Geld, die die Familien mehr erwirtschaften können, mehr ist als das, was der Staat aufwendet. Das einzige Problem ist, dass die Kommunen von diesem Mehrwert, der von den Familien erwirtschaftet wird, 13 % bekommen, während sich das Land und der Bund den Rest einstecken. Deshalb haben die Kommunen natürlich den Eindruck, dass sie die Veranstaltung bezahlen müssen und alle anderen einen finanziellen Vorteil davon haben. Versuchen Sie doch einmal, zu akzeptieren, dass die Familien den Staat nicht ausbeuten, sondern dass die Familien diesen Staat auf ihren Schultern tragen.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der SPD)

Akzeptieren Sie das endlich, und behaupten Sie hier nicht immer das Gegenteil.

Denken Sie einmal zurück: Es war die CDU, die das dritte Kindergartenjahr beitragsfrei stellen wollte. Damals haben Sie sicherlich ganz anders argumentiert.

(Zurufe von der CDU)

Wie kann eine Partei, die einmal dafür eingetreten ist, das dritte Kindergartenjahr beitragsfrei zu stellen, mit den hier vorgetragenen Argumenten gegen solche Initiativen kämpfen? Das ist mir intellektuell nicht einsichtig – außer Sie sagen, diese Politik war falsch.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der SPD)

Das habe ich von Ihnen aber nicht gehört, und wenn Sie das sagen würden, dann gäbe es, glaube ich, in diesem Haus noch größeren Streit. Bitte hören Sie auf, diese Argumentation hier vorzutragen. Sie können immer argumentieren, dass Sie keine Ideologisierung der Familien haben wollen. Wer sein Kind selbst erziehen möchte, bekommt größten Respekt; wer sagt, er will arbeiten, bekommt ebenfalls größten Respekt. Wir schwingen uns nicht auf, den Familien ein Idealbild vorzuschreiben. Das sollten Sie nicht tun, und das sollten auch andere nicht tun.

(Beifall bei der FDP)

Warum ist das Thema Kindergartengebühren in Hessen wieder aktuell? Das liegt ganz einfach an der Finanzpolitik dieser Landesregierung, die die Kommunen indirekt zu Beitragserhöhungen zwingt.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der SPD)

Wenn eine Kommune vor der Entscheidung steht, ob sie 10.000 Haushaltungen mit einer Erhöhung der Grundsteuer oder 1.000 Familien durch Erhöhung der Gebühren für die Kinderbetreuung treffen soll, dann gibt es in Hessen leider eine Menge Stadtverordnetenversammlungen und Gemeindevertretungen, die sagen:

(Gerhard Merz (SPD): "Wir machen beides"!)

Wir lassen die 1.000 Familien den Großteil der Sanierung der kommunalen Haushalte tragen; weil das der teure Bereich im Haushalt ist, sollen die Familien dieses Haushaltsloch selbst decken; das ist besser, als dass wir uns mit 10.000 Hauseigentümern in der Kommune anlegen. – Diese Haltung ist wirklich nicht familienfreundlich.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der SPD)

Herr Grüttner wird sicherlich wieder etwas zur Finanzierung sagen. Ich will hier deutlich machen: Das Land Hessen gibt in diesem Bereich knapp 500 Millionen € aus. Herr Grüttner, von diesen 500 Millionen € kommen in den Kommunen für die Finanzierung der Betreuung der Dreibis Sechsjährigen vielleicht 200 bis 250 Millionen € an. Das sind aber weniger als 20 % der bei der Erfüllung dieser Aufgabe entstehenden Kosten. Das zwingt die Kommunen dazu, das Geld irgendwo herzubekommen. Die Kommunen profitieren von der Vereinbarkeit von Familie und Beruf eben nicht in dem Maße, wie das Land und der Bund davon profitieren. Darum ist zu Recht die Frage zu stellen: Wie können wir als Land und wie kann der Bund die Kommunen in dieser für die Gesellschaft wichtigen Aufgabe besser unterstützen?

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der SPD)

Die Finanzierung dieser Aufgabe durch die Kommunen und die Höhe der Beiträge kann man logisch nicht trennen. Das hängt ganz einfach zusammen. Von daher kann ich die Einlassungen der Kommunen verstehen.

Ich möchte etwas Grundsätzliches zum Thema Bildung in Kindertagesstätten sagen. Wir müssen die Kindertagesstätten in Hessen zu echten Bildungseinrichtungen weiterentwickeln. Es gibt zwar schon gute Entwicklungen, aber es muss noch besser werden. An dem Tag, an dem Kindertagesstätten echte Bildungseinrichtungen sind, werden sie auch kostenfrei sein müssen.

(Beifall bei der FDP)

Von daher gesehen, müssen wir diesen Weg konsequent weitergehen. Hier muss in die jungen Köpfe in unserer Gesellschaft investiert werden. Es geht um Kinder und ihre Lebenschancen. Wir müssten uns deutlich einiger sein, dass hier mehr Geld investiert werden muss. Was bisher getan wurde, ist zu wenig.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsident Frank Lortz:

Vielen Dank, Herr Kollege Rock. – Das Wort hat Kollege Bocklet, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Marcus Bocklet (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich bin über Ihren Ansatz freudig überrascht, weil es diesmal nicht um die Grundsatzfrage "Kostenfreiheit für Kindergärten" geht, die Sie ja auch verfolgen. Diesmal be-

schäftigen Sie sich mit der Belastung der Kommunen in dieser Frage.

In der Kürze der Zeit konnten wir zwei Zahlen recherchieren: Die Gesamtverbundmasse des Kommunalen Finanzausgleichs beträgt dieses Jahr 4,55 Milliarden €. Die Gesamtverbundmasse ist im Vergleich zum letzten Jahr – 4,36 Milliarden € – um über 200 Millionen € gestiegen. Im Vergleich dazu: Vor zwei Jahren, als es noch ein anderes Abrechnungssystem gab, waren es 4,1 Milliarden €. Die Kommunen haben also in den letzten Jahren über 400 Millionen € mehr vom Land bekommen. Ich finde, daher kann man nicht davon sprechen, dass wir die Kommunen in irgendeiner Art und Weise alleinlassen. – Das ist der erste Punkt.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der CDU)

Das sind die nackten Zahlen. Was mich auch noch interessiert hat – da wäre ich den Finanzfachleuten ebenfalls für einen Hinweis dankbar –, ist, dass die Kosten für die Kinderbetreuung ohne Abschläge berechnet worden sind. Die Staatssekretärin im Finanzministerium sitzt hier; sie wird es bestimmt besser erklären können, denn ich bin keiner, der jeden Tag in der Haushaltspolitik unterwegs ist. Das Gesagte bedeutet aber, dass den Kommunen ihre Kosten bei der Berechnung des Kommunalen Finanzausgleichs voll angerechnet wurden.

Herr Merz und Kolleginnen und Kollegen der SPD-Fraktion, ich finde, das alles muss Ihnen zu denken geben, wenn Sie sich die Argumentation zu eigen machen, dass das Land bei der kommunalen Aufgabe Kinderbetreuung den Zuschuss über den Kommunalen Finanzausgleich erhöht, obwohl die Kinderbetreuungskosten in voller Höhe angerechnet werden. Ich finde, somit fällt Ihre These in wesentlichen Punkten zusammen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der CDU)

Herr Rock hat die Frage nach der Beitragsfreiheit aufgeworfen - auch die SPD wirft sie immer wieder auf -: kostenlose Bildung für alle. Lassen Sie mich nur zwei Zahlen nennen: Seit dem 1. Januar 1996 - also seit 20 Jahren gibt es den Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz für Kinder ab drei Jahren. Für Kinder unter drei Jahren ist dieser Rechtsanspruch erst vor wenigen Jahren in Kraft getreten. In diesem Bereich geht es um die Qualität der Betreuung, um einen quantitativen Ausbau, also darum, dass man überhaupt einen Betreuungsplatz für sein Kind findet - nur wenn Betreuungsplätze vorhanden sind, kann man auch deren Qualität verbessern -, um die Möglichkeit einer Ganztagsbetreuung für diejenigen, die sie brauchen, um die Gewährleistung einer guten Qualität im Sinne des Bildungs- und Erziehungsplans und um den Ausbau der Infrastruktur.

Man muss das einmal mit dem gesamten Bildungssystem vergleichen. Lassen Sie mich dazu nur eine Sache sagen: Am 1. Januar 1919 wurde in ganz Deutschland die allgemeine Schulpflicht eingeführt. Die allgemeine Schulpflicht wird also bald 100 Jahre alt. In den Jahren der Weimarer Republik wurde dieser Bereich massiv ausgebaut: Schulgebäude, Turnhallen und vieles andere mehr. Wenn wir die Schulinfrastruktur mit der Infrastruktur der Kindergärten vergleichen, stellen wir fest, dass wir da einen Nachholbedarf haben. Quantitativ und qualitativ muss die Kindergartenbetreuung noch ausgebaut werden. Für mich ist es keine

ideologische Frage, ob wir für den Kindergartenbesuch Kostenfreiheit herstellen, sondern es ist eine finanzpolitische Prioritätensetzung.

(Nancy Faeser (SPD): Das stimmt!)

Wenn wir den Nachholbedarf an quantitativem und qualitativem Ausbau gestillt haben, können wir uns fragen, ob wir es uns leisten können – wir haben damals kritisiert, dass das dritte Kindergartenjahr beitragsfrei gestellt wird; wir hätten die Beitragsfreiheit lieber für das erste Kindergartenjahr gehabt; aber das mag dahingestellt sein –, die Eltern so zu entlasten, dass sie weniger für den Kindergartenbesuch ihrer Kinder zahlen müssen. Das ist keine ideologische, sondern eine finanzpolitische Frage. Aber es ist zunächst einmal wichtig, überhaupt einen Betreuungsplatz zu finden, der so gut ausgestattet ist, dass man sein Kind dort gern hinschickt.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der CDU)

Wenn die Steuereinnahmen höher sind und die Entlastung durch den Bund größer ist, wird man über die Prioritätensetzung natürlich neu diskutieren.

Für die GRÜNEN ist es ganz wichtig, dass wir den KiföG-Bericht ernsthaft evaluieren und herausfinden, welchen Nachsteuerungsbedarf es bei der Betreuungsqualität gibt. Auch das wird es nicht zum Nulltarif geben. Auch das wird man nebeneinander auf den Tisch legen und abwägen müssen: Ist es uns wichtig, jetzt bedeutende Schritte bei der Qualitätsverbesserung zu gehen, oder ist es uns wichtig, schon jetzt eine Kostenfreiheit anzustreben? – Über all das wird an dieser Stelle zu diskutieren sein.

Aus heutiger Sicht haben wir, die Koalition von CDU und GRÜNEN, uns für Folgendes entschieden: Ausbau von Quantität und Qualität, bessere Bildung und Betreuung von Anfang an. Das werden wir jetzt machen. Wir treten jetzt in die Diskussion über das KiföG ein. Daran wird sich die Koalition beteiligen. Ich bin mir sicher, wir werden bei der Qualität noch Wege der Nachsteuerung finden, und ich bin mir sicher, früher oder später wird es auch um die Kostenfreiheit gehen. – Ich bedanke mich.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der CDU)

Vizepräsident Frank Lortz:

Vielen Dank, Kollege Bocklet. – Das Wort hat Frau Abg. Schott, Fraktion DIE LINKE.

Marjana Schott (DIE LINKE):

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wenn ich etwas nicht machen will, finde ich immer eine Begründung dafür, warum ich es nicht tun will. Ob diese der Wahrheit entspricht oder ob ich mir gerade irgendeinen Vorwand ausdenke, ist für andere schwer zu durchschauen. Herr Bocklet, wenn aber, wie Sie es gerade getan haben – Ihre Kollegin hat das in der Vergangenheit auch schon so gemacht –, über Quantität und Qualität versus Kosten und Kostenübernahme durch das Land debattiert wird, ist das fadenscheinig; denn es ist doch nicht so, dass sich die Qualität durch Ihr KiföG sehr verbessert hat. Ganz im Gegenteil, Sie müssen sich einmal anhören, was Ihnen die Menschen erzählen, die vor Ort die Arbeit machen.

(Zuruf des Abg. Marcus Bocklet (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

– Aber Sie waren gar nicht bei der Veranstaltung. Wissen Sie, derzeit finden Veranstaltungen statt, in denen über die Evaluation gesprochen wird und in denen viele Menschen zusammensitzen: die Vertreter von Trägern, von Kommunen und in den Einrichtung arbeitenden Menschen. Da glänzen die Regierungsfraktionen durch Abwesenheit.

(Hermann Schaus (DIE LINKE): Er hört gar nicht zu!)

 Er hört wieder nicht zu; denn zuzuhören fällt ihm extrem schwer.

(Unruhe – Glockenzeichen des Präsidenten)

Herr Bocklet, wenn Sie zugehört hätten, hätten Sie gehört, was aus den Kinderkrippen berichtet wird.

(Marcus Bocklet (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Es ist immer das Gleiche, was Sie erzählen!)

Nein, es kann gar nicht das Gleiche sein;

(Zurufe von dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Gegenrufe von der LINKEN)

denn es ist eine völlig neue Situation, dass die Gruppen kleiner Kinder voll besetzt werden und dass es keine Eingewöhnungszeit mehr gibt – früher hat man sich gesagt, dass man sich für jedes einzelne Kind Zeit nimmt; bei den Einjährigen könne jeweils nur ein Kind pro Gruppe hinzukommen –, weil der Druck, den Sie über Ihr KiföG dahin gehend ausgeübt haben, dass die Gruppen bis zum Stichtag möglichst voll sind, so hoch ist, weil es hier keine Refinanzierung gibt, dass zulasten der Kinder, zulasten des Personals und damit zulasten der Eltern gearbeitet werden muss. Sich hierhin zu stellen und zu sagen: "Wir verbessern die Qualität, und deswegen können wir die Kommunen nicht noch mehr entlasten", ist ein fadenscheiniger Vorwand. Das ist einfach nur eine Begründung dafür, weshalb Sie es nicht machen wollen.

(Beifall bei der LINKEN)

Sie hätten sich Ihre Redezeit sparen und sagen können: Wir wollen es nicht; wir setzen andere Prioritäten in diesem Land. – Aber das machen Sie nicht. Wenn ich mir anhöre, wie Sie damit umgehen, dass die Kommunen hochgradig belastet sind und dass ein enormer Teil dieser kommunalen Belastungen der ist, Kitas zu finanzieren, sage ich: Auch das ist etwas ganz anderes als das, was die Kommunen erleben.

(Hans-Jürgen Irmer (CDU): Oh!)

Auch da hören Sie nicht zu. Sie haben in der Anhörung nicht zugehört, und Sie haben in der Anhörung keine Fragen gestellt. Sie haben den Vertretern der Kommunen nicht zugehört, die gesagt haben: Ja, es würde uns enorm entlasten. – Sie haben auch nicht zugehört, als es darum ging, was für ein Aufwand es ist, mit den Gebühren und dieser ganz unglaublich komplizierten Rechnerei im KiföG umzugehen. Sie hören nicht zu, weil es Sie nicht interessiert. Sie haben jetzt, da Sie Teil der Regierung sind, einem Gesetz zugestimmt, das Sie vorher abgelehnt haben. Sie finden es jetzt gut, Sie verteidigen es immer wieder, und Sie haben es auch heute verteidigt, weil Sie jetzt Teil eines Ganzen sind, das Ihnen wichtiger als die Inhalte ist, nämlich der Regierung.

(Beifall bei der LINKEN – Marcus Bocklet (BÜND-NIS 90/DIE GRÜNEN): Das Gesetz ist vorher in Kraft getreten!)

 Ja, es ist vorher gemacht worden. Aber Sie hätten die Möglichkeit gehabt, ihm nicht wieder zuzustimmen.

(Marcus Bocklet (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das Gesetz ist vorher in Kraft getreten!)

– Ja, Sie haben ihm nicht zugestimmt. Aber Sie verteidigen es in jeder Situation bis aufs Blut. Das heißt, es geht Ihnen nicht um dieses Gesetz, sondern einfach nur darum, Teil dieser Regierung zu sein.

(Beifall bei der LINKEN – Marcus Bocklet (BÜND-NIS 90/DIE GRÜNEN): Danke schön!)

Leider muss ich an der Stelle aber sagen: Auch ich weiß nicht genau, worum es der SPD geht. Wir haben hier nämlich ein Jahr lang anhand von zwei Gesetzentwürfen darum gerungen, wie man die Situation in den Kommunen und für die Eltern verbessern kann. Da gab es unseren Entwurf, in dem es hieß: Wir können die Kommunen und die Eltern enorm entlasten, indem wir die Gebühren für die Eltern abschaffen. – Wenn Ihnen der eine oder andere Punkt an dem Gesetz nicht gefallen hat oder untragbar erschienen ist, hätte es die Möglichkeit gegeben, darüber zu reden, ihn gemeinsam zu verändern und so zu gestalten, dass wir es hier mit viel mehr Nachdruck von einer größeren Opposition und mit viel mehr Nachdruck von einer größeren Gruppe von Menschen zu tun gehabt hätten, mit deren Hilfe wir ihn hier hätten vertreten können.

Das haben Sie dezidiert nicht getan. Sie haben diesen Gesetzentwurf abgelehnt. Sie haben vor vielen Wochen in diesem Haus den Gesetzentwurf abgelehnt, um hier und heute eine Aktuelle Stunde zu beantragen, die frei von Vorbereitungsarbeit war, um zu sagen: Wir wollen an dieser Stelle eine Veränderung. – Wo und wie wollen Sie diese Veränderung denn haben, nachdem wir ein Jahr lang hier beraten haben? Dann können wir auch sagen: Wir repetieren und repetieren. – Das führt uns nicht weiter, wenn man es nicht wirklich so meint.

Es gibt auch eine Geschichte, von der man sagt --

(Gerhard Merz (SPD): Frau Kollegin, Sie sagen seit einem Jahr das Gleiche!)

Es gibt auch die Möglichkeit, links zu blinken und rechts abzubiegen.

(Gerhard Merz (SPD): Ei, ei, ei!)

Das, was Sie hier tun und sagen, geht einfach auseinander, und zwar ganz weit. Ich kann nicht mehr nachvollziehen, warum das hier auf diese Weise läuft.

Ich möchte mit einem Zitat von Nelson Mandela schließen:

Eine Gesellschaft offenbart sich nirgendwo deutlicher als in der Art und Weise, wie sie mit ihren Kindern umgeht ..., die in einer jeden Gesellschaft zugleich die verwundbarsten Bürger und deren größter Reichtum sind.

Das ist das Motto unserer Tagung zu Kinder- und Jugendrechten, die am 25. März in Frankfurt stattfindet. Sie sind alle herzlich eingeladen, sich dort an der Debatte mit den Expertinnen und Experten zu beteiligen. – Herzlichen Dank

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsident Frank Lortz:

Vielen Dank, Frau Kollegin Schott. – Das Wort hat Herr Staatsminister Grüttner.

Stefan Grüttner, Minister für Soziales und Integration:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich bin der festen Überzeugung, dass dies ein Thema ist, das man im Grunde genommen in jeder Plenarrunde ausgiebigst debattieren kann, zeigt es doch, dass sich alle mit der Frage auseinandersetzen: Wie schaffen wir es, diejenigen, die die Zukunft unserer Gesellschaft darstellen, bestmöglich in diese Zukunft zu führen? Dazu gehören selbstverständlich auch Kinderbetreuungseinrichtungen. Aber das ist ein Punkt, den ich in der Argumentation des Kollegen Rock nie so richtig verstehe; denn Kinderbetreuungseinrichtungen sind keine Einrichtungen, die dafür Sorge tragen, dass Eltern Einkommen erwirtschaften, damit sie wiederum Steuern bezahlen.

(Zuruf des Abg. René Rock (FDP))

Wer eine so verkürzte Sichtweise in Bezug auf die Aufgaben von Kinderbetreuungseinrichtungen hat, wird meines Erachtens dem umfassenden Inhalt, auch dem pädagogischen, dem bildungspolitischen Inhalt von Kindertagesstätten nicht gerecht. Auch verstehe ich eine solche Diskussion nur schwer, weil wir vor einigen Jahren in der Tat gemeinsam intensiv darum gerungen und dafür gekämpft haben, wie man mit einem Kinderförderungsgesetz insbesondere auch Fragen der Qualität in die Arbeit der Kindertagesstätten mit einbringen kann.

Ich finde, darauf gehört auch ein Blick, wenn es um die Fragestellung geht: Bildung von Anfang an. Dabei stellt sich die Frage: Welche Inhalte versuchen wir denjenigen, die die Bildungsarbeit machen, tatsächlich an die Hand zu geben? Wir sind lange und intensiv in der Überlegung gewesen, ob wir beispielsweise die Arbeit nach dem Bildungs- und Erziehungsplan - diesen haben wir zwischenzeitlich seit zwölf Jahren; das ist ein etabliertes Instrument - verpflichtend machen können oder nicht. Es ist klar gesagt worden, auch von den Trägern von Kindertagesstätten: Nein, wir wollen nicht, dass es verpflichtend gemacht wird. - Also haben wir einen finanziellen Anreiz gesetzt, damit Kindertagesstätten danach arbeiten. Auch dies war in der damaligen Diskussion um dieses Gesetz konsensfähig, als es um solche Qualitätspauschalen gegangen ist. Letztendlich ist festzustellen, dass das ein echtes Erfolgsmodell ist, auch da man sieht, wie viele Fachkräfte die kostenfreien Fortbildungsangebote wahrnehmen. In den Kindertagesstätten werden diese Bildungsansätze also schon längst gelebt.

Dann ist natürlich auch klar, wenn ein Evaluationsbericht vorliegt – ja, das ist ein Auftrag, den der Gesetzgeber der Landesregierung gegeben hat; der Evaluationsbericht ist von einem Institut erarbeitet worden, das kann man nicht häufig genug sagen, und wird von uns letztlich breit verteilt; man kann ihn auch im Internet einsehen –, dass es in den rund 500 Seiten auch Passagen gibt, von denen man sagen kann: Die nehmen wir jetzt heraus, weil sie ein Stück weit unsere Argumentationslinie unterstützen. – Wenn man sich aber dann hier hinstellt und sagt: Aufgrund des KiföG ist ein Zwang entstanden, die Gruppen bis zur Grenze zu vergrößern, wie es gerade Frau Schott gemacht hat, dann hat sie schlicht und einfach den Bericht nicht gelesen, oder aber sie will ihn nicht verstehen.

(Beifall bei der CDU)

Der Bericht besagt ausdrücklich, dass es an keiner Stelle zu einer Veränderung der Gruppengröße gekommen ist. Auch dies ist keine Feststellung der Landesregierung, sondern die eines Instituts auf der Grundlage der Befragungen. Sie waren in vielen Teilen mit dabei. Ich finde, das ist auch ein Punkt, wo man sagen kann, ja, das hat der Bericht auch herauskristallisiert: Was ist mit der Umsetzung einer Inklusionsvereinbarung zwischen der Liga auf der einen Seite und den kommunalen Vertretern auf der anderen Seite und damit mit einer Verringerung der Gruppengröße? – Ja, diese Vereinbarung wird von den Vereinbarungspartnern nicht eingehalten. Wir werden uns überlegen müssen, wie wir damit umgehen, weil es nämlich besonders schützenswerte Kinder sind, die mit betroffen sind.

Für mich als Teilnehmer eines runden Tisches war es schon sehr erstaunlich, wie wortreich die Vereinbarungspartner versucht haben, zu erklären, dass sie mindestens ein Kindergartenjahr Anpassungszeit brauchen, um letztendlich eine gemeinsam geschlossene Vereinbarung umzusetzen. Dies müsste im übertragenen Sinne dann auch für alles andere gelten. Dann sind wir irgendwann beim Verwaltungsaufwand und bei vielem anderen mehr. – Natürlich haben wir auch festgestellt, dass es mehr Verwaltungsaufwand gegeben hat. Aber das ist doch selbstverständlich, wenn ich ein System umstelle und erstmalig in einen neuen Bereich komme.

Dann stellt sich aber auch die Frage: Wie sieht es mit den Gebühren und Kosten aus? Wie gehen die Kommunen mit verschiedenen Sachen um? Dazu empfehle ich Ihnen, noch einmal den Evaluationsbericht zu lesen. Wenn ein Bürgermeister erklärt, dass er im Sinne des Gesetzes die Vorgaben des Gesetzes als Mindest- und nicht als Maximalvoraussetzungen sehe, seine bisher gegebenen Leistungen weiter fortführe, in der Bürgermeisterdienstversammlung aber von seinen Bürgermeisterkollegen sozusagen in eine Ecke gestellt werde, unter dem Gesichtspunkt: "Das musst du doch gar nicht machen. Warum machst du das denn überhaupt?", dann zeigt dies, dass es keine Frage der Wirkung eines Gesetzes ist, sondern des Umsetzens von Mindestvoraussetzungen in kommunales Handeln. Solange ich, unter dem Deckmantel des KiföG wegschleichend, versuchen kann, Leistungen einzuschränken, die ich vorher gegeben habe, mag das ein gängiger Weg sein; dieser hat aber nichts mit einer Sonderbelastung der Kommunen zu tun. An der Stelle gibt es andere Möglichkeiten der Entlastung als die Fragestellung, die Sie eben aufgeworfen haben.

(Beifall bei der CDU)

Noch ein Letztes dazu. Das war eine der Grundvoraussetzungen – darüber müssen wir doch gar nicht reden –, warum wir das dritte Kindergartenjahr beitragsfrei gestellt haben; denn wir wollten den Übergang von der Kindertagesstätte in die Schule, die Vorbereitung für die Schulzeit, stärken und mit dieser Beitragsfreiheit einen Anreiz setzen, dass Kinder in die Kindertagesstätte gehen. Man kann darüber diskutieren, ob das der richtige Weg ist. Da bin ich auch gern dabei. Sie wissen, dass ich in manchen Diskussionen sage: Aufgrund der Erfahrungen hätte man eigentlich das erste Kindergartenjahr beitragsfrei stellen müssen und können.

Wenn es aber um Entlastungen geht, muss man natürlich das, was bisher an Vorlagen vorgelegt worden ist, immer

richtig sehen, auch im Verhältnis zur kommunalen Entlastung. Ich kann mich noch gut an einen Gesetzentwurf seitens der SPD-Fraktion im Hinblick auf eine Beitragsentlastung erinnern; sie ist ja letztendlich in der Systematik der Freistellung eines dritten Beitragsjahres geblieben. Schauen Sie sich daher einmal im Vergleich an, was an Entlastungen da ist und was von Ihnen an Zahlen im Hinblick auf die Gebühren genannt wurde; und dann setzen Sie das in Relation und fragen: An welcher Stelle wird wer wie hoch entlastet? Auf dieser Ebene können wir dann gern über weitere Schritte diskutieren. Man kann nämlich nicht den Eindruck erwecken, dass wir mit einer vollständigen Beitragsfreistellung das Leck schließen könnten, zwischen den 330 Millionen €, die 2015 aufgewendet worden sind, und den 2 Milliarden € an Gesamtkosten.

(Zuruf von der SPD)

 Nein, ich sage nur: Man muss in dieser Diskussion aufpassen, dass man nicht den Eindruck erweckt, dass dies das Ziel sei. Dieses wird man an keiner Stelle erreichen können.

Wenn ein Ziel die Entlastung ist, dann gehört zu einer soliden Diskussion, dass man wenigstens einmal sagt, woher man das Geld nehmen will, das dafür aufgewendet werden soll. Das ist bisher leider noch im Nebulösen. Die Diskussion werden wir in den nächsten Wochen und Monaten noch weiter führen.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Frank Lortz:

Vielen Dank, Herr Minister. – Es gibt keine weiteren Wortmeldungen.

Bevor ich den nächsten Tagesordnungspunkt aufrufe, begrüße ich auf der Tribüne den Oberbürgermeister der Stadt Rüsselsheim, unseren früheren Kollegen Patrick Burghardt. Herzlich willkommen.

(Allgemeiner Beifall)

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 47** auf:

Antrag der Fraktion der CDU betreffend eine Aktuelle Stunde (Opel Rüsselsheim: starker Standort für Forschung, Entwicklung und Produktion – Hessen steht weiterhin fest an der Seite der Opel-Beschäftigten) – Drucks. 19/4552 –

Tagesordnungspunkt 57:

Dringlicher Antrag der Fraktion der FDP betreffend Opel und die weitere Entwicklung der hessischen Automobilindustrie – Drucks. 19/4566 –

Tagesordnungspunkt 59:

Dringlicher Antrag der Fraktionen der CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend Sicherung der Arbeitsplätze bei Opel ist für die hessische Wirtschaft von zentraler Bedeutung – Unternehmen benötigt zukunftsfeste Perspektiven – Drucks. 19/4568 –

Zunächst wird der Ministerpräsident das Wort erhalten. Ich möchte noch darauf hinweisen: Wir haben vereinbart, dass alle Fraktionen die gleiche Redezeit wie der Ministerpräsident haben. – Es spricht jetzt der Ministerpräsident. Sie haben das Wort.

Volker Bouffier, Ministerpräsident:

Herr Präsident, meine Damen, meine Herren! Opel ist seit Generationen ein starkes Stück Hessen. Wir wollen alles dafür tun, dass es auch in Zukunft so bleibt.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie des Abg. Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD))

Opel ist ein starker Standort für Forschung, für Entwicklung, für Produktion und Arbeitgeber für viele Tausend Menschen und ein herausragender Industriestandort für unser Land. Genau darum geht es, zu schauen, wie dies auch zukünftig gesichert werden kann.

Am Dienstag vor einer Woche wurden die Landesregierung und, wie sich später herausstellte, auch die Bundesregierung, aber auch die Unternehmensleitung von Opel, die Gewerkschaften und Betriebsräte völlig überrascht von der Meldung, General Motors wolle Opel verkaufen. Sofort kamen nicht nur bei den Beschäftigten Erinnerungen an die zurückliegenden Krisen, an die Verkaufsabsichten von General Motors aus früherer Zeit und die damit verbundenen Verunsicherungen und Veränderungen wieder hoch.

Die Landesregierung, vertreten durch mich und Herrn Kollegen Al-Wazir, hat bereits an diesem Dienstag selbst mit der Unternehmensleitung, also mit dem Vorstandsvorsitzenden Herrn Dr. Neumann und mit Herrn Dr. Schäfer-Klug, den Gewerkschaften und mit dem Rüsselsheimer Oberbürgermeister, Herrn Burghardt, Kontakt aufgenommen, um zu erfahren, was eigentlich los ist.

Ich habe am gleichen Tag mit der Bundeskanzlerin telefoniert. Wir haben vereinbart, dass wir, Bundesregierung und Landesregierung – einen Tag später haben wir das auch gemeinsam mit Rheinland-Pfalz und Thüringen getan, dort sind zwei weitere Standorte –, uns nicht nur gegenseitig informieren, sondern auch eng abstimmen, wie es weitergehen soll.

Am vergangenen Mittwoch, also Mittwoch vor acht Tagen, gab es unter Führung der Bundeswirtschaftsministerin die erste gemeinsame Runde mit der Unternehmensleitung, mit den Betriebsräten und den drei Ministerpräsidenten, um abzustimmen, wie wir in diesem Prozess miteinander vorgehen. Die Bundesregierung hat Wirtschaftsstaatssekretär Machnig zum Koordinator auf der Ebene der Bundesregierung ernannt.

Wir haben vor zwei Tagen gemeinsam bei Opel die Dinge sehr intensiv erörtert und uns verständigt, wohin wir wollen. Am Nachmittag habe ich mich noch einmal mit der Bundeskanzlerin verständigt. Das ist bekanntlich der Tag gewesen, an dem der Chef von Peugeot, Herr Tavares, mit der Bundeskanzlerin gesprochen hat.

Meine Damen und Herren, inzwischen sieht man klarer. General Motors und Peugeot bzw. PSA haben ihre Verkaufsabsicht bestätigt. Ich gehe davon aus, dass in sehr überschaubarer Zeit eine grundsätzliche Vereinbarung zwischen diesen beiden Konzernen getroffen wird. Das ist das berühmte Signing, nichts anderes als eine Art Grundvertrag, dass man sich verständigt hat, diesen Verkauf zu vollziehen. Nach meiner Einschätzung wird es dann einige Monate dauern, in denen die konkreten Verhandlungen

stattfinden, bis es zu dem sogenannten Closing kommt, bei dem man dann weiß, was konkret vereinbart wird.

Genau da setzt es ein. Genau in dieser Zeit muss alles getan werden, damit der Standort Rüsselsheim und natürlich auch die anderen Standorte nicht nur bis 2020, sondern auch über 2020 hinaus eine Zukunft haben, in der dieses Unternehmen wettbewerbs- und zukunftsfähig ist.

Ganz wichtig und für die Beschäftigten natürlich von überragender Bedeutung ist die Frage: Was wird aus ihren Arbeitsplätzen? – Für mich erfreulich, ich denke, für alle anderen auch, ist, dass es am vergangenen Montag zwischen dem europäischen Betriebsrat von Opel, dem Vorsitzenden der IG Metall und Herrn Tavares eine Begegnung gab, in der PSA versicherte, dass man die bisherigen Vereinbarungen, also das, was General Motors bisher für Opel zugesagt hat, einhalten und übernehmen wolle. Das ist aus unserer Sicht zwingend, aber keineswegs selbstverständlich, wenn es um eine solche Großtransaktion geht.

Wenn wir uns das näher anschauen, sehen wir, es geht um den Kündigungsschutz und um Investitionsverpflichtungen. Ich gehe davon aus, das ist auch die allgemeine Meinung von den Gewerkschaften bis zur Bundesregierung, dass es ernst gemeint ist, wenn PSA sagt: Wir übernehmen diese Verpflichtungen. – Das ist schon einmal gut. Das führt auch zu einer gewissen Beruhigung.

Wichtig ist die Frage: Was passiert nach 2020? – Meine Damen und Herren, deshalb ein Blick auf die Gesamtsituation. Die Automobilindustrie ist in einem dramatischen Umbruch. Sie muss gleichzeitig eine ganze Reihe von Herausforderungen stemmen, die ein einzelnes Unternehmen in aller Regel nicht alleine stemmen kann.

Zur allgemeinen Erinnerung, das ist auch die Abteilung Politik: Wenn wir z. B. Vorgaben machen, dass der Schadstoffausstoß immer geringer werden soll, dann muss vorhandene Technik auf immer höherem Niveau entwickelt werden. Das gilt sowohl für die Ottomotoren wie auch für die Dieselmotoren. Das bedeutet hohe Aufwendungen in die bisherige Technik.

Es kommt aber noch etwas hinzu. Jeder weiß, dass sich die Zukunft der Automobilindustrie verändern wird. Es ist nur noch nicht so ganz klar, wohin. Wir reden von Elektromobilität, von einer Batterietechnik, von Brennstoffzellentechnologie, von Hybridtechnologie – dies alles gleichzeitig und alles nebeneinander. Obendrauf steht die große Herausforderung der Digitalisierung, Stichwort: selbst fahrendes Auto.

Jede dieser Entwicklungen macht Milliarden Euro an Investitionen erforderlich, die kein normales Unternehmen alleine stemmen kann. Das kann Opel nicht, und nach allgemeiner Einschätzung auch PSA nicht. Daraus ergibt sich dann eine Chance. Wenn die beiden zusammengehen, wird daraus der zweitgrößte Automobilkonzern Europas. Sie erreichen eine Größe, mit der sie diese Herausforderungen stemmen können, neben vielen anderen Fragen mehr.

Wenn man sich das anschaut und insbesondere intensive Gespräche geführt hat, wie ich, dann kann man sagen: Die Stimmung bei Opel ist heute komplett anders, als sie vor einigen Jahren war, als es auch um die Zukunft von Opel ging. Seinerzeit herrschte Panik, teilweise Verzweiflung. Das ist heute anders.

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und auch die Unternehmensleitung sind der Auffassung, dass hier Chancen bestehen. Niemand wird mit Sinn und Verstand davon ausgehen dürfen, dass sich gar nichts verändert. Mit oder ohne Verkauf würden sich die Dinge verändern. Deshalb will ich mich nicht bei den Untergangspropheten beteiligen, die in regelmäßiger Reihenfolge immer wieder erklären, wie viele Tausend Arbeitsplätze das alles kosten wird und welche Standorte geschlossen werden.

(Beifall bei der CDU, der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, das sind letztlich Spekulationen, da tröstet mich auch kein Expertentum. Uns kann es nicht darum gehen, das Elend zu beschreiben, und es kann auch nicht darum gehen, die Menschen zu verunsichern.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es muss darum gehen, einen nüchternen Blick zu bewahren und die Stärken, die Opel hat, entsprechend zu entwickeln.

Meine Damen und Herren, im Rahmen einer Aktuellen Stunde und mit begrenzter Redezeit will ich nur einen Hinweis geben.

Das Entwicklungszentrum, das wir in Rüsselsheim haben, ist das größte der Welt von General Motors. Dort arbeiten 7.000 Ingenieure. 3.000 davon arbeiten zurzeit nur für General-Motors-Produkte. Es wird noch Jahre dauern, bis man Opel aus dem Konzern General Motors herausgelöst und sozusagen in die neue Zukunft integriert hat. Auf beiden Seiten des Atlantiks werden noch jahrelang Autos gebaut und aus ihren Komponenten zusammengesetzt, die immer noch unter General Motors laufen. Das wird Jahre dauern.

Hier sind viele Experten. Wenn Sie sich allein einmal vorstellen, wie kompliziert es ist, die IT von zwei Weltkonzernen irgendwie kompatibel zu machen, darf man davon ausgehen, dass da noch eine Menge Zeit vergeht. Trotzdem ist die Herausforderung gewaltig.

Warum ist das Entwicklungszentrum so wichtig? – Ich mag mir nicht vorstellen – egal, wie das am Ende im Einzelnen aussieht –, dass ein Konzern, der auf Zukunft setzt – und warum sollte es PSA sonst überhaupt machen? – so töricht wäre, das Herzstück, das wertvollste Stück der Zukunftsgestaltung, zu opfern. Motoren zusammenschrauben können Sie überall auf der Welt. Aber forschen, moderne Technologie und moderne Werkstoffe entwickeln und das in exzellenter Weise zusammenführen braucht viel Expertise und viel Erfahrung, viel Know-how und diese exzellenten Ingenieure, die wir dort haben. Deshalb bin ich zuversichtlich, dass Rüsselsheim und Opel auch eine Zukunft über 2020 hinaus haben. Dafür wollen wir werben, und das wollen wir unterstützen. Das ist vielleicht die wichtigste Botschaft dieses Tages.

(Beifall bei der CDU, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN und der SPD)

Es wird einigen von Ihnen so gehen wie mir: Ich werde permanent gefragt, im Fernsehen und anderswo: Was kann denn die Politik überhaupt machen? – Damit es klar ist: Wir sollten uns nicht wichtiger nehmen, als wir sind. Wir können keine Autos bauen. Wir sollten es auch nicht versuchen. Wir könnten wahrscheinlich auch nicht sehr gut einen Weltkonzern führen. Das ist nicht unsere Aufgabe. Aber drei Dinge können wir tun:

Erstens. Wir können allen Betroffenen unsere Solidarität vermitteln und ihnen zeigen, dass sie nicht allein sind.

Zweitens. Wir können darauf dringen und deutlich machen, dass wir erwarten, dass die Vereinbarungen, die es gibt, eingehalten werden und dass die weiteren Verhandlungen nach dem deutschen Mitbestimmungsrecht zu vollziehen sind.

(Beifall bei der CDU, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SPD und der LINKEN)

Ich habe das Gefühl – und nicht nur ich –, dass es klug sein wird – und Herr Tavares scheint genau diesen Weg zu gehen –, diesen Transformationsprozess nicht nur für die beiden Unternehmen, sondern in einer ganzen Schlüsselindustrie nicht gegen die Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen, sondern mit den Arbeitnehmern zu machen und auch mit denen, die vor Ort eine gewisse Verantwortung tragen. Denn die Herausforderungen sind gigantisch.

Drittens. Was kann Politik tun? – Politik macht eine ganze Menge. Wir setzen Rahmenbedingungen. Man kann sie für richtig oder falsch halten. Aber wir setzen sie. Wer technologische Standards vorschreibt, wer eine ständige Reduzierung der Schadstoffemissionen vorschreibt, der macht Politik. Das wollen wir. Wir können nicht auf der einen Seite über die Rettung des Klimas reden und auf der anderen Seite außer Acht lassen, was das ganz konkret bedeutet.

Dort einen klugen Weg zu gehen und beides im Blick zu haben und das, was sich diese Regierung besonders auf die Fahnen geschrieben hat, nämlich Ökologie und Ökonomie zusammenzubringen, das kann und das muss Politik tun.

Die Frage, ob ein Konzern im globalen Handel die Chance hat, sich zu positionieren, hängt extrem davon ab, welche Freihandelsabkommen es gibt und wie z. B. die Situation im Rahmen des Brexit geklärt wird. Wie werden denn die Handelsbeziehungen zwischen dem Vereinigten Königreich und Europa sein? Das hängt extrem davon ab, ob es Märkte gibt, die geschlossen oder die offen sind. Das alles ist ohne Politik nicht leistbar.

Wenn es eines Beweises bedürfte: Warum eigentlich hat Herr Tavares, der Chef von PSA, das Gespräch mit der Bundeskanzlerin gesucht? Weil sich die beiden einmal treffen wollten? – Das ist doch Unsinn. Jedes große Unternehmen weiß, dass seine Zukunftsentwicklung ein ganzes Stück davon abhängig ist, wie sich die politischen Rahmenbedingungen entwickeln.

Deshalb sage ich: Wenn wir uns heute im Hessischen Landtag mit dem Thema Opel und seiner weiteren Entwicklung beschäftigen, dann tun wir das nicht, um uns wichtig zu machen und um uns zu inszenieren, sondern wir machen das deshalb, um deutlich zu machen, dass uns das Schicksal von Tausenden Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern und das Schicksal einer ganzen Region nicht egal sind. Deshalb ist es wichtig, dass der Hessische Landtag heute ein eindeutiges Signal setzt.

(Beifall bei der CDU, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN, der SPD und der LINKEN)

Hessen und die Hessische Landesregierung haben eine lange Geschichte in der Begleitung von Opel. Beim letzten Mal sind wir sogar mit einer sehr namhaften Bürgschaft in die Diskussion gezogen. Sie werden sich vielleicht noch erinnern. Da ging es um die Frage, ob fällige Rechnungen überhaupt noch bezahlt werden können. Darum kann es

heute nicht mehr gehen. Aber dass wir alles tun, was wir in dem beschriebenen Maße tun können, damit Opel in Rüsselsheim und natürlich auch an den anderen Standorten – aber heute reden wir über Opel in Rüsselsheim, das größte Industrieunternehmen, das wir in Hessen haben – eine erfolgreiche Zukunft hat, das ist unsere Agenda. Das ist nicht nur wegen Opel und nicht nur wegen des Standortes und der Region, sondern für unser ganzes Land wichtig.

Ich will nicht so weit gehen, zu sagen: Wenn es Opel gut geht, dann geht es auch Hessen gut. Aber wenn es Opel schlecht geht, ist uns das nicht egal, sondern das hat Auswirkungen weit über das Unternehmen hinaus. Deshalb ist es richtig, dass wir heute hier und an vielen anderen Stellen unsere Solidarität zeigen, unsere Hilfsbereitschaft zeigen und unsere politischen Möglichkeiten so einsetzen, dass wir nicht nur heute, sondern auch morgen noch sagen können: Das Werk, die Beschäftigten und dieses Land haben eine gute Zukunft. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Vizepräsident Frank Lortz:

Vielen Dank, Herr Ministerpräsident. – Es beginnt die Aussprache mit dem Vorsitzenden der CDU-Fraktion, Kollegen Michael Boddenberg. Sie haben 15 Minuten.

Michael Boddenberg (CDU):

Herr Präsident, meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen! Herzlich willkommen auch an die Vertreter der Stadt Rüsselsheim auf der Tribüne.

Ich gebe zu: Als wir über die Aktuelle Stunde und die Themensetzung der Aktuellen Stunde nachgedacht haben, war ich kurz im Zweifel, ob wir Opel zum Thema machen sollten – vor dem Hintergrund, dass es in den ersten Tagen – der Ministerpräsident hat gerade die Abläufe der letzten Tage kurz skizziert – durchaus Stimmen gab, die die Frage stellten, was denn die Politik in dieser Frage zu tun hat und welche Spielräume und Möglichkeiten sie hat. Der Ministerpräsident hat gerade, so glaube ich, zu Recht gesagt, dass wir sehr wohl eine ganze Reihe von politischen Maßgaben haben. Die Gespräche von Herrn Tavares mit der Kanzlerin, mit Frau May und anderen Politikern zeigen ja, dass auch das Unternehmen erkannt hat, dass es wohl klug ist, sich mit der Politik zu arrangieren.

Trotzdem hat es eine Reihe von Überschriften gegeben, die das völlig anders sehen. Ich gebe zu, dass ich mich ein bisschen ärgere. Ich darf das einmal hochhalten: Das ist die "Neue Zürcher Zeitung". Da steht etwas von "profilierungssüchtigen Politikern". Ich stelle mir schon die Frage – und deswegen habe ich auch nur wenige Sekunden zum Nachdenken darüber gebraucht, ob wir das heute hier thematisieren –: Was hätte eigentlich die eine oder andere Journaille geschrieben, wenn wir das hier völlig außer Acht gelassen hätten?

(Beifall bei der CDU, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN und der SPD – Zuruf von der SPD: So sieht es aus!)

Insofern will ich auch gerade deutlich machen – der Ministerpräsident hat das eben gesagt –, dass es hier auch um ein deutliches Signal an die vielen Tausend Beschäftigten geht. Wenn Ludwig Erhard einmal davon gesprochen hat,

dass 50 % der Wirtschaft Psychologie sind, dann hat sich, so glaube ich, an diesem Umstand wenig bis gar nichts geändert. Diese Psychologie hat nicht nur etwas mit den Konsumenten und dem Verhalten von Konsumenten in den Märkten zu tun, sondern sie hat auch etwas mit der Aufstellung von Unternehmen zu tun. Gerade mit Blick auf Opel sage ich einmal: Sie hat auch deutlich mit der Frage zu tun, ob ein Unternehmen aus guten Gründen selbstbewusst auf diesen Märkten auftritt.

Wenn man sich einmal die Geschichte der letzten Jahre von Opel anschaut – nicht der letzten 88 Jahre, als damals Opel von GM übernommen wurde –, dann muss man zunächst eines feststellen: Was dieses Unternehmen und die Beschäftigten gerade in den letzten 16 oder 17 Jahren geleistet haben, ist außergewöhnlich. Das betrifft zum einen die betriebswirtschaftliche Seite. Das Unternehmen ist und war jüngst auf einem guten Weg zunächst zu einer schwarzen Null und dann in die Gewinnzone und hat dummerweise einmal wieder durch äußere Umstände, durch den Brexit, dort einige Rückschläge hinnehmen müssen.

Der Opel-Vorstandsvorsitzende hat vor wenigen Monaten auf einer Veranstaltung, die wir gemeinsam hier im Rhein-Main-Gebiet durchgeführt haben, gesagt: Na ja, wir haben 85 % Importe der Zulieferer zu Vauxhall in England, also nur eine Wertschöpfung von Vauxhall in England von 15 %.

Bei einem Verfall des Pfundes – nach dem Brexit hat es diesen gegeben – bedeutet dies mehrere 100 Millionen € Mehraufwand in der Produktion in England für die dort produzierten Fahrzeuge. Also ein Umstand, mit dem, glaube ich, niemand von uns, aber möglicherweise auch nicht viele Unternehmen gerechnet hatten: dass die Engländer sich so entscheiden würden, wie sie es im Juni getan haben.

Dass wir aus ganz anderen geopolitischen Gründen mit den Russen zurzeit große Auseinandersetzungen haben, die sich dann aber durch die Maßnahmen der westlichen Welt, der Europäischen Union und der Amerikaner, im Sinne von Handelsboykotten und -beschränkungen niederschlagen, hat Opel auf dem Weg in die Märkte der Russischen Föderation ebenfalls massiv beeinträchtigt und dazu geführt, dass sich Opel dort weitestgehend – eigentlich komplett – zurückgezogen hat.

Um nur einmal zwei Bereiche zu nennen: Obwohl das Unternehmen, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die Forschungsabteilung tolle Erfolge für sich verbuchen können, sehr fleißig gearbeitet haben, Verzicht geübt haben – ich erinnere noch einmal daran: um die Jahrtausendwende hat GM an allen Standorten in Europa 12.000 Beschäftigte abgebaut –, ist es leider bis heute so, dass auch äußere Umstände dazu führen können, dass Unternehmen in Schwierigkeiten geraten.

Umso mehr ist und war uns eines wichtig. Ich bin ausdrücklich auch den Sozialdemokraten als in dieser Frage genauso involvierter Oppositionspartei dankbar, dass wir heute einen gemeinsamen Antrag verfasst haben, in dem wir sehr klar zum Ausdruck bringen, dass wir einerseits ein Signal an die Beschäftigten und an die Unternehmensleitung senden wollen, andererseits aber auch deutlich machen wollen: Das, was jetzt passiert, ist ein Wandel, ist eine Veränderung, in der auch Chancen und nicht nur Risiken, Lasten und Unzumutbares liegen.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie des Abg. Lothar Quanz (SPD))

Der Ministerpräsident hat die Automobilwirtschaft und die Entwicklung dort angesprochen. Ja, wir reden heute nicht mehr nur über die klassische "Old Economy" oder die klassische Automobilwirtschaft der letzten Jahrzehnte. Die Produkte, die dort gefertigt werden und die der Markt sucht, sind Mobilitätsprodukte.

Wenn man sich in den etablierten Automobilindustrieunternehmen seit Jahren darauf vorbereitet, aber weiß, dass sich Märkte teilweise dramatisch verändern, was die Beschäftigung von Unternehmen mit neuen Produktzweigen und Entwicklungen anbelangt, könnte man, wenn es um die Digitalisierung geht – das ist ja nicht nur die Verbesserung der Technik im Auto selbst, sondern das ist Satellitennavigation, das ist Vernetzung von Fahrzeugen untereinander, die am Ende zu besserer Mobilität und mehr Effizienz in der Mobilität führen, aber am Ende auch dazu, dass wir uns ökologisch mit den Produkten, die dort unterwegs sind, besser aufstellen -, auf die Idee kommen, dass im Silicon Valley einige große Unternehmen sitzen, die sich bisher im digitalen Sektor eher im klassischen Bereich beschäftigen und dort enorme Gewinne und Eigenkapital-Größenordnungen angesammelt haben. Ich nenne einmal Alphabet.

Nur mal als eine Zahl zwischendrin: 150 Milliarden € Eigenkapital bei Alphabet, der Mutter von Google, mit einem hohen Liquiditätsgrad in den Bilanzen, was wiederum bedeutet: Wenn die eines Tages sagen: "Das Einzige, was wir in der Frage Mobilität noch nicht können, ist das eigentliche Autobauen", könnte man ja auf deren Seite auch auf die Idee kommen: Dann kaufen wir uns ein Automobilunternehmen.

Ich will das nur mal als mögliche Skizze für das, was da passieren kann, hier in den Raum stellen und sagen: In einer solchen Zeit ist es wichtig, dass die klassischen Automobilhersteller Ihre Kräfte bündeln. Deswegen ist das eine oder andere, was in den Zeitungen steht, jedenfalls aus meiner Sicht plausibel, wenn dort zu lesen ist, dass PSA als die potenzielle Käuferin in den letzten Jahren die Forschungs- und Entwicklungskosten deutlich zurückgeführt hat, um das Unternehmen betriebswirtschaftlich wieder auf Kurs zu bringen. Andererseits liegt – auch darauf ist eben von Volker Bouffier hingewiesen worden - gerade dort seit vielen Jahren mit dem Forschungszentrum eine wirklich herausragende überdurchschnittliche Schwerpunktsetzung bei Opel in Rüsselsheim. Dann kann man ja vielleicht auf die Idee kommen, dass die Dinge gar nicht so schlecht zueinanderpassen und dass PSA ein hohes Interesse daran hat, gerade auch das Know-how, das dort entwickelt worden ist, zu erwerben.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich will einen Punkt nicht auslassen. Ich will deutlich sagen, dass wir aber auch nicht aus dem Blick verlieren dürfen, dass es am Ende des Tages bei dem, was sich dort entwickelt, immer darauf ankommen wird, dass unser Land und die Standorte der Unternehmen in unserem Land wettbewerbsfähig bleiben. Das erfüllt mich dann schon auch mit der einen oder anderen Sorge.

Da haben Sozialdemokraten und Christdemokraten in den nächsten Monaten vieles in einer grundsätzlichen Auseinandersetzung zu tun, nämlich bezüglich der Frage, ob wir wettbewerbsfähig sind und bleiben. Wenn der Verband der Automobilindustrie erklärt – darauf ist der Ministerpräsident ebenfalls eingegangen –, wir brauchen eine Balance zwischen Industriepolitik und dem, was Klimaschutz heißt, dann ist das genauso richtig, wie wenn Sie zu Recht darauf hinweisen, dass in den letzten Jahren viele deutsche Unternehmen, auch Unternehmen der Automobilindustrie, eine etwas aufgehende Schere zwischen Produktivitätssteigerung und Kostensteigerung haben, insbesondere im Bereich der Arbeitskosten.

Das kann man nun doof finden. Ich glaube, wir sollten es ernst nehmen, wenn das als Problem beschrieben wird, was wiederum bedeutet, wir müssen als Politik darauf achten, dass die Arbeitskosten in unserem Land wettbewerbsfähig bleiben. Das heißt nicht Dumpinglöhne. Das heißt aber auch nicht – da bin ich schon auch ein bisschen im Bundestagswahlkampf, und darüber werden wir streiten müssen –, dass der designierte Kanzlerkandidat der SPD unterwegs ist und Dinge als Tatsachen behauptet, die er ein paar Tage später – Gott sei Dank heute geschehen – zurücknehmen muss, die aber in den Kern dieser Problematik reichen, nämlich beispielsweise zu behaupten, dass 40 % – –

(Günter Rudolph (SPD): Was soll denn das jetzt? – Zuruf des Abg. Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD) – Holger Bellino (CDU): Was denn? – Unruhe bei der SPD und der CDU – Glockenzeichen des Präsidenten)

 Lassen Sie mich doch einmal. Das ist doch, glaube ich, hier statthaft.

Vizepräsident Frank Lortz:

Meine Damen und Herren, einen Moment, bitte. Ich bitte Sie um Aufmerksamkeit.

(Zurufe von der SPD und der CDU)

Michael Boddenberg (CDU):

Wenn Sie mich ausreden lassen – Herr Schäfer-Gümbel kann das ja nachher kommentieren –: Also, wenn dort in den letzten Tagen behauptet – –

(Unruhe – Glockenzeichen des Präsidenten)

Nein, ich komme zum Thema, Herr Kollege. – Also, wenn dort behauptet wird, dass 25- bis 35-Jährige zu 40 % befristete Arbeitsverhältnisse haben, und heute die "Bild"-Zeitung sagt – Sie können ja sagen, ob das falsch ist oder nicht –, eigentlich sind es aber nur 12 %, dann zeigt das, dass wir Acht geben müssen. Das ist ein Problem, das ich nicht wegrede.

(Unruhe – Glockenzeichen des Präsidenten)

Ich hätte auch lieber nur dauerhafte und unbefristete Arbeitsplätze. Aber dann zeigt das doch, dass wir über diese Fragen reden müssen; denn das haben wir seinerzeit – Agenda 2010 als Stichwort – nicht gemacht, um die Leute zu ärgern,

(Zurufe von der SPD)

sondern das haben wir gemacht, um genau die Wettbewerbsfähigkeit, über die wir jetzt wieder häufiger reden müssen, in diesem Land aufrechtzuerhalten. Das Ergebnis kann man besichtigen: Rekordzahlen auf dem Arbeitsmarkt, aber eben auch großartige Erfolge der deutschen Wirtschaft, auch der Automobilwirtschaft.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Daniel May (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Darauf wird es am Ende des Tages ankommen: dass wir das nicht aus dem Auge verlieren, aber durchaus auch diesen Streit führen. Deswegen verstehe ich die Aufregung überhaupt nicht, dass wir darüber streiten, was dort der ausbalancierte Weg ist, der einerseits den Interessen von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern gerecht wird, andererseits aber dafür sorgt, dass die deutsche Automobilwirtschaft auch zukünftig hier ihre Standorte hat, hier die Arbeitsplätze stellt, und hier ihre Zukunft hat. – Herzlichen Dank.

(Anhaltender Beifall bei der CDU und dem BÜND-NIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Frank Lortz:

Vielen Dank, Kollege Boddenberg. – Das Wort hat der Abg. Schäfer-Gümbel, Fraktionsvorsitzender der SPD.

Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD):

Herr Präsident, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Ich bin zunächst grundsätzlich dankbar, dass es gelungen ist, hier einen gemeinsamen Antrag zu der Frage, die uns seit einer Woche beschäftigt, nämlich der Frage der Zukunft von Opel, am Ende hinzukriegen.

Herr Boddenberg, lassen Sie mich das zumindest ganz am Anfang allerdings auch klarstellen: Da Sie ja am Dienstag schon mein Interview im Deutschlandfunk ausgewertet haben – ich habe es ja gesehen –, hätten Sie wissen können, wie die Auflösung des Problems mit den 40 % ist. Und wenn Sie mit mir über die Agenda 2010 und möglichen Reformbedarf reden wollen, machen Sie einen eigenen Antrag. Das diskutieren wir am Ende der Tagesordnung. Aber wir sollten es nicht bei dem Thema Opel aufrufen.

(Beifall bei der SPD – Michael Boddenberg (CDU): Reden Sie mal zum Thema!)

Damit will ich zum Kern des eigentlichen Themas kommen. Das ist – ich will das wiederholen – der Klassiker für Zusammenarbeit zwischen Regierung und Opposition, deswegen habe ich unmittelbar nach Bekanntwerden auch mit dem Ministerpräsidenten genau zu dieser Frage gesprochen: Natürlich nutzen wir wechselseitig alle Kanäle, die uns zur Verfügung stehen, um in dieser Situation Opel zu begleiten, vor allem aus meiner Sicht natürlich auch die Betriebsräte, die Gewerkschaft und die Beschäftigten, und das ist auch notwendig – nicht nur mit Blick auf die Tradition des Unternehmens, sondern auch mit Blick auf die ökonomische und soziale Zukunftsfähigkeit des Unternehmens und letztlich auch mit Blick darauf, dass Opel derzeit schlicht und einfach gute Autos baut.

Warum beschäftigt sich Politik damit? Denn am Ende ist es ein privatrechtliches Geschäft, geht es um einen Verkauf von Opel durch GM an PSA. Ich will das deswegen noch einmal unterstreichen: Wir beschäftigen uns damit – ich teile alle Argumente, die hier formuliert wurden –, weil es letztlich um Zukunft und Perspektiven der deutschen Automobilindustrie geht. Das hat ein erhebliches Gewicht für die Wohlstandsentwicklung im Land. Deswegen kämpfen wir für Beschäftigte, für Standorte und die Zukunftsperspektiven mit den Mitteln, die uns zur Verfügung stehen.

Ich glaube, dass das ein paar mehr sind als nur eine Aktuelle Stunde im Hessischen Landtag.

(Beifall bei der SPD)

Ich will dennoch ein paar Bemerkungen zur Einordnung machen. Das, was sich General Motors in der letzten Woche wieder einmal geleistet hat, ist mit Blick auf die Wirkung in Richtung der Betriebsräte, der Gewerkschaften, der Beschäftigten eine echte Zumutung. Der GM-Zentrale musste man nicht zum ersten Mal erklären, wie die Regeln von Mitbestimmung in unserem Land sind. Sie ignorieren das seit Jahren konsequent. Es ist ein Dauerärgernis.

Deswegen will ich für mich ausdrücklich mit Blick auf die Gespräche sagen: Der Verkauf von Opel an PSA ist eine Chance, wenn die Rahmenbedingungen richtig gestellt werden.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten der CDU)

Der Verkauf von Opel und die Kooperation mit PSA kann ausdrücklich zu einem Beispiel guter und erfolgreicher europäischer Industriekooperation werden, wie es manch anderes Beispiel – Stichwort: Airbus – schon gibt. Ich finde, gerade mit Blick auf das transatlantische Verhältnis haben wir allen Anlass, darüber nachzudenken, wie europäische Industriepolitik aussehen muss, wenn sich bestimmte Akteure durch Abschottung stärker zu machen versuchen, auch wenn das aus meiner Sicht nicht funktioniert.

Dabei müssen allerdings wesentliche Fragen in den nächsten Monaten geklärt werden. Ich will ausdrücklich darauf hinweisen, auch mit Blick auf die Agenturmeldungen des heutigen Tages: Möglicherweise wird in den nächsten Tagen ein Memorandum of Unterstanding für eine Kooperation abgeschlossen. Die eigentlichen Vertragsverhandlungen beginnen aber erst danach und werden sich nach allgemeiner Einschätzung noch über mehrere Monate hinziehen.

Die Fragen, die geklärt werden müssen, sind in der Tat die Zukunftssicherung von Produktionsstandorten, die Zukunftssicherung von Verwaltung, des Entwicklungszentrums, die Frage von Patentregelungen, der Pensionsbelastungen, von Verschuldung bis hin zur Frage, wie wir in Zukunft mit Exportbeschränkungen drangsaliert werden; denn die GM-Mutter hat in den vergangenen Jahren Exportmärkte für Opel geschlossen und sie aus dem amerikanischen Bereich bedient. Oder aber es gibt Schwierigkeiten wie mit dem Brexit.

Ich habe übrigens in der ersten Debatte über den Brexit hier darauf hingewiesen, dass das nicht nur eine Frage für Finanzmarktakteure ist, sondern auch ausdrücklich ein industriepolitisches Thema mit Benennung von Opel und Rüsselsheim. – Zu betrachten ist auch die weitere Entwicklung auf dem russischen Markt. Da spielt die Frage der Sanktionspolitik schon eine gewisse Rolle.

Wie wir mit all diesen Fragen umgehen, wird uns sicherlich in den nächsten Wochen und Monaten beschäftigen. Ich freue mich ausdrücklich darüber, dass in den letzten Tagen verschiedene öffentliche Erklärungen auch der PSA-Führung in und nach Gesprächen mit politischen Verantwortungsträgern auf allen Ebenen zu hören sind, dass all diese Vereinbarungen, die bisher gelten, auch in Zukunft gelten sollen. Das gilt insbesondere mit Blick auf die Standort- und Beschäftigungssicherung bis 2020. Aber die substanziellen Fragen sind vor allem diejenigen, die im Anschluss, nach 2020, folgen. Deswegen: So schön diese

Erklärungen sind, am Ende wird das gelten und verbindlich sein, was in Verträgen abschließend beschlossen wird.

Die intensiven politischen Gespräche dienen der Begleitung dieser Vertragsverhandlungen. Es ist schon darauf hingewiesen worden – ich will ergänzen –, dass am heutigen Tag Bundeswirtschaftsministerin Brigitte Zypries mit ihrem französischen Amtskollegen Sapin, aber in den vergangenen Tagen auch Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles mit der französischen Amtskollegin El Khomri diese Fragen diskutiert haben. Mit Blick darauf, dass PSA zu einem substanziellen Teil dem französischen Staat gehört, sind diese Fragen sehr wohl relevant, ebenso diese Gespräche mit Blick auf das, was passiert.

Deswegen will ich am Ende dieses Abschnitts noch einmal betonen: Ich glaube, dass am Ende Paris und Rüsselsheim mehr vom europäischen Automarkt und von der betrieblichen Mitbestimmung verstehen als die Vertreterinnen und Vertreter in Detroit.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten der CDU)

Ich will mit Blick auf die derzeitigen Gespräche und Verhandlungen allerdings auch vier warnende Hinweise geben.

Erstens will ich ausdrücklich unterstreichen – deswegen habe ich auch so engagiert applaudiert, als die Formulierung kam –: Diese permanente Besserwisserei sogenannter Fachleute, deren persönliches Geschäftsmodell ein immer größeres Horrorszenario für den Beschäftigungsabbau ist, um – das ist zumindest mein Eindruck – mehr ihren eigenen Namen in Publikationen zu lesen, als sich mit den Zukunftsperspektiven für Automobilunternehmen zu beschäftigen, ist kontraproduktiv für das, was wir im Moment vor uns haben.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und der CDU – Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Ich will zweitens eine Warnung mit Blick auf die politischen Gespräche aussprechen, die mir im Moment besonders wichtig ist. Denn wir müssen aufpassen, dass sich General Motors mit Blick auf die Verhandlungen und Gespräche nicht schleichend und stillschweigend aus geltenden Regeln, Verträgen und Absicherungen zurückzieht. Wir werden darauf aufzupassen haben, weil es hinlängliche Erfahrungen aus der Vergangenheit mit den Freundinnen und Freunden aus der Zentrale in Detroit gibt. Das gilt nicht nur für die Übergangszeit der Vertragsverhandlungen zwischen März 2017 und dem Ende des Jahres 2017, sondern auch für die anschließende Zeit. Einige der Problemthemen habe ich vorhin schon angesprochen.

Drittens will ich uns gemeinsam dazu ermahnen, immer den Dreiklang von Produktion, Verwaltung und Entwicklung zu betonen. Die einseitige Betonung nur eines dieser Faktoren wird am Ende dazu führen, dass man versuchen wird, diese drei Themen gegeneinanderzustellen. Ich will gerade mit Blick auf Verwaltung und Produktion sagen, die nicht so oft im Zentrum der Debatten stehen, dass wir aufpassen müssen, dass die am Ende nicht in zusätzliche Schwierigkeiten geraten.

Die vierte Bemerkung, die mir wichtig ist. Ich bin Wolfgang Schäfer-Klug als Betriebsratsvorsitzendem außerordentlich dankbar, dass er in den letzten acht Tagen immer wieder darauf hingewiesen hat, dass die Standortländer –

damit sind die Bundesländer selbst gemeint, aber vor allem auch die europäischen Standortländer – sich nicht gegeneinander ausspielen lassen und versuchen, jeweils einzeln ihre regionalen Standortinteressen mit PSA separat zu verhandeln. Ein Wettbewerb Polen gegen Großbritannien, Hessen gegen Thüringen, Rheinland-Pfalz gegen Spanien wird am Ende nur dazu führen, dass die Standorte gegeneinander ausgespielt werden. Wolfgang Schäfer-Klug hat gesagt, es geht am Ende um die Zukunft von 40.000 Beschäftigten in Europa. – Wir sollten das immer als ersten Satz voranstellen.

(Beifall bei der SPD, der CDU, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich will ganz bewusst die letzten fünf Minuten meiner Redezeit nutzen, um die Fragen anzusprechen, die die FDP in ihrem Antrag aufgerufen hat, weil natürlich die Frage der Kooperation von PSA und Opel in einem Umfeld stattfindet, das ebenfalls schon mehrfach gestreift wurde.

Die FDP wirft in ihrem Antrag mehrere klimapolitische und Regulationsfragen auf, und ich finde, dass alle Fragen richtig benannt sind. Ich finde allerdings auch, dass keine einzige der Antworten im FDP-Antrag richtig ist. Trotzdem sind die Fragen völlig richtig, und sie sind übrigens nicht erst in den letzten Tagen aktuell, sondern sie sind schon ziemlich lange aktuell. Ich will einige wenige ansprechen.

Ja, die Entwicklung hin zur E-Mobilität wird uns weiterhin fordern. Das ist keine Frage, die sich allein an die Unternehmen richtet. Die Frage von Infrastruktur, auch der Bezahlbarkeit von Mobilität ist anzugehen. Ein marktgängiges und erfolgreiches E-Auto der Golf-Klasse kostet, wenn man es nicht subventioniert, 40.000 €. Das sind für Berufspendler, die möglicherweise in der Gehaltklasse zwischen 30.000 bis 40.000 € Jahresgehalt sind, unerschwingliche Preise.

Die Dieselaffäre von VW hat die Dieselstrategie der gesamten deutschen Automobilindustrie schwer beschädigt. Das hat viele Konsequenzen, nicht nur für VW. Wir werden auch mit Blick auf die Debatten zum Thema blaue Plakette, zum Stuttgarter Urteil und zum Vorgehen in Stuttgart aufpassen müssen, dass wir den Verbrennungsmotor gerade auch in der Übergangszeit und gerade auch angesichts der Hybridlösungen nicht derart beschädigen, dass am Ende daraus nicht nur keine Mobilitätsstrategie mehr wird, sondern dass wir dann auch industriepolitisch in erhebliche Verdrückungen kommen werden.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten der CDU)

Ich will Sie dabei ausdrücklich mit drei Industriekooperationen wenigsten informativ beschäftigen, die in den letzten 14 Tagen öffentlich wurden. Denn das spielt in unseren Debatten selten eine Rolle. Honda und Hitachi – das sind zwei Konzerne, die in völlig unterschiedlichen Feldern tätig sind – haben in der vergangenen Woche eine Kooperation zum Thema E-Mobilität beschlossen, und zwar in einem ziemlich großen Umfang.

(Vizepräsidentin Heike Habermann übernimmt den Vorsitz.)

Das muss uns aufhorchen lassen: Honda und General Motors haben zu Beginn dieses Jahres eine Kooperation beschlossen, um bis zum Jahr 2020 die Produktion von Was-

serstofffahrzeugen gemeinsam auf den Weg zu bringen. Toyota und Suzuki haben in der vergangenen Woche eine Industriekooperation mit Blick auf Kleinwagen und SUVs beschlossen. Beides sind Konzerne, die technologisch sehr wohl in der Lage sind, Themen massiv voranzutreiben.

Herr Boddenberg, ich will deswegen schon noch einmal auf Ihre letzten Bemerkungen zu sprechen kommen. All die Herausforderungen, die für die deutsche Automobilindustrie nur aus dem Inhalt dieser Stichworte entstehen werden, werden sich sicherlich nicht allein mit der Frage der Arbeitskosten beantworten lassen.

(Michael Boddenberg (CDU): Sicherlich nicht! Da stimme ich Ihnen zu! Aber auch!)

Da haben wir ganz andere Themen zu stemmen. Am Ende muss es um eine intensive Kooperation der Politik, der Wissenschaft und der Industrie gehen. Denn ansonsten werden wir scheitern.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Ich will meinen Lieblingssatz wiederholen: Die Energiewende ist die kleine Schwester der Verkehrswende. – Die Verkehrswende wird uns technologisch, finanziell und strukturell sehr viel stärker als das fordern, was wir in den letzten zehn Jahren über die Energiewende diskutiert haben, wenn wir das Wohlstandsmodell so halten wollen, wie es ist. Zum einen will ich das mit Blick auf die Batterietechnik beschreiben. Ich will es aber auch noch einmal mit Blick auf die Entscheidung in Stuttgart beschreiben.

Ich kann es nur begrüßen, dass eine Stadt wie Hamburg klipp und klar entschieden hat, dass der öffentliche Personennahverkehr bis zum Jahr 2020 auf lokal emissionsfreie Verkehre umgestellt werden wird. Ich wünsche mir ähnliche Initiativen bei uns. Denn insbesondere das Thema Feinstaub betrifft natürlich auch den ÖPNV. Deswegen wird für uns die Industriepolitik in den nächsten Jahren eine ziemlich große Rolle spielen.

Das will ich als Selbstverpflichtung nennen und als letzte Bemerkung an uns selbst richten: Weder Opel noch sonst wer braucht in diesen Tagen Management by Helicopter: einfliegen, Staub aufwirbeln und wieder verschwinden, bevor sich der Staub gelegt hat. Das wäre sicherlich falsch verstandene Verantwortung gegenüber Zigtausend Beschäftigten und ihren Familien in Rüsselsheim, in Deutschland und in Europa. – Herzlichen Dank.

(Anhaltender Beifall bei der SPD – Beifall bei Abgeordneten der CDU und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Heike Habermann:

Vielen Dank. – Als Nächster spricht Herr Kollege Wagner für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN):

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Wir haben in diesem Landtag im Jahr 2009 schon einmal diskutiert – mit Blick auf das Jahr 2009 sage ich: diskutieren müssen –, dass sich General Motors von Opel trennen wollte und dass Opel übernommen werden sollte. Damals wie heute ist der Umgang von General Motors mit diesem Thema, mit den

Beschäftigten, mit ihren Sorgen und mit ihren Nöten alles andere als angemessen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei Abgeordneten der CDU und der SPD sowie der Abg. Janine Wissler (DIE LINKE))

Aber die Situation heute unterscheidet sich glücklicherweise sehr wohltuend von der im Jahr 2009. 2009 hatten wir die Situation, dass General Motors und auch Opel akute Liquiditätsprobleme hatten. Das hat damals dazu geführt, dass wir uns als Hessischer Landtag für eine sehr weitreichende Erweiterung des Bürgschaftsrahmens entschieden haben.

Ich sage ausdrücklich, dass die Situation heute anders ist. Opel hat einen Strategiewechsel eingeleitet. Es verfolgt eine neue Unternehmensstrategie. Es ist nach der Krise im Jahr 2009 gelungen, im Zusammenwirken der Unternehmensführung und des Betriebsrats – ich will das ausdrücklich sagen: und des Betriebsrats – eine neue Strategie zu entwickeln. Das ist eine Strategie, mit der Opel auch als eigenständiges Unternehmen viele Chancen hätte, auf dem Automobilmarkt zu bestehen. Das ist ein wesentlicher Unterschied zu der Situation im Jahr 2009 und eine große Leistung des gemeinsamen Engagements der Arbeitnehmer und der Arbeitgeber bei Opel.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der CDU)

Es ist völlig berechtigt, dass auch die neue Debatte über eine Übernahme bei den Beschäftigten große Sorgen und Verunsicherung auslöst. Denn bei solchen Übernahmeprozessen ist keinesfalls entschieden, wie sie am Ende ausgehen.

(Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Das ist wohl wahr!)

Es wäre nicht das erste Mal, dass die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer die Erfahrung machen, dass es nicht um den Zusammenschluss von zwei Gleichen geht und dass es nicht um ein Projekt geht, bei dem am Ende der Zugewinn und der Nutzen für beide steht, sondern dass es um ein Projekt geht, bei dem sich der eine einen Vorteil zulasten des anderen verschafft.

Diese Sorgen sind berechtigt. Deshalb war es auch gut, dass in den vergangenen Tagen über diese Sorgen gesprochen wurde. Deshalb ist es auch gut, dass die ersten Zeichen, die wir von PSA haben, ein anderes Signal senden, nämlich dass man wirklich einen Zusammenschluss von zwei Unternehmen zum Nutzen beider haben will. Das sind erste wichtige Signale bei diesem Prozess. Entschieden ist das aber noch keinesfalls.

Deshalb ist es wichtig, dass dieser Prozess auch von politischer Seite begleitet wird. Die Unternehmensführung von Opel, aber vor allem die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sollen wissen, dass die deutsche Politik und die hessische Politik auf ihrer Seite stehen. Sie wollen die Standorte in Hessen, in Deutschland und in Europa erhalten

Es ist wichtig, dass wir das tun. Denn die französische Regierung macht das auch. Wir sollten nicht so tun, als sei das ein Prozess, aus dem sich die französische Regierung völlig heraushalten würde. Der französische Staat ist Anteilseigner bei PSA. Deshalb ist es gut, dass auch wir unseren Beitrag leisten, die Sorgen der Beschäftigten bei Opel

zu minimieren, und unseren Beitrag dazu leisten, dass es ein fairer Zusammenschluss von zwei Unternehmen wird.

> (Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der CDU sowie der Abg. Thorsten Schäfer-Gümbel und Timon Gremmels (SPD))

Vor diesem Hintergrund empfinde ich es als ziemlich zynisch, dass einige politische Mitbewerber, aber auch Leute, die uns beobachtend begleiten, die Frage aufwerfen, warum sich die Politik mit diesem Thema beschäftigt. Sollen wir die Sorgen der Menschen in diesem Land ignorieren? Soll der Hessische Landtag schweigen, wenn sich die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bei Opel fragen, was da gerade passiert? Hat diese globalisierte Welt und hat dieser Unternehmenszusammenschluss irgendetwas mit mir zu tun? Oder werde ich hier Opfer von Interessen, die mit mir gar nichts zu tun haben? Soll die Politik, soll die Interessenvertretung der Bürgerinnen und Bürger dazu schweigen?

Ich meine Nein. Wir müssen klar Position beziehen. Wir sollten uns nicht überhöhen. Wir sollten nicht so tun, als seien wir in diesem Prozess die Entscheider. Wir sollten die Verantwortlichkeiten klar benennen. Die Verantwortung liegt bei den Unternehmensführungen von General Motors, von Opel und von PSA.

Aber wir dürfen doch als politische Menschen und als Interessenvertreter der Menschen unseres Landes eine Meinung dazu haben. Wir dürfen auch alles – und ich finde, wir müssen auch alles – dafür tun, dass die Interessen der Beschäftigten bei Opel gewahrt werden.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der CDU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Deshalb sage ich: Man darf vorsichtig optimistisch sein, dass die Anstrengungen, die ergriffen wurden, und die Zusagen, die PSA bislang gegeben hat, tatsächlich dazu führen werden, dass das ein Zusammenschluss auf Augenhöhe und zum Nutzen beider werden wird.

Das muss es auch werden. Opel war und ist auf einem guten Weg mit der neuen Unternehmensstrategie. Es ist nicht der Unternehmensführung und schon gar nicht den Beschäftigten von Opel anzulasten, dass diese Strategie, die auf einem erfolgreichen Weg war, durch das Votum der Briten, mit dem Brexit die Europäische Union zu verlassen, einen erheblichen Rückschlag erlitten hat. Natürlich hat das Auswirkungen auf Absatzmärkte und auf die Standorte von Opel in Deutschland und Hessen. Wenn die Leute manchmal fragen: "Was hat diese Europäische Union denn eigentlich mit uns zu tun?", dann sieht man genau an diesem Beispiel, dass sie sehr viel mit uns zu tun hat, weil der Brexit die Chancen von Opel, ihre erfolgreiche Strategie zu verwirklichen, minimiert hat. Das müssen wir in dieser Debatte einmal klarstellen. Meine Damen und Herren, mehr Europa und der Zusammenhalt von Europa sind eine Chance für Opel. Manche Schwierigkeit, die jetzt entstanden ist, wäre vielleicht nicht so ausgeprägt aufgetreten.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der CDU)

Diese Debatte wirft – gerade was die über- und supranationale Zusammenarbeit angeht – sehr spannende und grundsätzliche Fragen auf. Wir haben in Deutschland in den vergangenen Jahren aus guten Gründen eine Haltung vertreten, dass sich die öffentliche Hand – der Staat – aus privat-

wirtschaftlichen Unternehmen zurückgezogen hat. Ich sage ausdrücklich: Wir haben das aus guten Gründen gemacht. Wir haben aus guten Gründen eine Politik vertreten – Kollege Michael Boddenberg hat darauf hingewiesen -, die auf einen freien und fairen Welthandel gesetzt hat. Das war ausdrücklich richtig. Wir sollten aber schauen, was gerade andere Akteure in diesem Welthandelt tun. Wir sollten nicht aus dem Blick verlieren, dass der französische Staat an PSA Peugeot nicht unerheblich beteiligt ist. Wir sollten ebenfalls nicht aus dem Blick verlieren, dass das chinesische Staatsunternehmen Dongfeng auch an Peugeot beteiligt ist. Hier ist es wieder die Aufgabe, politisch wachsam zu sein. Wenn wir uns am Ende zurückhalten oder - wie mancher politischer Beobachter meint - die Politik gar nichts dazu sagen sollte, aber gleichzeitig der Einfluss anderer Staaten über Staatsbeteiligungen an diesen Unternehmen zunimmt,

(Florian Rentsch (FDP): Was heißt das?)

dann haben wir nichts gewonnen. Das hat dann auch nichts mit einem fairen und freien Welthandel zu tun.

Herr Kollege Rentsch, deshalb ist es wichtig, Position zu beziehen

(Florian Rentsch (FDP): Wollen Sie bei Opel einsteigen, oder was?)

und aufzupassen, dass unsere Haltung, uns aus privatwirtschaftlichen Unternehmen zurückzuziehen, am Ende nicht dazu führt, dass die Chinesen den Einfluss auf diese Unternehmen haben

(Zuruf des Abg. Florian Rentsch (FDP))

und uns Technologiefortschritte, die wir haben, vielleicht verloren gehen. Das gehört auch in eine politische und ökonomische Debatte über Opel.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der CDU)

In diese Debatte gehört natürlich auch - das haben die Kollegen Vorredner schon angesprochen - die Frage nach der Zukunft der Automobilindustrie. Deutschland ist das Land. in dem das Automobil erfunden wurde und in dem die Automobilindustrie eine große, lange und sehr erfolgreiche Tradition hat. Diese erfolgreiche Tradition hat die Automobilindustrie in Deutschland, weil sie immer etwas kreativer und innovativer war und die Tüftler in Deutschland immer ein bisschen besser waren. Das hat den Vorsprung der deutschen Automobilindustrie ausgezeichnet. Das wird und muss den Vorsprung der deutschen Automobilindustrie auch weiterhin auszeichnen; denn Deutschland als hoch entwickeltes Land wird den Wettbewerb allein um Arbeits- und Produktionskosten wahrscheinlich nicht gewinnen können. Unser Wettbewerbsvorteil - das, was wir beitragen können und was unsere Produkte auszeichnet sind die Innovation und das Faktum, dass wir an technischen Prozessen und an gesellschaftlichen Entwicklungen näher dran sind. Das ist der Vorteil, der die deutsche Automobilindustrie wettbewerbsfähig gehalten hat und weiterhin wettbewerbsfähig halten wird.

Deshalb sind solche Themen wie Elektromobilität, Automobilkonzerne als Mobilitätsdienstleister, die Entwicklung rund um die Brennstoffzelle und emissionsarme oder -freie Autos natürlich aufgerufen. – Das ist die Zukunft der Automobilindustrie. Diesen technologisch extrem anspruchsvollen Themen muss sich die Automobilindustrie widmen.

Sie widmet sich ihnen auch, weil hier der entscheidende Wettbewerbsvorteil liegt. Hier können wir besser sein und früher als andere Antworten geben. Meine Damen und Herren, hier können wir mit der Innovation einen wesentlichen Beitrag dazu leisten, dass die deutsche Automobilindustrie und die Arbeitsplätze bei uns und in Europa erhalten bleiben.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der CDU sowie des Abg. Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD))

Wer glaubt, mit dem Festhalten am Bestehenden und dem Festhalten am Verbrennungsmotor sowie der bisherigen Technik sei und werde schon alles gut, der verkennt völlig die ökologische Herausforderung, vor der der Individualverkehr steht.

(Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): So ist es!)

Die GRÜNEN haben schon vor 30 Jahren gesagt: Was würde passieren, wenn alle Chinesen Autos mit den gleichen Emissionswerten – von vor 30 Jahren – fahren?

(Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Das geht gar nicht!)

– Herr Kollege Schäfer-Gümbel ruft dazwischen: "Das geht gar nicht!" Das haben wir vor 30 Jahren schon gesagt.

(Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Das waren andere!)

Die heutige Situation ist: Alle Chinesen schicken sich an, Auto zu fahren. Es ist auch ihr gutes Recht, dass sie an Mobilität teilhaben wollen. Sie sehen aber auch die Probleme, die das mit sich bringt. Ich glaube nicht, dass China und andere Staaten unsere Fehler wiederholen wollen. Nein, sie werden die Produkte kaufen, die diese Fehler nicht wiederholen und die Antworten auf die Schadstoffprobleme geben, die man in den Riesenstädten Chinas heute schon hat. Auch deshalb ist es der richtige Weg, dass die deutsche Automobilindustrie einmal mehr die innovativste Automobilindustrie ist. Wir glauben nicht, dass wir den Wettbewerbskampf allein über niedrige Arbeitskosten werden gewinnen können. Meine Damen und Herren, es muss um Innovation gehen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der CDU)

Weil es um Innovation geht, hat Opel bei dieser Übernahme auch gute Chancen – ich möchte das einmal betonen –, diese tatsächlich als Partner unter Gleichen zu gestalten. Wir haben in Rüsselsheim mit dem Entwicklungszentrum genau die Kompetenzen für diese Technologien, um für diesen Prozess in die Zukunft des Automobils zu schauen.

Diese Neuaufstellung und die Produktstrategie des Unternehmens wurden in den letzten Jahren von der Unternehmensführung und dem Betriebsrat entwickelt. Das muss jetzt Früchte tragen und darf nicht verloren gehen. Das hat Opel beizutragen. Wenn das tatsächlich in den gemeinsamen Konzern eingebracht wird, wenn wir als Politik das leisten, was wir leisten können, ohne uns zu überhöhen, dann kann das ein Zusammenschluss zum Nutzen von beiden sein. Meine Damen und Herren, daran sollten wir alle gemeinsam arbeiten. Wir sollten das heute in diesem Landtag mit dem Abstimmungsverhalten zu unserem Antrag auch zum Ausdruck bringen. – Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der CDU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsidentin Heike Habermann:

Vielen Dank. – Als Nächster spricht Kollege Rentsch für die FDP-Fraktion.

Florian Rentsch (FDP):

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Kollege Wagner, es ist richtig, dass uns das Thema Opel hier nicht zum ersten Mal beschäftigt. Ich freue mich, dass Volker Hoff heute da ist. Wir haben in einer Zeit der Krisen versucht, nach einer langen Diskussion der damals von CDU und FDP geführten Landesregierung, Rahmenbedingungen zu schaffen, dass Opel nach der Insolvenz des Mutterkonzerns GM in einer Situation bleiben kann, die den Fortbestand der Produktion der Marke Opel gewährleistet. Damals ist aber auch – die Kollegen erinnern sich an die Diskussion – durch den Versuch des Verkaufs an Magna probiert worden, eine Eigenständigkeitsstrategie zu unterstützen.

Ich sage für meine Fraktion sehr offen, wir waren damals an vielen Stellen skeptisch; die Kollegen können sich vielleicht noch erinnern. Wir haben uns damals auf das Minimum geeinigt, was möglich war. Ich glaube aber im Nachhinein, dass es kein Fehler war, diese Bürgschaft zu übernehmen. Heute müssen wir aber die Diskussion führen. Deshalb bin ich nicht gerade sehr begeistert über das, was wir hier diskutieren. Nicht, dass wir das bedauern würden nach dem Motto: "Das ist alles nicht schön", oder "Wir haben Sorgen". Die Sorge teilen wir. Meine Damen und Herren, die Frage ist aber: Was kann der Hessische Landtag tun, damit sich die Situation für den Automobilbau in Hessen und in Deutschland besser gestaltet als derzeit?

(Beifall bei der FDP)

Die Frage, ob Peugeot Opel von GM kauft, ist eine unternehmerische Entscheidung. Meine Damen und Herren, die Frage, warum sie das verkaufen, ist die eigentliche Frage, die heute hier auf die Tagesordnung gehört.

(Beifall bei der FDP)

Ich bin überrascht, dass wir über diese Frage wenig diskutieren.

Erstens kann man feststellen, das Vertrauen von GM in die Politik scheint nicht mehr so groß zu sein. Vor einigen Jahren war die Politik sehr frühzeitig eingebunden. Jetzt ist die Politik im Nachhinein hinzugekommen. Das muss nicht schädlich sein. Das muss aber auch nicht gut sein.

Zweitens. Richtig ist, dass wir hier darüber diskutieren, weil das Auswirkungen auf unseren Standort hat. Ich bitte aber auch darum, dass bei diesen Debatten über die Fragen diskutiert wird, die wir beeinflussen können. Es sollte nicht eine der vielen Sonntagsreden darüber gehalten werden, wie schlimm das doch alles ist und welche Gefahren sich hier ergeben. Das entwertet letztlich auch ein Stück weit das Parlament.

(Beifall bei der FDP)

Drittens. Wer sich mit den Opel-Mitarbeitern unterhält – ich denke, das werden alle getan haben –, wird feststellen, dass die Aussage des GM-Aufsichtsrats, man sehe für Opel

keinen Business Case mehr ab 2020, im Hessischen Landtag die Alarmglocken schrillen lassen muss. Wer keinen Business Case mehr sieht, scheint doch im Umkehrschluss zu sagen, dass die Rahmenbedingungen für die Produktion von Automobilen in Europa offenbar nicht mehr so sind, wie sie sein sollten, um damit Geld zu verdienen.

(Beifall bei der FDP)

Schauen wir uns einmal an, was der Aufsichtsrat diskutiert hat. Anhand des Gap to Target, also anhand dessen, was Opel erfüllen muss, um die CO₂-Vorgaben und die Feinstaubvorgaben ab 2020 zu erfüllen, die nicht an den produzierten, sondern an den verkauften Autos gemessen werden, wird deutlich, dass Opel noch einen weiten Weg vor sich hat.

Man kann zwei Konsequenzen daraus ziehen, Herr Kollege Wagner. Man kann sagen: Opel hat in den letzten Jahren eine Entwicklung verschlafen. – Das sagen Sie. Man kann aber auch sagen – und das ist meine Meinung –, dass die Vorgaben in Europa, die wir in diesem Bereich machen, an vielen Stellen überzogen sind.

(Beifall bei der FDP)

Sie haben gerade das Beispiel China gebracht. Wenn ich die chinesische Diskussion über das Thema Automobil verfolge, dann stelle ich fest, dass wir eine Binnendiskussion über Nanopartikel führen. Das finde ich völlig in Ordnung. Die Verhältnismäßigkeit und der gesunde Menschenverstand müssen an dieser Stelle aber ein Stück weit beachtet werden.

Deshalb kann ich nur sagen: Wenn die Antwort der europäischen Industriepolitik nur ist, den Verbrennungsmotor aus Europa zu vertreiben, dann kann ich dazu nur sagen, dass die Freien Demokraten alles dafür tun werden, dass das nicht passiert,

(Beifall bei der FDP – Zuruf des Abg. Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD))

weil – und da sind wir uns ja einig – die Wertschöpfungskette – Sie können gerne eine Zwischenfrage stellen, wenn das beabsichtigt war.

Vizepräsidentin Heike Habermann:

Ich glaube, das war beabsichtigt, Herr Rentsch. Sie gestatten die Zwischenfrage offenbar.

Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD):

Herr Kollege Rentsch, ich habe Ihre Einlassung nicht ganz verstanden. Ich habe auf zwei Punkte hingewiesen. Ich habe erstens auf die Frage des Übergangs vom Verbrennungsmotor zum Hybridantrieb hingewiesen. Meine Frage ist, ob Sie meine Einschätzung teilen, dass das eine mögliche Lösung ist.

Zweitens. Sind Sie wirklich der Überzeugung, dass die Argumentation von GM trägt und ehrlich gemeint ist, wenn GM gleichzeitig plant, ein Projekt zum Thema Wasserstoffmotor bis zum Jahr 2020 gemeinsam mit Honda umzusetzen? Glauben Sie insofern, dass das wirklich die Hauptbegründung für Opel ist?

Florian Rentsch (FDP):

Vielen Dank, Herr Kollege Schäfer-Gümbel. Ich will gerne darauf eingehen. Ich glaube, dass wir weder bei der ersten noch bei der zweiten Frage in der Einschätzung auseinanderliegen. Ich muss aber auch feststellen, dass ich das nicht einschätzen kann; denn ich bin Jurist. Ich habe nicht die Kompetenz, einzuschätzen – das scheint bei einigen in diesem Raum anders zu sein –, welche Technologien in Zukunft dazu führen werden, dass wir sowohl umweltpolitisch als auch ökonomisch gute Fahrzeuge herstellen.

(Beifall bei der FDP)

Deshalb möchte ich an dieser Stelle das großartige Interview mit Katrin Göring-Eckardt vom vergangenen Wochenende zum Thema "Martin Schulz" erwähnen. In diesem Interview sagt Katrin Göring-Eckardt, Martin Schulz sei nicht die Zukunft, sondern die Vergangenheit. Da äußert sich Frau Göring-Eckardt, eine grüne Automobilexpertin, auch zum Thema Opel. Sie sagt, der Autokonzern habe eine Mitschuld an einer möglichen Übernahme durch Peugeot:

Die merken erst jetzt, wo es für Opel fast zu spät ist, dass sie grundlegend umsteuern müssen, ...

Frau Göring-Eckardt ist anscheinend eine Technologieexpertin und weiß genau, was Opel zu produzieren hat. Ähnlich hat sich Herr Al-Wazir in seiner alten Funktion hier geäußert nach dem Motto: Die müssen ökologischere Autos bauen. – Meine Damen und Herren, es kann doch nicht die Aufgabe der hessischen Landespolitik sein, Opel zu sagen, wie Opel seine Autos bauen soll. Wo sind wir denn mittlerweile angekommen?

(Beifall bei der FDP)

Deshalb müssen wir aufpassen, Herr Al-Wazir. Herr Boddenberg hat recht, wenn er sagt, dass 50 % der Wirtschaftspolitik nach Ludwig Erhard Psychologie seien. Die anderen 50 % dürfen nicht durch grüne Ideologie ersetzt werden nach dem Motto:

(Beifall bei der FDP)

In diesem Land gibt es eine Partei, die weiß, was passiert. – Der Kampf der GRÜNEN gegen den Verbrennungsmotor ist an vielen Stellen offensichtlich. Es gibt eine Institution, die Sie immer wieder vorschicken und die eng mit Ihnen verbunden ist. Das ist die Deutsche Umwelthilfe, die an jeder Stelle versucht, einen Kampf gegen Opel zu führen. Das ist sehr spannend. Der grüne Staatssekretär Baake ist einer der Gründerväter. Einer seiner Ziehsöhne ist Herr Samson, der derzeit Staatssekretär im hessischen Wirtschaftsministerium ist. Schauen wir uns einmal die Pressemitteilungen an, die die Deutsche Umwelthilfe verfasst hat und die sich gegen Opel richten.

(Zuruf der Abg. Angela Dorn (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Dann darf ich doch einmal die Frage stellen: Ist das gut für Opel, oder ist es ein Imageschaden, wenn eine deutsche Organisation so einen Kampf gegen ein wichtiges Automobilunternehmen in Deutschland führt? Das ist doch völlig abstrus, was wir hier machen.

(Beifall bei der FDP)

Ich möchte heute hier über die Frage diskutieren, was wir tun können, damit die Automobilindustrie in Deutschland eine Zukunft hat und damit nicht diese Debatte der Anfang vom Ende der Industrie in Deutschland ist, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP – Zuruf des Abg. Michael Boddenberg (CDU))

- Herr Kollege Boddenberg, wir haben doch nicht ohne Grund hier schon dreimal über Kali + Salz diskutieren müssen, nämlich weil Ihre Landesregierung nicht in der Lage ist, ordentliche Rahmenbedingungen für ein wichtiges Unternehmen in Hessen zu schaffen. Das ist doch eindeutig.

(Beifall bei der FDP)

Das Gleiche gilt – damit will ich den Ministerpräsidenten wieder in die aktuelle Diskussion zurückholen – auch für diese Landesregierung bei einer aktuellen Frage. Herr Ministerpräsident, ist es denn richtig, dass wir hier eine Sonntagsrede nach der anderen hören, dass wir etwas für den Automobilbau in Deutschland tun müssen, während Sie im kommenden Monat mit Ihrer Landesregierung einen Klimaschutz-Aktionsplan vorlegen, der die deutsche und die hessische Industrie massiv belasten wird? Ist das richtig?

(Beifall bei der FDP – Angela Dorn (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Haben Sie das gelesen? – Weitere Zurufe)

 Da müssen Sie sich keine Sorgen machen. Bei Ihnen sickert alles heraus. Es ist nicht so, dass das bei Ihnen bleibt, sondern wir haben die Vorlagen wahrscheinlich eher als Sie.

(Beifall bei der FDP)

Ich will ein Beispiel hinzufügen. Mir liegt eine Vorlage der nordrhein-westfälischen Landesregierung vor, und zwar des grünen Umweltministers Remmel. Diese ist im Januar 2017 dort im Kabinett beraten worden: "Weg freimachen für E-Mobilität: Einführung einer verbindlichen Quote für Neufahrzeuge im Markt".

Ein Vorschlag zur Einführung einer verbindlichen Quote für Neufahrzeuge im Markt ist dem Kabinett von Herrn Remmel vorgelegt worden. Ich bin gespannt, ob das dort beschlossen wird oder ob das einen anderen Weg finden wird. Wenn das grüne Politik ist, wenn man den Automobilstandort Deutschland so voranbringen will, dann wird mir angst und bange um die Industrie in Deutschland.

(Beifall bei der FDP)

Herr Ministerpräsident, deshalb kommen Sie bei dieser Frage ins Spiel. Wenn der Klimaschutz-Aktionsplan in Hessen ähnlich unsinnige Geschichten vorsieht, wie Herr Remmel sie in Nordrhein-Westfalen vorantreibt, dann brauchen wir hier keine Sonntagsreden zum Thema Automobilstandort, sondern wir brauchen Taten, die so etwas nicht ermöglichen, sondern verhindern, meine sehr geehrten Damen und Herren. Das ist der Unterschied.

(Beifall bei der FDP)

Deshalb kann man lange Debatten darüber führen, wie schlimm das alles ist oder welche Chancen sich ergeben. Meine Damen und Herren, GM würde Opel nicht verkaufen, wenn -

Vizepräsidentin Heike Habermann:

Herr Kollege Rentsch, gestatten Sie eine weitere Zwischenfrage?

Florian Rentsch (FDP):

Nein. Herr Boddenberg kann ja gleich noch nachlegen. Ich freue mich, wenn die Debatte noch etwas anhält; denn das ist schließlich ein wichtiges Thema.

Meine Damen und Herren, ich glaube, dass wir aufpassen müssen, dass wir bei der Frage der Industriepolitik nicht völlig falsche Zeichen setzen. Ich bin gerne bereit – Frau Kollegin Dorn hat sich vorhin ganz engagiert eingebracht –, über die Frage zu diskutieren, ob die Umweltvorgaben, die wir in Deutschland und in Europa haben, nicht teilweise überzogen sind. Ich möchte diese Debatte führen.

(Beifall bei der FDP)

Sie können das gerne kritisieren. Das finde ich völlig in Ordnung. Ich glaube, dass an vielen Stellen diese Fragen nicht richtig diskutiert werden und dass Ideologie Wissenschaft nicht ersetzen kann. Politik kann Wissenschaft auch nicht ersetzen.

Herr Wagner, was wollten Sie eigentlich mit Ihren Worten zum Schluss zum Ausdruck bringen? Sie haben gesagt, in Frankreich sei der Staat bei Peugeot dabei. Auch die Chinesen seien dabei. Ist denn Ihre Schlussfolgerung – das würde ich Ihnen sofort zutrauen –, dass sich auch bei uns der Staat bei Automobilkonzernen engagieren muss, damit wir sozusagen die ökologische Wende demokratisiert im Unternehmen vorantreiben? Ist das Ihre Botschaft? Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie das klarstellen würden. Es sollte nicht die Botschaft des Hessischen Landtags im Jahr 2017 sein,

(Beifall bei der FDP)

dass in einem gemeinsamen Antrag von Sozialdemokraten, GRÜNEN und Christdemokraten gefordert wird, dass sich Hessen bei Opel engagiert. Das wäre der völlig falsche Weg, und das würde sicherlich auch nicht dazu führen, Herr Boddenberg, dass Opel bessere Autos baut, die am Markt letztlich auch Erfolg haben.

Das ist für viele Mitarbeiter einer der zentralen Aspekte. Opel hat in den letzten Jahren eine Wende hingelegt. Ich glaube, es gibt da viele Punkte, wo man sagen muss: Die haben das gut gemacht.

(Beifall bei der FDP)

Viele Mitarbeiter haben in Kauf genommen, dass sie über Tarifverträge an der schwierigen Situation beteiligt werden. Sie haben in ihre eigene Zukunft investiert. Sie sind natürlich nicht begeistert - das zeigen übrigens auch die Gespräche, die wir mit Vertretern von Opel geführt haben -, dass die Rahmenbedingungen in Deutschland nicht pro Automobilindustrie, sondern gegen die Automobilindustrie ausgerichtet werden. Herr Boddenberg, zurzeit regiert in Berlin übrigens keine rot-grüne Regierung, sondern eine schwarz-rote, und Hessen hat eine schwarz-grüne Regierung. Deshalb hätte ich mir gewünscht, dass wir darüber streiten, was wir hier in Hessen tun können, damit Opel bessere Rahmenbedingungen vorfindet. Wenn Ihre Antwort auf diese Debatte die Vorlage eines Klimaschutz-Aktionsplans ist, der eine grüne Handschrift trägt, dann kann ich verstehen, dass den Industriearbeitern in Hessen angst und bange wird, wenn sie hören, was Sie hier vorhaben. Das kann ich absolut nachvollziehen.

(Beifall bei der FDP)

Deshalb sage ich abschließend: Krokodilstränen sind nicht der richtige Weg. Wir müssen uns ernsthaft mit der Frage auseinandersetzen, wie wir bessere Rahmenbedingungen für Opel schaffen können. Die Variante "Wir stehen an der Seite von Opel" genügt nicht. Polittourismus hilft Opel nichts; Opel helfen nur gute Rahmenbedingungen.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsidentin Heike Habermann:

Vielen Dank. – Das Wort hat Ministerpräsident Bouffier.

Volker Bouffier, Ministerpräsident:

Sehr verehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Kollege Rentsch, Sie haben mich angesprochen, also führen wir die Debatte.

Was mich immer wieder wundert: Wir waren in der letzten Regierung Kollegen, aber Sie haben offensichtlich alles vergessen, was damals war. So lange sind Sie doch noch nicht in der Opposition.

(Holger Bellino (CDU): Das geht bei denen schnell!)

Auf die Frage: "Was tun wir für Rüsselsheim?", gibt es eine ganz schlichte Antwort. Sie waren doch dabei. Um es ganz einfach zu sagen: Wir haben Rüsselsheim zu einem Hochschulstandort mit einem sehr qualifizierten Wissenschaftsapparat gemacht, der in unmittelbarer Kooperation mit Opel sehr gut arbeitet. Das haben wir als Landesregierung damals gemeinsam mit der Stadt gemacht. Wir sollten das, was wir gemeinsam gut gemacht haben, nicht für einen billigen Auftritt in diesem Haus in die Tonne treten. Ich könnte noch jede Menge mehr Beispiele bieten, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir sind – spätestens, nachdem Donald Trump Präsident geworden ist – im Zeitalter der Fake-News. Heute haben wir ein herrliches Beispiel dafür erlebt. Lieber Kollege Rentsch, was muss eigentlich passieren, dass wir nicht immer nach den gleichen Ritualen verfahren? Ich habe mich daran gewöhnt, dass sich die FDP an den GRÜNEN abarbeitet. Man kann ja quasi die Uhr danach stellen. Das sei Ihnen geschenkt, das ist in Ordnung. Ich hätte mir aber gewünscht, dass wir heute nicht in kleinstem parteipolitischem Karo diskutieren, sondern ein überzeugendes gemeinsames Votum für Opel und für Rüsselsheim abgeben würden. Das ist leider nicht gelungen.

(Beifall bei der CDU, der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Schauen Sie sich Ihren Antrag an: Er strotzt vor falschen Behauptungen. Die Krönung ist: Sie haben sich intensiv mit dem Klimaschutzplan beschäftigt, den die Hessische Landesregierung vorlegen wird. Dieser Plan liegt zwar noch gar nicht vor, aber Sie kommen schon heute zu dem Ergebnis – jetzt zitiere ich, was im Namen des von mir eigentlich sehr geschätzten Kollegen Lenders in der gestrigen Ausgabe der "Fuldaer Zeitung" veröffentlicht worden ist –: "Als Sahnehäubchen plant die Landesregierung nun

einen sogenannten Klimaschutzplan, der im Grunde den Industriestandort Hessen kaputt macht." – Meine Damen und Herren, der politische Meinungskampf rechtfertigt nicht jeden Unsinn.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Einen Klimaschutzplan gibt es überhaupt noch nicht. Gerade deshalb, weil wir gemeinsam regiert haben, sage ich: Vergessen Sie sich in Ihrer Verzweiflung, eine Schlagzeile zu bekommen, bitte nicht. Sie brauchen dieser Regierung doch nicht vorzuwerfen, dass sie den Industriestandort kaputt machen wolle.

(Zuruf des Abg. Florian Rentsch (FDP))

Das wollen Sie ja eigentlich gar nicht sagen, aber in der Sehnsucht, wahrgenommen zu werden, übertreiben Sie jede Formulierung. Wenn Sie uns vorwerfen, wir machen etwas falsch, dann akzeptiere ich das; denn darüber kann man streiten. Aber einer Regierung, die unter anderem geschworen hat, dafür zu sorgen, dass in diesem Lande Wohlstand herrscht, vorzuwerfen, sie wolle den Industriestandort kaputt machen, das ist nicht nur falsch, sondern auch niederträchtig, und das weise ich in aller Form zurück.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie haben es sich nicht anders gewünscht.

(Florian Rentsch (FDP): Wir antworten noch darauf!)

Dann bitte ich aber, sich künftig sehr sorgfältig vorzubereiten.

(Florian Rentsch (FDP): Wir werden das Gleiche tun wie Sie!)

In Punkt 3 Ihres Antrags wird der Hessische Landtag aufgefordert, zu bedauern, "dass sich durch die Zustimmung der Landesregierung zu einem Verbot von Verbrennungsmotoren sowie durch die Forderung nach einem Fahrverbot von Dieselfahrzeugen in Innenstädten das Investitionsklima für die Automobilindustrie in Hessen nachhaltig verschlechtert". Damit behaupten Sie, wir hätten erstens einem Verbot von Verbrennungsmotoren und zweitens einem Fahrverbot von Dieselfahrzeugen in Innenstädten zugestimmt. Ich weiß nicht, wo Sie das herhaben. Das ist schlicht falsch.

Lieber Herr Lenders, ich weiß nicht, wer Sie spickt, aber jetzt müssen wir schon einmal ernsthaft miteinander reden. Es geht um einen Beschluss des Deutschen Bundesrates vom 23. September 2016. In diesem Beschluss gibt es einen Punkt 4, in dem die Bundesregierung aufgefordert wird, sich dafür einzusetzen, dass spätestens ab dem Jahre 2030 unionsweit nur noch emissionsfreie Pkw zugelassen werden. – Nur der Korrektheit halber: "Emissionsfreie Pkw" bedeutet kein Verbot von Verbrennungsmotoren. Man könnte heutzutage auch die bisherige Technik emissionsfrei gestalten. Das würde halt einen riesigen Aufwand erforderlich machen. Genau daran arbeitet man bei Opel und bei anderen Automobilherstellern. Deshalb ist Ihre Behauptung in der Sache falsch.

Was aber noch viel schlimmer ist: Sie behaupten, in Punkt 10 des Beschlusses des Bundesrats stehe ein Fahrverbot für Dieselfahrzeuge in Innenstädten. In Wirklichkeit ist es so: In Punkt 10 fordert der Bundesrat die Bundesregierung auf, sich gegen ein pauschales Fahrverbot in Innenstädten einzusetzen. – Ihre Behauptungen sind also grundfalsch, und das muss man hier einmal darlegen.

Es kommt aber noch besser. Weil ich vermeiden wollte, dass aus meiner Sicht zumindest missverständliche Positionen die Zustimmung des Landes Hessen erhalten, hat Hessen diesem Beschluss nicht zugestimmt. Wo haben Sie denn her, dass wir zugestimmt hätten? Sind Sie noch nicht einmal in der Lage, ein Protokoll zu lesen?

Jetzt kommt der allergrößte Hammer: Die FDP regiert in Deutschland in einem einzigen Bundesland mit, nämlich in Rheinland-Pfalz. Dort stellt sie den Wirtschaftsminister. Raten Sie einmal, wie Rheinland-Pfalz an der Stelle gestimmt hat. Rheinland-Pfalz hat zugestimmt. Dort, wo die FDP Verantwortung trägt, stimmt sie zu, aber im Hessischen Landtag stellt sie die falsche Behauptung auf, wir hätten zugestimmt, was wir gar nicht getan haben.

Wir können uns in der Sache streiten. Was ich nicht akzeptiere, sind Niedertracht, falsche Behauptungen und die Hoffnung, mit Stimmungsmache Stimmen zu bekommen.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren von der FDP-Fraktion, wir haben gemeinsam regiert. Ich habe das nicht vergessen. Ich bin so lange in diesem Parlament, dass ich das sehr gut auseinanderhalten kann. Herr Kollege Rentsch, es tut mir in der Seele weh, denn wir haben gut zusammengearbeitet; aber wer mich hier im Plenum auffordert, ich solle zu einer Sache Stellung nehmen, der muss ertragen, wenn er Falsches behauptet, dass ich sage, dass es falsch ist. Wenn er uns Niedertracht unterstellt, muss er ertragen, dass ich das zurückweise.

Ich bitte zum wiederholten Mal: Lassen Sie uns in der Sache streiten, aber versuchen Sie nicht, hier durch falsche Stimmungsmache ein Bild zu erzeugen, das der Sache nicht entspricht. Unsere Aufgabe ist es, gemeinsam für dieses Land zu arbeiten, um die besten Wege zu ringen. Dabei brauchen wir uns nicht gegenseitig niederzumachen. Ich bedauere solche Entwicklungen.

(Anhaltender Beifall bei der CDU und dem BÜND-NIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Heike Habermann:

Kolleginnen und Kollegen, bevor ich das Wort an Frau Kollegin Wissler weitergebe, noch einige Klärungen zum weiteren Verlauf.

Erstens haben sich alle Fraktionen darauf geeinigt, dass die Redner in dieser Aktuellen Stunde entgegen der Bestimmung in unserer Geschäftsordnung nochmals reden dürfen. So verfahren wir dann auch.

Zweitens würde ich gerne die zusätzlichen Redezeiten bekannt geben, damit sich die Fraktionen darauf einstellen können. Alle Fraktionen haben noch einmal sieben Minuten Redezeit dazubekommen. Insgesamt haben damit die CDU elf Minuten und 19 Sekunden, die SPD sieben Minuten, die GRÜNEN acht Minuten und 16 Sekunden, DIE LINKE 22 Minuten und die FDP acht Minuten und 48 Sekunden.

Somit können wir die Debatte fortsetzen. Als Nächste spricht – 22 Minuten Redezeit – Frau Kollegin Wissler, DIE LINKE.

(Stephan Grüger (SPD): 22 Sekunden!)

Janine Wissler (DIE LINKE):

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Erneut bangen die Beschäftigten von Opel um ihre Zukunft. Am 13. Februar wurde bekannt, dass General Motors mit PSA Peugeot Citroën über einen Verkauf der Tochter Opel Vauxhall verhandelt. Betriebsräte und Gewerkschaften erfuhren davon erst aus den Medien. Ich halte das für ein Unding. Das ist gegenüber der Belegschaft nicht in Ordnung.

(Beifall bei der LINKEN und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Es sind nämlich die Beschäftigten, die das Unternehmen zu dem machen, was es ist. Deshalb haben sie natürlich ein Recht darauf, vernünftig einbezogen zu werden. Die Beschäftigten bangen nun wieder einmal darum, wie es weitergeht. Das muss man leider sagen. Das ist für die Beschäftigten ganz besonders bitter, die extra aus Bochum umgezogen sind, um weiter bei Opel arbeiten zu können.

Einer von ihnen ist Paul Fröhlich. Von ihm las ich in der Zeitung Folgendes:

Die haben uns ja immer versprochen, dass nach der Schließung in Bochum erst einmal Ruhe ist und Opel gesund weitermachen kann. Was das wert war, sehen wir jetzt.

Meine Damen und Herren, die Beschäftigten von Opel haben unsere volle Solidarität.

(Beifall bei der LINKEN)

Immerhin wurden mittlerweile die Arbeitnehmervertreter in Deutschland und auf europäischer Ebene offiziell informiert. Wir erwarten, dass das auch bei den weiteren Verhandlungen so passiert. Mitbestimmungsrechte müssen eingehalten werden. Darauf hat der Ministerpräsident zu Recht hingewiesen.

Es ist gut, dass wir uns alle heute darüber einig sind, dass wir an der Seite der Beschäftigten von Opel stehen und dass das Opel-Werk in Rüsselsheim ein wichtiger Betrieb für Hessen ist. Aber leider kann das Land wenig bis gar keinen Einfluss auf die Entwicklung nehmen – zumindest direkt. Diese Chance wurde in den Jahren 2008 und 2009 leider vertan.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich will zumindest daran erinnern, dass das Land Hessen in der letzten Opel-Krise die Chance gehabt hätte, sich einen Anteil an dem Unternehmen zu sichern und damit auch Einfluss und Mitspracherecht. Man hätte die staatlichen Hilfen, die es damals gab, an Bedingungen knüpfen können. Dann hätten das Land und der Bund jetzt die Möglichkeit, ganz anders Einfluss zu nehmen, nämlich zum Wohle und im Interesse der Beschäftigten – natürlich auch im Hinblick auf den dringend notwendigen Umbau der Automobilwirtschaft. Meine Damen und Herren, das ist mehrfach angesprochen worden.

(Beifall bei der LINKEN)

Der französische Staat besitzt immerhin 14 % von PSA. Damit sitzt zumindest ein Beteiligter am Tisch, dem es nicht nur um betriebswirtschaftliche Interessen geht oder, sagen wir einmal, zumindest gehen sollte und könnte. Für Opel wurde diese Chance leider verpasst.

Die Manager der beteiligten Autokonzerne sehen zuerst natürlich die Zahlen und nicht das Schicksal der Beschäftigten und ihrer Familien. Ja, es kann eine Chance sein, wenn Opel aus General Motors herausgelöst wird. Es stellt sich nur die Frage, wie dies am Ende aussieht.

(Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Genau!)

Es ist ungewiss, ob sich PSA und Opel gut ergänzen werden und wie das Konzept zu einem Zusammenschluss aussehen wird. Beide Unternehmen haben Autos mit einem ähnlichen Image, ähnliche Zielgruppen und sind auf Europa fokussiert. Es bleibt aber letztlich abzuwarten, wie sich die Verhandlungen entwickeln und wie das Konzept am Ende aussehen wird.

Was aber in jedem Fall klargestellt werden muss, ist, dass im Fall einer Übernahme die gemachten Zusagen und Verträge – wie z. B., dass es bis Ende 2018 keinen weiteren Personalabbau geben soll – weiterhin ihre Gültigkeit haben.

(Beifall bei der LINKEN)

Darüber hinaus fordern wir, dass garantiert wird, dass alle Standorte und alle Arbeitsplätze erhalten werden und dass die Beschäftigten an den verschiedenen Standorten nicht gegeneinander ausgespielt werden, wie das in der Vergangenheit zum Teil passiert ist.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir wollen, dass ein möglicher Zusammenschluss nicht auf dem Rücken der Beschäftigten in Deutschland, in Frankreich oder anderswo erfolgt.

Die Probleme und die Umstrukturierungsprozesse in der Automobilindustrie sind natürlich nicht auf Opel begrenzt. Es stellt sich grundsätzlich die Frage, welche Perspektiven es gibt und wie wir die Arbeitsplätze in dieser Branche zukunftsfest sichern können.

Die derzeitigen Geschäftsmodelle der Autohersteller sind in vielfacher Hinsicht fragwürdig. Überproduktionen werden angehäuft. Die Automobilindustrie ist natürlich eine der Branchen, in der weiteres Wachstum im Widerspruch zu Nachhaltigkeit und zum Klimaschutz steht. Die momentane Ausrichtung auf immer mehr und immer größere Autos ist fatal. Der technische Fortschritt bei effizienteren Motoren wird oft nicht in weniger Spritverbrauch gesteckt, sondern weiter in übermotorisierte und schwere Autos. Meine Damen und Herren, dass mittlerweile Parkplätze wieder größer gemacht werden müssen, weil die Autos größer sind, passt einfach nicht in diese Zeit.

(Beifall bei der LINKEN)

Selbst wenn von heute auf morgen alle vollelektrisch fahren würden – das Thema Elektromobilität ist angesprochen worden –, wäre die Zunahme des motorisierten Individualverkehrs weder sinnvoll noch wünschenswert. Ich habe gerade heute Morgen über eine Berliner Studie gelesen, die besagt: Gerade in der Hauptverkehrszeit, im innerstädtischen Bereich, ist das Auto mit durchschnittlich 8 km/h gegenüber der Straßenbahn mit 19 km/h und der U-Bahn mit 30 km/h das langsamste Verkehrsmittel. Daher ist es natür-

lich nicht wünschenswert, dass der motorisierte Individualverkehr immer weiter ausgeweitet wird.

Auch Opel hat zunehmend versucht, in der Liga der Spritfresser mitzuspielen. Zusammen mit Peugeot wurde bereits eine SUV-Plattform gebaut. Opel steht, wie die gesamte Automobilindustrie, vor enormen Umbrüchen und Herausforderungen. Es muss darum gehen, Opel mittelfristig zu einem zukunftsfähigen und nachhaltigen Mobilitätsunternehmen umzubauen.

(Beifall bei der LINKEN)

Herr Rentsch, da muss man nun wirklich kein Technologieexperte sein. Es ist richtig, dass es Grenzwerte gibt. Sie beklagen, man dürfe den Autobauern nicht vorschreiben, welche Art von Autos sie bauen. Ich bin der Meinung, dass es richtig ist, den Automobilkonzernen Grenzwerte vorzuschreiben, genauso wie es richtig war, dass Katalysatoren irgendwann zur Pflicht gemacht wurden, weil man Umwelt- und Klimaschutz eben nicht allein dem Markt überlassen kann.

(Beifall bei der LINKEN)

Ja, das ist ein Eingriff in die Produktion. Es ist ein Eingriff in die Produktion im Interesse der Gesundheit und der Lebensqualität der Menschen, der Luftreinheit und des Klimaschutzes.

Ich muss sagen: Ich kann sehr vielen Worten des Ministerpräsidenten, die er zu Ihrem Antrag gefunden hat, zustimmen. Ich finde auch, dass in Ihrem Antrag – wo immer wieder geschrieben wird, dass Klimaschutz und Grenzwerte Arbeitsplätze gefährden – erstens eine Angst geschürt wird, die völlig irrational ist, und zweitens Arbeitsplätze, Klimaschutz und Umweltschutz gegeneinander ausgespielt werden. Ich halte das für gefährlich und glaube sehr wohl, dass wir uns überlegen müssen, wie die Automobilindustrie nachhaltig, umweltfreundlich und allein dadurch auch zukunftsfest gestaltet werden kann.

(Beifall bei der LINKEN)

Es ist doch vollkommen klar: Die Produktion von Autos wird an ihre Grenzen stoßen. Sie ist es bereits, weil es Überproduktionen gibt und weil sich die Mobilität, aber auch das Kaufverhalten der Menschen, angesichts von Carsharing und der Entwicklung von selbst fahrenden Autos, verändert. Das bedeutet, dass für viele Menschen der Besitz eines eigenen Autos nicht mehr sinnvoll und nicht mehr notwendig ist.

Diese Gründe, Nachhaltigkeit, Klimaschutz und Lebensqualität, machen es sinnvoll, Alternativen zum Auto zu stärken. Hier reden wir – Thorsten Schäfer-Gümbel hat es bereits angesprochen – über die dringend notwendige Verkehrswende, die wir brauchen. Man kann darüber diskutieren, ob ein Unternehmen wie Opel bei der Verkehrswende eine Rolle spielt. Es kann eine Rolle spielen, wenn die Weichen dafür richtig gestellt werden und wenn Opel nachhaltig wirtschaftet.

(Beifall bei der LINKEN und bei Abgeordneten der SPD)

Ich finde, angesichts der vielen Arbeitsplätze, die dort dranhängen – allein 15.000 in Hessen; und es hängen indirekt noch mehr dran –, kann man sich hier wirklich nicht hinstellen und sagen, die Politik soll sich da einfach raushalten. – Ich habe vorhin gesagt, dass ich mir gewünscht hätte, man hätte 2008/2009 Entscheidungen getroffen, die

uns mehr direkte Mitsprachemöglichkeiten eröffnet hätten. Aber ich finde, dass diese Entwicklungen, die wir jetzt haben, von der Politik natürlich kritisch beobachtet, aber vor allem begleitet werden müssen, um Einfluss zu nehmen und um vor allem die Arbeitsplätze zu sichern.

Meine Damen und Herren, unsere Solidarität gilt den Beschäftigten bei Opel und bei PSA. Sie dürfen nicht gegeneinander ausgespielt und der Gewinnoptimierung geopfert werden. Wir wünschen den Beschäftigten alles Gute, dass sie bald Gewissheit, Planungssicherheit und vor allem eine gesicherte Zukunft bei Opel haben. – Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Vizepräsidentin Heike Habermann:

Vielen Dank. – Als Nächster hat Kollege Rentsch für die FDP-Fraktion das Wort. Sie haben eine Redezeit von acht Minuten und 48 Sekunden.

Florian Rentsch (FDP):

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Frau Präsidentin! Herr Ministerpräsident, ich darf vielleicht zunächst einmal feststellen, weil das schon recht emotional war – so habe ich es jedenfalls empfunden –: Das Letzte, was ich Ihnen vorwerfen würde, wäre Niedertracht oder "niederträchtig". Das sage ich für meine Fraktion; das nehme ich für den Kollegen Lenders und mich in Anspruch. Das ist nicht unsere Intention, und ich bitte Sie, das zu unterlassen. Das ist, glaube ich, dem Thema nicht angemessen. Das können Sie ja anders beurteilen, ich glaube aber, dass das kein angemessener Stil im Umgang miteinander ist.

(Beifall bei der FDP – René Rock (FDP): Ja, Respektkampagne!)

Ich weiß, dass Sie in einer Koalition sind, wo Sie mit einem Koalitionspartner in irgendeiner Form Dinge im Konsens zusammenbringen können. Das ist Ihr Bündnis; das würde ich nicht als "niederträchtig" oder sonst in irgendeiner Form beurteilen, sondern es gibt unterschiedliche politische Positionen. Deshalb war es nur meine Bitte, und es wäre schön, wenn das heute mit Ihrer Rede klargestellt würde, dass das, was bisher als Klimaschutz-Aktionsplan vorliegt, was da sozusagen durchsickert und im Umlauf ist, so nicht kommt. Wenn heute Ihre Aussage ist: "Das kommt so nicht; dieser Klimaschutz-Aktionsplan wird in Hessen nicht das Tageslicht erblicken", dann bin ich froh und gehe heute beruhigter aus dieser Debatte. Herr Ministerpräsident, ein Frontalangriff auf mich bringt die Arbeiter bei Opel keinen Schritt weiter, aber ein Klimaschutz-Aktionsplan könnte den Kollegen deutlich weiterhelfen.

(Beifall bei der FDP)

Es war ja Ihre Botschaft; wir könnten nicht einmal im Protokoll nachlesen. Daher habe ich jetzt ein paar Sachen; da müssen wir einmal in die Details gehen. Neben der Tatsache, dass Ihr Verkehrsminister, glaube ich, auch Ihrem Kabinett angehört, ist die Initiative von Herrn Al-Wazir für die Einführung einer blauen Plakette, die Gott sei Dank auf der Verkehrsministerkonferenz vor drei Monaten krachend gescheitert ist, auch eine Initiative Ihrer Landesregierung gewesen, und diese würde übrigens dazu führen, dass 90 % der Dieselfahrzeuge nicht mehr in die Städte fahren könnten.

(René Rock (FDP): Hört, hört!)

Ich glaube, das ist ein Punkt, wo wir gemeinsam der Auffassung sind, dass das wenig Sinn macht. Das ist der erste Punkt.

(Beifall bei der FDP)

Zweiter Punkt. Der Bundesrat hat mit hessischen Stimmen das Verbot des Verbrennungsmotors ab 2030 beschlossen. Das ist eine Initiative gewesen, der Hessen in Punkt 4 zugestimmt hat. Bei aller Liebe, Herr Ministerpräsident, auch das ist ein Punkt, bei dem Sie sagen können - ich habe die Protokolle da; es gab mehrere Initiativen zu diesem Thema -: 2030 ist noch weit entfernt. - Es ist aber doch ein klares Zeichen dafür, dass die Politik in Deutschland nicht mehr auf den Verbrennungsmotor setzt, der in seiner Wertschöpfungskette, anders als die Batterietechnik, sozusagen die ganzen Wertschöpfungsstufen erreicht, die wir mit der Elektromobilität aber nicht erreichen. Deshalb geht es bei dieser Debatte - ich hätte mich gefreut, Sie hätten dazu etwas gesagt – doch nicht nur um Opel, sondern es geht auch um die Hunderten von Zulieferunternehmen mit Tausenden von Mitarbeitern in der Region,

(Beifall bei der FDP)

die ganz wesentlich sind für die Frage – wir erinnern uns an die Magna-Debatte –: Welche Wertschöpfung bleibt in Hessen, und was bleibt nicht in Hessen?

Dann zu einem Punkt, der mir wichtig ist, weil wir das im Hauptausschuss, mittlerweile ist es auffällig, immer wieder vorantreiben. Sie haben uns gerade dafür kritisiert – wir müssen das immer aufwendig recherchieren; ich nehme die Kritik des Ministerpräsidenten immer ernsthaft auf –, wir hätten das Abstimmungsverhalten nicht nachgelesen. Aber genau diese Abstimmungsverhältnisse werden im Bundesratsprotokoll nicht notiert. Ich bin dankbar, wenn wir uns dafür gemeinsam einsetzen; wir fragen das jetzt immer nach, weil wir – ich muss es leider sagen – der Landesregierung nicht trauen. Das werden Sie mir nachsehen; das Vertrauen ist nicht so weit gediehen, dass ich sage: Sie machen das immer richtig. – Wenn das demnächst so kommt, dann freue ich mich darüber. Aber bei der entscheidenden Bundesratsinitiative hat das Land Hessen zugestimmt.

Bei aller Liebe, Herr Ministerpräsident, gestatten Sie mir das zum Schluss auch in Respekt vor Ihrer Persönlichkeit und Ihrem Amt: Da die Landesregierung in den letzten drei Jahren an verschiedenen Stellen wichtige Punkte anders sieht, die wir einmal genauso gesehen haben, ob das die Themen Jagdverordnung, Landwirtschaft oder Windenergie sind, wo Sie noch versprochen haben, sie werde nicht mit der Bereitschaftspolizei gebracht, haben wir mittlerweile Zweifel daran, ob Ihre Aussagen so gelten, wie sie noch vor drei Jahren gegolten haben. Das dürfen Sie uns nicht vorwerfen; das ist ein Resultat Ihrer eigenen Politik und der eigenen Realität, die in Hessen mittlerweile herrscht.

(Beifall bei der FDP)

Deshalb darf ich zum Abschluss sagen: Ich glaube, wir können gern hart in der Sache streiten. Ich glaube auch, dass wir das, was wir in Rüsselsheim gemeinsam im Wissenschaftsbereich gemacht haben, richtig war. Aber ich sage noch einmal: Ich wünsche und erwarte, dass wir hier keine Krokodilstränendebatten führen, nach dem Motto: "Es ist alles schlimm", sondern dass wir es schaffen, für die Automobilindustrie endlich Rahmenbedingungen zu

setzen, die sie im Land hält und nicht vertreibt. Herr Ministerpräsident, da ist der Ball bei Ihnen. Kommt der Klimaschutz-Aktionsplan so, wie wir ihn kennen, oder kommt er nicht? Das ist die entscheidende Frage. Damit können Sie heute aufräumen. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsidentin Heike Habermann:

Vielen Dank. – Als Nächster hat Kollege Boddenberg für die CDU das Wort. Sie haben elf Minuten und 19 Sekunden Redezeit.

Michael Boddenberg (CDU):

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Keine Sorge, so lange brauche ich nicht. Aber, Herr Kollege Rentsch, ich will die Dinge hier schon noch einmal auf den Punkt bringen. Sie sagen zu Recht, dass das Abstimmungsverhalten im Bundesrat nicht festgehalten wird. Das stimmt. Aber Sie wissen genauso gut wie ich, dass es in den jeweiligen Runden in der Reihe der A-Länder, der B-Länder und jetzt der GRÜNEN immer so war, dass vor den Sitzungen des Bundesrats völlig klar war, wer welchem Antrag zustimmen wird. Sie haben behauptet, die Landesregierung in Hessen hätte dem Verbot von Verbrennungsmotoren zugestimmt.

(Florian Rentsch (FDP): Ja, am 23. September 2016!)

Wenn Sie eine solche Behauptung aufstellen, müssen Sie sie belegen können.

(Florian Rentsch (FDP): Habe ich doch!)

Sie können sie schon allein deswegen nicht belegen, weil Sie eben selbst erklärt haben, das Abstimmungsverhalten würde gar nicht festgehalten. Aber ich sage Ihnen noch einmal – wir beide kennen das Verfahren; ich war, wie Sie wissen, fünf Jahre lang dort, und Sie kamen auch irgendwann dazu –, und das wissen wir alle, dass die Frage: "Wer stimmt welchen Anträgen zu?", schon vorher feststeht und in den jeweiligen Runden, in den Vorbesprechungen, festgehalten wird.

(Florian Rentsch (FDP): 23. September 2016!)

Damit haben Sie heute das getan, was wir nicht tun dürfen: Sie haben etwas behauptet, was definitiv falsch ist. Das Schlimme ist, Sie wissen auch noch, dass das falsch ist.

Herr Rentsch, ich will aber noch ein paar andere Punkte aufgreifen, weil Sie so tun, als sei die Automobilwirtschaft in ihrer Wettbewerbsfähigkeit nun völlig isoliert unterwegs, und weil Sie hier den Eindruck erweckt haben, als hätte Opel die Entwicklung verschlafen. Zunächst einmal wollen wir feststellen: Sie haben von dem Zeitpunkt der Krise 2009/2010 gesprochen, dass die Unternehmen GM und Opel damals eine sehr wechselhafte Beziehung hatten. Zum einen war es so, dass in dem Forschungszentrum in Rüsselsheim, das heute schon mehrfach angesprochen worden ist, für den Mutterkonzern Leistungen produziert worden sind, die nur in Teilen in Rechnung gestellt bzw. bezahlt worden sind.

Eines der großen Probleme, das Opel seinerzeit hatte, war, dass die amerikanische Mutter krank gewesen ist und zwischenzeitlich – das wissen Sie –, im Verlauf der Folgejah-

re, mit insgesamt 50 Milliarden \$ an Steuergeldern aufgefangen werden musste. Wir reden über GM und darüber, dass dieses Unternehmen einen lupenreinen Insolvenzantrag gestellt hat und am Ende dazu gekommen ist, dass über 72 % der Anteile von GM in den Händen der US-Regierung und der Regierung in Kanada gewesen sind. Also: Von wegen der Staat sollte sich raushalten. Dieses Unternehmen gäbe es heute gar nicht mehr und damit das Unternehmen Opel.

Ich will einen weiteren Punkt ansprechen, Herr Kollege Rentsch.

(Unruhe bei der FDP)

– Wenn Sie denn Zeit haben, dann reden wir auch über den Klimaschutzplan. – Die erste Bemerkung ist, Sie lesen einen Klimaschutzplan – Herr Kollege Lenders hat sich dazu geäußert –, den es noch gar nicht gibt. Können wir das auch einmal festhalten? Es gibt noch keinen Klimaschutzplan, den Sie kommentieren könnten.

(René Rock (FDP): Er ist angekündigt worden!)

Zweite Bemerkung. An der Erarbeitung der Entwurfspapiere und der Diskussion hätten Sie ja teilnehmen können. Das haben Sie nicht gemacht, weil Sie angeblich nicht eingeladen worden sind.

(Florian Rentsch (FDP): Genauso wie die SPD und DIE LINKE!)

Es ist Ihnen mehrfach nachgewiesen worden, dass Sie von der Umweltministerin ausdrücklich in diese Runden eingeladen worden waren. Sie sind nur nicht hingegangen.

(Florian Rentsch (FDP): Fake-News!)

Heute zu erklären, dass es alles ganz schlimm sei, ohne zu wissen, was drinsteht, und sich selbst der Debatte entzogen zu haben, finde ich ein starkes Stück, und das ist unredlich.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Kollege Rentsch, eine letzte Bemerkung will ich noch machen. Wir haben heute viel über diesen Teil der Wirtschaft gesprochen, über ökologische Fragen, über das, was wir in Brüssel gemeinsam beschlossen haben, Stichwort: Klimaschutz, und über das, was in Paris auf der großen Umweltkonferenz beschlossen worden ist. Man kann ja sagen, dass einen das alles nicht interessiert. Das ist jedenfalls der Eindruck, den ich von Ihnen und von Ihren Parteifreunden in den letzten Jahren gewonnen habe. Man sollte dann aber auch sagen, dass man die Dinge noch anders gesehen hat, als man noch Verantwortung getragen hat. Ich weise Ihnen in Dutzenden Zitaten nach, wie Sie sich im Jahr 2011 zur Energiewende verhalten haben.

(Florian Rentsch (FDP): Geht es um die FDP?)

Sie haben selbst erklärt, die Energiewende und alles, was damit verbunden sei, habe in Hessen eine wirtschaftliche Heimat. Das haben wir gemeinsam gemacht. Daraus haben sich tolle Ideen, tolle Entwicklungen in allen Branchen, insbesondere auch in der Automobilindustrie, entwickelt. Das können wir doch nicht außer Acht lassen. Wir sehen auch und gerade in der Entwicklung der Ökologiewende und der Energiewende riesengroße Chancen – und nicht wie Sie nur Unbill und Kosten, die zum Verlust der Wettbewerbsfähigkeit führen.

(Zuruf des Abg. Florian Rentsch (FDP) – Vizepräsident Wolfgang Greilich übernimmt den Vorsitz.)

Sie haben sich aus all dem, was moderne Technologien in diesem Bereich anbelangt, vollkommen verabschiedet. Das sollten Sie sagen: Wir, die Freien Demokraten, haben mit Klimaschutz nichts am Hut, haben mit regenerativer Energie nichts am Hut, und am Ende steigen wir wieder in die Kernenergie ein, damit wir zurückfallen auf Los,

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

ins Jahr 2010, als wir gemeinsam diesen großen Wurf, auch auf Ihre Veranlassung hin und mit Ihrer Unterstützung, auf den Weg gebracht haben. – Herr Kollege Rentsch, bleiben Sie ehrlich. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Wolfgang Greilich:

Vielen Dank, Herr Kollege Boddenberg. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit sind wir am Ende der Aussprache zu dieser Aktuellen Stunde.

Wenn ich es richtige sehe, sollen die Anträge abgestimmt werden.

Dann stimmen wir über den Dringlichen Antrag der Fraktion der FDP betreffend Opel und die weitere Entwicklung der hessischen Automobilindustrie, Drucks. 19/4566, ab. Ich bitte um das Zeichen, wer dem Antrag zustimmt. – Das ist die FDP-Fraktion. Gegenstimmen? – Soweit ich es sehe, ist das der Rest des Hauses. Ich frage zur Kontrolle: Enthaltungen? – Keine, das heißt, der Rest des Hauses stimmt gegen diesen Antrag. Damit ist dieser Antrag abgelehnt

Wir kommen dann zur Abstimmung über den Dringlichen Antrag der Fraktionen der CDU, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend Sicherung der Arbeitsplätze bei Opel ist für die hessische Wirtschaft von zentraler Bedeutung – Unternehmen benötigt zukunftsfeste Perspektiven, Drucks. 19/4568. Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um das Zeichen. – Das sind die Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE. Gegenstimmen? – Keine. Enthaltungen? – Die Fraktion der Freien Demokraten. Damit ist dieser Antrag bei Enthaltung der Fraktion der Freien Demokraten ansonsten einstimmig beschlossen.

Meine Damen und Herren, damit ist die Aktuelle Stunde, Tagesordnungspunkt 47, abgehalten.

Wir kommen zu **Tagesordnungspunkt 48:**

Antrag der Fraktion DIE LINKE betreffend eine Aktuelle Stunde (Steuerflucht stoppen: Auch Fraport "flie(h)gt" ins Steuerparadies Malta) – Drucks. 19/4553 –

Das Wort hat Frau Kollegin Wissler. Bitte sehr.

Janine Wissler (DIE LINKE):

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Eine Studie des DIW kam vor einiger Zeit zu dem Schluss, dass deutsche Unternehmen dem Staat jährlich etwa 92 Milliarden € an Steuern durch Tricksereien und durch geschickte Verlagerung von Gewinnen ins Ausland vorenthalten. Sie rechnen

sich arm und gründen in sogenannten Steueroasen Briefkastenfirmen. Dabei handelt es sich nicht nur um Länder wie Panama und die Britischen Jungferninseln, nein, Steueroasen gibt es auch innerhalb der EU, beispielsweise in Luxemburg oder auf Malta.

So sind im maltesischen Firmenregister über 70.000 Unternehmen eingetragen; in einem Land, das nicht einmal 450.000 Einwohner hat. Unternehmen leiten einen Teil ihrer Gewinne an ihre Tochterunternehmen weiter, die so tun, als würden sie auf Malta wirklich Geschäfte betreiben; tatsächlich sparen sie aber Steuern.

Zwar fallen auch auf Malta Steuern auf Gewinne an, aber ausländische Firmenbesitzer können sich vom Finanzamt mehr als 80 % zurückholen. Dieses Geld geht den Staaten, in denen es eigentlich erwirtschaftet wurde, verloren. Schätzungen zufolge sind es allein durch die Steueroase Malta bis zu 4 Milliarden € pro Jahr. Meine Damen und Herren, diese Praktiken müssen beendet werden. Die Steueroasen müssen endlich trockengelegt werden.

(Beifall bei der LINKEN und bei Abgeordneten der SPD)

Es ist schlimm genug, wenn Unternehmen im Privatbesitz so vorgehen. Wenn es sich aber noch um Unternehmen handelt, die sich mehrheitlich im öffentlichen Besitz befinden, wird es vollends absurd. Da bin ich beim Flughafenbetreiber Fraport, einem Unternehmen, das mehrheitlich der Stadt Frankfurt und dem Land Hessen gehört, angelangt.

Auch Fraport unterhält auf Malta Briefkastenfirmen. Dadurch entgeht dem deutschen Fiskus Steuergeld. Weder die Stadt Frankfurt noch das Land Hessen scheint irgendein Problem darin zu sehen. Das ist keine Neuigkeit, sondern seit Jahren bekannt.

Im Jahr 2013 fragte der Abgeordnete der GRÜNEN, Frank Kaufmann, damals noch Opposition, in einer Kleinen Anfrage bei der Landesregierung nach, was die Gründe dafür seien, dass Fraport auf Malta offensichtlich Briefkastenfirmen betreibe. Die unverhohlene Antwort der damaligen Landesregierung war, dass um eine "Optimierung der Steuerposition" der Fraport gehe. Sprich: Das mehrheitlich in öffentlicher Hand befindliche Unternehmen Fraport spart Steuern. Ein Problem sah die damalige schwarz-gelbe Landesregierung darin nicht.

Wie wir durch die Berichterstattung des Magazins "Monitor" und der "Süddeutschen Zeitung" erfahren haben, hat sich offensichtlich an dieser Praxis nichts geändert, obwohl mittlerweile Schwarz-Grün regiert und der besagte Herr Kaufmann jetzt Mitglied im Aufsichtsrat der Fraport und sogar Mitglied im Beteiligungs- und Investitionsausschuss ist – wenn ich richtig informiert bin.

Uns würde interessieren, ob die Landesregierung in dieser Praxis ein Problem sieht und, wenn ja, was sie gedenkt, dagegen zu tun, dass Fraport offensichtlich einzig und allein mit dem Ziel, Steuern zu sparen, Firmen in Malta unterhält.

Es bleibt nicht bei der Gesellschaft in Malta mit vier Mitarbeitern und null Euro Umsatz, laut Beteiligungsbericht des Landes. Fraport hat auch in anderen Ländern zahlreiche Unternehmen. Aus dem Beteiligungsbericht des Landes ergeben sich weitere Fragen. So ist die besagte maltesische Gesellschaft an einer Managementfirma in Saudi-Arabien beteiligt, die ebenfalls Fraport gehört.

In der Steueroase Luxemburg hat Fraport eine Tochtergesellschaft mit vier Mitarbeitern und null Euro Umsatz – nach Beteiligungsbericht des Landes –, angeblich mit dem Ziel, den Betrieb eines Flughafens im Senegal zu übernehmen. Da frage ich mich: Warum gründet ein hessisches Unternehmen eine Gesellschaft in Luxemburg, um einen Flughafen im Senegal zu betreiben, zumal das Unternehmen im Senegal eine eigene Tochtergesellschaft hat?

Wer den Staat abzockt, den muss der Staat überwachen dürfen.

(Beifall bei der LINKEN)

So stand es in einer Presseerklärung des hessischen Finanzministers zu einer Bundesratsinitiative, die darauf abzielte, in besonders schweren Fällen der Steuerhinterziehung sogar Mittel der Telekommunikationsüberwachung einzusetzen.

Dabei ist es mit dem Überwachen in vielen Fällen viel einfacher. Etwa dann, wenn es sich um ein Unternehmen handelt, dass mehrheitlich im öffentlichen Besitz ist, das Aufsichtsgremien hat, die das Land mit besetzen darf. Im Fraport-Aufsichtsrat sind unter anderem der ehemalige Finanzminister Weimar, der Frankfurter Oberbürgermeister Feldmann und eben auch Herr Kaufmann von den GRÜNEN. Es kann doch nicht sein, dass eine Landesregierung sogar zu Abhörmaßnahmen gegen Steuerhinterziehung greifen will, aber bei Briefkastenfirmen der Fraport einfach wegschaut.

Mein Eindruck ist, der Politikwechsel in der Flughafenpolitik, den die GRÜNEN vor der Wahl versprochen haben, ist ausgefallen. Außer einem personellen Wechsel im Fraport-Aufsichtsrat hat sich nichts geändert. Das Terminal 3 wird gebaut, das Nachtflugverbot gibt es nicht, und auch beim Thema Steuervermeidung bleibt die Regierung offenbar tatenlos. Letzter Satz: Wir fordern die Landesregierung auf, dass sie im Interesse der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler klar Stellung bezieht und darauf hinwirkt, dass diese Praxis beendet wird. – Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsident Wolfgang Greilich:

Vielen Dank, Frau Wissler. – Als Nächste hat sich Frau Kollegin Arnoldt für die CDU-Fraktion zu Wort gemeldet. Bitte sehr, Sie haben das Wort.

Lena Arnoldt (CDU):

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich gehe davon aus, dass Sie den Bericht der Sendung "Monitor" "Malta: Besuch im Steuerparadies" gesehen haben. Frau Wissler, Sie haben darüber auch berichtet. Sie haben diesen Bericht – und auch andere Quellen, ich komme darauf zurück – zum Anlass genommen, diese Aktuelle Stunde abzuhalten.

Ich gebe Ihnen recht: Dieser Bericht ist aktuell. Das streite ich nicht ab. Er ist am 16. Februar ausgestrahlt worden. Jedoch muss man auch einmal anmerken, dass es in dem elfminütigen Bericht größtenteils um ein spezielles Leasingmodell von Jachten geht,

(Janine Wissler (DIE LINKE): Richtig!)

um die dadurch anfallende Mehrwertsteuer auf bis zu 5,4 % zu senken. Was das nun mit der Fraport AG zu tun haben soll, ist mir auf den ersten Blick nicht ersichtlich.

(Janine Wissler (DIE LINKE): Deswegen habe ich dazu auch nichts gesagt!)

Ebenfalls wird in dem Bericht ausgeführt, dass es Unternehmen gebe, die nennenswerte Beteiligungen an Firmen in Malta haben, diese aber verheimlichen. "Monitor" berichtete auch, dass auch die Fraport Tochterfirmen in Malta besitzt. Fraport hat aber diese nicht verheimlicht.

(Janine Wissler (DIE LINKE): Habe ich auch nicht behauptet! Das wäre ja auch noch schöner!)

Denn schaut man genauso wie Sie in den Geschäftsbericht der Fraport AG, findet man dort zwei Tochtergesellschaften der Fraport mit Sitz in Malta. Dies ist also transparent ausgewiesen und somit auch den Finanzbehörden bekannt. Wie man erfahren konnte, gehören zu der Firma in Malta nicht nur ein Briefkasten, sondern auch Mitarbeiter.

(Janine Wissler (DIE LINKE): Vier Beschäftigte!)

Aber noch ein weiterer Aspekt ist sehr interessant: Die Fraport AG ist mitnichten nur in Deutschland und Malta engagiert. Sie hat beispielsweise auch Tochterunternehmen in Griechenland, in Bulgarien –

(Janine Wissler (DIE LINKE): Aber da betreiben die auch einen Flughafen!)

 Frau Wissler, ich habe Ihnen zugehört, vielleicht hören Sie mir auch zu. – Es gibt Tochterunternehmen in Slowenien, in den USA, in Saudi-Arabien, in Peru usw. Die Fraport AG ist also selbstverständlich international aufgestellt, und dies ist nichts Ungewöhnliches.

Aber wenn wir über die Aktualität Ihrer Aktuellen Stunde reden, dann muss ich Sie ebenfalls enttäuschen. Sie haben das auch erwähnt. Nicht nur aus dem Geschäftsbericht der Fraport AG ist das Engagement in Malta seit Langem bekannt, auch der Hessische Landtag ist hierüber spätestens seit 2013 durch die Antwort des Finanzministeriums auf die damalige Kleine Anfrage des Abg. Kaufmann informiert. Ihre Aktuelle Stunde bietet also keine wirkliche Neuigkeit.

(Dr. Ulrich Wilken (DIE LINKE): Ablenkung!)

Wenn Sie sich dann auch noch mit der Materie inhaltlich befasst hätten, anstatt hier immer nur Ihre Polemik an den Tag zu legen, dann hätten Sie sich vielleicht auch ein anderes Thema gesucht. Die Firmenstrategie der Fraport AG obliegt dem Verantwortungsbereich des Vorstands. Der heute diskutierte Sachverhalt der Fraport AG und ihrer in Malta ansässigen Töchter ist aus steuerrechtlicher Sicht vollkommen legal.

Aber natürlich gibt es andere, die sich nicht an die geltenden Steuergesetze halten. Gegen diese werden zu Recht Maßnahmen ergriffen. So hat beispielsweise die Bundesregierung erst gestern den Gesetzentwurf für die Umsetzung der Vierten EU-Geldwäscherichtlinie beschlossen. Damit werden die Präventionsmaßnahmen gegen Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung gestärkt und auch die Voraussetzungen für ein elektronisches Transparenzregister geschaffen

(Norbert Schmitt (SPD): Das, was Google macht, ist möglicherweise auch legal!)

Die EU-Finanzminister haben sich kürzlich auf Regeln verständigt, um sogenannten hybriden Steuergestaltungen in der EU zu begegnen. Auch Hessen unternimmt viel. Ich will Sie hier beispielsweise an die Initiativen des Finanzministers Dr. Schäfer erinnern hinsichtlich der Begegnung von Sharedeals, der Ausweitung der Telekommunikationsüberwachung zur Verfolgung von Steuerkriminalität oder im Hinblick auf Lizenzboxen.

Außerdem haben wir in Hessen mit dem Maßnahmenpaket zur verstärkten Bekämpfung der Steuerkriminalität und der internationalen Steuerflucht sowie dem Sicherheitspaket die Arbeit gegen Trickser und Betrüger weiter intensiviert. Bereits im Jahr 2013 hat die damalige Landesregierung mit dem Fünfpunkteprogramm zur verstärkten Bekämpfung der Steuer- und Wirtschaftskriminalität die Weichen in die richtige Richtung gestellt und entschlossen gehandelt. Es wurde und wird also viel getan.

Ihre Aktuelle Stunde bietet – ich wiederhole mich gern – nichts Neues und ist leider mal wieder ein Beispiel dafür, dass es Ihnen nur um Polemik geht und keinerlei Substanz festzustellen ist.

(Hermann Schaus (DIE LINKE): Diesen Textbaustein sollten Sie einmal lassen!)

Anschließend möchte ich auch noch feststellen, dass im Allgemeinen doch auch gilt: Nicht jede Firma, die über einen Briefkasten verfügt, ist eine dubiose Briefkastenfirma. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Hermann Schaus (DIE LINKE): Aber sie spart Steuern zu unseren Lasten!)

Vizepräsident Wolfgang Greilich:

Vielen Dank, Frau Abg. Arnoldt. – Als Nächster hat sich für die Fraktion der Sozialdemokraten Herr Kollege Marius Weiß zu Wort gemeldet. Bitte sehr, Sie haben das Wort.

Marius Weiß (SPD):

Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Bei einem Bericht der "Süddeutschen Zeitung" von letzter Woche blinken mit "Fraport" und "Steuervermeidung" gleich zwei Selektoren im Themensuchprogramm der LINKEN für ihre Aktuelle Stunde auf. Sie haben aus Ihrer Sicht so gut zusammengepasst wie Hänsel und Gretel, und deswegen haben Sie hier auch gleich zugegriffen.

Leider, liebe Frau Wissler, haben Sie hier eben auch etwas durcheinandergebracht, was ich versuchen will wieder zu ordnen. Die Fraport hat zwei Gesellschaften auf Malta. Geschäftszweck ist, neue Mehrheits- und/oder Joint-Venture-Beteiligungen für die Unternehmensgruppe im Ausland zu gründen bzw. zu erwerben und zu managen. Es geht bei diesen Gesellschaften also allein um Konzernfinanzierung. Der Sitz ist auf Malta, weil dort durch ein Steueranreizsystem der Körperschaftsteuersatz auf unter 10 % reduziert werden kann.

(Janine Wissler (DIE LINKE): Also doch!)

Die Tochtergesellschaften auf Malta wurden von der Fraport in den Geschäftsberichten gemäß HGB veröffentlicht, und die deutschen Finanzbehörden wurden jederzeit darüber informiert. Unstreitig ist das Handeln legal. Das muss aber nicht heißen, dass es auch legitim ist. (Beifall bei der SPD und der LINKEN – Janine Wissler (DIE LINKE): Nichts anderes habe ich gesagt! Ich habe nicht gesagt, dass es nicht legal ist!)

Auch wenn aktienrechtlich klar ist – da komme ich wieder zu Ihnen, Frau Wissler –, dass für diese Frage nicht der Aufsichtsrat und schon gar nicht der Hessische Landtag, sondern allein der Vorstand zuständig ist, so kann man natürlich als Anteilseigner hier eine Bewertung zu diesem Handeln abgeben. Für uns lautet diese Bewertung: Wir sind der Meinung, dass ein Unternehmen, das mehrheitlich in öffentlicher Hand ist und an dem das Land Hessen der größte Eigentümer ist, sich nicht dadurch hervortun sollte, dass es durch Minimierungsmodelle im Ausland dem deutschen Fiskus möglichst wenig Steuern zahlt.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten der LIN-KEN)

Das kann man hier sagen, weil wir der Meinung sind, dass an ein Unternehmen, das mehrheitlich in öffentlicher Hand ist, besondere Maßstäbe angelegt werden. Das gilt für die Steuerstrategie ebenso wie für die Arbeitsbedingungen. Wir haben uns hier auch schon beispielsweise über die Ansiedlung von Ryanair unterhalten. Wir wissen aber auch, dass die Fraport als globales Unternehmen im weltweiten Wettbewerb steht und dass sie, um wettbewerbsfähig zu bleiben, die gleichen Möglichkeit des Wirtschaftens haben muss wie ihre Wettbewerber.

Es kann uns von daher nicht darum gehen, dass nur die Fraport ein Engagement in Malta unterlässt, sondern es muss darum gehen, dass die EU-Staaten steuerliche Rahmenbedingungen schaffen, die es allen Unternehmen unmöglich machen, ihren Steueranteil auf einen nicht akzeptablen Wert zu verringern.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Durch künstliche Gewinnverlagerungen multinationaler Unternehmen in Länder mit niedrigen Steuersätzen entgehen den EU-Staaten nach Erkenntnissen des Europaparlaments Einnahmen von bis zu 190 Milliarden €. Das ist mehr als der Haushalt der EU für 2015. Die entgangenen Einnahmen fehlen für wichtige Investitionen, etwa in verbesserte öffentliche Dienstleistungen, Gesundheitsversorgung und Bildung.

Unabhängig davon ist das eine durch nichts zu rechtfertigende Besserstellung der großen multinationalen Konzerne gegenüber allen, die die Möglichkeit einer solchen Steueroptimierung nicht nutzen können. Umso ärgerlicher ist es, dass es Wolfgang Schäuble und seine 27 EU-Kollegen vorgestern wieder einmal nicht geschafft haben, eine Liste jener Regionen zusammenzustellen, die solche Niedrigsteuerparadiese sind. Jetzt hat man sich erneut bis Ende 2017 vertagt. Ich habe dafür kein Verständnis. Denn in den meisten Mitgliedstaaten gibt es bereits schwarze Listen, die lediglich miteinander in Einklang gebracht werden müssen. Nach dem Skandal um Luxleaks und die Panama-Papers ist es nicht länger hinnehmbar, dass europäische Regierungen hier noch immer auf der Bremse stehen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten der LIN-KEN)

Solche Fälle wie in Malta oder im portugiesischen Madeira, was ebenfalls ein Steuerparadies mit Abgabensätzen von unter 5 % ist, darf es in Europa nicht mehr geben.

(Beifall bei der SPD)

Wir müssen das Ziel haben, dass Unternehmen die Steuern wieder dort zahlen, wo die Gewinne erwirtschaftet werden.

(Janine Wissler (DIE LINKE): Genau!)

Dazu müssen sie offenlegen, wo sie welche Gewinne erzielen und welche Steuern entrichten. Wir brauchen auf europäischer Ebene eine gemeinsame Bemessungsgrundlage für die Körperschaftsteuer. Damit wird sichergestellt, dass Unternehmen nicht alles Mögliche und Unmögliche von der Steuer absetzen. Und wir brauchen endlich eine schwarze Liste auf der Basis weiterentwickelter objektiver und umfassender Kriterien. Diese müssen universell sein, also auch auf EU-Mitgliedstaaten anwendbar.

Als Letztes müssen wir auch koordiniert Sanktionen gegen Steueroasen verhängen können, damit wir diese Punkte auch durchsetzen können. Nur so entsteht mehr Steuergerechtigkeit. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten der LIN-KEN)

Vizepräsident Wolfgang Greilich:

Vielen Dank, Herr Kollege Weiß. – Als Nächste spricht Frau Abg. Erfurth für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Bitte schön.

(Hermann Schaus (DIE LINKE): Nicht der Kollege Kaufmann? – Norbert Schmitt (SPD): Ich hätte lieber den Herrn Kaufmann gehabt, ehrlich gesagt!)

Sigrid Erfurth (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Kollege Schaus, um Ihre Frage zu beantworten: Das ist ein Steuerthema, und von daher werden wir uns auch genau zu diesen Fragen äußern.

(Hermann Schaus (DIE LINKE): Da hat der Kollege Kaufmann aber Glück gehabt!)

Ich glaube, ich bin auch sehr nah bei dem, was der Kollege Weiß und auch die Kollegin Arnoldt eben gesagt haben. Wir müssen uns in Europa sehr gut darauf verständigen, Steuerschlupflöcher zu stopfen und Steueroasen trockenzulegen, um solche Mechanismen künftig außer Kraft zu setzen, die hier greifen.

(Zuruf des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

Ich glaube, das muss das große übergeordnete Ziel sein. Meine Damen und Herren, der Vorgang, den DIE LINKE hier aufgegriffen hat, ist ja lange bekannt. Der ist nicht neu.

(Janine Wissler (DIE LINKE): Das sagt ja keiner! Es gibt viele Dinge, die nicht neu sind! – Weitere Zurufe von der LINKEN)

Das ist nichts Neues. Jetzt kann man das aus den Geschäftsberichten ablesen, und das kann man aus dem Beteiligungsbericht ablesen, den wir ja auch immer im Unterausschuss besprechen. All diese Vorgänge sind bekannt, und Herr Kollege Kaufmann, der eben schon einmal eine Rolle gespielt hat, hat das auch in einer Kleinen Anfrage 2013 schon einmal vom Finanzministerium abgefragt.

(Zuruf des Abg. Dr. Ulrich Wilken (DIE LINKE))

In dieser Antwort auf die Kleine Anfrage kann man sehr deutlich lesen, dass auch das Finanzministerium sagt, es war ein Potpourri von Entscheidungen, die dazu geführt haben, dass in Malta diese Tochtergesellschaften gegründet worden sind, und eine davon war auch eine steuerliche Frage.

In dieser Antwort wird auch gar nicht drum herumgeschwurbelt. Es wird durchaus gesagt: Ja, in Malta werden weniger Steuern entrichtet als in Deutschland, und diese Belastung wird dadurch insgesamt gesenkt. – Das ist also kein Geheimnis. Das ist alles längst bekannt.

(Zuruf des Abg. Willi van Ooyen (DIE LINKE))

Was wir alle wissen, ist: Die Fraport gehört zu 51 % den öffentlichen Händen, nämlich 31 % dem Land Hessen und 20 % der Stadt Frankfurt. Auch das darf man, glaube ich, nicht außer Acht lassen.

(Janine Wissler (DIE LINKE): Genau!)

49 % gehören privaten Anteilseignern, und da gibt es immer auch – ich sage einmal – widerstreitende Interessen, wie eine Geschäftsführung am langen Ende zu agieren hat. Dann hat eine Geschäftsführung auch den Aktionären die Frage zu beantworten, wie es mit den Gewinnen aussieht. Habt ihr Steueroptimierung betrieben? Auch das sind Fragen, die immer gestellt werden, und die sind nicht immer unbedingt mit dem identisch, was öffentliche Hände sich vorstellen. Wir sollten auch nicht so tun, als wäre das nur bei Fraport der Fall.

(Janine Wissler (DIE LINKE): Nein, nein!)

Das gibt es auch in verschiedensten anderen Unternehmen.

(Janine Wissler (DIE LINKE): Leider ja! – Hermann Schaus (DIE LINKE): Das macht es aber nicht besser!)

Das macht es nicht besser. Da gebe ich Ihnen recht.
 Aber das ist durchaus auch in Stadtwerken ein Thema. Das ist durchaus auch in Sparkassen ein Thema. Das ist durchaus bei der Commerzbank oder bei Volkswagen ein Thema, also nichts, was nur das Unternehmen Fraport betrifft,

(Janine Wissler (DIE LINKE): Da haben Sie völlig recht!)

sondern immer wieder ein Thema, wo sich öffentliche Aufträge und, ich sage mal, Steuergestaltungsmöglichkeiten widersprechen und wo durchaus auch – ich bin ja auch schon lange kommunalpolitisch aktiv – in kommunalen Entscheidungsgremien gefragt wird: Haben wir auch alle Steuerrechtsvorteile ausgeschöpft? – Wir sollten da nicht so tun, als wäre das sozusagen irgendetwas, was in kommunalen Gebietskörperschaften nicht stattfindet. Ich habe es jedenfalls schon so erlebt.

(Angela Dorn (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja! – Zuruf der Abg. Janine Wissler (DIE LINKE))

Deshalb finde ich, bei diesem moralischen Zeigefinger muss man immer aufpassen, wo er dann hinzeigt.

(Janine Wissler (DIE LINKE): Aber wir sind ja kein Kreistag hier!)

Wir sind kein Kreistag. – Aber ich wollte damit nur deutlich machen, dass das nichts Weltfremdes ist und dass wir Regeln schaffen müssen, diese Mechanismen zu beseitigen. Das ist doch der Punkt.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD sowie der Abg. Janine Wissler (DIE LINKE) – Zuruf von der LINKEN: Das macht es auch nicht besser!)

Dieser Satz ist in diesem Haus schon öfter gefallen: Nicht alles, was steuerrechtlich legal ist und steuerrechtlich gedreht werden kann, ist legitim und moralisch richtig. Auch dieser Satz stimmt.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der LINKEN und der SPD)

Die Kollegin Arnoldt hat ja darauf hingewiesen, in welch vielfältiger Weise die schwarz-grüne Landesregierung sich dafür einsetzt, solche Lücken im Steuerrecht zu schließen und dafür zu sorgen, dass Steuerrecht auch vernünftig vollzogen wird und keine Schlupflöcher bietet für Menschen, die ihre Steuerrechtsgestaltungen danach vornehmen wollen, möglichst wenig Steuern zu zahlen. Es wäre auch gut, wenn wir endlich klare Regeln hätten.

Dann würden wir nämlich auch den Unternehmen, die in öffentlichem Miteigentum stehen, diesen Spagat erleichtern. Dann hätten sie nicht mehr diesen Interessenkonflikt, dafür zu sorgen: Wie spare ich Steuern? Wie sorge ich dafür, dass meine Aktionäre zufrieden sind? Wie erfülle ich meine Vorbildfunktion als öffentliches Unternehmen? – Das ist, glaube ich, ein ganz wichtiger Punkt, dass wir weiter daran arbeiten müssen, Steuerharmonisierung auf der europäischen Ebene hinzubekommen.

Vizepräsident Wolfgang Greilich:

Frau Kollegin, Sie müssen bitte zum Ende kommen.

Sigrid Erfurth (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Danke für den Hinweis, Herr Präsident.

Wenn nationale Egoismen – aus welchen Gründen auch immer – dazu beitragen, dass diese Harmonisierung nicht gelingt, dann tragen wir auch dazu bei, dass solche Steueroasen weiter Bestand haben. Ich glaube, es ist eine wichtige Aufgabe, diese Egoismen zurückzuschrauben und dafür zu sorgen, dass das endlich aufhört und es auch richtig und legitim ist, was am Ende passiert. – Ich danke Ihnen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der CDU)

Vizepräsident Wolfgang Greilich:

Vielen Dank, Frau Erfurth. – Als Nächster spricht Herr Kollege Jörg-Uwe Hahn für die Fraktion der Freien Demokraten. Bitte sehr.

Dr. h.c. Jörg-Uwe Hahn (FDP):

Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Mir geht es ein bisschen wie meinem Fraktionsvorsitzenden Florian Rentsch in der Debatte, die wir vorhin geführt haben: Ich fühle mich ein bisschen arg allein bei dem Thema des Wettbewerbs. Ich fühle mich dahin gehend ein bisschen arg allein – natürlich nicht in meiner Fraktion, sondern meine Fraktion im Hinblick auf Sie alle –, dass man meint, alles müsse harmonisiert und alles müsse vom Staat, egal auf welcher Ebene, reguliert werden.

(Dr. Ralf-Norbert Bartelt (CDU): Ooh! – Janine Wissler (DIE LINKE): Die ganze Fraktion fühlt sich alleine!)

Wir haben ein anderes Menschenbild.

(Beifall bei der FDP)

Wir haben ein anderes ordnungspolitisches Bild. Ich will Ihnen sagen: Wenn Sie Ihre Argumentation weiter bedenken, die gerade auch von Ihnen, Frau Erfurth, angeklungen ist, aber natürlich noch viel intensiver von dem Kollegen Weiß und auch von Frau Wissler, heißt das: Wir sollten doch den Kommunen verbieten, dass sie selbstständig noch die Hebesätze bei Grundsteuer und Gewerbesteuer beschließen. Wir wollen doch überall, dass es keinen Wettbewerb gibt.

(Hermann Schaus (DIE LINKE): Das kommt noch, das Thema!)

Marius, du musst dich jetzt schon entscheiden, was du willst.

(Zurufe der Abg. Sigrid Erfurth (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) und Marius Weiß (SPD))

Ist das Verhalten der Deutschen Börse vor einigen Jahren, zur Minimierung der Gewerbesteuerzahlungen von Frankfurt nach Eschborn zu gehen, etwas anderes? Wieso ist das etwas anderes? – Das ist genau dasselbe System. Man hat einen Wettbewerb, und diesem Wettbewerb muss sich jedes Management selbst neu stellen. Das damalige Management der Deutschen Börse hat beschlossen: Wir wollen die hohen Gewerbesteuerzahlungen in Frankfurt nicht mehr leisten, sondern die geringeren in Eschborn. Deshalb ziehen wir um.

(Beifall bei der FDP)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das ist gesund. Aber wenn Sie weiterdenken, was Sie eben gesagt haben, dann wird das jetzt abgeschafft.

(Marius Weiß (SPD): Bei der Gewerbesteuer gibt es einen Spitzensatz!)

Sie können sich da gar nicht herausreden. Bei der Logik gibt es nur einen einzigen Weg: Entweder wir lassen den Wettbewerb zu, oder nicht. Bei den Kommunen wird Wettbewerb zugelassen – ja. Wieso wird er auf anderer Ebene nicht zugelassen? – Die rationale Begründung ist mir vollkommen fremd. Wir als Freie Demokraten können sie jedenfalls nicht nachvollziehen.

(Beifall bei der FDP)

Zweite Bemerkung, und dann bin ich auch schon fertig. Legal, legitim, illegitim – jedenfalls für ein Unternehmen, das mehrheitlich in öffentlicher Hand ist. Sie können sich daran erinnern, dass aus verschiedenen Gründen und auch aus diesem Grunde heraus die FDP-Fraktion in diesem Hause und bei den Haushaltsberatungen für 2017 angeregt hat, dass wir in einen weiteren Privatisierungsschritt der Fraport AG gehen.

Dieses Unternehmen – eines der größten hier in der Region, mit der größten Arbeitsstätte, die wir in Deutschland haben – nicht im Wettbewerb gleichzustellen mit anderen, sondern moralische Keulen zu schwingen, das können wir auch nicht nachvollziehen. Deshalb verabschieden wir uns doch davon, dass die Fraport ein mehrheitlich öffentliches Unternehmen ist. Dann können die legal arbeiten, wie das

im Wettbewerb möglich ist. So sichern wir Arbeitsplätze in diesem Lande – nicht mit weiterer Regulierung. – Vielen herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP – Hermann Schaus (DIE LIN-KE): Was für eine Logik!)

Vizepräsident Wolfgang Greilich:

Vielen Dank, Herr Kollege Hahn. – Für die Landesregierung spricht Frau Staatssekretärin Weyland. Bitte sehr, Sie haben das Wort.

Dr. Bernadette Weyland, Staatssekretärin im Ministerium der Finanzen:

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Eigentlich ist das Steuerrecht eine nüchterne Angelegenheit und weniger interessant. Aber wenn es um Steuergerechtigkeit geht, dann betrifft es jeden von uns. Dann wird dieses Thema nicht nur rational, sondern oft auch emotional diskutiert. Dafür habe ich deshalb Verständnis, weil derjenige, der keine Steuern bezahlt, unserem Rechtsstaat etwas nimmt, was wir dringend brauchen.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten der CDU, der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Hermann Schaus (DIE LINKE): Auch die Deutsche Börse, wenn sie von Frankfurt nach Eschborn geht!)

 Ich komme gleich noch dazu. – Jeder, der Steuern zahlt, finanziert damit alles, was wir uns im öffentlichen Bereich leisten können. Das ist wichtig, und deshalb müssen wir darauf achten, dass eine Steuergerechtigkeit gegeben ist.

Ich sagte aber auch schon: Dieses Thema ist nicht neu. Frau Wissler hatte darauf hingewiesen, es gab bereits eine Kleine Anfrage aus dem Jahr 2013. Das war nicht nur eine, sondern dieses Thema beschäftigt uns immer wieder. Das ist auch richtig.

Erlauben Sie mir deshalb, auf diesen Sachverhalt, bezogen auf Fraport, einzugehen; denn Sie wissen auch, dass für Fraport das gilt, was für alle gilt. Derjenige, der Steuern zahlt, hat einen Anspruch darauf, dass das Steuergeheimnis gewahrt wird. Das geht jedem so, weil jeder von Ihnen nicht möchte, dass Ihr konkreter Sachverhalt in der Öffentlichkeit mit konkreten Zahlen benannt wird.

(Janine Wissler (DIE LINKE): Ich bin aber keine Aktiengesellschaft!)

Deshalb kann ich auch – ich möchte nur meine Position von Anfang an klarstellen – nicht auf konkrete Zahlen eingehen, sondern ich kann nur auf das eingehen, was die Öffentlichkeit aus zugänglichen Quellen erhalten hat, und selbstverständlich auf das, was uns die Fraport an Zahlen liefert.

Zur Klarstellung. Das Land Hessen ist derzeit mit 31,32 % an der Fraport AG beteiligt. Bei der Fraport AG handelt es sich – das weiß jeder – um eine börsennotierte Aktiengesellschaft, die ihren Aktionären verpflichtet ist und die am allgemeinen wirtschaftlichen Wettbewerb teilnimmt.

Die Fraport hat – das wurde mehrfach gesagt – diverse Gesellschaften auf Malta gegründet. Diese wurden zwecks Erwerbs, Errichtung, Managements sowie finanzieller Ausgestaltung von Beteiligungen errichtet. Ausschlaggebend

für die Gründung einer von der Fraport AG getrennten rechtlichen Einheit zur Durchführung dieser Geschäftstätigkeiten auf Malta waren sowohl – das ist für Unternehmen bezeichnend – organisatorische und strukturelle Gründe als natürlich auch Finanzierungsaspekte und steuerliche Überlegungen.

Dabei sind insbesondere die niedrige lokale Kostenbasis sowie ein vorteilhaftes regulatorisches Umfeld zu erwähnen. Ja, durch die Gründung der Tochtergesellschaften konnten auch die Finanzierungskosten besonders der ausländischen Tochtergesellschaften der Fraport wesentlich gesenkt werden. Mithin wird sehr deutlich, dass dies alles unternehmerische Erwägungen sind, die für die Gesellschaft ausschlaggebend sind.

Was ist aber entscheidend? Die in Malta angesiedelten Gesellschaften erfüllen sämtliche erforderlichen Compliance-Verpflichtungen – das ist wichtig – in Deutschland und in Malta aus regulatorischer, gesellschaftsrechtlicher, bilanzieller und selbstverständlich aus steuerlicher Sicht. Die deutschen Finanzbehörden werden jährlich über sämtliche Aktivitäten der maltesischen Gesellschaften im Rahmen der Steuererklärungspflichten der maltesischen Gesellschaften und der Fraport AG umfassend informiert.

Einige Zahlen in diesem Zusammenhang. Der international agierende Fraport-Konzern weist für 2015 mit einem weltweiten Ertragsteueraufwand von ca. 137 Millionen € eine Konzernsteuerquote von 31,5 % auf, die auch in Vorjahren vergleichbar hoch war. Zum Vergleich: Die weltweite Konzernsteuerquote ist damit nahezu identisch mit dem effektiven Gesamtsteuersatz der Fraport AG in Deutschland in Höhe von 32,4 %.

(Zuruf des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

Sie sehen, das geht nicht weit auseinander von 31,5 % zu 32,4 %. Diese Steuerquote zeigt deutlich, dass von einer Vermeidung des deutschen Besteuerungsniveaus und damit von Steuerflucht wirklich keine Rede sein kann.

Vizepräsident Wolfgang Greilich:

Frau Staatssekretärin, ich darf Sie auf die vereinbarte Redezeit hinweisen.

Dr. Bernadette Weyland, Staatssekretärin im Ministerium der Finanzen:

Ja. – Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Hessische Landesregierung setzt sich seit vielen Jahren gegen Steuerflucht ein. Es gibt Modelle, die von der Hessischen Landesregierung entwickelt wurden. Es geht um das Thema Zinsschranke, es geht um das Thema Lizenzschranke. Das sind Beispiele, die wir auf internationaler und auf nationaler Ebene weiter vorangetrieben haben.

Steuern sollen dem Staat zustehen, in dem die Wertschöpfung verantwortlich generiert wurde. Das ist unser Thema. Das machen wir mit BEPS, als Stichwort. Das machen wir mit Country-by-Country-Reporting. Das sind Themen, die Hessen im Wesentlichen nach vorne gebracht hat, nur als Beispiel.

(Beifall der Abg. Sigrid Erfurth (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Ich könnte länger reden, aber ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Wolfgang Greilich:

Vielen Dank, Frau Staatssekretärin Weyland. – Weitere Wortmeldungen zu diesem Tagesordnungspunkt liegen nicht vor. Damit ist auch diese Aktuelle Stunde abgehalten.

Wir kommen zu **Tagesordnungspunkt 49:**

Antrag der Fraktion der FDP betreffend eine Aktuelle Stunde (Regierung Bouffier muss endlich Doppelbezug von öffentlichen Leistungen stoppen – vollständige Registrierung von Flüchtlingen zügig umsetzen und Datenabgleich ermöglichen) – Drucks. 19/4554 –

Hier hat sich für die antragstellende Fraktion, die Freien Demokraten, Herr Abg. Rock zu Wort gemeldet. Bitte sehr, Sie haben das Wort.

René Rock (FDP):

Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! "Wir erleben massenhaften Asylmissbrauch",

(Janine Wissler (DIE LINKE): Was?)

das sagt Andreas Scheuer. "Wer betrügt, der fliegt", "Die Koalition will Sozialmissbrauch mit Einreisesperren belegen", das kommt aus der CSU. "Niedersachsen. Sozialbetrug durch Flüchtlinge – CDU fordert Aufklärung", das ist vom 24.01. dieses Jahres; "Sozialbetrug durch Flüchtlinge: 31 Verdächtige";

(Janine Wissler (DIE LINKE): Sei doch froh, dass wir keine CSU in Hessen haben!)

"Sozialmissbrauch muss bekämpft werden". "EU-Ausländern Kindergeld kürzen", das sagt Herr Schäuble, unterstützt von Herrn Gabriel,

(Angela Dorn (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Was sagen Sie?)

und Frau Nahles legt einen Gesetzentwurf vor, dass EU-Ausländer erst nach fünf Jahren Anspruch auf Leistungen in unserem Land bekommen sollen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das ist das, womit unsere Bevölkerung in Überschriften tagtäglich konfrontiert wird. Das ist das, was Menschen in den Zeitungen lesen und was durch die Medien transportiert wird.

(Beifall bei der FDP)

Das erzeugt Bilder in der Bevölkerung. Es scheint so zu sein, dass es Parteien in Parlamenten und vor allem auch außerhalb von Parlamenten ganz recht ist, dass es diese Überschriften gibt, weil versucht wird, damit Politik zu machen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn wir etwas unternehmen wollen, wenn wir den Menschen in irgendeiner Art und Weise deutlich machen wollen, dass es da vielleicht nur um kleine Gruppen geht, dann muss der Staat handeln. Dann muss der Staat deutlich machen, dass wir ein Rechtsstaat sind, dass es Einzelfälle sind und dass es nicht dauerhaft zu solchen Versäumnissen kommen kann. In einigen Fällen muss man ja von Betrug sprechen.

Da steht die Frage im Raum, und man kann es eigentlich nicht fassen: Im 21. Jahrhundert, wo jeder über Digitalisierung spricht, Globalisierung, Informationszeitalter, leben in unserem Rechtsstaat, auf den wir immer so stolz waren und der hervorragend verwaltet ist, offenbar Menschen, von denen wir gar nicht wissen, dass sie da sind, die nicht registriert sind – oder die mehrfach registriert sind, die anscheinend mehrfach Leistungen erhalten können.

Es ist ganz klar, den Schwarzen Peter für diesen Umstand bekommt die Mehrzahl der Flüchtlinge, die Mehrzahl der Menschen, die im Sozialbereich Bezüge erhalten, zugeschoben. Sie bekommen den Schwarzen Peter deshalb zugeschoben, weil der Staat nicht in der Lage ist, mit den Informationen, die er hat, vernünftig umzugehen.

(Beifall bei der FDP)

Ich kann es nicht mehr hören. Nachher wird der Minister hier nach vorn gehen. Dann wird er wieder sagen: Ich habe vor zwei Jahren schon einmal einen Brief geschrieben. Ich habe in der Konferenz schon einmal das und das erzählt. – Wenn man "Bundesamt für Migration und Flüchtlinge" hört, ist man schon immer ein bisschen schockiert und fragt sich: Oh Gott, was kommt jetzt wieder für eine Hiobsbotschaft? Was für eine bürokratische Vorschrift oder unflexible Vorgabe kommt jetzt schon wieder?

Aber es nützt doch niemandem etwas, wenn die öffentlichen Stellen und die Regierungen immer wieder Schwarzer Peter spielen. Sie spielen Schwarzer Peter, ganz genau. Wir werden hier vom Minister wahrscheinlich wieder hören, wer alles schuld ist und warum etwas nicht geht. Die Menschen draußen interessiert das einfach nicht. Sie können das nicht verstehen.

(Beifall bei der FDP)

Sie können nicht verstehen, dass wir nicht in der Lage sind, Flüchtlinge zu registrieren, und dass wir nicht in der Lage sind, einen Datenabgleich herbeizuführen. Die staatlichen Stellen können das nicht überprüfen.

(Beifall bei der FDP)

Die Landesregierung schiebt die Schuld auf die Kommunen. Die Kommunen schieben die Schuld auf die Landesregierung. Dann schiebt die Landesregierung die Schuld auf das Bundesamt. Die Bundesregierung schiebt dann die Schuld auf die Kommunen.

Das können wir doch alles lesen. Schauen Sie doch einmal in die Zeitungen. Darum haben wir diese Aktuelle Stunde für heute gewählt. Wir wollen endlich wissen, wann das abgestellt werden wird und ab wann sichergestellt werden kann, dass es zu diesen doppelten Bezügen nicht mehr kommt. Wir wollen wissen, wie lange das noch dauert.

Ich kann nur darum bitten, dass dieses Schwarzer-Peter-Spiel endlich aufhört und dass das in Hessen alles ordent-lich umgesetzt wird. Denn es ist schwer zu ertragen, all diese Überschriften immer wieder zu lesen. Wir wissen doch genau, dass der Großteil der Menschen, die zu uns gekommen sind, sich ordentlich benimmt. Bei solchen Themen werden sie dann mit den anderen in einen Topf geworfen.

Das muss endlich einmal ordentlich geregelt werden. Die schwarzen Schafe müssen aussortiert werden. Da muss natürlich auch die öffentliche Hand ihre Hausaufgaben machen.

Ich bin einmal darauf gespannt, was wir hier wieder erzählt bekommen werden. Das, was wir bisher schriftlich bekommen haben, war jedenfalls nicht ausreichend. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsident Wolfgang Greilich:

Herr Kollege Rock, vielen Dank. – Als Nächster hat sich Herr Kollege Dr. Bartelt für die CDU-Fraktion zu Wort gemeldet. Bitte sehr, Sie haben das Wort.

Dr. Ralf-Norbert Bartelt (CDU):

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Registrierung der biometrischen Daten aller Asylbewerber ist ein notwendiger Bestandteil der erkennungsdienstlichen Erfassung. Sie ist für ein zügiges Asylverfahren, für die Prävention gegen Missbrauch und gegen den Mehrfachbezug der Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz notwendig.

In Hessen werden seit Mai 2016 alle neu ankommenden Flüchtlinge erkennungsdienstlich erfasst. Bei zuvor eingereisten Flüchtlingen – insbesondere bei denen aus dem Jahr 2015 – werden die notwendigen Daten nachträglich erhoben und registriert.

Es muss klargestellt werden, dass für die Registrierung das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge und für den Bezug der Leistungen der Flüchtlinge das Bundesministerium für Arbeit und Soziales zuständig sind. Insofern ist der Titel der Aktuellen Stunde der FDP – ich will es vorsichtig ausdrücken – nicht ganz exakt formuliert. Lieber René Rock, auch die eben gehaltene Rede beruht größtenteils auf Vermutungen und Hypothesen. Bei einem so sensiblen Thema sollte man sich überlegen, ob man hier so vorträgt.

(Beifall des Abg. Daniel May (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Wir wissen aus Erfahrung: In Hessen arbeiten die Staatsminister der Landesregierung und die Mitglieder der Regierungsfraktionen erfolgreich und harmonisch zusammen. Das wissen wir aus Erfahrung.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Auf der Bundesebene ist das während der Endphase der Legislaturperiode nicht immer der Fall. So war die Kommunikation in dieser Frage bedauerlicherweise nicht einheitlich. Der Bundesentwicklungsminister forderte die nachträgliche biometrische Registrierung der Flüchtlinge aus den Maghreb-Staaten. Das Bundesinnenministerium entgegnete über den Sprecher des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge, dies sei bereits erfolgt, weitere Maßnahmen seien nicht nötig. Das Bundessozialministerium erklärte, dass ihnen von einem Doppelbezug der Leistungen aufgrund mangelhafter Registrierungen nichts bekannt sei. Alle diese Erklärungen erfolgten im Januar dieses Jahres.

Aufgrund dieser Verwirrungen sind wir der Landesregierung dankbar, dass sie die Fakten für Hessen zur erkennungsdienstlichen Erfassung einschließlich der biometrischen Erfassung dargelegt hat. Wir erinnern auch an das Engagement der Landesregierung auf der Arbeits- und Sozialministerkonferenz zur Umsetzung der Leistungsgesetze. Das ist auch deshalb wichtig, weil in Niedersachsen

die Kriminalpolizei in Braunschweig wegen des Verdachts auf Doppelbezug der staatlichen Leistungen der Asylbewerber ermittelt. Die Ermittlungen beziehen sich nicht nur auf Vorkommnisse in diesem Bundesland.

Die Klärung des Sachverhalts ist notwendig. Sie ist auch deshalb notwendig, um in der Bevölkerung die Akzeptanz des staatlichen Engagements für die Aufnahme und Integration zu festigen. In diesem Zusammenhang ist zu betonen, dass Hessen durch eine vorbildliche Organisation der Erstaufnahme, durch eine enge Zusammenarbeit und durch Vereinbarungen mit der kommunalen Familie und durch einen weitsichtigen Aktionsplan zur Integration von Flüchtlingen und Bewahrung des gesellschaftlichen Zusammenhalts diesen Konsens in der Bevölkerung sichert.

Wir sollten diese Frage eindeutig klären. Die Hessische Landesregierung hat ihren Beitrag dazu geleistet. Wir sollten nicht versuchen, durch irgendwelche Vermutungen und Hypothesen diesen Konsens in unserer Gesellschaft aufs Spiel zu setzen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Wolfgang Greilich:

Herr Dr. Bartelt, vielen Dank. – Als Nächster spricht Herr Abg. Bocklet für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Bitte schön.

Marcus Bocklet (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! René Rock, ich fand den Redebeitrag eigentlich überzogener, als er angesichts des eigentlichen Anliegens hätte sein können.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der CDU und der SPD)

Ich will es einmal so sagen: Die Überschrift lautet:

Regierung Bouffier muss endlich Doppelbezug ... stoppen

Wenn man das für sich isoliert betrachtet und danach sucht, was für ein sachliches Problem dahinter liegt und ob man das bearbeiten kann, dann, finde ich, muss man sich der Sache stellen. Das ist bis dahin erst einmal nichts Unanständiges. Unanständiges findet sich dann doch schon, wenn man darüber fabuliert und erklärt, wie Sozialmissbrauch entstehen könnte. Ich finde, das ist ein sehr populistisches In-Verbindung-Bringen.

Herr Kollege Rock, ich will mich der Sache nicht entziehen. Es geht in der Tat darum, dass man diesen Doppelbezug stoppt. Sie kennen den Brief des hessischen Ministers vom 13. Februar 2017, der an alle Fraktionen ging. Wenn man diesen Brief gelesen hat, kann man eigentlich nicht mehr so einen Tagesordnungspunkt einreichen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der CDU sowie des Abg. Ernst-Ewald Roth (SPD))

Ich möchte Ihnen das noch beantworten. Denn ich finde, alle Zuschauerinnen und Zuschauer, aber auch die Kolleginnen und Kollegen haben das Recht, zu erfahren, was in Hessen passiert. Alle in Hessen neu ankommenden Asylsuchenden werden erkennungsdienstlich behandelt und mit

ihren hinterlegten vollständigen biometrischen Daten registriert. Das ist das, was in Hessen zunächst passiert.

In Hessen ist kein Doppelbezug der Leistungen bekannt geworden. Das steht da auch drinnen. Herr Kollege Rock, jetzt kommt der spannende Teil. Da steht geschrieben:

Auch können die Sozialbehörden/Jobcenter einen Abgleich mit den im Ausländerzentralregister hinterlegten Fingerabdrücken nicht vornehmen, da diese die zu übermittelnden Daten aufgrund bundesgesetzlicher Regelungen nicht auslesen können.

Es gibt also bundesgesetzliche Regelungen, die diese Kooperation behindert. Das steht in dem Brief.

Abhilfe schaffen könnte in allen genannten Fällen nur der Bund, da bei diesem die Gesetzgebungskompetenz ... liegt.

Das wollte ich erst einmal als Feststellung sagen. Es ist also nicht die Regierung Bouffier schuld. Hier verschleppt es keiner. Hier ignoriert es keiner. Vielmehr benennen wir es. Es gibt ein Problem, das dazu führt, dass es dazu kommen könnte. Wenn Sie es ändern wollten, bräuchten wir eine bundesgesetzliche Regelung. Das war ad 1.

Frau Kollegin, Sie können gerne klatschen. Sie haben recht.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zweitens hört man schon im Hintergrund hallen: Hat die Hessische Landesregierung auch wirklich genug getan? – Auch das kann man bejahen, wenn man in der Lage ist, diesen Brief zu lesen.

Hessen hat bereits auf der letzten Arbeitsministerkonferenz einen entsprechenden Antrag an die Bundesregierung gestellt,

(Zuruf des Abg. Florian Rentsch (FDP))

der von den Bundesländern einstimmig mitgetragen wurde. Für die gesetzliche Umsetzung ist das federführende Ministerium für Arbeit und Soziales auf Bundesebene zuständig. – Sie haben doch den Brief.

(Angela Dorn (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja!)

Sie wissen, dass es die Bundesgesetzgebung ist, die das erst ermöglicht. Sie wissen, dass Hessen aktiv war. Sie wissen das alles. Und dann verfassen Sie die Überschrift "Doppelbezug" – so nach dem Motto: "Überall sind Sozialhilfebetrüger." Ich finde das unanständig.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der CDU)

Vizepräsident Wolfgang Greilich:

Vielen Dank, Herr Bocklet. – Als Nächste spricht Frau Kollegin Faulhaber für die Fraktion DIE LINKE.

Gabriele Faulhaber (DIE LINKE):

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die erste Frage, die ich mir gestellt habe, als ich diesen Antrag der FDP las, war: Was soll dieser Antrag bewirken? Was sind die Ziele dieses Antrags? Leider sind mir nur ziemlich unschöne Antworten eingefallen.

Meine Damen und Herren, wenn einige Hunderttausend Menschen ins Land kommen, sind natürlich auch welche darunter, die nicht ehrlich sind. Ja, es kann auch sein, dass die Registrierung unorganisiert und überlastet ist. Das bietet Schlupflöcher. Es gibt das alte – ich betone: alte – deutsche Sprichwort: "Gelegenheit macht Diebe." Das zeigt schon, dass es sich um kein Phänomen handelt, das nur Flüchtlinge betrifft. Das gab es schon immer und zu jeder Zeit, und das gilt für alle Völker.

Damit Sie mich jetzt nicht falsch verstehen: Natürlich müssen Asylsuchende registriert werden, und natürlich sehe auch ich die Sozialversorgung nicht als Selbstbedienungsladen an. Aber dieser Antrag lässt die Annahme aufkommen, es wimmele nur so von Betrügern unter den Geflüchteten; denn endlich sollen die vollständige Registrierung und ein Datenabgleich erfolgen. Ich bin jetzt keine glühende Verehrerin dieser Landesregierung,

(Zuruf von der SPD: Das gilt für uns auch!)

aber Sie, meine Dame und die Herren von der FDP, suggerieren mit Ihren Formulierungen, der Mehrfachbezug von Sozialleistungen sei in Hessen ein von oben geduldetes Phänomen. Tatsächlich ist in Hessen kein einziger Fall von Doppelbezug von Sozialleistungen durch Geflüchtete bekannt. Das wurde gerade hier vorgetragen. Darauf hat Minister Grüttner hingewiesen. Dieses Schreiben liegt auch der FDP vor.

Aus der aktuellen Polizeilichen Kriminalstatistik für Hessen lassen sich keinerlei Hinweise in diese Richtung entnehmen. Die Statistik wurde erst vor zwei Wochen vorgestellt. Sozialleistungsbetrug von Geflüchteten wird mit keiner Silbe erwähnt. Es ist auch nicht richtig, zu unterstellen, Geflüchtete würden in Hessen nicht registriert. Dazu hat Herr Bocklet gerade gesprochen. Da kann ich etwas Redezeit sparen.

Es gibt einen Begriff für eine politische Strategie, die die Fakten ignoriert und Emotionen inszeniert. Man nennt es Populismus. Meine Damen und Herren von der FDP, Sie versuchen sich auf Kosten von Minderheiten zu profilieren.

(Beifall bei der LINKEN)

Gegen den Versuch, datenschutzrechtlich bedenkliche Regelungen in den Jobcentern einzuführen, muss man sich mit großem Nachdruck wenden. Es ist kein legitimes Mittel, im Jobcenter Fingerabdrücke zu nehmen, weil man unterstellt, dass es irgendeinen Sozialbetrug geben könnte. Jeder, der mit den Jobcentern zu tun hat, weiß, dass die Flüchtlinge, die dorthin kommen, sowieso registriert sind. Sie sind anerkannt. Deshalb gibt es auch überhaupt keinen Grund, so etwas zu tun. So etwas ist ein Abbau des Datenschutzes.

(Beifall bei der LINKEN)

Es gab vor drei Jahren schon einmal eine Paralleldiskussion um den angeblich massenhaften Sozialleistungsbetrug durch Rumänen und Bulgaren. Monatelang hat sich die Große Koalition damit beschäftigt, die angebliche Zuwanderung in Sozialsysteme bzw. den Missbrauch von Sozialleistungen durch EU-Bürger zu thematisieren und anzuprangern. Aber auch damals drifteten Faktenlage und fremdenfeindliche Inszenierung weit auseinander.

Tatsächlich war der Kindergeldbetrug durch deutsche Beamte das größere Problem. 2009 deckte der Bundesrech-

nungshof nämlich 2.400 Fälle mit einem Schaden von 6,5 Millionen € auf. Warum kümmert sich die SPD nicht einmal darum?

(Zurufe von der SPD: Die FDP!)

- Entschuldigung. Das tut mir sehr leid. Können Sie mir noch einmal verzeihen?

(Beifall bei der LINKEN – Florian Rentsch (FDP): Das passiert schon einmal, selbst bei den LINKEN!)

Noch etwas: In diesem Antrag kommt eine ordentliche Portion Doppelmoral zum Vorschein. Die FDP regt sich über die Betrügereien armer Schlucker auf. Sie findet aber nichts dabei, wenn Steuerflüchtlinge dem Fiskus Millionen entziehen. Da ist von der FDP nämlich überhaupt nichts zu hören.

(Florian Rentsch (FDP): Doch!)

Da wird keine Aktuelle Stunde beantragt und von der Landesregierung gefordert, endlich Steuerschlupflöcher und Kapitaltransfers ins Ausland zu stoppen.

(Florian Rentsch (FDP): Doch, wir reden darüber)

- Wir haben Ihre Rede doch eben gehört.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsident Wolfgang Greilich:

Frau Kollegin, auch wenn Sie gerade so schön in Fahrt sind: Ihre Redezeit ist abgelaufen. Kommen Sie bitte zum Ende.

Gabriele Faulhaber (DIE LINKE):

Diese Steuerflüchtlinge kosten ein Vielfaches dessen, was die Flüchtlinge kosten. Der Fiskus verliert dabei jedes Jahr 100 Millionen €. Das ist ein wirklich wichtiges Thema, das hier einmal zur Sprache gebracht werden sollte. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsident Wolfgang Greilich:

Vielen Dank, Frau Faulhaber. – Es spricht jetzt Herr Kollege Ernst-Ewald Roth für die Fraktion der Sozialdemokraten. Bitte sehr, Sie haben das Wort.

Ernst-Ewald Roth (SPD):

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich sage es der Vollständigkeit halber schon einmal am Anfang. Ich glaube, ich bin in den letzten neun Jahren hier keiner flüchtlingspolitischen Debatte ausgewichen. Als ich diese Aktuelle Stunde heute gesehen habe, habe ich mich aber gefragt: Um was geht es da? Es gibt keinen Antrag. Dann muss man sich mit der Überschrift zufriedengeben. Aber die spricht Bände: "Regierung Bouffier muss endlich Doppelbezug von öffentlichen Leistungen stoppen". – Dann kommt der Zusammenhang. Das ist das eigentlich Perfide und Unerträgliche. "Vollständige Registrierung von Flüchtlingen zügig umsetzen und Datenabgleich ermöglichen" – natürlich brauchen wir das Zweite. Das ist in den Debatten der letzten Monate immer wieder Thema gewesen. Aber den Zusammenhang herzustellen, dass es mas-

senhaften Missbrauch – Doppelbezug – gebe, und den mit den Flüchtlingen in Verbindung zu bringen, ist unerträglich

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN und der LINKEN sowie bei Abgeordneten der CDU)

Die Frage spielte bereits in der letzten Sitzung des Sozialund Integrationspolitischen Ausschusses eine Rolle. Daraufhin gab es eine Antwort des Ministers in Form eines Briefes an alle Fraktionen. Er ist von den Vorrednern schon genannt worden. Der Brief beantwortet für mich die Fragen. Er sagt auch, wo noch Klärungspunkte sind; aber er erwähnt auch, dass die nicht vom Hessischen Landtag zur klären sind.

Vizepräsident Wolfgang Greilich:

Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abg. Rock?

Ernst-Ewald Roth (SPD):

Nein. – Ich will das deshalb sagen. Ich musste von meinem Arbeitskreiskreis – –

(René Rock (FDP): "Massenhaft"! Wo steht hier "massenhaft"?)

 Das suggerieren Sie. – Ich musste von meinem Arbeitskreissprecher buchstäblich genötigt werden, zu diesem Punkt zu reden.

(Gerhard Merz (SPD): Na, na, na!)

Ich hätte heute am liebsten keine Wortmeldung abgegeben, weil ich mich an diesem Spiel, das hier passiert, an der Stelle nicht beteiligten wollte. – Danke schön.

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN und der LINKEN)

Vizepräsident Wolfgang Greilich:

Vielen Dank, Herr Roth. – Für die Landesregierung spricht Herr Staatsminister Wintermeyer. Bitte sehr.

Axel Wintermeyer, Minister und Chef der Staatskanzlei:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich danke meinen Vorrednern, dass sie schon einiges klargestellt haben. Herr Rock, Sie haben zeitnah umfänglich Auskunft von Herrn Staatsminister Grüttner erhalten.

(Florian Rentsch (FDP): Das wollen wir auch einmal loben, weil das sonst nicht der Fall ist!)

Auch wir haben uns gefragt: Was soll das? – Ihre Unterstellung, der Doppelbezug von öffentlichen Leistungen müsse endlich gestoppt werden, suggeriert, dass es einen solchen Doppelbezug in Hessen gibt. Das suggeriert außerdem, wir würden nichts dagegen tun. Beides weise ich ausdrücklich zurück.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsident Wolfgang Greilich:

Gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Axel Wintermeyer, Minister und Chef der Staatskanzlei:

Nein. Herr Rock kann ja gern noch einmal ans Rednerpult gehen.

(Florian Rentsch (FDP): Nein! Kann er nicht!)

Ich liefere mir gern noch eine weitere Auseinandersetzung mit ihm.

Liebe Kolleginnen und Kollegen der FDP, es ist meiner Meinung nach klar, dass es Ihnen nicht um Fakten und Lösungsansätze geht, sondern wohl auch um das Aufgreifen populistischer Stimmungsmuster. Die Lautstärke von Herrn Rock zeigt, dass wir ins Schwarze getroffen haben.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren, bevor ich hier seitens der Landesregierung die Fakten klarstelle, nutze ich als Flüchtlingskoordinator der Hessischen Landesregierung gern die Gelegenheit, meinen Kollegen, Herrn Sozialminister Grüttner und Herrn Innenminister Beuth, zu danken,

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

dass sie sowie die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Ressorts wirklich Gutes geleistet haben bei der Erstaufnahme und der Unterbringung der Flüchtlinge, bei der Registrierung, bei der Sicherheit sowie bei Start- und Integrationshilfen. Das, was geleistet wurde, ist herausragend. Hessen hat die Herausforderungen der Flüchtlingskrise tatkräftig gemeistert. Das Land ist handlungsfähig. Meine Damen und Herren, das gilt es hier auch einmal im Hessischen Landtag zu würdigen und nicht in Abrede zu stellen.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich habe noch die kleine Hoffnung, dass der FDP-Antrag zur Aktuellen Stunde eher aus Unkenntnis resultiert als aus einer populistischen Absicht. Das beste Rezept gegen beides sind glasklare Fakten.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Fakt 1: Seit Inbetriebnahme des Ankunftszentrums in Gießen Ende Mail 2016 werden alle neu in Hessen ankommenden Asylsuchenden schon im Rahmen der Erstaufnahme erkennungsdienstlich behandelt und registriert, und zwar mit vollständigen biometrischen Daten. Das heißt, eine Doppelregistrierung ist in Hessen seitdem nicht möglich. Die Daten sind im Ausländerzentralregister hinterlegt. Auch diejenigen, die in der großen Fluchtbewegung 2015 und Anfang 2016 zu uns gekommen sind, wurden im Rahmen des EASY-Gap-Abbaus des vergangenen Jahres registriert und biometrisch erfasst.

Bei den unbegleiteten minderjährigen Asylsuchenden sind die Altfälle ebenfalls erkennungsdienstlich behandelt. Bei den neu ankommenden unbegleiteten minderjährigen Asylsuchenden soll die erkennungsdienstliche Erfassung zeitnah im Rahmen der vorläufigen Inobhutnahme erfolgen. Sozial- und Innenministerium erarbeiten derzeit eine Handlungsempfehlung, um im Dialog mit den zuständigen Kommunen die Abläufe noch weiter zu verbessern.

Fakt ist, meine Damen und Herren: Hessen ist hier gut aufgestellt und weiter als viele andere Bundesländer.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Lieber Herr Rock, wenn Sie heute die vollständige Registrierung in Hessen fordern und gleichzeitig damit den Eindruck erwecken, es gäbe große Lücken, dann ist dies schlichtweg Unfug und eine böswillige Verdrehung der Tatsachen.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Fakt 2: Im Rahmen des EASY-Gap-Abbaus sind bei der Registrierung und erkennungsdienstlichen Behandlung der rund 95.000 aufgenommenen Flüchtlinge in Hessen lediglich 54 Doppelidentitäten für die Jahre 2015 und 2016 festgestellt worden. Meine Damen und Herren, wir reden über ein halbes Promille an Fällen, die durch gewissenhafte Prüfung und Registrierung der Behörden aufgedeckt wurden. Sie suggerieren hier aber in populistischer Weise einen massenhaften Missbrauch von Identitäten. Das entspricht nicht den Tatsachen und ist politisch nicht verantwortlich.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf des Abg. René Rock (FDP))

Für die Hessische Landesregierung kann ich nachdrücklich unterstreichen, dass die Kolleginnen und Kollegen im Ankunftszentrum und in den Ausländerbehörden alles daransetzen, solche Fälle schnell und vorbehaltlos aufzudecken. Ihnen gehören unser aller Dank und unsere Anerkennung.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Wolfgang Greilich:

Herr Minister, ich darf Sie auf die vereinbarte Redezeit hinweisen.

Axel Wintermeyer, Minister und Chef der Staatskanzlei:

Fakt 3: Ihre Forderung, dass die Regierung Bouffier den Datenabgleich ermöglichen solle, lässt mich endgültig zweifeln, ob Sie auf der Höhe der Zeit sind und sich informiert haben. Diese Landesregierung hat federführend – und das müsste Ihnen bekannt sein – einen Antrag für einen besseren Datenabgleich zwischen den Ausländerund Sozialbehörden auf der letzten Arbeits- und Sozialministerkonferenz eingebracht. Dabei wurde bereits Anfang Dezember beschlossen, die Bestimmungen des § 52 Abs. 2 des SGB II und weiterer Vorschriften zu erweitern und die Abfrage des Ausländerzentralregisters in den automatisierten Datenabgleich der Sozialbehörden aufzunehmen. Erst durch diese Möglichkeit einer überprüften Identifikation können Mehrfachanträge eines Antragstellers tatsächlich ausgeschlossen werden.

Fakt ist: Ohne verfassungskonforme Rechtsgrundlage gibt es keinen Datenabgleich dieser Art. Die Gesetzgebungskompetenz hierfür liegt beim Bund.

Wer beim Thema Vorratsdatenspeicherung oder beim Thema "Digitales Hessen" alle Register gezogen und hier im Plenum die Fackel des Datenschutzes und der Persönlich-

keitsrechte so hoch getragen hat, Herr Rock, sollte dies wissen

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und des BÜND-NISSES 90/DIE GRÜNEN)

Herr Kollege Grüttner hat in diesen Tagen die zuständige SPD-Bundesministerin noch einmal eindringlich auf den Gesetzgebungsbedarf hingewiesen. Dies drängt, da im Verlauf des Jahres mit einer steigenden Zahl anerkannter Asylbewerber und auch einer steigenden Zahl von Leistungsbeziehern nach dem SGB II zu rechnen ist. Das Bundeskabinett hat gestern in unserem Sinne entschieden.

Diese gesetzliche Regelung des automatisierten Datenabgleichs mit dem Ausländerzentralregister ist unabdingbar, nicht nur um Missbrauchsfälle zu unterbinden, sondern auch um unsägliche Generalverdächtigungen, auch die, über die wir heute diskutieren, zurückweisen zu können.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

An diesem Punkt zeigt sich die besondere Qualität des Themas der heutigen Aktuellen Stunde. Sie bringen in dieser zum Teil schon hoch emotional geführten Debatte noch zusätzlich ungerechtfertigte Pauschalierungen gegen Flüchtlinge. Sie untergraben das Vertrauen in die Handlungsfähigkeit des Staates, der längst tätig geworden ist, bevor Sie sich auch nur ansatzweise sachkundig gemacht haben. Beides ist unsäglich und untragbar.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, die Hessische Landesregierung und die sie tragenden Fraktionen werden bei der Flüchtlingsaufnahme und -integration ihren erfolgreichen und konsequenten Kurs weiter beibehalten, und zwar mit Augenmaß, Tatkraft und Verantwortungsbereitschaft für diesen Staat und die ihn tragende Werte- und Rechtsordnung. Wir sind es dem gesellschaftlichen Zusammenhalt schuldig. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Wolfgang Greilich:

Vielen Dank, Herr Minister Wintermeyer. – Als Nächster spricht der Fraktionsvorsitzende der Freien Demokraten, Florian Rentsch. Bitte sehr.

(Günter Rudolph (SPD): Wie viel Redezeit haben die Fraktionen noch, Herr Präsident?)

- Fünf Minuten. Zweite Runde.

(Zuruf des Abg. Günter Rudolph (SPD))

Florian Rentsch (FDP):

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Vielleicht können die Geschäftsführer die Debatte dort führen, wo sie hingehört. Ich möchte gerne beim Thema weitermachen, weil uns das Thema wichtig ist.

Herr Staatsminister Wintermeyer, die Landesregierung versteigt sich heute in Superlativen und spricht von "unsäglich". Ich finde es unsäglich, wenn es eine Landesregierung nicht schafft, Anfragen des Parlaments zeitnah zu be-

arbeiten, wenn das Parlament sozusagen auf die lange Bank geschoben wird.

Jetzt frage ich Sie einmal, warum Sie überhaupt aktiv geworden sind, wenn es da gar kein Problem gibt. Das ist ja interessant. Auf der einen Seite sagen Sie, Sie könnten ausschließen, dass es da ein Problem gibt. Das können Sie überhaupt nicht ausschließen, Herr Staatsminister Wintermeyer, weil Sie zurzeit keinen Datenabgleich machen. Deshalb können Sie nicht ausschließen, dass es einen Doppelbezug gibt.

(Beifall bei der FDP)

Sie loben sich dafür jedoch in Ihrer Rede, die offenbar schon schriftlich vorgefertigt wurde, in der stand, dass es heute eine hoch emotionale Debatte wird. Die Debatte war gar nicht so emotional. Wir haben versucht, die Debatte sehr sachlich anzulegen.

Der Punkt ist: Warum wird die Landesregierung überhaupt tätig, wenn sie gar kein Problem sieht? Sie müssen sich entscheiden: Entweder gibt es ein Problem, dann müssen Sie aktiv werden; oder es gibt kein Problem. Dann hätte der Kollege Grüttner gar keinen Brief schreiben und auch bei der Arbeits- und Sozialministerkonferenz nicht aktiv werden müssen.

Fakt ist – darin sind wir uns doch einig –: Bisher gibt es keine Struktur, um abzugleichen, ob Menschen in Hessen oder in einem anderen Land doppelt Bezüge erhalten. Ich denke, darin sind wir uns einig. Dass die vielen, die es richtig machen und die den Staat nicht ausnutzen, nicht mit den schwarzen Schafen in einen Topf gesteckt werden, das sollte unser gemeinsames Anliegen sein. Ich verstehe deshalb gar nicht, wo die Emotionalität auf der einen und der anderen Seite herkommt. Wer die populistischen Äußerungen von CSU-Abgeordneten in Bayern, aber auch von CDU-Abgeordneten in Niedersachsen und anderswo hört – auf die bezogen sich die Hinweise des Kollegen Rock –, der sollte doch sagen: Wir brauchen jetzt die gesetzlichen Grundlagen dafür, dass ein Abgleich gemacht werden kann.

(Zurufe von dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Kollege Grüttner, ich finde es sehr gut, dass Sie aktiv geworden sind, nachdem wir bei diesem Thema nachgefragt haben.

(Lachen bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Minister Peter Beuth: Das ist lächerlich!)

- Herr Kollege Beuth, ich bin mittlerweile von dieser Landesregierung gewöhnt, dass Sie alle sich hier nicht benehmen können.

(Lachen bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Aber wenn Sie schon mal da sind: Halten Sie sich endlich einmal zurück. Ich habe langsam die Nase voll.

(Zuruf des Ministers Peter Beuth)

 Setzen Sie sich in die Reihen der Abgeordneten. Sie sind doch Mitglied des Parlaments. Diskutieren Sie von dort.
 Wenn die Landesregierung schon einmal da ist und kein Benehmen hat, sind irgendwann die Grenzen erreicht.

(Unruhe – Glockenzeichen des Präsidenten)

Vizepräsident Wolfgang Greilich:

Ich wäre dankbar, wenn von allen Seiten etwas mehr Ruhe wäre, wir weniger Zwischenrufe und Dialoge mit der Regierungsbank hätten.

Herr Kollege Rentsch, ich will mich bei der Gelegenheit korrigieren: Sie haben vier Minuten Redezeit. Ich habe fälschlicherweise gesagt, es seien fünf Minuten.

Florian Rentsch (FDP):

Vielen Dank, Herr Präsident. – Ich bin gerne bereit, mit jedem in diesem Parlament zu diskutieren. Das macht aber nur dann Sinn, wenn man sich sieht und wenn man nicht ständig in den Rücken gesprochen bekommt. Das ist auch nicht unbedingt der parlamentarische Standard, den man erwarten darf.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der SPD)

Wir werden das Thema weiterverfolgen. Wir werden Ihnen nicht durchgehen lassen, dass Sie mit der Aussage: "Wir haben einen Brief geschrieben", das ganze Thema auf dem Weg nach Berlin versacken lassen. Sie haben recht: Die Zuständigkeit liegt beim Bund. Herr Kollege Grüttner, die CDU stellt zwar nicht die Ministerin für Arbeit und Soziales in Berlin, aber die CDU stellt die Bundeskanzlerin und einen tragenden Teil der Bundesregierung. Deshalb ist das Spiel, der Bund tue nichts oder handle zu langsam, in diesem Bereich nicht akzeptabel.

Wenn wir wollen, das kein falsches Licht auf diejenigen fällt, die aus guten Gründen Leistungen, die ihnen gesetzlich zustehen, in Anspruch nehmen, dann sollten wir auch dafür sorgen, dass ein Missbrauch dieser Leistungen, den Sie aufgrund fehlender gesetzlicher Grundlagen nicht ausschließen können, meine Damen und Herren – das wollen wir heute noch einmal festhalten –, nicht eintritt. Ich hoffe, dass es in den nächsten Monaten nicht noch zu Fällen kommen wird, die Missbräuche bestätigen.

Ich nehme erst einmal hin, dass Staatsminister Wintermeyer hier behauptet hat, er könne einen Missbrauch ausschließen. Ich denke, wir können das nicht wirklich ausschließen, aber ich hoffe, dass gegenteilige Fälle nicht noch bekannt werden, weil damit denjenigen, die dieses Thema populistisch ausnutzen, auch noch recht gegeben würde.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsident Wolfgang Greilich:

Vielen Dank, Herr Kollege Rentsch. – Für die Landesregierung spricht erneut Herr Staatsminister Wintermeyer.

Axel Wintermeyer, Minister und Chef der Staatskanz-

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es tut mir leid, dass ich nochmals ans Rednerpult gehen muss und damit den Eintritt in die Mittagspause verzögere. Ich lasse mir aber von Ihnen, lieber Kollege Rentsch, und auch von keinem anderen Abgeordneten des Hessischen Landtags Worte in den Mund legen, die ich nicht gesagt habe. Sie haben mir als Regierungsvertreter die Aussage in den Mund gelegt, ich könne ausschließen, dass es einen Doppelbezug von öffentlichen Leistungen gibt.

(René Rock (FDP): Sie haben den Eindruck erweckt!)

– Lieber Herr Rock, Sie erwecken den Eindruck, unflätig zu sein. Ständig schreien Sie hier etwas herein. Das richtet sich meiner Meinung nach von selbst.

Ich sage dem Kollegen Rentsch und dem gesamten Haus, dass ich nicht ausschließen kann – auch die Hessische Landesregierung kann das nicht ausschließen –, dass es Fälle von Doppelbezug gibt. Das habe ich auch nie anders behauptet. Herr Fraktionsvorsitzender, Sie haben eben versucht, mir diese Äußerung in den Mund zu legen, um in der nächsten Aktuellen Stunde, wenn irgendwo doch ein solcher Fall auftreten sollte, sagen zu können: Guck mal, die haben damals etwas Falsches gesagt. – Das können Sie mit mir nicht machen.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – René Rock (FDP): Wir lesen nach, was Sie gesagt haben!)

Zweite Bemerkung. Wir können sagen, dass uns kein Fall von Doppelbezug in Hessen bekannt ist. Ich kann Ihnen sagen, dass es vier Fälle von Sozialleistungsbetrug in Hessen gegeben hat. Aufgedeckt wurden diese in der Erstaufnahme: zwei Fälle im Jahr 2015, zwei Fälle im Jahr 2016. Dabei ging es um den Doppelbezug von Taschengeld. In diesen vier Fällen wurde Strafanzeige gestellt und entsprechend gehandelt. Im SGB-II-Bereich sind uns keine nachgewiesenen Missbrauchsfälle bekannt. Ausschließen kann ich sie nicht.

Dritte Bemerkung. Lieber Kollege Rentsch, ich greife noch einmal – wie auch Herr Roth – den Titel Ihrer Aktuellen Stunde auf.

(Zuruf des Abg. René Rock (FDP))

Sie sprechen in Ihrem Antrag die Regierung Bouffier konkret an: diese müsse endlich den Doppelbezug öffentlicher Leistungen stoppen. – Kommen Sie hierher ans Pult, und nennen Sie uns die Fälle, die es in Hessen gegeben hat, die die Hessische Landesregierung stoppen soll.

(Lebhafter Beifall bei der CDU, der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Nennen Sie uns am besten auch die Namen. Dann kümmern wir uns sofort darum – im Interesse aller anständigen Menschen.

Vizepräsident Wolfgang Greilich:

Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Axel Wintermeyer, Minister und Chef der Staatskanzlei:

Nein. – Sie fordern die Regierung außerdem auf, die vollständige Registrierung von Flüchtlingen zügig umzusetzen. Die Fakten hierzu habe ich Ihnen vorhin vorgetragen. Wir haben die nachträgliche Registrierung umgesetzt, und bei denjenigen, die jetzt noch zu uns kommen, setzen wir sie sofort um. Sie können sich ja in anderen Bundesländern einmal anschauen, wie es dort läuft. Beispielsweise den Wahlkämpfern in Nordrhein-Westfalen könnte ich viele Fakten aus Hessen liefern, weil es nämlich in Nordrhein-Westfalen noch nicht so toll läuft wie bei uns in Hessen.

(Günter Rudolph (SPD): In Hessen ist immer alles bestens, das wissen wir schon!)

Wir kämpfen – das kann ich Ihnen sagen, da ich im Bundeskanzleramt bei den Ministerpräsidentenkonferenzen immer mit dabei bin und auch Informationen aus den Sozialministerkonferenzen habe – seit Monaten mit der zuständigen Ministerin, dass ein rechtsstaatlich einwandfreier Abgleich zwischen den Sozialbehörden und den Ausländerbehörden ermöglicht wird. Das Bundeskabinett hat gestern einen entsprechenden Gesetzentwurf beschlossen. Dafür sind wir sehr dankbar. Gehen Sie davon aus, dass die Sozialbehörden spätestens in der 13. Woche dieses Jahres Fingerprint-Maschinen haben werden und noch vor dem Inkrafttreten des Gesetzes technisch entsprechend ausgestattet sind.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Wolfgang Greilich:

Meine sehr verehrten Damen und Herren, mir liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Damit ist auch diese Aktuelle Stunde abgehalten.

Mir ist mitgeteilt worden, dass sich die parlamentarischen Geschäftsführer darauf geeinigt haben, dass wir jetzt in die Mittagspause eintreten. Der Setzpunkt der GRÜNEN wird unmittelbar nach der Mittagspause aufgerufen, danach der Setzpunkt der Freien Demokraten.

Wir gehen jetzt in die Mittagspause und setzen die Sitzung um 14:20 Uhr fort.

(Unterbrechung von 13:18 bis 14:22 Uhr)

Vizepräsidentin Ursula Hammann:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich möchte die Sitzung fortsetzen.

Ich mache Sie auf Folgendes aufmerksam: Noch eingegangen und auf Ihren Plätzen verteilt ist ein Dringlicher Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend Gleichberechtigung von Frauen und Männern verwirklichen – Maßnahmen des Landes zeigen bereits Wirkung, Drucks. 19/4572. Wird die Dringlichkeit bejaht? – Das ist der Fall. Dann wird der Dringliche Entschließungsantrag Tagesordnungspunkt 60 und kann, wenn dem nicht widersprochen wird, mit Tagesordnungspunkt 19 aufgerufen werden. – Dann machen wir das so.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 23 auf:

Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend "Es kommt nicht darauf an, wo du herkommst, sondern wo du hin willst" – deutliche Ausweitung des integrationspolitischen Landesprogrammes WIR – Drucks. 19/4530 –

Als erster Redner hat sich Kollege Bocklet von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu Wort gemeldet. Die vereinbarte Redezeit beträgt zehn Minuten. Herr Kollege, Sie haben das Wort.

Marcus Bocklet (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben heute das WIR-Programm zum Setzpunkt gemacht, weil wir zeigen wollten, dass wir spätestens seit dem Herbst 2015 vor immens großen Herausforderungen stehen, da bis zum heutigen Zeitpunkt etwa 115.000 Menschen nach Hessen geflüchtet sind.

(Zurufe von der CDU: Nur?)

Wir standen vor den Fragen, wie wir diese Menschen gut versorgen, wie wir sie unterbringen und wie wir es erreichen, dass sie später tatsächlich in die Gesellschaft integriert werden können, sodass ihnen eine selbstständige Teilhabe möglich ist. Vor dieser Herausforderung standen alle Parteien – die Regierungsfraktionen natürlich in besonderem Maße –, weil es darum ging, Verantwortung zu übernehmen.

An dieser Stelle möchte ich allen Beteiligten ausdrücklich dafür danken, dass wir mit dem Aktionsplan zur Integration von Flüchtlingen und Bewahrung des gesellschaftlichen Zusammenhalts in diesem Land einen immensen Meilenstein mit über 1,3 Milliarden € im ersten Schritt gesetzt haben. Meine Damen und Herren, dieser Aktionsplan ist bundesweit einmalig und trägt entscheidend dazu bei, dass eine mögliche Integration gelingen kann.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der CDU)

Wir wissen, dass Integration ein Prozess ist. Wir wissen, dass das nicht automatisch gelingt. Wir wissen, dass Menschen mit Migrationshintergrund und Flüchtlinge den Weg in die komplizierten Strukturen unserer Gesellschaft nicht alleine finden. Deswegen waren wir klug beraten, ein Programm weiterzuentwickeln. Gestatten Sie mir an dieser Stelle einen Gruß an die letzte Reihe der FDP.

(Heiterkeit des Abg. Dr. h.c. Jörg-Uwe Hahn (FDP))

Ja, wir wissen, dass das WIR-Programm damals tatsächlich schon von Jörg-Uwe Hahn mit initiiert wurde. So viel Zeit muss sein. Ich glaube aber, dass der entscheidende Fortschritt mit dem Aktionsprogramm gelang, in dem wir die finanziellen Mittel von 3,1 Millionen € auf 8,9 Millionen € nahezu verdreifacht haben. Ich finde, das ist ein besonders wichtiger Schritt.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der CDU)

Dieses Programm ist vielfältig. Es ist gut ausgebaut und neu strukturiert worden. Lassen Sie mich deshalb die wichtigsten Dinge benennen: Es gab bereits WIR-Koordinatoren, die dafür gesorgt haben, dass die vorhandenen Integrationsangebote von Sportvereinen und von anderen gut koordiniert werden. Nun gibt es eine zweite Aufstockung der Zahl dieser Koordinatoren. Wir nennen sie die WIR-Fallmanager.

Ich glaube, die WIR-Fallmanager werden zu einer neuen Qualität vor Ort führen. Uns ist aufgefallen, dass viele Flüchtlinge, nachdem sie aus der Erstaufnahmeeinrichtung den Gemeinschaftsunterkünften der Kommunen zugewiesen wurden, uns – ich sage das einmal so salopp – leicht verloren gehen. Bestimmte Zugänge zu Behörden, zu Jobcentern und zu Sprachkursen werden nur schwer gefunden. Wir müssen jedoch ein öffentliches Interesse daran haben, dass die Geflüchteten diese Kontakte schnell finden. Nur

so gelingt eine schnelle Integration. Eine schnelle Integration entlastet natürlich auch die öffentlichen Haushalte. Deswegen sind diese Fallmanager ein neues innovatives Instrument und sehr wichtig.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der CDU)

Sie werden allen 33 Landkreisen, kreisfreien Städten und Sonderstatusstädten zur Verfügung stehen. Ich bin sehr gespannt, wie schnell das umgesetzt werden kann, wenn nun die Ausschreibungen beginnen. Ich bin mir sicher, dass es keine überhöhte Hoffnung ist, wenn wir davon sprechen, dass Integration dann noch schneller und leichter gelingen kann

In der Fortschreibung des Aktionsplans I zum Aktionsplan II sind die Mittel von 1,3 Milliarden € auf 1,6 Milliarden € aufgestockt worden. Davon profitierte auch das WIR-Programm. Ich will nicht ohne Stolz erwähnen, dass wir bestimmte Schwachpunkte noch einmal unter die Lupe genommen haben.

Uns ist aufgefallen, dass insbesondere geflüchtete Frauen und Mädchen an bestimmten Integrationsmaßnahmen häufig nicht teilgenommen haben. Es kann uns nicht zufriedenstellen, darüber zu spekulieren, ob das auf die Kultur oder auf andere Gründe zurückzuführen ist. Wichtig ist, dass wir diese Probleme sehen und sie angehen. Deswegen möchte ich noch einmal hervorheben, dass wir mit Mitteln in Höhe von 500.000 € Modellprojekte in den Fokus nehmen, mit denen insbesondere die Integrationschancen von geflüchteten Frauen verbessert werden sollen. Ich finde, das ist eine hervorragende Initiative.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der CDU)

400.000 € stehen für die Qualifizierung von Migrantenorganisationen zur Verfügung. So sollen diese Menschen das, was sie erlebt haben, in einem Peergroup-System weitergeben können. 400.000 € sind dafür vorgesehen.

Ein weiterer Punkt ist sehr wichtig, nämlich das Sprachförderprogramm "MitSprache – Deutsch4U", ein niedrigschwelliges Sprachförderprogramm, für das 1,2 Millionen € mehr vorgesehen sind. Dieses Programm wurde nun durch die Möglichkeit der Kinderbetreuung verbessert.

Wir wissen, dass beispielsweise viele Frauen nicht mehr an Sprachkursen des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge teilnehmen konnten, weil sie bemerkt haben, dass dort die Kinderbetreuung nicht mehr stattfindet. Wie auch immer man das beurteilen mag, es ist Fakt. Diese Frauen sind nicht mehr zu den Sprachkursen gekommen.

Da Hessen jetzt zusätzlich zu dem Sprachförderprogramm "MitSprache – Deutsch4U" auch Kinderbetreuung anbietet – natürlich eine niederschwellige Kinderbetreuung, die nicht vergleichbar ist mit einer Kinderbetreuung nach dem KJHG –, ist diesen Frauen damit die Teilnahme an den Sprachkursen möglich. Wir haben einen richtigen Akzent gesetzt, da wir die Erlernung der Sprache allen Migranten und Flüchtlingen ermöglichen wollen und nicht nur denen, die ohne Kinder nach Deutschland gekommen sind.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der CDU)

Außerdem ist die Förderung von Integrationslotsen vorgesehen. Insgesamt beweist das WIR-Programm, dass wir wollen, dass Integration stattfindet. Wir reden in diesen Tagen oft von Sorgen, die die Geflüchteten den Menschen in Deutschland bereiten. Diese Sorgen können wir ihnen nehmen, wenn wir als Landesregierung signalisieren, dass Zuwanderung und Integration große Herausforderungen sind. Dies geschieht nicht von alleine. Die Regierungen im Bund, im Land und in den Städten nehmen das in die Hand.

Wir können als Landesregierung und als die sie tragenden Fraktionen signalisieren: Wir haben nicht nur den Aktionsplan II auf den Weg gebracht, der viele Probleme angeht. Vor allem haben wir bei Migranten und Geflüchteten den Fokus explizit darauf gerichtet, dass sie schnell integriert werden und ihnen schnell eine Teilhabe gelingt. Ich glaube, mit diesem WIR-Programm haben wir bundesweit einen Leuchtturm geschaffen, um den uns andere Bundesländer beneiden.

(Zuruf des Abg. Willi van Ooyen (DIE LINKE))

Mit dem WIR-Programm, dessen Mittel wir verdreifacht haben, haben wir viele neue innovative Qualitätsmerkmale installiert.

Viele andere Bundesländer schauen neidvoll auf uns und sagen: Wenn es bundesweit so laufen würde, wie es bei euch in Hessen läuft, hätten wir viele rechtspopulistische Stimmungen überhaupt nicht gehabt. Eine regierungsfähige Bundesregierung hätte dann nämlich von Anfang an zum Ausdruck gebracht: Wir haben eine Herausforderung, wir haben Probleme, aber wir schaffen auch einen bundesweiten Aktionsplan, um diese Probleme anzugehen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich bin fest davon überzeugt, würde es so einen Aktionsplan geben, hätten wir solche WIR-Programme in Fülle, dann wären viele rechtspopulistische Stimmungen erst gar nicht entstanden.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der CDU)

Abschließend noch eine Kommentierung: Ja, ich weiß, dass es manchmal ein bisschen nach Lobhudelei klingt, aber es ist in der Tat wichtig, auch positive Beispiele von Integrationspolitik zu benennen, weil wir als Regierende damit Handlungsfähigkeit und -willigkeit zeigen.

Wir zeigen, dass wir die Probleme und Herausforderungen sehen, dass wir darauf reagieren wollen, dass wir das strukturiert und flächendeckend machen, nicht nur mal eben mit einem Projekt zu einem Modell, sondern strukturiert, dass wir es auf die nächsten Jahre abgesichert haben und darauf hinwirken, dass tatsächlich jeder, der Hesse sein will, auch Hesse wird. – Ich danke Ihnen, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der CDU – Willi van Ooyen (DIE LINKE): Nein, ihr habt doch nach Afghanistan abgeschoben!)

Vizepräsidentin Ursula Hammann:

Vielen Dank, Herr Kollege Bocklet. – Als nächster Redner spricht nun Herr Kollege Tipi von der Fraktion der CDU. Bitte schön, Herr Kollege, Sie haben das Wort.

Ismail Tipi (CDU):

Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Mit dem vorliegenden Entschließungsantrag der Koalition aus CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stellen wir dar, welchen wichtigen Beitrag das Landesprogramm WIR zur Integration in Hessen leistet. Daher haben wir seit 2014 hierfür die Mittel stetig angehoben und sie in diesem Jahr fast verdoppelt – von 4,6 Millionen € auf etwa 8,9 Millionen €. Damit haben wir das Programm an die neuen Herausforderungen im Bereich der Integration angepasst.

Warum erachten wir das als wichtig? Zunächst einmal möchte ich ein paar Sätze zu diesem Programm sagen. Das Landesprogramm WIR wurde bereits im Jahr 2014 ins Leben gerufen, also noch vor der großen Flüchtlingswelle. Das ist ein langer Zeitraum, in dem es die Gelegenheit gab, das Programm und dessen Entwicklung zu beobachten. In dieser Zeit haben wir feststellen können, dass es unsere Erwartungen erfüllt hat. Dieser Erfolg rührt daher, dass das Programm nicht nur die Integrationspolitik vor Ort stärkt, sondern gleichzeitig auch die Arbeit der Träger und Kommunen unterstützt. Wir haben die Mittel immer wieder aufgestockt, vor allem nachdem zahlreiche Flüchtlinge in unser Land sowie in unsere Städte und Kommunen gekommen sind. Wir haben das Programm stetig erweitert, ausgebaut und damit an die neuen Bedingungen angepasst.

Die Anforderungen an die Integrationsarbeit waren schon immer sehr hoch. In den letzten beiden Jahren sind diese noch einmal massiv größer geworden. Durch Beschleunigungen im ausländerrechtlichen Verfahren und die Verschärfung des Aufenthaltsrechts wird in Deutschland alles unternommen, um Menschen ohne Bleiberechtsperspektive schnell wieder zurück in ihr Heimatland zu führen. Diejenigen, die eine Bleiberechtsperspektive haben, müssen wir auffordern, die deutsche Sprache als den zentralen und wichtigsten Schlüssel für die Integration schnell zu erwerben. Ich bin froh, dass dies mittlerweile allgemeiner Konsens im politischen Diskurs unseres Landes ist. Hessen war hierbei in unserer Regierungsverantwortung ein Vorreiter.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ein wichtiger Teil des Forderns ist zum einen die uneingeschränkte Akzeptanz unserer verfassungsrechtlich geschützten Werte, meine Damen und Herren. Zum anderen müssen wir die zu integrierenden Menschen selbstverständlich fördern und ihnen hierzu entsprechende Angebote bieten. Hierzu leistet das WIR-Programm einen wichtigen Beitrag.

Daher lassen Sie mich einmal zusammenfassen, was dieses Programm alles beinhaltet: Es gibt die sogenannten WIR-Koordinatorinnen und -Koordinatoren. Ihre Aufgabe ist es, vor allem die interkulturelle Öffnung voranzutreiben und neue Konzepte für eine Willkommens- und Anerkennungskultur zu entwickeln. Es ist das Ziel, die Integration vor Ort bestmöglich zu fördern. Dazu müssen Behörden, Vereine, Verbände und Migrationsorganisationen ihre Angebote und Leistungen auch auf die Vielfalt der Menschen ausrichten. Beteiligte müssen eingebunden und informiert werden. Eine Vernetzung aller kommunalen Akteure ist ebenso von zentraler Bedeutung. All diese Herausforderungen können nur vor Ort gelöst werden und müssen in einer Hand liegen. Eine erfolgreiche Integration kann nicht von der Politik verordnet werden. Sie kann nur gemeinsam mit den Menschen vor Ort gelingen.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dafür sind die WIR-Koordinatorinnen und -Koordinatoren wichtig. Wir lassen sie damit nicht allein. Gemeinsam mit dem Integrationsministerium gibt es regelmäßige Informations- und Arbeitstreffen. Nicht vergessen dürfen wir auch, dass eine gelungene Willkommens- und Anerkennungskultur Diskriminierung und Extremismus vorbeugen kann. Gerade in einer Zeit zunehmender rassistisch motivierter Gewalt müssen wir entschlossen handeln und dafür sorgen, dass die Menschen, die hierher geflüchtet sind, in unserer Gesellschaft erfolgreich aufgenommen werden.

Doch jede Stadt und Gemeinde hat ihre Struktur, spezielle Wohngebiete oder Stadtteile. Daher ist es wichtig, dass die Konzepte auch darauf abgestimmt sind. Es müssen Möglichkeiten für die Begegnung von Menschen geschaffen werden und Ansprechpartner zur Verfügung stehen. Nur dann kann so eine große Herausforderung langfristig gelingen und Diskriminierung vorgebeugt werden. Ich bin der festen Überzeugung, dass dieses Programm genau diese Möglichkeiten bietet und extremistischen Strömungen entgegenwirkt. Menschen, die wir fest in unsere Gesellschaft einbinden und denen wir das Gefühl des Willkommenseins geben, sind immun gegenüber extremistischen Anschauungen.

Ein neuer Kernpunkt der zusätzlichen Förderung sind die neu geschaffenen WIR-Fallmanager für Flüchtlinge. Sie sollen einen Überblick über die bestehenden Angebote geben und auf kommunaler Ebene Lotsen- bzw. Patennetzwerke aufbauen. Gemeinsam mit den WIR-Koordinatorinnen und -Koordinatoren wollen wir dafür sorgen, dass sich die Flüchtlinge und Menschen mit Migrationshintergrund bei uns wohlfühlen und sich zurechtfinden. Migranten, die über ihre Arbeitsleistung einen wichtigen Beitrag zur Gesellschaft leisten, müssen sich in unserem Land wohlfühlen, damit sie sich über ihre Arbeit hinaus an der Gesellschaft beteiligen. Das und ein positives Lebensgefühl müssen wir fördern. Mit der Erweiterung des Landesprogramms wollen wir genau das erreichen. Personal, innovative Projekte, Sprachförderung und die Qualifikation ehrenamtlicher Integrationslotsen gehören dazu.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Bereits im Jahr 2016 haben wir mit dem Programm "Mit-Sprache - Deutsch4U" eine Möglichkeit geschaffen, Flüchtlingen besonders niedrigschwellig und lebensweltnah die deutsche Sprache zu vermitteln. Damit bilden wir eine Ergänzung zu den Integrationskursen des Bundes für diejenigen, die sich dauerhaft und rechtmäßig in Hessen aufhalten und keinen Anspruch auf Förderung oder keine Zulassung zu den Bundesintegrationskursen haben. Wir wollen eine nachhaltige Verbesserung der Integrationschancen erreichen. Denn klar ist auch, meine Damen und Herren: Beherrscht man die Sprache seiner neuen Heimat nicht, kann es zu Parallelgesellschaften kommen. Sie würden sich zurückziehen und unter sich bleiben. Das halte ich nicht nur für falsch, sondern auch für sehr gefährlich. Das sind Brutherde für Konflikte, Diskriminierung und Extremismus. Deswegen dürfen wir die Bedeutung der Sprache nicht unterschätzen. Sie ist einer der wichtigsten Schlüssel zur Integration.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Mit der Aufstockung der Mittel auf insgesamt 2,7 Millionen € für das Sprachförderprogramm wollen wir zwei Din-

ge erreichen: Zum einen sollen vor allem auch Frauen angesprochen werden, denn sie leisten einen besonderen Beitrag zur Integration ihrer Kinder und unterstützen sie auf ihrem Bildungsweg.

(Beifall der Abg. Claudia Ravensburg (CDU))

Gleichzeitig machen wir es damit möglich, zusätzlich zu den Sprachkursen auch die Kinderbetreuung während der Kurse zu finanzieren, um noch mehr Frauen und Müttern den Zugang zu erleichtern. Ich denke, eines ist hier deutlich geworden: Hessen hat im Bereich der Integrationspolitik bereits viel getan und setzt sich dafür weiterhin unermüdlich ein. Hessen ist und bleibt Integrationsmotor. Darauf können wir alle stolz sein.

(Zuruf von der CDU: Sehr gut!)

Jeder kann sich in unserem Land frei entfalten und an der Gesellschaft teilhaben, unabhängig von Herkunft und Religion. Mit den beschriebenen Maßnahmen und mit der erneuten finanziellen Aufstockung des Programms WIR tragen wir wesentlich dazu bei.

Meine Damen und Herren, abschließend möchte ich meinen Dank aussprechen. Die Kommunen leisten vor Ort sehr viel, um Integration erfolgreich zu gestalten. Auch den zahlreichen ehrenamtlichen Menschen, die sich in der Integrationsarbeit engagieren, möchte ich danken. Ihnen allen gelten mein Dank und mein größter Respekt. Meine Damen und Herren, es kommt nicht darauf an, wo du herkommst, sondern wo du hin willst. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Ursula Hammann:

Vielen Dank, Herr Kollege Tipi. – Als nächster Redner spricht nun Kollege Di Benedetto von der Fraktion der SPD. Bitte schön, Herr Kollege, Sie haben das Wort.

Corrado Di Benedetto (SPD):

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich kann es Ihnen nicht ersparen, aber ich muss jetzt doch eine andere Platte auflegen.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN – Dr. Ulrich Wilken (DIE LINKE): Das ist auch gut so!)

Dass es vonseiten der Regierungskoalition zu einer deutlichen Ausweitung des integrationspolitischen Landesprogramms WIR kommen musste, haben wir Sozialdemokraten schon geahnt. Mit Blick auf die Handlungsempfehlungen und Ergebnisse der Enquetekommission "Migration und Integration", die bereits in der letzten Legislaturperiode eine sehr gute Arbeit geleistet hat, ist es in der Tat an der Zeit, insgesamt die Integrationspolitik unseres Bundeslandes bei allen bisher erzielten Fortschritten den reellen Gegebenheiten anzupassen.

(Beifall bei der SPD)

Es ist sogar höchste Zeit, gerade wenn man die vergangenen eineinhalb Jahre Revue passieren lässt, die für uns wahrlich nicht einfach waren, auch in diesem Hause nicht. Wir haben in diesem Landtag parteiübergreifend, gerade vor dem Hintergrund dieser schwierigen Zeit, immer wieder und, wie ich finde, auch zu Recht hervorgehoben, dass

wir die integrationspolitischen Fehler der vergangenen Jahrzehnte nicht wiederholen wollen. Wie soll es das Land Hessen allein durch die schwarz-grün angelegte Projektitis verhindern, nicht schon wieder in dieses Fahrwasser zu geraten?

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Wer in Sachen Migration und Integration mittel- und langfristig positive Veränderungen für die Gesamtgesellschaft erwirken will, muss zuallererst und ein für alle Mal weg von dieser unsäglichen Projektitispraxis. Integrationsarbeit muss auf Dauer angelegt werden. Es dürfen nicht immer wieder scheinbar neue Modellprojekte aus dem Hut gezaubert werden, die als "passende Instrumente mit innovativen Ansätzen" – was auch immer damit gemeint ist – verkauft werden, die am Ende gar nicht nachhaltig sein können.

(Beifall bei der SPD)

Natürlich begrüßt meine Fraktion die notwendige Aufstockung der Mittel für das Programm WIR. Ich will hinzufügen, dass es in Ihrem Entschließungsantrag im Grunde fast nichts gibt, was wir nicht mittragen könnten. Das haben wir aber auf unterschiedlichste Weise in den verschiedensten Gremien, Beiräten, Gipfeln und Kommissionen alles schon durchgekaut. Wir können in Ihrem Antrag beim besten Willen nichts Neues finden. Vor allem können wir keine Strategie erkennen, die den anstehenden Herausforderungen als Ganzes gerecht werden soll.

In Ihrem Antrag steht:

Die gelingende Gestaltung von Migration und Integration ist mitentscheidend für den Zusammenhalt und die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Perspektiven unserer Gesellschaft.

Mit anderen Worten: Sie drücken mit dieser Passage aus, dass es um nichts Geringeres geht als um die Zukunft unseres Landes und dass sie im Wesentlichen davon abhängig ist, wie wir, gerade vor dem Hintergrund der Entwicklung der vergangenen Monate, Migration und Integration gestalten und organisieren. – Meine Damen und Herren der Koalition, so verstehe ich Sie. Diese Sichtweise teilen meine Fraktion und ich uneingeschränkt.

(Beifall bei der SPD)

Es stellt sich uns nur die Frage, ob wir zur Bewältigung dieser epochalen Aufgabe, wie sie auch so oft in diesem Hohen Haus beschrieben worden ist, adäquat gerüstet und aufgestellt sind. Dazu sagen wir Sozialdemokraten: Nein, das sind wir nicht, trotz aller erfreulichen Fortschritte, die ich keineswegs kleinreden will. – Herr Sozialminister, das sage ich ganz bewusst.

Meine Damen und Herren der Koalition, es ist gerade Ihr heutiger Antrag, der offenbart, dass unser Bundesland integrationspolitisch im Grunde genommen hinterherhängt. Dass es nahezu zu einer Verdreifachung der Mittel für das Programm WIR innerhalb einer relativ kurzen Zeit gekommen ist, bedeutet doch nichts anderes, als dass die bisher bereitgestellten Ressourcen und vor allem die Strategien nicht ausreichend bzw. nicht richtig waren und es immer noch nicht sind.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Meine Damen und Herren, sie hätten auch dann nicht ausgereicht, wenn wir nicht die hohe Zahl der Zuzüge der vergangenen eineinhalb Jahre nicht gehabt hätten. Der letzte

Landtag hätte ganz bestimmt keine Enquetekommission "Migration und Integration", erst recht nicht mit den Stimmen aller Fraktionen in diesem Hause, beschlossen und eingesetzt, wenn es nicht schon lange vor den Neuzuzügen in unserem Bundesland große Integrationsdefizite gegeben hätte.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Wir haben uns nachvollziehbarerweise in den vergangenen eineinhalb Jahren auf die Flüchtlinge konzentriert. Dabei haben wir die sogenannten Bestandsausländer mehr oder weniger aus dem Blick verloren. Das will ich auch selbstkritisch anmerken.

(Beifall des Abg. René Rock (FDP))

Das müssen wir wieder aufgreifen. Allerdings brauchen wir eine andere, neue Strategie, die nachhaltig wirken muss. Meine Fraktion hat deshalb versucht, im Dezember-Plenum eine Diskussion über einen Hessenplan nach Zinns Vorbild anzustoßen, um die eigentliche Dimension der anstehenden Herausforderungen in unserem Bundesland aufzuzeigen.

(Beifall bei der SPD)

Leider sind wir mit unserem Ansinnen gescheitert. Dennoch kann ich Ihnen sagen, dass wir in Hessen früher oder später darauf zurückkommen werden müssen, auf welche Weise auch immer. Da ist es mit der Ausweitung des WIR-Programms ganz gewiss nicht getan.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Meine Damen und Herren der Koalition, ich kann es auch nicht glauben, wenn Sie in Ihrem Antrag über die Ausweitung des WIR-Programms von einem "zentralen Bestandteil hessischer Integrationspolitik" sprechen, aber dabei die Migrationsdienste völlig außen vor lassen. Diese Dienste werden darin nicht ein einziges Mal erwähnt, nicht einmal wenn es um die notwendige und koordinierte Zusammenarbeit der integrationspolitischen Akteure vor Ort geht. Das ist letztendlich schlicht das Ziel des Landesprogramms. Dies ist für mich einfach unfassbar.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Ich muss Sie leider auch daran erinnern, dass im Zuge der "Operation düstere Zukunft" von heute auf morgen in einer Nacht-und-Nebel-Aktion und ohne Not die Migrationsdienste hessenweit auf brutalstmögliche Weise beschnitten worden sind. Sie mussten massiv abgebaut werden, weil das Land Hessen nicht mehr bereit war, die bescheidenen Komplementärmittel zur Verfügung zu stellen. Somit haben Sie bewusst auf die bis dahin jahrzehntelang garantierte Hauptfinanzierung des Bundes verzichtet.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Meine Damen und Herren, wenn wir uns ernsthaft den integrationspolitischen Herausforderungen der kommenden Jahrzehnte stellen wollen und dabei sowohl den Zusammenhalt und das Wohl aller in unserem Land lebenden Menschen als auch unsere Ökonomie berücksichtigen wollen, so muss in allererster Linie alles dafür getan werden, im weitesten Sinne die Regelangebote weiterzuentwickeln, zu stärken und zu verstetigen. Da ist es mit gut gemeinten Projektchen hier und dort nicht getan.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Unser Land ist künftig weiterhin auf inner- und außereuropäische Zuwanderung angewiesen – sowohl aus demografischer Sicht als auch aus Gründen der Fachkräftesicherung. Ich glaube, dass das in diesem Haus unbestritten ist. Da braucht es feste Strukturen, die auf Dauer angelegt und natürlich auch finanziert werden müssen, um Integration erfolgreich zu gestalten.

Ein bisschen musste ich schmunzeln, als ich diesen Entschließungsantrag zum ersten Mal bekommen habe. Ich musste daran denken, dass das Land Hessen schon 2015 die Integrationskonferenz eingerichtet hat – eine, wie ich finde, gute Einrichtung, um endlich zu Potte zu kommen. Der Auftrag dieser Integrationskonferenz war und ist, einen Integrationsplan zu erstellen. Die Integrationskonferenz hat im vergangenen Jahr – ich denke, es war Mitte vergangenen Jahres – einen Entwurf abgegeben. Er sollte Ende des letzten Jahres in den Ressorts überarbeitet und dann gegebenenfalls hier eingebracht werden. Mein Eindruck ist – das werde ich einfach nicht los –, dass dieser Setzpunkt auch ein bisschen davon ablenken will, dass wir hier mit dem notwendigen Integrationsplan, aus welchen Gründen auch immer, nicht zu Potte kommen.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten der LIN-KEN)

Ich habe selbst in einigen Arbeitsgruppen mitgearbeitet. Ich weiß, dass es Knackpunkte gibt, die für bestimmte Fraktionen schon schmerzlich sind – Stichwort: kommunales Wahlrecht oder die Forderung nach einem Landes-Antidiskriminierungsgesetz.

Vizepräsidentin Ursula Hammann:

Herr Kollege, Sie müssten zum Ende kommen.

Corrado Di Benedetto (SPD):

Vielen Dank, Frau Präsidentin, ich komme gleich zum Schluss.

Wir als Fraktion werden – das kann ich Ihnen garantieren – weiterhin auf die Zusammenarbeit mit Ihnen setzen, vertrauensvoll und auch konstruktiv und verantwortungsvoll, und sind deshalb auch ein bisschen irritiert, dass wir bei dem Aktionsprogramm II gar nicht gefragt worden sind, obwohl alle gelobt haben, dass wir das erste Programm gemeinsam auf den Weg gebracht haben. Ich glaube, das hätte nicht sein müssen. Wie gesagt, wir haben bis heute noch keine Antwort, warum das so kommen musste. – Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

(Anhaltender Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Vizepräsidentin Ursula Hammann:

Danke, Herr Kollege Di Benedetto. – Als nächste Rednerin spricht nun Frau Kollegin Faulhaber von der Fraktion DIE LINKE. Bitte schön, Frau Kollegin, Sie haben das Wort.

Gabriele Faulhaber (DIE LINKE):

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Von den knapp 6 Millionen Hessen sind ein Viertel Menschen mit einem sogenannten Migrationshintergrund. In den jüngsten Altersgruppen gibt es sogar deutlich mehr Migrantinnen und Migranten. Diese Zahlen zur Bevölkerungsstatistik verdeutlichen, wie wichtig eine zukunftsgerichtete Integrationspolitik in Hessen ist.

Diese Politik muss Diskriminierungen beseitigen. Sie muss inklusiv angelegt sein, um die volle gesellschaftliche Teilhabe von Migrantinnen und Migranten zu ermöglichen. Das ist nicht nur ein Gebot der Menschlichkeit. Es ist auch eine Frage der Demokratie. Denn Gleichheit und Bürgerrechte sind Grundlagen einer demokratischen Gesellschaft.

(Beifall bei der LINKEN)

Ja, da kann man klatschen. – Angesichts der demografischen Situation und der weiteren demografischen Entwicklung in Hessen sind Integration und Teilhabe auch unverzichtbar für den gesellschaftlichen Frieden im Land.

Viele Helferinnen und Helfer leisten auf kommunaler Ebene einen unentbehrlichen Beitrag, um die gesellschaftliche Teilhabe von Migrantinnen und Migranten zu fördern. Sie unterstützen beim Spracherwerb, beim Gang zum Arzt, in der Schule, bei Behörden oder bei der Qualifizierung für den Arbeitsmarkt. Sie tun es vielfach ehrenamtlich und opfern einen großen Teil ihrer Freizeit für die Integration dieser Neuhessinnen und Neuhessen.

Wenn in Hessen überhaupt von Willkommenskultur die Rede sein kann, dann leistet das dieses bürgerschaftliche Engagement vor Ort, das nach wie vor ungebrochen ist. Bei diesen engagierten Menschen möchte ich mich bei dieser Gelegenheit herzlich bedanken.

(Beifall bei der LINKEN)

Das Landesprogramm WIR kann auf der kommunalen Ebene eine Unterstützung sein. Das wollen wir gar nicht bestreiten. Mit den bereitgestellten Fördermitteln können ehrenamtliche Netzwerke gestärkt und institutionalisiert werden.

Das zentrale Problem des Landesprogramms ist aber die fehlende politisch-konzeptionelle Einbettung der bereitgestellten Fördermittel. Das hat die LINKE schon vor zwei Jahren moniert, als der fast gleiche Antrag hier diskutiert

Nach wie vor ist das Programm auf der Suche nach Modellprojekten oder nach Projekten mit neuen innovativen Ansätzen. Dabei muss man eigentlich gar nicht viel tun, um die strukturellen Defizite zu erkennen, die einer sozialen und gesellschaftlichen Teilhabe von Migrantinnen und Migranten entgegenstehen. Im Bildungsbereich und auf dem Arbeitsmarkt sind Migrantinnen und Migranten erheblich benachteiligt. Auch das Armutsrisiko ist wesentlich höher als bei Menschen ohne Migrationshintergrund.

Leider ist Hessens Bildungssystem nicht wirklich in der Lage, so etwas wie Chancengerechtigkeit herzustellen. Nach wie vor hängt der Bildungserfolg stark von der sozialen Herkunft ab.

Wie erreichen wir aber ein inklusives Schulsystem, das die diskriminierend wirkende Mehrgliedrigkeit überwindet? Wie können wir eine bessere Sprachförderung anbieten, insbesondere auch in der Muttersprache? Wie kriegen wir eine Betreuung von unter Dreijährigen hin, die auch Kindern aus sozial benachteiligten Familien den Besuch von Kindertagesstätten ermöglicht? – Hier liegen – um nur ein paar Beispiele zu nennen – Reformansätze für mehr Bildungs- und Chancengleichheit in Hessen.

(Beifall bei der LINKEN)

In dem Antrag der Regierungsfraktionen hätte ich dazu auch gern ein paar Zeilen gelesen.

Das Förderprogram WIR wird diesen Herausforderungen nicht gerecht. Es ist ein großes Problem in Hessen, dass die Landesregierung hier ihrer Pflicht nicht wirklich nachkommt, sondern Lösungen aktueller Probleme der Einwanderungsgesellschaft an kommunale Akteure delegiert. Die Integrationspolitik des Landes darf sich aber keinesfalls auf die Förderung kommunaler Projekte beschränkten, mögen sie auch noch so innovativ sein.

Die Integrationspolitik des Landes muss ein Gesamtkonzept haben, das auf Chancengleichheit abzielt. Sie muss als Querschnittsaufgabe in die Sozial-, Bildungs- und Innenpolitik eingebettet sein. Sonst kann Integration nicht funktionieren.

(Beifall bei der LINKEN)

Das Landesprogramm WIR ist ganz offensichtlich das Flaggschiff schwarz-grüner Integrationspolitik. Hier ist ganz sicher auch so etwas wie eine grüne Handschrift zu erkennen. Es verwundert daher nicht, dass wir heute auf Antrag der Regierungsfraktionen zum zweiten Mal über das Programm sprechen.

In Zeiten, in denen das grüne Selbstverständnis als Menschenrechtspartei leidet, weil auch diese grüne Landtagsfraktion Menschen in Kriegsgebiete abschiebt, verstehe ich sehr gut, dass die GRÜNEN nun dieses Förderprogramm hochhalten wollen. Offensichtlich soll auf diese Weise nach außen suggeriert werden: Auch wenn wir Menschen in Lebensgefahr und existenzielle Not schicken, tun wir dennoch etwas für Migrantinnen und Migranten.

Aber die Aufstockung des Landesprogramms WIR kann nicht über die inhumanen Auswüchse der hessischen Asylpolitik hinwegtäuschen.

(Beifall bei der LINKEN)

Viele Menschen in Hessen sind verunsichert, weil sie Angst haben, die nächsten Opfer einer Massenabschiebung zu sein. Schulkinder haben Angst, weil Hessen keine Skrupel hat, aus der Schule heraus abzuschieben. In einem solchen Klima der Angst kann keine Integrationspolitik funktionieren.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir fordern daher die Landesregierung auf: Stoppen Sie Ihre Politik der Massenabschiebungen, und schaffen Sie ein Klima des Vertrauens, damit sich Zugewanderte bei uns willkommen und sicher fühlen können.

(Beifall bei der LINKEN)

Zuletzt möchte ich hier noch ein Problem ansprechen, das ebenfalls der Integration wesentlich im Wege steht. Mit dem im August 2016 in Kraft getretenen Integrationsgesetz wurde die Freizügigkeit anerkannter Flüchtlinge massiv eingeschränkt. Anerkannte Flüchtlinge sind nun verpflichtet, drei Jahre lang in dem Bundesland zu wohnen, in das sie zugewiesen worden sind. Die Landesregierung kann hier noch weitere landesrechtliche Regelungen treffen. Flüchtlinge können z. B. verpflichtet werden, an einem ganz bestimmten Ort zu wohnen oder an einem Ort eben nicht zu wohnen.

Wir fordern die Landesregierung deshalb auf, keine landesrechtliche Regelung zu erlassen, die die Freizügigkeit von Flüchtlingen weiter einschränkt.

(Beifall bei der LINKEN)

Schaffen Sie keine unsichtbaren Mauern um die Ballungsräume. Zuzugsverbote und Wohnsitzauflagen sind diskriminierend und behindern die Integration. Es ist richtig, dass bezahlbarer Wohnraum knapp ist. Aber die Folgen der verfehlten Wohnungspolitik der vergangenen Jahrzehnte dürfen nicht auf dem Rücken von Migranten ausgetragen werden.

(Beifall bei der LINKEN)

Daher meine Bitte und Aufforderung an die Landesregierung: Wenn Sie es ernst meinen mit der Integration, dann verhindern Sie die diskriminierenden Wohnsitzauflagen. Machen Sie sich Gedanken, wie strukturelle Benachteiligungen von Migrantinnen und Migranten angegangen werden können, und stecken Sie mehr Zeit und Geld in humanitäre Aufnahmestrukturen statt in rücksichtslose Abschiebepolitik. – Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Ursula Hammann:

Vielen Dank, Frau Kollegin Faulhaber. – Als nächster Redner spricht nun Kollege Hahn von der FDP-Fraktion. Bitte schön, Herr Kollege, Sie haben das Wort.

Dr. h.c. Jörg-Uwe Hahn (FDP):

Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es gibt Situationen in einer knapp 30-jährigen hauptberuflichen Tätigkeit in diesem Landtag, in denen man ein bisschen in das dankbare Schmunzeln kommt. Das ist für mich jetzt gerade so eine Situation. Ich freue mich schon, dass die derzeit regierende Koalition von CDU und GRÜNEN das Programm, das in meiner Verantwortungszeit begonnen wurde, nicht nur lobt, sondern es intensiv ausgebaut hat. Ich will jetzt auch gar keine Vaterschaftstests machen,

(Zuruf des Abg. Gerhard Merz (SPD))

sondern an dieser Stelle sehr deutlich sagen: Gäbe es den ehemaligen Leiter der Abteilung Integration, Herrn Dr. Kindermann, nicht, gäbe es nicht das WIR-Programm.

(Beifall bei der FDP – Karin Wolff (CDU): Das stimmt! – Vizepräsident Dr. Ulrich Wilken übernimmt den Vorsitz.)

Es war seine Idee gewesen, wie wir ab dem Jahre 2009 zunächst die inhaltlichen Vorgaben organisieren mussten. Es lag leider nicht viel vor, sodass wir mit dem Prinzip der Modellregion Integration erst einmal in 6 plus 1 Zonen – das 6 plus 1 sind Hanau und der Main-Kinzig-Kreis – eine Best-Practice-Arbeit machen mussten, um dann die Ergebnisse, von Hochschulen evaluiert, umzusetzen und landesweit mit dem WIR-Programm auszurollen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich sage ausdrücklich Danke an die Mannschaft, die das unter Dr. Kindermann erarbeitet hat und sich intellektuell überlegt hat. Davon profitieren wir jetzt natürlich in einer besonderen Situation, die mit den Flüchtlingen zusammenhängt. Mein Bedürfnis ist es, dies noch einmal ausdrücklich zu sagen, weil auch Minister und Staatssekretäre immer nur so gut sind, wie es ihre verantwortlichen operativen Berater sind. Das war in diesem Fall der ehemalige Abteilungsleiter. Ich bin ein bisschen traurig darüber, dass diese Vorgeschichte

von meinem ehemaligen Koalitionspartner, lieber Ismael Tipi, noch nicht einmal in einem Satz, noch nicht einmal in einem Wort, zitiert wurde.

(Günter Rudolph (SPD): Aus den Augen, aus dem Sinn!)

Ich bedanke mich ausdrücklich bei Herrn Bocklet, der das ehrlicherweise am Anfang gesagt hat. Liebe Kollegen von der Union, ich habe das Gefühl, wir müssen uns überlegen, dass das, was gerade von Ihrer Seite geprobt wird, nämlich die gemeinsamen Leistungen der Regierungszeit von 2009 bis 2013 schlicht auszublenden, nicht gerade der Stil ist, der zu der Abteilung Respekt gehört, den die Landesregierung doch gerade auf den Gipfel ihrer neuen Argumentation gesetzt hat.

(Beifall bei der FDP – Zuruf des Abg. Dr. Walter Arnold (CDU))

Viele Sachen sind sehr gut. Lassen Sie mich deshalb, ohne dass ich jetzt hier groß herumkritteln will – den Eindruck will ich nicht vermitteln, das sage ich vorneweg –, auf zwei, drei Themen hinweisen, wo nach meiner Meinung noch ein bisschen mehr gemacht werden könnte. Das eine ist das Thema frühkindliche Bildung. Ich nehme das bewusst an den Anfang. Sie wissen, Kollege Rock hat heute, als das auch schon einmal diskutiert worden ist, darauf hingewiesen, dass so früh wie möglich die Chance genutzt werden muss, dass die Kinder altersgerecht Deutsch können

Das gilt natürlich nicht nur für die Flüchtlingskinder, sondern noch viel mehr für die Kinder von Migrantenfamilien in der zweiten und dritten Generation. Wir haben dort – das haben die Statistiken immer wieder bewiesen – das Problem, dass insbesondere, aber nicht nur bei türkeistämmigen Mitbewohnern in unserem Lande die Deutschkenntnis in der Kindheit nicht altersgerecht ist. Dagegen müssen wir etwas unternehmen; denn wenn die Schultüte aus der Hand gelegt wird, es in der ersten Klasse an die Arbeit geht und man nicht altersgerecht Deutsch versteht, dann ist man nicht nur in Deutsch nicht gut, sondern eigentlich überall – es sei denn, man macht Sport oder betreibt ein Musikinstrument.

Es ist doch vollkommen klar: Wenn ich nicht richtig verstehe, dann kann ich auch Mathematik oder Rechnen nicht richtig verstehen, dann kann ich das und das und das nicht richtig verstehen. Ich bin sehr traurig darüber: Wir – gerade Kollege Grüttner und ich – hatten in der letzten Legislaturperiode immer ein bisschen dafür gekämpft, dass Bildungssysteme und auch Vergleichbarkeiten für Kinder im frühkindlichen Alter intensiver eingesetzt werden müssen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich weiß, was ich als Liberaler, als Freier Demokrat jetzt sage. Aber ich könnte mir vorstellen: Wenn das altersgerechte Deutsch bei einem viereinhalb- oder fünfjährigen Kind nicht vorhanden ist, könnte man auch eine Kindergartenpflicht einführen. Das Kind muss die Möglichkeit dazu haben, altersgerecht Deutsch zu lernen. Das kann es nicht, wenn die Eltern das Kind nicht mit diesem Angebot konfrontieren.

(Beifall bei der FDP)

Zweites Thema. Das habe ich eben indirekt schon angesprochen: Bitte verkürzen Sie die Integrationsarbeit nicht auf die Flüchtlingsproblematik. Das ist so was von falsch. (Beifall bei der FDP und des Abg. Turgut Yüksel (SPD))

Ich will nicht sagen, dass es zwei verschiedene Paar Schuhe sind. Aber Sie wissen, dass ich in Hessen Anfang der Siebzigerjahre Mengenlehre lernen musste, und die sich überschneidenden Teilmengen sind da sehr überschaubar. Es sind verschiedene Aufgaben – ich will jetzt nicht "Probleme" sagen –, die zu erfüllen sind.

Also: bitte nicht immer wieder auch in der öffentlichen Kommunikation die Reduzierung ausschließlich auf die Flüchtlinge. Da muss auch etwas getan werden – vollkommen klar. Aber die Hauptaufgabe liegt vor der Flüchtlingswelle und nach der Flüchtlingswelle bei denjenigen, die schon in zweiter und dritter Generation in Hessen sind und schon zu Hessen gehören, aber leider nicht überall mitmachen können.

(Beifall bei der FDP)

Dritte Bemerkung. Es gibt zu viele Gipfel.

(Zuruf des Abg. Gerhard Merz (SPD))

Es gibt zu viel Parallelarbeit. Ich muss Ihnen gestehen, irgendwann haben der Kollege Rock und ich, weil wir uns das, wie Sie merken, ein bisschen aufteilen, gar nicht mehr gewusst, zu welchem Themenbereich das jetzt gehört: ob da der Flüchtlingssprecher Rock oder der Integrationssprecher Hahn zuständig ist. Denn die Tagesordnungen waren auch fast immer identisch. Ich will ein bisschen flapsig formulieren: Ob man nun zum Flüchtlingsgipfel ging oder ob man nun im Integrationsbeirat saß – it's the same procedure. Aber leider nicht jedes Jahr, sondern alle drei Monate oder so.

So wirklich viel Spaß macht das jedenfalls dann auch nicht mehr. Wenn teilweise die Vorlagen – ich kann mich an eine erinnern, eine hervorragende Vorlage der Handwerkskammer von meinem Freund Bernd Ehinger – überall auftauchen, merkt man, dass irgendwo die Übersicht ein bisschen verloren gegangen ist. Also: weniger Gipfel, mehr konkrete Arbeit.

Dann der vierte Punkt: eine um Längen intensivere Verzahnung mit den Kommunen. Ich weiß, wovon ich spreche. Gerade heute Morgen beim Kaffee oder Tee hat mir die Sozialdezernentin einer 33.000-Einwohner-Stadt noch einmal gesagt: "Sag doch bitte mal, dass wir in den Kommunen eigentlich fast nichts abbekommen". Ich rede jetzt nicht von den Kreisen. Da ist die Situation offensichtlich um Längen besser. Aber so eine kleine Kommune wie Bad Vilbel kriegt eigentlich von dem ganzen Segen nichts ab, außer dass sie die Flüchtlinge hat.

Das kann auch nicht das Richtige sein. Deshalb meine herzliche Bitte: Denken Sie nicht nur an die Kommunalen Spitzenverbände, sondern denken Sie auch an die Mitglieder der Kommunalen Spitzenverbände, auch wenn in diesem Falle mein Bürgermeister auch gleichzeitig erster stellvertretender Präsident des Hessischen Städte- und Gemeindebundes ist.

Eine letzte Bemerkung, zu der mich Kollege Di Benedetto veranlasst hat: Sie wollen immer Weihrauch schwenken. Das habe ich schon vom Kollegen Joseph Martin Fischer vor knapp 30 Jahren gelernt, dass das eine besonders kluge Art der Politik sei. Meine sehr verehrten Damen und Herren, aber den eigenen Weihrauch sollte man wenigstens dazustellen, und das ist die Arbeit der Enquetekommission.

Wir hatten in der letzten Legislaturperiode eine intensive Auseinandersetzung in diesem Hause unter der Leitung von Herrn Banzer. Sie als Parlamentarier – in der letzten Legislaturperiode war meine Rolle ein bisschen anders – haben in dieser Enquetekommission entsprechende Vorstellungen und Ideen aufgeschrieben.

Dass keiner der beiden Redner der Regierungsfraktionen auch nur ansatzweise das Wort in den Mund genommen hat, macht mir deutlich, dass Sie es offensichtlich entweder vergessen haben oder nicht als so wichtig empfinden, wie ich, wie es die Freien Demokraten tun.

(Beifall bei der FDP sowie der Abg. Ernst-Ewald Roth und Gerhard Merz (SPD))

Langer Rede kurzer Sinn: Es ist auch von dieser Regierung ein weiterer Fortschritt in der ehemals brachliegenden Integrationsarbeit in unserem Lande erfolgt. Das Wichtigste ist, sich um die Menschen, die in der zweiten und dritten Generation hier wohnen, zu kümmern; denn sie sind viel mehr. Die Flüchtlinge müssen anders integriert werden, wenn überhaupt. Viele bleiben nicht hier.

Bitte machen Sie eine intensivere Arbeit in der frühkindlichen Bildung, weniger Gipfel und mehr mit den Kommunen zusammen. Dann würden wir mit noch größerer Überzeugung Ihrem Antrag zustimmen. – Vielen herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsident Dr. Ulrich Wilken:

Danke, Herr Hahn. – Für die Landesregierung erteile ich Herrn Staatsminister Grüttner das Wort.

Stefan Grüttner, Minister für Soziales und Integration:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich will ein paar allgemeine Bemerkungen am Beginn machen, würde dann aber darum bitten, dass der Herr Präsident Herrn Staatssekretär Dreiseitel, der das WIR-Programm im Wesentlichen weiterentwickelt hat, einiges dazu ausführen lässt.

Sehr geehrter, lieber Herr Kollege Hahn, es hätte nicht der Aufforderung bedurft; denn von mir wäre es gekommen, um an dieser Stelle zu verdeutlichen, wie Integrationspolitik in Hessen eine Tradition hat und wer an dieser Stelle ganz entscheidend mitgewirkt hat, nicht nur bei der Erarbeitung des WIR-Programms. Dabei ist man immer angewiesen auf gute Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Aber die Tatsache des Aufbaus einer eigenständigen Abteilung, der Hervorhebung der Integrationsaufgabe im Ministeriumsnamen, das ist auf Jörg-Uwe Hahn zurückzuführen.

Weil es in dieser Frage eine konsequente Fortsetzung gibt, kann ich dem Punkt, den Herr Di Benedetto genannt hat, überhaupt nicht folgen, dass es an dieser Stelle eine Modelleritis gibt, sondern wir haben eine Konstanz, und wir haben einen Plan in unserer Integrationspolitik, deren Grund vor vielen Jahren gelegt worden ist und die fortgeschrieben wird

(Beifall bei der CDU und der FDP sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

An dem Programm WIR sieht man das auch in aller Deutlichkeit. Natürlich müssen auch neue Herausforderungen

angenommen und umgesetzt werden. An der Stelle ist auch die Enquetekommission nicht vergessen.

Eine dieser Fortschreibungen ist, dass man in der vergangenen Legislaturperiode Integrationskonferenzen eingerichtet hat. Eine der wesentlichen und wichtigsten Fortentwicklungen an dieser Stelle unter Verantwortung von Herrn Dreiseitel ist, dass wir über diese Integrationskonferenzen zur Erarbeitung eines Integrationsplans kommen. Seien Sie gewiss, er wird in den nächsten Wochen und Monaten entsprechend präsentiert werden. Dann kann man sich auch damit auseinandersetzen.

Insofern gibt es keine Modelleritis. Es kann auch schon keine Modelleritis sein, weil viele der Maßnahmen auf Dauer angelegt sind. Sie können nicht, wenn Sie spezielle Arbeitsmarktförderprogramme zur Integration auflegen, sagen, dass das nur ein Modell ist. Diese Programme laufen vielmehr über mehrere Jahre, weil schlicht und einfach die Ausbildungszeit eine entsprechende Dauer hat. Insofern ist an dieser Stelle eine hohe Konstanz.

An einer Stelle gebe ich Herrn Hahn auch recht. Wir dürfen die Integration – das machen wir an diesem Punkt auch nicht – nicht ausschließlich auf die Flüchtlinge konzentrieren. Herr Di Benedetto hat den Begriff Bestandsausländer gebracht. Das gefällt mir. – Genau das ist der Punkt. Deswegen führt eine Weiterentwicklung des Programms WIR dazu, dass wir genau den Ursprung nicht vergessen, sondern ihn verstärken, aber zusätzlich neue Herausforderungen annehmen, und dabei spielt die Verzahnung mit den Kommunen sicherlich eine Rolle.

Noch zwei Sätze im allgemeinen Bereich. Ich möchte darauf eingehen, weil das eine Diskussion ist, die ich mit Jörg-Uwe Hahn schon mehrfach geführt habe. Er kennt meine Auffassung zu einer Kindertagesstättenpflicht. Wir brauchen an dieser Stelle nicht auszudiskutieren, dass ich das ablehne. Aber natürlich ist ein entscheidender Punkt der Integrationsarbeit die Sprachförderung in den Kindertagesstätten.

Es ist an dieser Stelle auch notwendig – deswegen muss man sehen, was wir als Koalition jetzt auch beschlossen haben –, wenn wir Sprachstandserfassungen im Hinblick auf die Beschulungsfähigkeit machen, das auszudehnen auf Kinder, die in unseren Kindertagesstätten sind und für die das obligatorische Instrument der Sprachstandserfassung gar nicht greifen kann, weil sie nicht Deutsch können. Vielmehr müssen wir nach anderen Instrumenten und Wegen suchen, um hier Hilfestellungen in der Sprachvermittlung zu geben. Die notwendigen Haushaltsmittel haben wir dafür eingestellt.

Das ist keine Sache, die man einfach aus dem Ärmel schüttelt, sondern da brauchen wir noch eine gewisse Zeit. WIR ist sozusagen die Klammer, mit dem vieles an dieser Stelle gemacht wird. – Mit Erlaubnis des Präsidenten kann der Herr Staatssekretär einmal darstellen, wie und mit welchen Modellen wir im Moment weiter vorangehen.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Ulrich Wilken:

Danke, Herr Grüttner. – Gerne komme ich der Bitte nach und erteile Herrn Dreiseitel das Wort.

Jo Dreiseitel, Staatssekretär im Ministerium für Soziales und Integration:

Vielen Dank, Herr Minister, vielen Dank, Herr Präsident. – Sehr geehrter Herr Hahn, meine Damen und Herren! Auch ich fühle mich herausgefordert, einige Vorbemerkungen zu machen in Bezug auf Sie, Herr Di Benedetto. Nicht durchgängig in Ihrer Rede, aber zu einem erheblichen Teil haben Sie meiner Meinung nach ein absolutes Zerrbild der Integrationswirklichkeit in Hessen dargestellt.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn Sie davon reden, die Integration hinke in Hessen hinterher, dann blenden Sie die Realität in allen anderen Bundesländern der Bundesrepublik Deutschland völlig aus. Es gibt hier, beispielhaft für ganz Deutschland, eine Fortschreibung des Aktionsplans zur Integration der Flüchtlinge und – das ist mir wichtig – zum Zusammenhalt der Gesellschaft. Der wurde, obwohl die Flüchtlingszahlen von 75.000 im letzten Jahr auf etwas mehr als 20.000 zurückgefallen sind, sogar um 300 Millionen € auf 1,6 Milliarden € erhöht, um nicht nur für die Flüchtlinge die Regelangebote auszugestalten, zu verstetigen und, was Sie infrage gestellt haben, weiterzuentwickeln.

Es gibt kein Bundesland, das wie wir in zehn zentralen gesellschaftlichen Bereichen so viel in die Menschen investiert, die zu uns gekommen sind, aber auch in die einheimische Bevölkerung. Wir haben mehrere Tausend Arbeitsplätze darüber neu geschaffen, vor allem im Bildungsbereich. Wer davon spricht, es gehe dabei nur um Projekte, der diskreditiert die vielfach qualitätsvolle Arbeit direkt vor Ort.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

In den Kommunen findet genau das Gegenteil von Projekten statt. Dort wird in engstem Schulterschluss mit dem Land Hessen an der Veränderung der Strukturen gearbeitet, an innovativen Entwicklungen jenseits von Projekten. Das ist das Hauptmerkmal unter anderem des WIR-Landesprogramms oder auch des Aktionsplans.

Wenn Sie uns vorwerfen, wir hätten nicht die gesamte Migrantengesellschaft im Blick, da muss ich Ihnen widersprechen. Ich will beispielsweise den "Hessischen Integrationsmonitor" benennen, kürzlich wieder in der Fortschreibung veröffentlicht. 17 zentrale Bereiche Hessens mit 50 Indikatoren untersucht er seit vielen Jahren. Unter anderem wird dort festgestellt, dass die Menschen mit Migrationshintergrund in Hessen sich zu 97 % bei uns absolut wohlfühlen, im Vergleich zu 96 % der einheimischen Bevölkerung. Der Monitor stellt fest, es gibt überall, in allen Bereichen, keine Rückwärtsentwicklung, sondern eine stetige, wenn auch langsame Weiterentwicklung. Das sind ermutigende Signale.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Lassen Sie mich feststellen: Hessen ist schon lange ein Land der Vielfalt. Bei uns leben Menschen aus fast 200 Nationen. 28,4 % unserer Bevölkerung sind Menschen mit Migrationshintergrund. Bei den 6- bis 18-Jährigen liegt der Anteil bei über 43 %, bei den bis zu 6-Jährigen bei über 48 %.

Was diese Anteile angeht, sind wir damit seit einiger Zeit an der Spitze aller Flächenländer. Daraus leiten wir auch unsere besondere Verantwortung ab, diese Vielfalt für Staat und Gesellschaft aktiv zu gestalten.

Im Gegensatz zu Ihrer Aussage haben wir nicht nur die Migranten im Blick. Vielmehr haben wir alle Menschen im Blick und wollen Perspektiven eröffnen, und zwar völlig unabhängig von der Herkunft, der Religion oder der Weltanschauung.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der CDU)

Alle sollen gleichberechtigt an der gesellschaftlichen Entwicklung teilhaben. Niemand darf ausgegrenzt werden. Wenn Barrieren bestehen, müssen sie überwunden werden.

Dieser Integrationsprozess ist lang andauernd. Er funktioniert nicht von selbst. Er muss weiterhin aktiv gestaltet und gefördert werden. Unser Landesprogramm beschreibt das Ziel:

Vom IHR zum gemeinsamen WIR

Wir wollen eine gemeinsame Identität und das Gefühl der Zusammengehörigkeit entwickeln. Das 2014 eingeführte Programm stärkt die vertrauensvolle und enge Zusammenarbeit, die Partnerschaft mit den Kommunen und der Zivilgesellschaft. Gemeinsam und nicht nur mit Projekten setzen wir schwerpunktmäßig auf die Etablierung einer Kultur des Miteinanders und der interkulturellen Öffnung der Verwaltung und der Vereine.

Wir haben bisher schon mit diesem Programm vieles geleistet. Allen Sonderstatusstädten und kreisfreien Städten sowie den Landkreisen finanzieren wir an 33 Orten eine WIR-Koordinationsfachkraft, die mit uns gemeinsam ein lokales Integrationsmanagement aufbaut. Wir fördern mit einer Laufzeit von bis zu drei Jahren jährlich 200 innovative Projekte unterschiedlichster gesellschaftspolitischer Themen. Wir bieten niedrigschwellige Sprachkurse an.

Vizepräsident Dr. Ulrich Wilken:

Herr Dreiseitel, ich darf an die Redezeit erinnern.

Jo Dreiseitel, Staatssekretär im Ministerium für Soziales und Integration:

Wir haben in diesem Bereich enorme Leistungen vollbracht. Ich bin dankbar, dass das Parlament die Verdreifachung der Mittel beschlossen hat. Ich bedanke mich bei den Mitgliedern aller Fraktionen. Denn während der Haushaltsberatung im Dezember 2016 wurde diese Aufstockung und Verdreifachung einstimmig gefasst. Das ist auch gut so.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und des BÜND-NISSES 90/DIE GRÜNEN)

Weil ich schon über der Zeit bin und diese Projekte im Detail bereits vorgestellt habe, will ich zusammenfassend feststellen: Das bundesweit einmalige WIR-Landesprogramm verfügt jetzt über neun statt wie bisher vier Säulen. Es verstärkt die bisherige enge Partnerschaft des Landes mit den Kommunen und der Zivilgesellschaft. Es öffnet sich jetzt für alle Bevölkerungsgruppen und damit auch für die Flüchtlinge. Es geht vor allem im Kernbestand auch um die unmittelbare Vermittlung unserer demokratischen

Werte und damit um den Zusammenhalt der Gesellschaft. Wir werden weiterhin mit hoher Intensität für ein Gesellschaftsklima der gegenseitigen Wertschätzung und des Respekts arbeiten. So bewahren wir den sozialen Frieden und tragen zur Verhinderung von Parallelgesellschaften bei.

Lassen Sie mich abschließend sagen: Unsere Integrationspolitik ist dann besonders erfolgreich, wenn immer mehr Bürgerinnen und Bürger davon überzeugt sind, dass nicht die Herkunft, sondern vor allem die gemeinsame Zukunft aller Menschen in Hessen zählt. Lassen Sie uns bitte fraktionsübergreifend an diesem Ziel arbeiten. – Herzlichen Dank

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Ulrich Wilken:

Herr Staatssekretär, danke. – Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Das heißt, wir kommen zur Abstimmung über den Entschließungsantrag Drucks. 19/4530. Wer dem Entschließungsantrag seine Zustimmung gibt, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Mitglieder der Fraktionen der CDU, der FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Wer lehnt ab? – Das tut niemand. Wer enthält sich? – Das sind die Mitglieder der Fraktionen der SPD und der LINKEN. Damit ist der Entschließungsantrag angenommen.

Meine Damen und Herren, noch eingegangen und an Ihren Plätzen verteilt ist der Dringliche Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend ausreisepflichtige Asylbewerber aus Afghanistan, Drucks. 19/4573. – Die Dringlichkeit wird bejaht. Damit wird der Dringliche Entschließungsantrag Tagesordnungspunkt 61 und kann, wenn dem nicht widersprochen wird, mit Tagesordnungspunkt 53 aufgerufen werden.

(Hermann Schaus (DIE LINKE): Schweren Herzens!)

Es erhebt sich kein Widerspruch? – Dann machen wir das so.

Außerdem ist eingegangen und an Ihren Plätzen verteilt der Dringliche Antrag der Fraktion der SPD betreffend Abschiebungen nach Afghanistan aussetzen, Drucks. 19/4574. – Auch hier wird die Dringlichkeit bejaht. Dann wird dieser Tagesordnungspunkt 62 und kann, wenn dem nicht widersprochen wird, ebenfalls mit Tagesordnungspunkt 53 aufgerufen werden. – Das machen wir dann so.

Meine Damen und Herren, ich rufe jetzt **Tagesordnungspunkt 16** auf:

Antrag der Fraktion der FDP betreffend Gründergeist und Unternehmertum in hessischen Schulen – Drucks. 19/4518 –

Zusammen damit rufe ich Tagesordnungspunkt 55 auf:

Dringlicher Antrag der Fraktion der SPD betreffend Kooperationen von Schulen und Unternehmen transparent und einflussfrei fördern – Drucks. 19/4562 –

Die vereinbarte Redezeit beträgt zehn Minuten je Fraktion. Für die FDP-Fraktion erteile ich Herrn Greilich das Wort.

Wolfgang Greilich (FDP):

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Gründer in Hessen sind mit der Politik unzufrieden. Der vom Bundesverband Deutsche Start-ups in der Gründerszene erhobene Befund zeigt, dass nur noch in Brandenburg die Gründer unzufriedener als jene in Hessen sind. Auch bei der Zahl der Gründungen bekleckert sich Hessen nicht mit Ruhm. In diesem Bundesland wurden nach dieser Untersuchung nur 5,4 % der gesamten Neugründungen in Deutschland verzeichnet. Allein Hamburg kam auf 6,4 %. Die Stadt München kam auf 7 %.

In Hessen dagegen stagniert die Zahl der Gewerbeanmeldungen. Nach dem Report der Arbeitsgemeinschaft hessischer Industrie- und Handelskammern waren es im Jahr 2015 63.583. Es waren 63.583. Ich darf darauf hinweisen: Noch im Jahr 2010 wurden in Hessen mehr als 80.000 Gewerbeanmeldungen registriert.

Das muss natürlich ein Weckruf, ein Alarmruf für uns alle in diesem Haus sein. Das wird durch die Untersuchung des Digitalverbandes Bitkom unterstrichen. Er hat in einer Umfrage unter Deutschlehrern herausgearbeitet, dass rund zwei Drittel aller Lehrer ihren Schülern davon abraten würden, nach der Ausbildung ein innovatives Unternehmen zu gründen. Gerade einmal jeder vierte Lehrer würde eine Gründung unter bestimmten Umständen empfehlen.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP)

Das ist ein schlechtes Zeichen für die Zukunftsfähigkeit unseres Landes. Daran müssen wir arbeiten. Deswegen haben wir Ihnen unseren Antrag vorgelegt.

(Beifall bei der FDP)

Wenn wir die nächsten Gründergenerationen darin bestärken wollen, die Chancen freien Unternehmertums zu nutzen und die damit verbundenen Herausforderungen zu meistern, dann muss die Vermittlung unternehmerischer Kompetenzen an unseren Schulen einen angemessenen Platz einnehmen.

(Willi van Ooyen (DIE LINKE): Am besten in der Grundschule!)

 Herr Kollege van Ooyen, eines haben Sie verstanden: In der Tat f\u00e4ngt die Bildung in der Grundschule an. Das sollte in der Tat auch f\u00fcr Sie wichtig sein.

(Beifall bei der FDP)

Vor diesem Hintergrund halten wir es für eine Fehlentwicklung, dass die Tendenz erkennbar wird, wirtschaftliche Themengebiete im Fach Politik und Wirtschaft sowie im Fach Wirtschaftswissenschaften zu reduzieren und durch gesellschaftspolitische Fragestellungen zu ersetzen. Wir fordern hingegen eine stärkere Betonung und eine interdisziplinäre Einbettung der Wirtschaftsthemen, die in geeigneter Art und Weise in andere Fächer integriert werden müssen.

Gerade auch Hessen braucht mehr Gründergeist. So sollte die schwarz-grüne Landesregierung das Engagement privater Initiativen und Sponsoren begrüßen, die bestrebt sind, durch die Entwicklung und kostenfreie Überlassung der Unterrichtsmaterialien den Stellenwert der Bildung hinsichtlich wirtschaftlicher Betätigung und Unternehmertum im Schulunterricht zu verbessern und junge Menschen zur selbstständigen wirtschaftlichen Tätigkeit zu ermuntern.

(Willi van Ooyen (DIE LINKE): Herr Greilich, lassen Sie die Kinder erst einmal Kinder sein!)

- Herr Kollege van Ooyen, es ist viel besser, wenn wir unsere Kinder in einer freien Marktwirtschaft Kinder sein lassen, als wenn sie in der Ordnung leben würden, für die Sie gelebt haben und für die Sie heute anscheinend noch als Ewiggestriger stehen.

(Beifall bei der FDP – Willi van Ooyen (DIE LIN-KE): Sie sollen sich als Kinder wirklich frei entwickeln können!)

Die massive Kritik der Vertreter der Berufsschulen und der Wirtschaftsverbände in der Anhörung des Schulausschusses zur Novelle des Schulgesetzes bestätigt, dass die schwarz-grüne Novelle des Schulgesetzes genau diese Fördermöglichkeiten erschweren wird. Offensichtlich gibt es in der CDU und bei den GRÜNEN überhaupt kein entsprechendes Problembewusstsein. Wir Freie Demokraten halten es für erforderlich, ein Umsteuern und Umdenken in dem Sinne anzustoßen, dass die objektiven Rahmenbedingungen selbstständiger wirtschaftlicher Betätigung mit allen Risiken, vor allem aber auch mit den Chancen des wirtschaftlichen und persönlichen Erfolgs an hessischen Schulen vermittelt werden.

Hierfür benötigen wir einen Unterricht, der Gründergeist nicht bekämpft, sondern zielgerichtet fördert. Aus diesem Grund haben wir unseren Antrag vorgelegt, aus dem ich Ihnen einige Schwerpunkte erläutern will.

So sagen wir, dass Aspekte wie Existenzgründung und Unternehmertum bereits in der Lehreraus- und -weiterbildung, unabhängig von Schulform und Bildungsgang, angemessen vermittelt werden müssen.

Ein zweiter Punkt, der in der hessischen Praxis viel zu kurz kommt, ist: Wir als Freie Demokraten sagen – und wir als Landtag sollten das insgesamt tun –, dass Lehrerinnen und Lehrer ermuntert werden sollten, selbst den Arbeitsalltag, insbesondere in jungen Unternehmen, durch Besuche oder Praktika näher kennenzulernen.

(Beifall bei der FDP)

Herr Kollege Schwarz, die Vermittlung von finanziellen, ökonomischen sowie unternehmerischen Kompetenzen soll in den Kerncurricula stärker berücksichtigt werden, um Schülern frühzeitig ökonomisches Wissen zu vermitteln und somit den Mut und die Bereitschaft zur Verantwortungsübernahme zu fördern.

Hinweise auf Unternehmen, Kammern oder Wirtschaftsinstitutionen in kostenfreien Druckerzeugnissen, die Schulen zur Förderung der Wirtschaftskompetenz überlassen werden, dürfen nicht pauschal als Verstoß gegen das Werbeverbot an Schulen gewertet werden. Gleiche Maßstäbe müssen darüber hinaus für Gewerkschaften, Verbände und Organisationen gelten, insbesondere wenn sich diese auch wirtschaftlich betätigen. Es gibt da einige Beispiele aus dem Umweltbereich. Wenn ich mir den von der SPD vorgelegten Antrag anschaue, stelle ich fest, da fehlt dieser Aspekt natürlich vollständig – bei der ansonsten geforderten Untersagung jeglicher Werbung. Das passt auch nicht in die Ideologie.

(Beifall bei der FDP)

Meine Damen und Herren, entgegen der von Schwarz-Grün beabsichtigten Änderung des Werbeverbots im Schulgesetz, mit der die Kooperation mit Wirtschaftsunternehmen und Verbänden sowie Kammern maßgeblich erschwert und somit die Öffnung der Schule für außerschulische Lernorte konterkariert wird, wollen wir eine Förderung der Kooperation mit Angeboten von außerhalb der Schulen. Wir wollen die Ansiedlung des Ermessensspielraums beim Sponsoring – das ist ein ganz wesentlicher Punkt – auch weiterhin auf Schul- und nicht auf Ministerialebene; sonst können wir das in der Tat gleich vergessen.

(Beifall bei der FDP)

Ein schönes Beispiel aus der Vergangenheit ist – die Tendenz scheint sich fortzusetzen; ich hoffe, dass sie irgendwann gestoppt wird –, dass die Bereiche im Hessischen Kultusministerium, die mit dem Thema befasst sind, einer GEW-Kampagne auf den Leim gegangen sind und dort entsprechend agieren. Meine Damen und Herren, das sind Dinge, die wir nicht hinnehmen dürfen.

Ich will an dieser Stelle einmal sehr deutlich etwas Positives hervorheben. Der Ministerpräsident hat leider keine Zeit, dieser Debatte zu folgen. Das wird daran liegen, dass er andere wichtige Staatsgeschäfte zu erfüllen hat. Aber ich will das ganz positiv hervorheben: Der Ministerpräsident zeigt, wie es richtig geht und wie man es gut macht. Ich habe mit großer Freude im "Darmstädter Echo" gelesen es stand auch in anderen Zeitungen -, die Firma Merck aus Darmstadt – dem einen oder anderen hier ist sie sicherlich bekannt - habe bekannt gegeben, dass sie die Schule Schloss Hansenberg künftig als Praktikumspartnerunternehmen fördern werde. Dann wurde eine Vereinbarung durch die Firma Merck auf der einen Seite und den Hessischen Ministerpräsidenten Volker Bouffier auf der anderen Seite unterzeichnet. Das ist ein klares positives Zeichen. So muss es funktionieren. Das ist sinnvolle Zusammenarbeit zwischen Wirtschaft und Schulen. Ich begrüße das ausdrücklich.

(Beifall bei der FDP)

Das zeigt wieder einmal: Wenn der Ministerpräsident etwas selbst in die Hand nimmt, dann funktioniert das im Regelfall auch. Das Problem ist, dass er seine Regierung nicht im Griff hat.

(Beifall bei der FDP – Clemens Reif (CDU): Dass Sie das erst einmal im Griff haben!)

– Das tut mir leid. – Das zeigt sich bei der Novelle des Hessischen Schulgesetzes, in dem dieser Unfug zum Werbeverbot steht. Herr Kollege Schwarz, wir haben es heute früh diskutiert. Wir haben es doch alle noch in Erinnerung. Sie in Ihrer Fraktion wissen ganz genau, wie hoch es beim Klimaschutzplan hergeht. Das hatten wir heute früh auch schon. Der Ministerpräsident muss es immer wieder richten, weil es sonst aus dem Ruder läuft. Das ist das Problem in dieser Koalition.

(Beifall bei der FDP – Clemens Reif (CDU): Nee, nee, nee! – Zuruf der Abg. Angela Dorn (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

 Frau Kollegin Dorn, vielleicht sollten Sie einmal mit den richtigen Leuten reden.

(Angela Dorn (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das habe ich doch gemacht!)

Die vielen Rückmeldungen zum Thema Wirtschaft und Schule, die wir seitens der Wirtschaft und der Schulen erhalten haben, und die Ergebnisse der Anhörung bestätigen uns in unserem Engagement für eine Stärkung der Wirtschaftskompetenz und die Förderung des Gründergeists im Unterricht. So wollen wir mit unseren konkreten Handlungsvorschlägen dazu beitragen, dass durch entsprechende Unterrichtsangebote Gründergeist künftig bereits in der Schule geweckt werden kann.

(Florian Rentsch (FDP): Sehr gut!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das will ich abschließend sagen: Wirtschaft ist nicht alles. Das wissen wir sehr genau. Aber ohne Wirtschaft ist alles nichts.

(Beifall bei der FDP)

Gerade wir in Hessen leben nicht von Sozialtransfers und hoher Staatsquote, sondern von Leistung, der Leistungsbereitschaft und dem Mut der vielen Menschen in unserem Land, die im privaten Sektor unternehmerisch oder in den dort bestehenden produktiven Unternehmen als Mitarbeiter tätig sind und es mit ihrer Arbeit erst ermöglichen, dass wir hier über staatliche Leistungen ein leistungsfähiges Schulsystem und tragfähige soziale Sicherungssysteme unterhalten können.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Losung für ein zukunftsfähiges Hessen muss deshalb lauten: Hessens Schulen machen Mut statt German Angst. Lasst uns ein Land der Gründer sein.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsident Dr. Ulrich Wilken:

Danke, Herr Greilich. – Für die SPD-Fraktion erteile ich Herrn Degen das Wort.

Christoph Degen (SPD):

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Eines der Ansinnen der FDP – es geht in dem Antrag einiges durcheinander –, nämlich die Vielfalt der Arbeitswelt in der Schule abzubilden und vor allem die Begeisterung zu wecken, Praktika zu machen und in Kontakt mit der Arbeitswelt zu kommen, unterstützen wir erst einmal ausdrücklich.

(Beifall bei der SPD und der FDP)

Schule, die nur in der Schule stattfindet, kann nur schwer die außerschulische Lebens- und Arbeitswelt vermitteln. Wir brauchen diesen Austausch und diese Kooperation mit den Unternehmen für Praktika, für Boys' und Girls' Days und für vieles mehr. Es gibt viele gute und innovative Schulprojekte, die auch die wichtigsten Verhaltensregeln an Schulen respektieren. Wir haben viele Kooperationen zwischen Schulen und Unternehmen, die keineswegs dem Werbeverbot widersprechen. Meine Damen und Herren, hier überhaupt diesen Widerspruch zwischen Kooperationen mit Unternehmen und dem Werbeverbot aufzumachen, halte ich nicht für angemessen.

(Beifall bei der SPD)

Diese Kooperationen sind wichtig für die Berufsorientierung, gerade auch für die Berufsorientierung an allen Schulformen. Ich glaube, wir waren uns schon damals im Rahmen des Bildungsgipfels einig, dass die Berufsorientierung, gerade auch an Gymnasien, so wichtig ist, um den jungen Leuten aufzuzeigen, dass das Studium nach dem Abitur nicht der einzige Weg sein muss. Dazu brauchen wir diesen Kontakt und diesen Austausch.

Meine Damen und Herren, genauso brauchen wir auch die Verstärkung der dualen Ausbildung. Es ist aber nicht Aufgabe von Schule und staatlicher Allgemeinbildung, einzelne berufliche Verwirklichungsformen stärker als andere zu forcieren. Schülerinnen und Schüler müssen alle Optionen kennen, die sie in ihrem Leben haben. Bildung dient in erster Linie der Selbstentfaltung und Stärkung der Menschen und nicht primär der ökonomischen Verwertbarkeit.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Der FDP-Antrag bringt einiges durcheinander und ist besonders in Bezug auf die Frage des Werbeverbots recht undifferenziert und auch ein Stück weit blauäugig. Deswegen haben wir das zum Anlass genommen, einen eigenen Antrag zu formulieren, der sich speziell mit diesem Punkt auseinandersetzt, dem wir überhaupt nicht zustimmen können.

Es geht darum, dass Werbung an Schulen deutlich zunimmt. Das zeigen Studien, z. B. von der Universität Augsburg. Schülerinnen und Schüler sind nun einmal als künftige Wähler und Konsumenten für Lobbyisten interessant. In der Hoffnung, auf die Beeinflussung von Kindern und Jugendlichen einwirken zu können, weil diese ein Leben lang wirkt, muss man sich Werbung an Schulen besonders verantwortungsbewusst anschauen. Meine Damen und Herren, es gibt inzwischen sogar – das ist kein Witz – Agenturen, die darauf spezialisiert sind, Werbung so zu gestalten, dass sie trotz des eigentlich geltenden Werbeverbots an Schulen akzeptiert wird.

Ich will das ausdrücklich sagen: Wir haben viele Kritikpunkte am Schulgesetz – ob der Landesregierung oder der regierungstragenden Fraktionen. Einer der Punkte, den wir begrüßt haben – wir haben es auch so empfunden, dass das in der Anhörung begrüßt worden ist –, betrifft die Präzisierung des Werbeverbots, das gar nicht so neu ist, nun aber von der Erlassebene ins Schulgesetz gehoben werden soll.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Von der Universität Augsburg sind die Lehr- und Lernmaterialien untersucht worden, die oftmals kostenlos zur Verfügung gestellt werden und in denen Sachverhalte nicht immer ganz objektiv dargestellt werden. Ich will ausdrücklich sagen, dass es viele gute solcher Materialien gibt, übrigens nicht nur von Unternehmen, sondern auch von Nichtregierungsorganisationen, von Gewerkschaften usw. Es gibt eine sehr große Bandbreite. Im Jahr 2012 gab es rund 882.000 solcher Materialien, meine Damen und Herren, und die Zahl steigt ständig. Aber nicht alle dieser Materialien sind gut, und dementsprechend ist ein Werbeverbot erforderlich, um hier klar hinschauen zu können.

Es passiert immer wieder, dass Experten an Schulen geschickt werden. Wir haben das im Rahmen von mehreren Anfragen aufgegriffen. Das betrifft z. B. die Finanz- und Vermögensberater als ehrenamtliche Lehrkräfte. Man muss skeptisch hinschauen, was da wirklich passiert.

In einer der nächsten Sitzungen des Kulturpolitischen Ausschusses werden uns Wettbewerbe und Spiele beschäftigen, die an Schulen stattfinden. Exemplarisch will ich speed4 nennen. Das ist ein Wettbewerb, bei dem Schülerinnen und Schüler einen Laufparcours laufen. Dabei bekommen sie Belohnungszettel, auf denen oben der Sponsorname steht.

Dazu haben wir nachgefragt. Wir haben deshalb danach gefragt, weil eine der beteiligten Firmen auf ihrer Home-

page explizit damit wirbt – an dieser Stelle bitte ich Sie zuzuhören –, dass dieser Wettbewerb einen Marketingfaktor habe. Da heißt es:

Wahrnehmung der Sponsoren als Förderer des Sports und der Gesundheit von Kindern bei Schulen, Eltern, Politikern und generell in der Presse. Abspeicherung des Sponsors im Kopf des Kindes durch das erfolgreiche und emotionale Erlebnis. Völlig neues Kundenbindungsinstrument, welches dafür sorgt, dass jedes Kind und Eltern zu Ihnen geführt wird. Verstärkung des Nachhaltigkeitseffektes durch die Online-Community.

Meine Damen und Herren, an dieser Stelle muss eine Grenze gezogen werden. Das ist in diesem Fall nicht okay, wenn es um Kooperationen geht.

(Beifall bei der SPD)

Ich bin dem Kultusministerium dankbar, dass es in Anlehnung an die Qualitätskriterien für Schülerwettbewerbe der Kultusministerkonferenz ausdrücklich sagt, dass das Kultusministerium an dieser Stelle nicht informiert worden ist, wie dies gefordert wurde, und vor allem dass der Träger dieses Wettbewerbs eine GmbH ist, bei der laut dem Kultusministerium vorliegenden Informationen davon auszugehen ist, dass diese Firma kommerzielle Interessen verfolgt. So etwas fällt aber auch erst dann auf, wenn man genau hinschaut und wenn man nachfragt. Dementsprechend begrüßen wir dieses Werbeverbot.

Ich will an dieser Stelle deutlich machen, dass ein Werbeverbot nicht heißt, dass es keine Materialien und kein Sponsoring mehr gibt. Vielmehr geht es darum, dass man einfach klarer definieren muss, was Werbung ist.

Deswegen schlagen wir vor – ähnlich wie es der Hauptpersonalrat der Lehrerinnen und Lehrer und der Verbraucherschutz vorgeschlagen haben –, eine sogenannte Monitoringstelle einzurichten, die optimalerweise bundesländerübergreifend organisiert ist, weil es sich um Materialien handelt, die in allen Bundesländern eingesetzt werden. Solch eine Stelle kann gut beurteilen, ob ein Material Werbung ist. Dementsprechend relativiert sich das mit dem Werbeverbot ein Stück weit.

Anlass für das Ganze ist leider auch, dass Schulen immer empfänglicher werden für Werbung. Das hat etwas damit zu tun, dass die Aufgaben an Schulen zunehmen. Wenn sich Lehrkräfte überlastet fühlen, greifen sie natürlich gerne auch einmal auf ein solches Material zurück. Dementsprechend ist eine solche Koordinierungsstelle auch ein Hilfsinstrument für Lehrkräfte, weil man sie nicht alleine lässt mit den Materialien, sondern weil man Beratung anbietet. Wenn man als Lehrkraft etwas findet, das man gerne einsetzen möchte, kann man sich dorthin wenden. Dann bekommt man eine Einschätzung. Dementsprechend muss nicht jeder das Rad neu erfinden, sondern das kann am Ende allen zugutekommen.

Ich will noch einen Punkt ansprechen. Bei meiner Recherche zu Ihrer Initiative, Herr Kollege Greilich, bin ich auf einen Artikel in der "Süddeutschen" gestoßen. Dabei geht es um einen Antrag der FDP im Thüringer Landtag aus dem Jahr 2010. Dieser Antrag ist Ihrem Antrag gar nicht unähnlich.

Damals ging es darum, das Lehrmaterial "Traumberuf Chef" in den Lehrplan der Thüringer Schulen zu integrieren. Die "Süddeutsche" schreibt, dass der FDP-nahe Universum-Verlag, der seinen Sitz in Wiesbaden hat und der zumindest damals zu 50 % der FDP gehört hat, dabei eine Rolle gespielt hat. Der Verlag habe eine merkwürdige Art entwickelt, sich Aufträge zu beschaffen, so der Autor des Artikels in der "Süddeutschen".

Ich weiß nicht, ob die FDP heute noch an diesem Verlag beteiligt ist, aber ich denke, man sollte das wissen; denn das hat schon ein Geschmäckle, meine Damen und Herren.

Schließlich können Lehrkräfte nur dann gut beurteilen, was sie einsetzen und welche Materialien sie verwenden, wenn sie entsprechend geschult sind. An dieser Stelle muss ich mich noch einmal kritisch an die Landesregierung wenden. Es ist eigentlich ein Unding, dass so viele Lehrkräfte, die Wirtschaft, Politik oder Arbeitslehre unterrichten, fachfremd sind. Herr Kultusminister, da braucht es mehr Initiativen, um gegen den fachfremden Unterricht vorzugehen. Die Lehrkräfte müssen in der Lehreraus- und -weiterbildung entsprechend qualifiziert werden. So können wir auch das Problem des Lehrermangels angehen.

In diesem Sinne freue ich mich auf die weitere Beratung im Ausschuss. Ich kann bereits jetzt sagen, dass wir aufgrund des undifferenzierten Umgangs der FDP mit dem Thema Werbung bei allem Goodwill und bei aller Begeisterung für das Thema Berufsorientierung dem FDP-Antrag nicht zustimmen werden, zumal wir zum Thema Werbung etwas Eigenes vorgelegt haben. – In diesem Sinne bedanke ich mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Ulrich Wilken:

Danke, Herr Degen. – Für die CDU-Fraktion erteile ich Herrn Schwarz das Wort.

(Willi van Ooyen (DIE LINKE): Nicht noch mehr Bundeswehr an den Schulen!)

Armin Schwarz (CDU):

Herr Präsident, verehrte Kolleginnen, sehr geehrte Kollegen! Der Antrag der FDP ist der gewohnte Rundumschlag. Bei der SPD bleibt es, wie so häufig, etwas vage, in welche Richtung die Reise gehen soll. Deswegen möchte ich ein paar Dinge zur Sache sagen.

(Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Das wäre etwas Neues!)

Neben vielen Zielen umfasst der Bildungs- und Erziehungsauftrag auch die Berufsorientierung und die Vorbereitung auf die Berufswahl. Meine Damen und Herren, das ist uns wichtig. Ziel ist es, Schüler mit wirtschaftlichen und unternehmerischen Strukturen vertraut zu machen. Ziel ist es, das Interesse am Unternehmertum zu wecken. Ziel ist es, die Motivation zur Beteiligung der Schülerinnen und Schüler am Wirtschaftsleben zu fördern. Das sei zunächst einmal vor die Klammer gezogen.

Der Schüler fragt aus gutem Grund: Welche Möglichkeiten habe ich denn, wenn ich aus der Schule komme? Welche beruflichen Zukunftschancen habe ich? Welche Perspektiven bieten sich mir? – Da schauen wir einmal genau hin.

Herr Kollege Greilich, nach dem, was Sie hier beschrieben haben, bin ich mir nicht sicher, ob Sie tatsächlich das in den Blick genommen haben, was an hessischen Schulen Realität ist. Wir haben hier nämlich viel zu bieten.

Der Antrag, den Sie hier vorgelegt haben, unterstellt, an hessischen Schulen würden ökonomische Bildung und die Zusammenarbeit mit Unternehmen keine Rolle spielen. Ich will hier ausdrücklich feststellen, dass das nicht der Lebenswirklichkeit entspricht. Das entspricht nicht der unterrichtlichen Realität.

Wir haben das Fach Politik und Wirtschaft bzw. Arbeitslehre mit der Vermittlung von wirtschaftlichen Zusammenhängen seit dem Jahr 2002, und zwar flächendeckend an Gymnasien, an Haupt- und Realschulen und an Gesamtschulen.

Darüber hinaus haben wir eine zweistellige Zahl Gymnasien, die Wirtschaftswissenschaften mit Grundkursen und Leistungskursen in diesem Bereich anbieten. Der eine oder andere hat vielleicht nicht mitbekommen – weil man nicht so häufig an den Schulen ist und weil man dort nicht so viele Gespräche führt –, dass wir obligatorische Praktika an der gymnasialen Oberstufe haben mit dem Erlass zur Ausgestaltung der Berufs- und Studienordnung in allen Bildungsgängen sowie eine starke Verankerung der ökonomischen Bildung auch in den Kerncurricula, unter anderem in der Hauptschule.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen, meine Herren, das will ich deutlich sagen: Wir bauen hier ausdrücklich auf die Kooperation mit der Wirtschaft. Wir bauen hier ausdrücklich auf das Engagement der Wirtschaft in Schulen. Wir wünschen uns, dass Vertreter von Unternehmen in Schulen gehen, beispielsweise mit ökonomischen Planspielen. Das ist abgestimmt; so etwas gibt es. Diese Kooperationen sind gut, sie sind uns wichtig, und es gilt, sie fortzusetzen.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Ich möchte ein paar Beispiele nennen. Wir haben eine ganz Reihe von Kooperationen: die Landesarbeitsgemeinschaft Schule-Wirtschaft, jedem bekannt, ein Renner. Mir ist keine Schule bekannt, wo diese Kooperation nicht läuft. Wir haben das Netzwerk Finanzkompetenz. Wir haben das Netzwerk MINT-Region Südhessen, Mittelhessen, Nordhessen. Wir haben die IHK-Initiativen, die uns allen wichtig sind. Wir haben "Mathematik zum Anfassen". Wir haben eine Kooperation mit den Kreishandwerkerschaften und eine Kooperation mit den Sparkassen. Ich habe mich erkundigt, ob es beispielsweise bei der Gießener Sparkasse so wie in Waldeck-Frankenberg läuft, wo die Sparkassen das Planspiel Börse vorhalten, ob es Ausbildungsmessen gibt, ob dort Spenden für Schulprojekte generiert werden. Der Kollege Klaus Peter Möller aus Gießen, der im Verwaltungsrat der Sparkasse sitzt, hat mir das bestätigt. Wir haben die Programme "Ausbildung in Schule und Beruf", SchuB, bzw. die Förderprogramme "Praxis und Schule", PuSch.

Wir verknüpfen den Unterricht mit der betrieblichen Praxis. Weswegen ist uns das so wichtig? – Damit die Jugendlichen frühzeitig eine Orientierung bekommen, einen Blick auf die Möglichkeiten, die sie nach Beendigung der Schule haben. Nach allem, was ich aus diesen Projekten höre, läuft das vorzüglich, und die Quote derer, die aus den Schulen direkt in die Ausbildung kommen, ist erklecklich

hoch. Darauf sind wir stolz, und das setzen wir auch so fort

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Ich lade Sie ein, eine Reise zu den Mittelpunktschulen und zu den integrierten Gesamtschulen im schönen Waldeck-Frankenberger Land zu machen, sich z. B. die Kooperation der Mittelpunktschule Sachsenhausen mit sechs Unternehmen vor Ort anzuschauen. Die sechs Unternehmen holen ihre Auszubildenden direkt aus der Schule. Das ist doch fantastisch. Besser kann es kaum laufen. Das ist vorbildlich. Ich weiß, dass es – jenseits von Sachsenhausen im Kreis Waldeck; nur damit klar ist, wo wir uns gerade befinden – auch an anderen Schulen prima läuft. Das finden wir gut, und das wollen wir unterstützen.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Auch die Projekte zur Berufs- und Studienorientierung, KomPo7 bzw. "Duales Studium Hessen", sind Beispiele dafür, was wir alles machen. Wir sind gern bereit, das zu optimieren; denn der natürliche Feind des richtig Guten ist das noch Bessere. Wir arbeiten mit den Schulen gemeinschaftlich daran, funktionale Brücken zur und direkte Anbindungen an die Wirtschaft zu haben – so, wie sich das gehört.

Jetzt will ich zum Schulgesetz kommen, weil uns der Kollege Greilich dazu einen Vortrag gehalten hat. Herr Kollege Greilich, ich bin ganz ehrlich, ich habe das Gefühl, dass Sie bei einer völlig anderen Anhörung waren als die bildungspolitischen Akteure in diesem Hause.

Ich stelle fest: Die selbst ernannte Wirtschaftspartei FDP stimmt offensichtlich 99,9 % der über 100 Änderungen am Hessischen Schulgesetz zu, die vorgeschlagen worden sind. Herr Kollege Greilich, das Einzige, was die FDP gefunden hat, sind die Themen Werbeverbot und Sponsoring. Ich rufe Ihnen zu: Bei Lichte betrachtet, hat sich rechtlich überhaupt nichts geändert. Das wurde im Übrigen auch von Herrn Feuchthofen von der Vereinigung der hessischen Unternehmerverbände und von anderen Vertretern, z. B. denen der IHK, bestätigt. Falls es noch Unklarheiten geben sollte, sind wir gerne bereit, im Rahmen einer Gesetzesbegründung die Rechtsgrundlage zu präzisieren.

Im Übrigen hat die FDP die rechtlichen Grundlagen gemeinsam mit uns geschaffen. Die ehemalige Kultusministerin Henzler hat eine Dienstordnung für Lehrkräfte, Schulleiter und Mitarbeiter auf den Weg gebracht. Darin steht: Produktwerbung an Schulen ist unzulässig.

(Nicola Beer (FDP): Ja!)

 Frau Kollegin Beer, zu Ihnen komme ich gleich. – Im Jahre 2011 wurde ein Runderlass herausgegeben, der das Werbeverbot nach § 3 und § 86 Hessisches Schulgesetz noch einmal bestätigt. Das wurde in Ihrer Regierungszeit nie infrage gestellt.

(Nicola Beer (FDP): Darum geht es gar nicht, Herr Schwarz!)

Frau Kollegin Beer, als Sie Kultusministerin waren, haben Sie schwer auf die Bremse getreten, als REWE – ich glaube, ich darf das sagen, ohne hier Werbung zu machen, Herr Präsident – Äpfel an Schulen verteilt hat. Darauf war ein kleines Abziehbild mit dem Aufdruck REWE.

(Nicola Beer (FDP): Dabei ging es um gesunde Ernährung!)

Da haben Sie gesagt – ich zitiere Kultusministerin Nicola Beer –: Werbung hat an hessischen Schulen nichts verloren.

(Nicola Beer (FDP): Wollen Sie das ändern, Herr Kollege?)

– Ich wollte das nur in Erinnerung rufen.

Völlig unberührt davon ist das Thema Sponsoring zu betrachten. Sponsoring ist ausdrücklich gewünscht und auch erforderlich. Ich nenne immer wieder gern folgendes Beispiel: Wenn berufliche Schulen keine modernen Autos zur Verfügung gestellt bekommen, an denen sie Mechatroniker ausbilden können – Stichwort: E-Mobilität –, würde es sehr schwierig. Insofern sind wir gerne bereit – es hat sich rechtlich faktisch nichts geändert –, in einer Gesetzesbegründung die rechtlichen Grundlagen nachzuschärfen.

(Nicola Beer (FDP): Waren Sie bei der Anhörung dabei?)

Leider fehlt mir die Zeit, die vielen Punkte, die Sie in Ihrem Antrag formuliert haben, durchzudeklinieren und im Einzelnen darzulegen, wo der Hase im Pfeffer liegt. Es ist viel Wind um nichts. Wir werden die entsprechenden Rahmenbedingungen schaffen.

Deshalb sage ich abschließend, verehrte Kollegin, sehr geehrte Kollegen von der FDP: Kooperationen mit Unternehmen sind ausdrücklich gewünscht, Sponsoring durch Unternehmen ist ausdrücklich gewünscht, und Gründergeistförderung ist ausdrücklich richtig und gut. Das wollen wir im Unterricht ermöglichen. Werbung machen wir allerdings nicht. Herr Kollege Greilich, wir fühlen uns von Ihnen bestätigt, dass ein guter Entwurf zur Änderung des Schulgesetzes auf dem Weg ist. – Von daher: Glück auf und vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Ulrich Wilken:

Danke, Herr Schwarz. – Für die Fraktion DIE LINKE erteile ich Frau Faulhaber das Wort.

Gabriele Faulhaber (DIE LINKE):

Herr Präsident, meine Damen und Herren! In diesem Antrag wird eine ganze Reihe von Forderungen vermischt, die nach Ansicht der FDP-Fraktion das freie Unternehmertum stärken sollen.

Zuerst geht es um eine Studie des Branchenverbandes Bitkom. Darin wird als eine Unzulänglichkeit dargestellt, dass nur ein Viertel der Lehrerinnen und Lehrer ihren Schülern raten würde, ein Start-up-Unternehmen zu gründen. Ich muss Ihnen sagen: Ich wundere mich, dass überhaupt eine Lehrerin oder ein Lehrer der Sekundarstufe I rät, ein Startup-Unternehmen zu gründen. Ich halte es für verantwortungslos, Schülern der 5., 6. oder auch 9. Klasse als Lehrerin zur Gründung irgendeines Unternehmens zu raten.

(Beifall bei der LINKEN)

Selbst wenn Sie fordern, meine Damen und meine Herren von der FDP-Fraktion, dass die Lehrerinnen und Lehrer eine Weiterbildung in Existenzgründung und Unternehmertum erhalten sollen: Die Lehrerinnen und Lehrer sind in erster Linie Pädagogen und keine Unternehmensberater. Als Pädagogen bilden sie in der Sekundarstufe I nicht kleine Unternehmer aus, sondern ermöglichen ihren Schülern eine möglichst vielseitige und fundierte Grundbildung.

(Beifall bei der LINKEN)

Sie erziehen die Kinder zu Menschen, die sich sozial verhalten und im Team arbeiten können. Das sind nämlich die wesentlichen Voraussetzungen dafür, dass sich junge Menschen nach der Schule in der Arbeitswelt und im Leben zurechtfinden können.

Ich würde auch gerne einmal geklärt haben, welchen Stellenwert und welchen Umfang "die Vermittlung unternehmerischer Kompetenzen", wie es unter Punkt 2 des FDP-Antrags heißt, im Schulunterricht haben soll. Ich gehe davon aus, dass auch Sie, meine Dame und meine Herren von der FDP-Fraktion, niemandem raten wollen, ohne Berufsausbildung oder Studienabschluss, frisch von der Schulbank entlassen, ein Unternehmen zu gründen. Das kann nicht ernsthaft Ihr Ansatz sein.

(Beifall bei der LINKEN)

Eine solche Gründerorientierung macht doch erst dann Sinn, wenn die Basis dafür gelegt ist und in einer Berufsausbildung oder einem Studium Grundlagen dafür erworben wurden.

Meine Damen und Herren, natürlich braucht man Kenntnisse über wirtschaftliche Zusammenhänge. Natürlich müssen diese auch Teil des Schulunterrichts sein. Aber hier fordert die FDP, dass die unternehmerischen Kompetenzen in den Kerncurricula stärker berücksichtigt werden sollen, weil sonst die gesellschaftspolitische die wirtschaftliche Bildung verdrängen würde.

(Präsident Norbert Kartmann übernimmt den Vorsitz.)

Was soll denn genau in Politik und Wirtschaft gelehrt werden? Betriebswirtschaft, z. B. Rechnungswesen, Marketing und Personalführung? Sollte das ernsthaft der Stoff der Klassen 5 bis 10 sein? Es sind doch vor allem die ökonomischen, sozialen und politischen Inhalte, die vermittelt werden müssen. Die Wirtschaft agiert global. Es bestehen Abhängigkeiten, und es entstehen Probleme, die sich von gesellschaftlichen und sozialen Fragestellungen nicht entkoppeln lassen. Im Gegenteil, ein wacher und kritischer Verstand wäre in diesem Zusammenhang nicht falsch.

(Beifall bei der LINKEN)

Auf der Pressekonferenz, die Sie letzte Woche einberufen haben, um den Antrag vorzustellen, habe ich gehört, dass Sie nicht einmal ein Beispiel nennen konnten, wie gesellschaftpolitische Fragestellungen wirtschaftliches Grundwissen verdrängen. Es tut mir leid, aber Ihre Argumentation erscheint mir ziemlich abstrus.

(Beifall bei der LINKEN)

In den darauffolgenden Punkten Ihres Antrags haben Sie die Kurve geschlagen, um auch noch Sponsoring und Werbung an den Schulen unterzubringen. Ich bin durchaus der Meinung, dass man bei der Neufassung des Schulgesetzes genau hinsehen muss, was dort formuliert ist. Im Gegensatz zu Ihnen denke ich aber nicht, dass das Kultusministerium jede Spende des Fördervereins oder des Dorfbäckers

für eine Sportveranstaltung genehmigen möchte. Dass Schulpaten beispielsweise die Schulhöfe mitgestalten und auch etwas spenden, ist, hoffe ich, weiterhin im Interesse des Kultusministeriums.

Was aber nicht sein kann, ist, dass McDonald's Schulbücher über gesunde Ernährung zur Verfügung stellt oder eine Versicherung über die private Eigenvorsorge informiert. Das klingt in Ihrem Antrag an.

(Janine Wissler (DIE LINKE): Allerdings!)

Eine solche Art von Beeinflussung hat an Schulen nichts zu suchen – Punkt. Da ist es gut, dass das Kultusministerium genauer hinschaut.

(Beifall bei der LINKEN)

Allerdings wünsche ich mir vom Kultusminister an dieser Stelle auch, dass er seine Lehrkräfte auffordert, darauf zu verzichten, beispielsweise Wasserfarben nur von Pelikan und Buntstifte nur von Faber-Castell einzufordern. Zu jedem neuen Schuljahr werden nämlich Anschaffungslisten ausgeteilt, und auf vielen Listen ist der gewünschte Markenname mit erwähnt. Herr Minister, das geht auch nicht. Das ist mir Jahr für Jahr ein Dorn im Auge.

Zurück zum Antrag: Wir lehnen diesen Antrag ab. – Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

Präsident Norbert Kartmann:

Vielen Dank. – Nächste Wortmeldung, Herr Kollege May für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Daniel May (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Dass die hessische Landespolitik und damit auch die schwarz-grüne Koalition ein lebhaftes Interesse daran haben müssen, dass sich Gründerinnen und Gründer in Hessen wohlfühlen, ist, glaube ich, vollkommen klar und sollte nicht bestritten werden. Ich glaube, dass damit auch klar sein sollte, dass sich die Bildungspolitik diesem Ziel verbunden fühlen muss.

Offen bleibt, ob es das Problem tatsächlich gibt, dessen sich die FDP-Fraktion heute annehmen möchte. Ich glaube, dass eine Umfrage, die auf Bundesebene durchgeführt wurde und die vom Frageformat her etwas unpräzise ist, nicht ausreichend ist, um hier ein Klagelied anzustimmen oder die Situation in Hessen zu kritisieren, wie Sie das getan haben. Ich glaube, da müssten Sie sich als Begründung mehr einfallen lassen, liebe Kollegen von der FDP.

Nun zu den von Ihnen dargestellten Daten, mit denen sie belegen wollen, dass das mit den Gründungen in Hessen so schlecht sei. Hierzu möchte ich auf die Fakten des "KfW-Gründungsmonitors 2016" verweisen. Auf Seite 3 finden Sie eine Tabelle mit dem Ranking der Bundesländer. Mit 23 Gründungen je 1.000 Erwerbsfähigen steht Hessen auf dem dritten Platz und nimmt damit einen Spitzenplatz in Deutschland ein. Daher kann ich die Argumente nicht nachvollziehen, die Sie hier vorgebracht haben.

Das genaue Gegenteil ist der Fall. Wir sollten uns eher darüber freuen, dass Hessen ein wirtschaftlich so vitales Land ist. Daher sehe ich die Begründung für Ihren Antrag als äußert zweifelhaft an. (Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der CDU)

Es ist auch nicht klar geworden, wie Sie zu der Vermutung kommen, dass wirtschaftliche Fragestellungen im Unterricht zurückgedrängt werden. Ebenso unverständlich ist die Vermutung, dass wirtschaftliche Fragestellungen, die beispielsweise die Selbstständigkeit und die Gründung betreffen, in den Kerncurricula nicht vorkommen würden. Ein Blick in die Kerncurricula beweist das Gegenteil. Ich zitiere aus dem Kerncurriculum für Politik und Wirtschaft für den mittleren Abschluss. Dort heißt es:

Die Angebote der Wirtschaft werden aus verschiedenen Perspektiven betrachtet (kritische Verbraucherin/kritischer Verbraucher und zukünftige Teilnehmerin/zukünftiger Teilnehmer am Erwerbsleben mit den Möglichkeiten der Selbstständigkeit oder der abhängigen Beschäftigung).

Das zeigt sehr deutlich, dass das, was Sie jetzt fordern, eigentlich kalter Kaffee ist. Ihre Initiative ist nicht nur schlecht begründet, sondern auch schlecht recherchiert.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der CDU)

Ferner sparen Sie in Ihrem Antrag einen wichtigen Bestandteil aus. Der Kollege Degen und der Kollege Schwarz sind dankenswerterweise bereits darauf eingegangen, dass, wenn man über Selbstständigkeit sprechen möchte, das nicht abstrakt erfolgen kann, sondern die Schülerinnen und Schüler müssen dies natürlich am lebenden Beispiel erfahren. Deswegen ist die Berufsorientierung auch so wichtig.

Ich möchte nur den Hinweis geben, dass erst kürzlich als Ergebnis des Bildungsgipfels – im Einvernehmen mit den Wirtschaftsverbänden einerseits und mit den Gewerkschaftsverbänden andererseits – das Thema Berufsorientierung an hessischen Schulen ganz neu verankert wurde. Da haben wir sehr viel erreicht. Auch daran sehen Sie, dass das Thema Selbstständigkeit und damit auch Unternehmensgründung im Kontext schulischer Praxis längst angekommen ist.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der CDU)

Ich möchte mich energisch gegen das in Punkt 1 bemühte Vorurteil wenden, dass Lehrerinnen und Lehrer keinen Austausch mit der Wirtschaft suchen würden. Nach meinen Erfahrungen ist genau das Gegenteil der Fall. Kollege Schwarz hat schon auf die Landesarbeitsgemeinschaft Schule-Wirtschaft hingewiesen. Ich kenne das im Zusammenhang mit Waldeck-Frankenberg auch sehr gut. Da arbeiten die Lehrerinnen und Lehrer sehr engagiert mit. Ich finde, Sie tun sich keinen Gefallen, wenn Sie dieses Engagement der Lehrerinnen und Lehrer nicht wertschätzen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der CDU – Zuruf des Abg. Florian Rentsch (FDP))

Nun habe ich viel Zeit darauf verwandt, zu sagen, dass Berufsorientierung und Einblick in das Wirtschaftsleben und damit auch die Selbstständigkeit wichtige Bestandteile der Schule sein müssen. In diesem Kontext ist es mir wichtig, zu sagen, dass man an dieser Stelle nicht die Tendenz haben sollte, bestimmte Sachverhalte einseitig zu überhöhen, wie beispielsweise die Berufsvorbereitung und die Kenntnisse der Wirtschaft.

Ich glaube, dass schulische Bildung viel umfassender sein muss. Es ist nicht unsere Auffassung, dass Unterrichtsinhalte – so wie das jetzt im FDP-Antrag skizziert ist – maßgeblich an der ökonomischen Verwertbarkeit orientiert werden sollten. Daher erscheint mir das mehr als fraglich, wenn Sie in diesem Kontext davon sprechen, die Schule müsse unternehmerische Kompetenz fördern. Darunter kann man sicherlich auch sinnvolle Dinge subsumieren, z. B. dass Schülerinnen und Schüler ausreichend mathematische Kenntnisse erwerben, um später beispielsweise wirtschaftswissenschaftliche Sachverhalte besser aufnehmen zu können. Darunter können aber auch gesellschaftspolitisch einseitige Darstellungen verstanden werden. Das liegt bei der FDP leider nahe. Denken wir einmal an das Spannungsfeld zwischen Arbeitnehmerrechten und unternehmerischer Freiheit.

Daran wird auch ganz klar, dass gesellschaftliche Fragestellungen eben nicht durch wirtschaftliche Fragestellungen ersetzt werden können. Ich bin der Auffassung, dass Schule den umfassenden Auftrag hat, beide Sichtweisen zu verankern.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abg. Armin Schwarz (CDU))

Daher glaube ich, dass Schule viel mehr sein muss. In der Schule müssen alle Inhalte und alle Felder des Lebens eine Rolle spielen. Das fängt damit an, dass die Schule den Kindern die Möglichkeit eröffnen muss, Verständnis für Naturwissenschaft und Technik zu haben, damit sie über technische Möglichkeiten und deren Chancen und Risiken diskutieren können. Schule sollte aber auch die Möglichkeit bieten, Erfahrungen in Kunst, Kultur und Musik zu sammeln

Dann komme ich zum zweiten Thema Ihrer Initiative, zum Werbeverbot an Schulen, das jetzt im Zusammenhang mit dem Schulgesetz diskutiert wird. Sie wittern eine große Verschwörung dahin gehend, dass beispielsweise bestehende Kooperationen zwischen Betrieben und Schulen – insbesondere im Bereich der beruflichen Schulen sind diese sehr sinnvoll – behindert werden sollen. Daher schauen wir doch einmal, über was wir eigentlich verhandeln. Auch da gilt: Ein Blick ins Gesetz spart viel Geschwätz. In diesem Fall ist es die Begründung des Gesetzentwurfs der Fraktionen von CDU und GRÜNEN. Dort finden Sie unter Nr. 2 d die Begründung:

Aufgrund der Neutralitätspflicht der Schule ist Werbung in Schule und Unterricht nicht zulässig. Bislang findet sich eine entsprechende Regelung lediglich im untergesetzlichen Normkontext ...

Dort heißt es weiter:

Da es sich bei der Frage der schulischen Neutralitätspflicht und des Werbeverbots um ein grundsätzlich zu regelndes Problem handelt, ist es erforderlich, dies auf der Ebene des Gesetzes zu regeln und damit klarzustellen.

Sie sehen also, es handelt sich dabei nicht um eine radikale Kehrtwende in der Frage der Werbung an Schulen, sondern um ein Klarstellen und Bestärken von dem, was schon bislang schulgesetzlich vorgesehen war.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abg. Armin Schwarz (CDU))

Da Sie an dieser Stelle so viel Kritik üben, muss sich der Eindruck aufdrängen, dass Sie eine Kehrtwende wollen, dass Sie der Werbung Tür und Tor öffnen wollen. Dazu sagen wir deutlich Nein.

Das wird auch an einer anderen Stelle deutlich, und zwar bei dem Buch der Vereinigung NFTE, wo wir im letzten Jahr erlebt haben, dass nach sorgfältiger Prüfung durch das Kultusministerium klar wurde, dass an 50 Stellen Werbung enthalten war, und Herr Kultusminister Lorz dieses Buch deswegen vollkommen zu Recht aus dem Verkehr gezogen hat; denn ein solches Werk ist mit der Neutralitätspflicht der Schulen unvereinbar.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der CDU sowie des Abg. Christoph Degen (SPD))

Es bleibt mir auch verschlossen, warum es den Gründergeist von Schülerinnen und Schülern oder Lehrerinnen und Lehrern anregen soll, wenn wir so etwas gestatten. Es sorgt doch vor allen Dingen dafür, dass nur sehr große Unternehmen in den Genuss kommen, über Lehrwerke Werbung an Schulen zu machen.

(Angela Dorn (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja!)

Das mag für das jeweilige Unternehmen ganz gut sein, wenn dort auf große Firmen, sei es Coca-Cola, McDonald's oder die Deutsche Bank, hingewiesen würde. Wie das die Selbstständigkeit anregen soll, bleibt, glaube ich, das Geheimnis der FDP.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abg. Armin Schwarz (CDU))

Für uns ist klar, an einer staatlichen Schule muss es ein umfassendes Werbeverbot geben. Es ist in hohem Maße bedauerlich, dass sich die FDP jetzt aufmacht, diesen überparteilichen Konsens zu verlassen. Es ist hingegen gut, wenn wir als Koalition dort eine rechtliche Klarheit schaffen und das Werbeverbot prominent im Schulgesetz verankern.

Ich komme zum Schluss. Die Initiative der FDP-Fraktion erscheint uns daher überflüssig. Sie stützt sich auf fragwürdige Annahmen und blendet Fakten aus. Das Anliegen, die Werbung an Schulen zu erleichtern, geht vollständig am notwendigen Neutralitätsgebot vorbei. Für uns GRÜNE ist klar: Auch in Zukunft werden wir sinnvolle Kooperationen zwischen Wirtschaft und Schule ermöglichen und begrüßen. Einer unbegrenzten Ökonomisierung der schulischen Bildung, wie sie die FDP vorhat, erteilen wir eine Absage. – Vielen Dank.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der CDU)

Präsident Norbert Kartmann:

Das Wort hat Herr Staatsminister Prof. Dr. Lorz.

Prof. Dr. R. Alexander Lorz, Kultusminister:

Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Wir sollten uns nicht so gebärden, als ob das Erkennen volkswirtschaftlicher Zusammenhänge nur den Gralshütern vorbehalten bliebe, die auf der einen Seite wissenschaftlich, auf der anderen Seite demagogisch ihre verhärteten Standpunkte vortragen. Nein, jeder Bürger unseres Staates muss um die

wirtschaftlichen Zusammenhänge wissen und zu einem Urteil befähigt sein, denn es handelt sich hier um Fragen unserer politischen Ordnung, deren Stabilität zu sichern uns aufgegeben ist.

Diese Worte feiern gerade 60-jähriges Jubiläum. Sie stammen aus dem Buch "Wohlstand für Alle" von Ludwig Erhard. Sie dürfen davon ausgehen, dass diese Grundidee für mich in der bildungspolitischen Frage der Rolle ökonomischer Bildung bis heute von unverminderter Aktualität ist. Persönlich schon deshalb, weil die Grundgedanken des Vaters der sozialen Marktwirtschaft für jeden gestandenen Christdemokraten zum Kern seiner politischen DNA gehören, aber vor allem natürlich deswegen, weil grundlegende ökonomische Kenntnisse für die Lebenswirklichkeit und Zukunft unserer jungen Menschen im Berufsleben, aber auch als mündige Bürger unseres Gemeinwesens von großer Bedeutung sind.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Demzufolge genießt die ökonomische Bildung auch in Hessen in den Schulen eine hohe Wertschätzung. Das Fach Politik und Wirtschaft heißt nicht umsonst so. Meine Damen und Herren, es heißt so, weil wir davon ausgehen, dass Politik und Wirtschaft in einer so engen gegenseitigen Abhängigkeit zueinander stehen, dass man weder Politik ohne Ökonomie noch Ökonomie ohne Politik verstehen kann. Das ist übrigens auch genau das, was das Zitat von Ludwig Erhard meint. Wirtschafts- und Finanzthemen werden außerdem an den Haupt- und Realschulen im Fach Arbeitslehre unterrichtet. Sie können aber natürlich auch in Fächern wie Geschichte, Erdkunde oder Mathematik behandelt werden. An einer zunehmenden Zahl von Gymnasien wird mittlerweile sogar das Fach Wirtschaftswissenschaften als solches in der Oberstufe unterrichtet, und seit diesem Schuljahr ist dies übrigens alternativ zu Politik und Wirtschaft möglich, was eine Aufwertung dieses Fachs be-

Aber auch innerhalb von Politik und Wirtschaft hat sich mit der Einführung der Kerncurricula der Anteil der ökonomischen Themen bzw. der darin zu erwerbenden Kompetenzen in den letzten Jahren deutlich erhöht. Es gibt keine Jahrgangsstufe im gymnasialen Bildungsgang, in der nicht auch ökonomische Fragen im Fokus stünden. In der gymnasialen Oberstufe weisen sogar die meisten Kurshalbjahre in Politik und Wirtschaft wirtschaftliche, typischerweise natürlich volkswirtschaftliche, Themenstellungen auf; und ein Drittel der Schüler, die in Politik und Wirtschaft Abitur machen, hat in den letzten drei Jahren den Abiturvorschlag mit wirtschaftswissenschaftlichem Schwerpunkt gewählt.

Diese Entwicklung spricht im positiven Sinne Bände. Es denkt auch niemand daran, das etwa wieder zu reduzieren. Aber natürlich gilt auch für den Unterricht in diesem Themenfeld der Beutelsbacher Konsens mit dem Überwältigungsverbot und mit dem Kontroversitätsgebot, was bedeutet, dass ein Thema wie beispielsweise die Globalisierung in beide Richtungen objektiv und unideologisch dargelegt werden muss.

Meine Damen und Herren, der Unterricht ist das eine, aber um einen wirklich realistischen Eindruck von der Berufsund Arbeitswelt und damit von den Charakteristika unternehmerischen Handelns zu bekommen, müssen Schülerinnen und Schüler Kontakt zur Außenwelt haben. Auch dafür sorgen wir. Die Öffnung von Schule hierfür ist nach dem Hessischen Schulgesetz gewünscht und wurde durch den Erlass zur Ausgestaltung der Berufs- und Studienorientierung vom Juni 2015 nachhaltig gestärkt. Nach diesem Erlass soll jede Schule mindestens eine Kooperation mit einem Unternehmen, einem Betrieb oder einer Hochschule eingehen. Es gibt ganz viele, die viel mehr tun als das. Ich habe hier eine Liste mit Beispielen gemacht, die ich Ihnen vortragen könnte. Herr Abg. Schwarz hat seine eigene Liste gemacht;

(Tobias Eckert (SPD): Das ist die schwarzsche Liste!)

wir haben uns nicht abgesprochen, meine Liste enthält andere Beispiele; ich will darauf jetzt aus Zeitgründen verzichten. Aber es gibt ganz viele Beispiele von Schulen, die mit sehr vielen Industrieunternehmen, aber auch etwa mit Apotheken, Sparkassen, den Industrie- und Handelskammern usw. zusammenarbeiten, und das ist gut so.

Es gibt auch mehr Betriebspraktika als früher. Auch das ist ein Ergebnis des Erlasses zur Berufs- und Studienorientierung. Schülerfirmen stehen in dem Erlass ebenfalls ausdrücklich drin. Sie gehören heute wie selbstverständlich zum modernen Erscheinungsbild vieler Schulen. Viele hessische Schulen sind in den Arbeitskreisen Schule-Wirtschaft aktiv und arbeiten dort mit örtlichen Wirtschaftsunternehmen, Banken und Betrieben zusammen. Auch gibt es zahlreiche Wettbewerbe, die unternehmerisches Denken fördern und in denen sich unsere Schulen stark engagieren. Also, meine Damen und Herren, was bringt die FDP eigentlich dazu, daraus heute einen Setzpunkt zu machen, dessen einziges Ziel darin besteht, die Landesregierung irgendwie zu kritisieren?

(Florian Rentsch (FDP): Keine Kritik; es soll ein Hinweis sein!)

Es gibt die Bitkom-Umfrage – auf diese hat Herr Abg. Greilich zu Beginn hingewiesen –; dazu sage ich gleich noch mehr. Aber das allein wäre ein bisschen wenig. Es waren 500 Lehrerinnen und Lehrer. Aus einer Umfrage unter 500 Lehrerinnen und Lehrern auf den Geisteszustand von 800.000 Lehrerinnen und Lehrern bundesweit rückzuschließen, ist zumindest ein etwas kühnes Unterfangen. Und weil das allein etwas wenig ist, wird jetzt seit Monaten der Popanz des Werbeverbots in Schulen aufgebaut. Das ist aus mehreren Gründen ein Popanz:

Erstens. Ich habe bisher noch keinen Widerspruch dazu gehört, dass kommerzielle Produktwerbung und Reklame nicht in die Schule gehören. Das würde auch dem Verfassungsgebot der Neutralität des staatlichen Schulwesens widersprechen. Ich weiß also gar nicht, worüber wir uns hier eigentlich streiten.

Zweitens. Durch die Novelle des Hessischen Schulgesetzes wird sich in der Sache gar nichts ändern – nichts. Es wird nur einmal an der richtigen Stelle klargestellt und eine Grundlage dafür geschaffen, was untergesetzlich sowieso schon längst greift.

Es ist völlig klar, dass die von mir genannten Kooperationen von Schulen mit Wirtschaftsunternehmen ebenso unberührt bleiben wie das übliche Sponsoring.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es ist auch schon gesagt worden: Wir sind gerne bereit, uns als Ergebnis der Anhörung in der Novelle auf eine klarere Formulierung zu einigen, damit auch wirklich klar ist, dass das und nichts anderes gemeint ist.

Am Ende kommt es sowieso auf die Lehrerinnen und Lehrer an. Deswegen komme ich noch einmal auf diese Umfrage zurück. Auch hier investieren wir. Wir haben ein neues umfassendes Fortbildungskonzept zur Berufs- und Studienorientierung erarbeitet. Wir sitzen auch an einer neuen Konzeption für die ökonomische Bildung. Wir bauen unser hessenweites Multiplikatorennetzwerk für Lehrerinnen und Lehrer aus. Wir halten an dem Betriebspraktikum für angehende Lehrkräfte fest, und wir stärken die Wirtschaftswissenschaften auch im Bereich der Lehramtsstudiengänge. So hat die Universität Frankfurt eine neue Professur speziell für die Didaktik der Wirtschaftswissenschaften eingerichtet.

Meine Damen und Herren, die Behauptung, die in diesem Antrag geäußert wird, das Kultusministerium sei wirtschaftskritisch und in den letzten Jahren immer wirtschaftskritischer geworden, entbehrt deshalb jeder Grundlage.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie gehört, wie so vieles heutzutage, in die Welt der alternativen Fakten. Früher hätte man einfach gesagt: in das Reich der Märchen oder der Fabel.

(Günter Rudolph (SPD): "Hänsel und Gretel"!)

Ich weiß nicht, ob "Hänsel und Gretel" das richtige Märchen ist, dazu müssten wir die Brüder Grimm noch ein bisschen näher analysieren.

(Günter Rudolph (SPD): Aber ein Märchen ist es!)

Auf jeden Fall bin ich mit Bezug auf den heutigen Tag versucht zu sagen – auch wenn man mir heute ausgerechnet schon die Freiheitsstatue abgeschnitten hat –: Das muss ein Faschingsscherz gewesen sein, ich habe nur den Witz nicht verstanden. – Helau.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Norbert Kartmann:

Das Wort hat Herr Abg. Greilich für die FDP-Fraktion.

Wolfgang Greilich (FDP):

Ich bin in der Tat etwas erstaunt, wie sich das jetzt darstellt. Ich glaube, ich habe in der zweiten Runde fünf Minuten Redezeit. Die werde ich trotzdem nicht brauchen.

"Rechthaber" ist aus der richtigen Ecke der Kommentar. Herr Minister, ich will auch eines sagen: Sie haben so viel Richtiges gesagt, so vieles, bei dem ich ausdrücklich auf den Konsens hinweisen will, dass ich gar nicht verstehe, warum Sie das, was Sie gesagt haben, zum Schluss mit Ihrem "Helau" ins Lächerliche gezogen haben. Dazu war das alles viel zu richtig und zu wichtig.

(Beifall bei der FDP – René Rock (FDP): Kein Respekt!)

Ich will genau an dieser Stelle festhalten, Sie haben den Beutelsbacher Konsens genannt. Das ist ein ganz wesentlicher Punkt und eine ganz wesentliche Grundlage, wie wir mit solchen Inhalten umzugehen haben. Ich glaube, das können wir hier unstreitig stellen. Das muss so sein.

Natürlich kommt es immer darauf an, in einem reflektierten Unterricht alle Aspekte zu beleuchten. Deswegen habe ich beispielsweise bei dem Aspekt, unternehmerische Verantwortung in den Unterricht zu integrieren, gesagt, dass Chancen wie Risiken beleuchtet werden müssen. Das gehört alles dazu, das ist alles völlig unstreitig, das ist zwingend. Das sollte die Botschaft sein, mit der wir hier auch herausgehen.

(Beifall bei der FDP)

Herr Kollege Schwarz, Herr Kollege May, teilweise habe ich nicht verstanden, was Sie gesagt haben. Das betrifft auch den Minister. Sie haben letztlich bestätigt, dass Sie eigentlich alles für richtig halten, was wir fordern, dass sich nämlich die Unterrichtsinhalte mit unternehmerischen Tätigkeiten beschäftigen müssen. Dann sollte man aber keine künstliche Kontroverse aufbauen. Wir wollen, dass die Praxis an den hessischen Schulen verbessert, aber nicht zurückgedreht wird.

Wenn Sie mit diesem Schulgesetz keine Änderung wollen, dann müssen wir uns in der Tat noch darüber unterhalten – ich habe das sehr wohl am Schluss Ihrer Rede gehört –, wie man an dieser Stelle im Hessischen Schulgesetzt nachbessert.

(Beifall bei der FDP)

Eines können wir hier nicht stehen lassen. Das ist der eigentliche Grund für meine Wortmeldung. Es wird immer so getan, als würde sich durch den jetzt vorgelegten Gesetzentwurf nichts ändern. Dann müssten wir es auch nicht nachbessern, wenn es so wäre.

(Beifall bei der FDP – Nicola Beer (FDP): Warum machen sie es dann?)

Herr Kollege Schwarz, es ändert sich etwas. Was die Formulierung von Herrn May, "Gesetz – Geschwätz", angeht, lohnt es sich immer wieder, einmal nachzuschauen, was wo im Gesetz steht. Bis jetzt steht im Gesetz dazu gar nichts. Wir sind uns aber alle einig, dass zu dem Gesamtbild der Aufgabe der Schule gehört, dass wir keinerlei Produktwerbung in den Schulen zulassen. Das hat kein Mensch jemals anders vorgetragen, das wollen auch wir nicht. Das sollte nach wie vor uneingeschränkt gelten.

Was wir aber bis jetzt haben, ist eine Ausgestaltung dieser Botschaft, die ungeschrieben im Schulgesetz steht. In der Dienstordnung für Lehrkräfte, Schulleiterinnen und Schulleiter und sozialpädagogische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Landes Hessen heißt es, wie ich finde, zu positiv formuliert, in § 10 Abs. 2:

Geschäftliche Werbung ist in der Schule ... zulässig.

Dazwischen stehen lediglich die Worte "mit folgender Maßgabe". Werbung ist demnach zulässig, das steht in der Dienstordnung, Herr Kollege Schwarz. Dann werden die Einschränkungen aufgezählt, wie das zu definieren ist. Das ist völlig richtig. Der Schlusssatz dieser Vorschrift ist sehr wichtig, er lautet:

Unzulässig ist eine über die Nennung der zuwendenden Person oder Einrichtung, der Art und des Umfangs der Zuwendung hinausgehende Produktwerbung.

Die Produktwerbung ist genau der Punkt, um den es geht. Das wollen wir beibehalten. Das, was Sie vorgelegt haben, ist etwas anderes. In Ihrem Gesetzentwurf steht kurz und knackig mit insgesamt sechs Worten als neuer Abs. 15 in § 3: "Werbung ist in der Schule unzulässig." – Punkt, Schluss, aus und vorbei, ohne jede Einschränkung und ohne jede Öffnung.

(Beifall bei der FDP)

Herr Kollege Schwarz, Herr Kollege May, in der Anhörung wurde das sehr deutlich kritisiert, Sie waren doch da. Das wurde unter anderem vom Handwerk kritisiert. Mit diesem Satz ist selbst Werbung – denn Werbung ist Werbung – für die duale Ausbildung in der Schule unzulässig. Meine sehr verehrten Damen und Herren, das kann doch wohl nicht Ihr Ernst sein.

(Beifall bei der FDP)

Lassen Sie uns daran arbeiten, eine Lösung zu finden, die klarstellt, was gewollt ist. Dabei müssen Sie keine unnötigen Kontroversen aufbauen. Bleiben Sie einfach einmal dabei, dass wir an der Sache diskutieren. Dann kommen wir auch zu einem Ergebnis.

(Beifall bei der FDP)

Präsident Norbert Kartmann:

Nächste Wortmeldung, Herr Kollege Schwarz, CDU-Fraktion.

Armin Schwarz (CDU):

Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Greilich, die versöhnlichen Worte zum Schluss waren ja ganz nett. In der Sache haben Sie trotzdem nicht herausarbeiten können, wo Sie jetzt konkret die Gefahr für eine Veränderung für Dinge sehen, die zukünftig nicht mehr an hessischen Schulen möglich sind. Das ist der eine Punkt, den ich hier noch einmal unterlegen möchte.

(Nicola Beer (FDP): Das hat er doch gerade gesagt!)

Als zweiten Punkt möchte ich unterstreichen, dass wir in der Anhörung im Gespräch deutlich gemacht haben, dass wir in der Gesetzesbegründung diese Ausgestaltungsmöglichkeiten gerne darlegen. Das ist nichts Neues. Ich sage es an dieser Stelle heute zum zweiten Mal. Ich sage es auch gegenüber Herrn Feuchthofen, gegenüber der IHK Darmstadt usw. usf. Den Handwerkerschaften dieses Landes haben wir es ebenso deutlich gemacht.

Unter dem Strich möchte ich sagen, dieses Thema wird uns noch weiter beschäftigen. Herr Kollege Greilich, in der Sache haben Sie leider vorbeigeschossen. Wir machen nichts, was unvernünftig ist, sondern heben einen bestehenden Sachverhalt auf Gesetzesebene, nicht mehr und nicht weniger.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Norbert Kartmann:

Jetzt liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Die beiden Anträge werden federführend an den Kulturpolitischen Ausschuss und beteiligt an den Wirtschaftsaus-

schuss überwiesen. – Dem widerspricht keiner, dann ist das so beschlossen.

(Unruhe – Günter Rudolph (SPD): Wolfgang, es geht um unseren Antrag, der Präsident wartet! Herr Präsident, es ging gerade um die Bratwurst in Kassel!)

– Das ist in Ordnung, da hätte ich auch gerne zugehört.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 14 auf:

Antrag der Fraktion der SPD betreffend Rückkehr des Landes Hessen in die Tarifgemeinschaft der Länder – Drucks. 19/4498 –

zusammen mit Tagesordnungspunkt 58:

Dringlicher Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend Hessen bietet Beschäftigten weiterhin gute Arbeitsbedingungen – Drucks. 19/4567 –

Die vereinbarte Redezeit beträgt fünf Minuten pro Fraktion. Das Wort hat Herr Abg. Rudolph für die SPD-Fraktion.

Günter Rudolph (SPD):

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Weil der Kollege etwas erstaunt schaute: Das Thema, ob man eine Bratwurst essen darf oder nicht, ist in Kassel – und ich glaube, nicht nur in Kassel – ein wichtiges Thema. Genauso ein wichtiges Thema ist die Rückkehr des Landes Hessen in die Tarifgemeinschaft der Länder.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten der LIN-KEN)

15 von 16 Bundesländern haben sich in der Tarifgemeinschaft der Länder zusammengeschlossen, um über die Gehaltsentwicklungen und die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes gemeinsam zu verhandeln. Nur das Land Hessen ist da seit dem Jahr 2003 aus ideologischer Verbohrtheit des damaligen Ministerpräsidenten Koch ausgeschieden.

(Beifall bei der SPD)

Es gibt im Übrigen keine sachliche Notwendigkeit hierfür. Eigene Verhandlungen sind zudem zeitintensiver, und sie kosten auch noch Geld. Deswegen ist das, was Hessen macht, falsch.

Es ist geboten und, so glaube ich, auch sinnvoll, wenn alle Arbeitgeber des öffentlichen Dienstes gemeinsam verhandeln. In den nächsten Jahren werden wieder mehr Arbeitsplätze im öffentlichen Dienst notwendig sein. Da gibt es einen Wettbewerb. Da macht es, so glaube ich, schon Sinn, auch die Gehaltsstrukturen gemeinsam auf den Weg zu bringen. Deswegen gibt es für den hessischen Sonderweg überhaupt kein Verständnis und keine Notwendigkeit.

Wer Mitarbeiter im öffentlichen Dienst qualifiziert beschäftigen will, muss sie angemessen bezahlen. Das gilt für Tarifbeschäftigte, aber das gilt genauso konsequent für die Beamtinnen und Beamten des Landes, was wir ausdrücklich einfordern.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Nun gibt es ja den originellen Antrag der Koalition, in dem drinsteht, im Wesentlichen seien die Tarifabschlüsse von TdL, Tarifgemeinschaft der Länder, und des Landes, TV-H, gleich. Ja, das ist richtig. Es gab dann immer einmal interessante Unterschiede. Das muss man an dieser Stelle schon sehr deutlich sagen. Im Jahr 2013 schließt die TdL eine Erhöhung von 2,65 % ab, das Land Hessen von 2,8 %. Hessen zahlt mehr. Ein Jahr später sind es bei der TdL 2,95 % und beim Land Hessen 2,8 %. Also sind die 0,15 % aus dem letzten Jahr wieder genau ausgeglichen. Im Jahr 2015 sind es bei der TdL 2,1 % und beim Land Hessen 2 %. Ein Jahr später gibt es beim Land Hessen wieder 0,1 % mehr.

Das heißt, im Ergebnis besteht überhaupt keine sachliche Notwendigkeit, das zu machen. Dann kommt immer dieses Argument – ich sage das, Herr Heinz, damit Sie das nicht vorbringen müssen, und außerdem steht es im Antrag –, in Hessen gebe es einen Kinderzuschlag. – Stimmt. Dafür gibt es aber bei der Tarifgemeinschaft der Länder beispielsweise bei der Jahressonderzahlung – in Klammern: Weihnachtsgeld – einen höheren Prozentsatz. Für die Entgeltgruppen 1 bis 8 gibt es 95 %, beim Land Hessen 90 %. Für die Entgeltgruppen 9 bis 11 gibt es bei der Tarifgemeinschaft der Länder 80 %, beim Land Hessen 60 %.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, im Ergebnisgibt es kaum Unterschiede und damit keine sachliche Notwendigkeit für unterschiedliche Tarifstrukturen.

> (Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten der LIN-KEN)

Denn, wie gesagt, es sind eigene Verhandlungen nötig. Sie müssen Hotels buchen, Konferenzräume bezahlen, der Innenminister muss wertvolle Arbeitszeit opfern. All das wäre gar nicht nötig, wenn man im Konzert der weiteren 15 Bundesländer dabei wäre.

Das sieht die SPD vom Grundsatz her schon immer so. Das sehen auch eigentlich merkwürdigerweise – Nein, falsch, das muss ich zurückziehen. Das haben die GRÜNEN bisher immer so gesehen. Es gibt einen schönen Antrag der Landtagsfraktion der GRÜNEN aus dem Jahr 2008, wonach man in die Tarifgemeinschaft der Länder zurückkehren sollte.

(Zuruf der Abg. Angela Dorn (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Und, Frau Kollegin, zu meiner besonderen Freude auch für Sie findet sich auf dieser berühmt-berüchtigten CD Folgendes vom Beamtentag 2013 in Fulda: Der nicht anwesende Wirtschaftsminister und damalige Fraktionsvorsitzende Al-Wazir –

(Zuruf der Abg. Angela Dorn (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

 Sie kommt schon. Ich habe sie so oft in der Hand, sie fällt schon auseinander.

(Der Redner hält eine CD hoch.)

Sie hat die gleiche Halbwertszeit wie die Wahlversprechen der GRÜNEN.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN – Zuruf der Abg. Angela Dorn (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Der damalige Fraktionsvorsitzende hat Gott und die Welt versprochen. Eine dieser Forderungen war die Rückkehr des Landes Hessen in die Tarifgemeinschaft der Länder. Ich finde: Was vor der Wahl gilt, kann nach der Wahl nicht falsch sein.

(Beifall bei der SPD)

Sagen, was man tut, und tun, was man sagt – das sollte auch ein Anspruch an die GRÜNEN sein, die durchaus, wenn es um das Thema Moral und Glaubwürdigkeit in der Politik geht, eher noch öfter anderen den Spiegel vorhalten, als wir das hier an dieser Stelle gerade tun. Da habe ich jetzt die freundliche Variante gewählt.

(Heiterkeit bei der SPD – Lachen bei Abgeordneten der CDU)

Das Ergebnis ist also: Die Rückkehr in die Tarifgemeinschaft der Länder ist sachlich geboten. Es gibt keinen Grund, dass es einen hessischen Sonderweg gibt. Deswegen ist dieser Antrag gut und notwendig. Die Bediensteten der Länder bekommen jetzt 2,0 % in diesem Jahr und 2,35 % im nächsten Jahr. Nächste Woche will der Innenminister verhandeln. Deswegen fordern wir die Übertragung dieses Tarifergebnisses für die Tarifbeschäftigten und anschließend auch für die Beamtinnen und Beamten. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Präsident Norbert Kartmann:

Das Wort hat Herr Kollege Schaus für die Fraktion DIE LINKE.

Hermann Schaus (DIE LINKE):

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Im Sommer 2008 hat der Landtag mehrheitlich mit den Stimmen der GRÜNEN beschlossen, dass Hessen wieder Mitglied in der Tarifgemeinschaft deutscher Länder wird.

(Zuruf des Abg. Horst Klee (CDU))

Der Kollege Rudolph hat einen Antrag der GRÜNEN angesprochen. Ich muss ihn da leider korrigieren. Das war unser erster Antrag, den wir am 5. April 2008, nämlich am Tag der Konstituierung des Hessischen Landtags eingebracht haben – Drucks. 17/21.

(Zuruf des Abg. Günter Rudolph (SPD))

Da können Sie das nachlesen.

(Zuruf des Abg. Horst Klee (CDU))

Gleichzeitig hat der Hessische Landtag seinerzeit einen entsprechenden Antrag der CDU/FDP-Minderheit, Drucks. 17/35, zu einem separaten Tarifvertrag in Hessen mehrheitlich abgelehnt.

Dass wir heute noch darüber diskutieren, hat etwas damit zu tun, dass dieser Beschluss des Landtags über die Rückkehr in die TdL von der seinerzeit geschäftsführenden Regierung Koch einfach nicht umgesetzt wurde. Sonst hätten wir die Diskussion heute nämlich nicht.

(Zuruf des Abg. Horst Klee (CDU))

DIE LINKE hatte damals gleichzeitig die Reduzierung der Arbeitszeiten der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer wie der Beamtinnen und Beamten auf einheitlich 39 Stunden pro Woche gefordert. Das wurde im Übrigen – das gehört dazu – von allen anderen Fraktionen damals abgelehnt.

(Zuruf des Abg. Horst Klee (CDU))

Wir fordern seit Jahren immer wieder – hören Sie doch einfach einmal zu, Herr Kollege – die Rückkehr in die TdL wie auch die Reduzierung der Arbeitszeiten der Beamtinnen und Beamten auf die 40-Stunden-Woche.

Es ist nicht gerechtfertigt, dass lediglich aus ideologischen Gründen in Hessen ein Sonderweg begangen wird – weder bei den Tarifverträgen der Angestellten noch bei den Regelungen der Beamtinnen und Beamten.

Es ist auch nicht nachvollziehbar, dass in allen anderen Bundesländern gleiche Tarifbedingungen Grundlage der Arbeitsverhältnisse sind. Hessen muss endlich wieder in die TdL zurückkehren, und dafür werden wir uns auch weiter im Landtag einsetzen.

(Beifall bei der LINKEN und bei Abgeordneten der SPD)

Wir begrüßen es, dass die Gewerkschaften im Einklang mit der bundesweiten Tarifverhandlung auch in Hessen die gleichen Forderungen erhoben haben. Bis 2010 mussten die Beschäftigten des Landes Hessen auf Einkommenserhöhungen verzichten. Daran will ich auch erinnern. Denn es gab ja lange einen tariflosen Zustand – von 2004 bis einschließlich 2009.

2009, also vor dem Abschluss des eigenständigen Tarifvertrages für Hessen, erklärte der damalige Innenminister, warum man eine eigenständige Lösung anstrebe. Ziel sei es, "einen Abschluss, der Arbeitnehmer in Hessen fair behandelt", zu erzielen.

Ich frage Sie heute: Ist es denn unfair, wenn die Angestellten des Landes Hessen die gleichen Tariferhöhungen und die gleichen Tarifbedingungen erhalten wie alle anderen Angestellten in den 15 Bundesländern? Ist das unfair? – Nein. Unfair ist per se, dass die hessischen Angestellten lediglich aus real nicht nachvollziehbaren und verbohrten ideologischen Gründen anders behandelt werden als der Rest der Republik.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Den Starrsinn der CDU haben sich 2013 die GRÜNEN auch zu eigen gemacht und haben auf ihre Forderung nach Rückkehr in die TdL still und heimlich verzichtet.

(Zuruf des Abg. Horst Klee (CDU))

Weil in dem gemeinsamen Antrag von CDU und GRÜ-NEN jetzt als Begründung immer wieder herhalten muss, dass es in den hessischen Regelungen eine Vorteilsregelung gebe, nämlich die Kinderzulage, will ich Sie als jemand, der mit Tarifverträgen auch des öffentlichen Dienstes viele Jahrzehnte zu tun hatte, auf Folgendes hinweisen, Herr Minister:

Im BAT, der Mitte der Sechzigerjahre für die Angestellten im öffentlichen Dienst geschaffen wurde, gab es einen § 70. In diesen § 70 wurden alle separaten Einzelregelungen, die es vor Inkrafttreten des BAT in den unterschiedlichen Bundesländern gab, aufgenommen und als Besitzstand geregelt. Bis zum Ende des BAT gab es eine besondere Urlaubsregelung für die Hessen, weil es die schon vor Beginn des BAT gab und sie fortgesetzt wurde.

(Zuruf des Abg. Holger Bellino (CDU))

Wenn Ihnen die Kinderzulage so viel wert ist, erzählen Sie uns nicht, dass sie nicht im Rahmen einer Sonderregelung in der TdL in den Tarifvertrag mit aufgenommen werden könnte. (Beifall bei der LINKEN und bei Abgeordneten der SPD – Zuruf des Abg. Horst Klee (CDU))

Erzählen Sie uns das nicht mehr, und nehmen Sie das nicht als ein Argument, das sozusagen abzuwehren; denn das ist nur vorgeschoben. Wir unterstützen die vollständige Übertragung des Tarifergebnisses der TdL vom vergangenen Freitag auf Hessen sowie die Übertragung dieses Tarifergebnisses zeit- und inhaltsgleich auf alle hessischen Beamtinnen und Beamten.

(Beifall bei der LINKEN – Zuruf des Abg. Holger Bellino (CDU))

Präsident Norbert Kartmann:

Kommen Sie jetzt bitte zum Ende.

Hermann Schaus (DIE LINKE):

Ich komme zum Ende, Herr Präsident. – Dieses Relikt aus der "Operation düstere Zukunft" muss endlich fallen. In dieser Tarifauseinandersetzung stehen wir – wie bisher – an der Seite der Landesbeschäftigten und der Gewerkschaften.

(Beifall bei der LINKEN – Zurufe der Abg. Horst Klee (CDU) und Norbert Schmitt (SPD))

Präsident Norbert Kartmann:

Das Wort hat der Kollege Heinz für die CDU-Fraktion.

(Norbert Schmitt (SPD): Die Immobilien verkauft und die Beamten geschröpft! Das ist schändlich!)

Christian Heinz (CDU):

Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der öffentliche Dienst in Hessen ist leistungsstark. Die hessischen Bediensteten sind leistungsstark. Die Landesregierung ist selbstverständlich auch leistungsstark.

(Holger Bellino (CDU): Das Parlament erst!)

Das als Feststellung vorab. Wir haben ungefähr 45.000 Tarifbeschäftigte in Hessen, und derzeit verhandelt die Landesregierung mit den Gewerkschaften über einen neuen Tarifvertrag für Hessen. Nicht mehr und nicht weniger ist derzeit der Fall. Die Entscheidung, was mit den Beamten passiert, sollte man hier heute nicht reinmischen. Das steht nicht an. Auch die Frage, was 2008 war, beschäftigt Herrn Rudolph, der uns immer vorwirft, wir wären irgendwie verbohrt und rückwärtsgewandt. Also, von Ihnen höre ich immer nur –

(Günter Rudolph (SPD): Ich zitiere Ihre eigene Aussage! Das ist auch schon verboten! – Zuruf des Abg. Torsten Warnecke (SPD) – Gegenruf des Abg. Clemens Reif (CDU))

Sie beschäftigen sich mit 2008. Herr Schaus beschäftigt sich mit den Sechzigerjahren. Also, wer rückwärtsgewandt ist und wer vorwärtsgewandt ist, möchte ich an der Stelle stehen lassen.

(Zurufe von der LINKEN)

Seit 2008 ist in Hessen in der Tat einiges politisch passiert. Was Sie immer unterschlagen, ist, dass wir zwischendrin erstmals auch einen eigenen TV-H als Land verhandelt hatten und es jetzt seit Jahren eine bewährte Praxis ist, dass die Landesregierung über den neuen Tarifvertrag Hessen hier souverän und selbstständig verhandelt. Dieser eigenständige TV-H ist Ergebnis der Tarifverhandlung und damit Ausfluss der Tarifautonomie. Früher – da Sie sich immer mit früher beschäftigen – haben sich auch Sozialdemokraten und Sozialisten für Tarifautonomie starkgemacht. Heute soll der Landtag den Tarifparteien mitteilen, was sie auszuhandeln haben.

Dieser eigene Tarifvertrag für Hessen schwächt weder den Einfluss der Gewerkschaften noch der Landesregierung. Ganz im Gegenteil: Er öffnet sogar mehr Möglichkeiten für Hessen. Hessen sollte sich – –

(Janine Wissler (DIE LINKE): Herr Heinz, das ist doch unter Ihrem Niveau! – Weitere Zurufe von der LINKEN)

 Früher war es auch üblich, dass Redner dann zumindest auch einmal zugehört haben, nachdem sie sich selbst gemeldet hatten.

(Zuruf des Abg. Hans-Jürgen Irmer (CDU))

Früher waren wir einmal Mitglied in der Tarifgemeinschaft der Länder. Aber heute verhandeln wir eigenständig, und das Land Hessen sollte sich auch nicht kleiner machen, als es ist. Es ist ein großes, bedeutendes und starkes Land.

(Norbert Schmitt (SPD): Bayern und Baden-Württemberg auch!)

Auch die Gewerkschaften sollten das nicht tun, uns kleiner zu machen, und die tun das auch nicht. Wer das immer tut, ist die Opposition im Landtag. Aber bei den Gewerkschaften habe ich in den letzten Jahren nicht das Gefühl gehabt, dass sie unzufrieden waren mit dem, was sie ausgehandelt haben

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Zurufe der Abg. Hermann Schaus (DIE LINKE) und Norbert Schmitt (SPD))

Auch am Ende von Tarifverhandlungen haben in deren Ergebnis beide Seiten eingeschlagen. Und das Ergebnis war dann zum Nachteil von keiner Seite, sondern nur zum Vorteil. Am wichtigsten ist, wie die Beschäftigten das sehen. Für die Beschäftigten bringt der Tarifvertrag Hessen überhaupt keine Nachteile. Im Gegenteil: Er bringt sogar ganz erhebliche Vorteile – dankenswerterweise schon genannt worden –: bessere Leistungen für Familien als in allen anderen Ländern in Deutschland.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Derzeit erhält eine Familie mit zwei Kindern – das ist ja nicht so unüblich im Beschäftigtenkreis – monatlich 200 € mehr als Kinderzuschlag, und meine Frage zurück ist doch einfach: Wollen Sie diesen Familien diese 200 € mir nichts, dir nichts wieder wegnehmen?

(Hermann Schaus (DIE LINKE): Nein! Haben Sie zugehört, was ich gesagt habe? – Gegenruf des Abg. Holger Bellino (CDU) – Norbert Schmitt (SPD): Was ist mit dem Weihnachtsgeld?)

Wollen Sie das wieder wegnehmen? Wenn Sie sagen "1: 1 TdL", heißt das für Familien weniger. Das kann man erst mal festhalten. Außerdem gewährt Hessen auch noch pau-

schale Erschwerniszulagen, und in Hessen haben wir bei der letzten Tarifrunde sogar über eine eigene Ehrenamtskomponente gesprochen; auch das ist einmalig in Deutschland und sogar vorbildhaft.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und des Abg. Daniel May (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Ganz im Ergebnis kann man sagen: Es gibt bei diesem Punkt heute keinerlei Neuigkeitswert.

(Günter Rudolph (SPD): Für Ihre Rede allemal nicht! – Gegenruf des Abg. Holger Bellino (CDU))

Das Einzige, woran wir vielleicht gelegentlich erinnern sollten, ist, dass wir nicht mehr im Jahr 2008 leben, auch nicht in den Sechzigerjahren, sondern im Jahr 2017. Wir haben Tarifverhandlungen zwischen der Landesregierung und selbstbewussten Gewerkschaften. Die werden am Ende ein gutes und vernünftiges Ergebnis bringen, mit dem beide Seiten leben können.

Danach werden alle weiteren Fragen, die noch anstehen, sofern sie den Landtag betreffen, in aller Ruhe auch hier beraten werden. Im Moment gibt es keinerlei Anlass für diesen Punkt. Wir sind gespannt auf das Ergebnis. Und als Parlament werden wir uns dann um alles Weitere kümmern, was uns inhaltlich angeht. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU – Zuruf des Abg. Günter Rudolph (SPD))

Präsident Norbert Kartmann:

Das Wort hat der Abg. Frömmrich für die GRÜNEN.

Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Es war ein bisschen klar, dass der Kollege Rudolph hier in der Frage der TdL ein Feuerwerk abbrennen wird. Das hat er auch gemacht – in aller Bescheidenheit, wie das sein Stil ist

(Günter Rudolph (SPD): Das stimmt! – Beifall des Abg. Torsten Warnecke (SPD))

In aller Bescheidenheit – sage ich ja –, wie das sein Stil ist, hat er das hier getan, und das ist natürlich der erneute Versuch des Kollegen Rudolph, in dieser Frage einen Keil zwischen die Koalitionsfraktionen zu treiben.

(Zurufe von der SPD: Nein! – Zuruf des Abg. Willi van Ooyen (DIE LINKE))

Aber ich glaube, diese Frage haben wir schon mehrfach miteinander diskutiert.

(Zuruf des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

Aus Sicht der Gewerkschaften, Herr Kollege Rudolph, kann ich den Wunsch durchaus nachvollziehen, dass man ein einheitliches Tarifgefüge haben und das in der Tarifgemeinschaft der Länder gemeinsam verhandeln will. Das kann ich nachvollziehen – aus Sicht der Gewerkschaften.

(Beifall der Abg. Norbert Schmitt und Günter Rudolph (SPD))

Herr Kollege Rudolph, Sie wissen auch, dass unsere Auffassung war, dass wir wieder in die TdL zurückkehren sollten. Wir haben aber hier eine Koalitionsregierung. Wir haben einen sehr fairen Koalitionsvertrag miteinander be-

schlossen und haben uns auf anderes vereinbart. Diese Vereinbarung gilt natürlich auch bis zum Ende der Legislaturperiode. Da helfen auch Anträge, wie Sie sie gerade vorgelegt haben, nicht weiter.

> (Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/ DIE GRÜNEN und der CDU – Zuruf des Abg. Timon Gremmels (SPD))

Zweiter Punkt. Wir haben ja einen Tarifvertrag, den Tarifvertrag Hessen. Dieser Tarifvertrag unterscheidet sich in vielen Bereichen nicht von dem, was die TdL macht. Das ist ja gerade in verschiedenen Redebeiträgen auch gesagt worden.

(Janine Wissler (DIE LINKE): Warum brauchen wir einen eigenen? – Zurufe der Abg. Norbert Schmitt und Günter Rudolph (SPD))

Aber, Herr Kollege Rudolph, da ist dann eben schon die Frage in solch einer komplexen Materie: Wenn Sie denn wirklich inhaltlich wollen, dass man in die Tarifgemeinschaft der Länder zurückkehrt, dann sollten Sie auch sagen, wie man das inhaltlich zustande bringt.

(Janine Wissler (DIE LINKE): Das haben die GRÜ-NEN auch mal anders gesehen! – Zurufe der Abg. Norbert Schmitt und Günter Rudolph (SPD))

Inhaltlich ist das in der Tat etwas komplexer, als Sie das hier in einem Zweizeiler dem Hessischen Landtag versuchen deutlich zu machen. Ich will einmal versuchen, an ein paar Punkten deutlich zu machen, wo wir uns mit dem TV-H deutlich von dem unterscheiden, was im TV-L vereinbart wurde.

Erst mal zur Grundlage: Es geht um 45.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Wir haben die Kinderzulage. Ich finde, es ist schon einigermaßen erstaunlich, was hier zu dieser Kinderzulage auch vonseiten der Opposition gesagt worden ist. Ich finde diese Kinderkomponente im TV-H eine sehr gute Entscheidung – es stärkt die Familien. Ich finde, da sollte man nicht mal gerade so drüber weggehen.

(Zuruf des Abg. Hermann Schaus (DIE LINKE))

– Herr Kollege Schaus, das geht mir wirklich auf die Nerven. Eben, als es Zwischenrufe vom Kollegen Klee gab, haben Sie darauf bestanden, dass Ihnen zugehört wird, und Sie sabbeln andauernd dazwischen. Vielleicht hören Sie mal ein paar Argumenten zu, Herr Kollege Schaus.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Zuruf des Abg. Willi van Ooyen (DIE LINKE))

Dann können Sie sich ja noch einmal zu Wort melden. Ich will mal sagen, worum es geht.

(Zurufe des Abg. Hermann Schaus (DIE LINKE) und von der CDU)

Bei der Kinderzulage geht es, wenn Sie 1:1 den TV-L übernehmen, um ungefähr 8,8 Millionen €. Also 8,8 Millionen €, die Sie den Beschäftigten des Landes Hessen wegnehmen würden, die zurzeit davon profitieren – das sind 5.100 Beschäftigte. Da müssen Sie sagen, ob Sie das wollen, Herr Kollege Schaus. Ich will es zumindest nicht.

(Hermann Schaus (DIE LINKE): Sie haben nicht zugehört! Ich habe doch einen Weg aufgezeigt!)

Präsident Norbert Kartmann:

Herr Kollege Schaus, bitte.

Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Zweiter Punkt.

(Hermann Schaus (DIE LINKE): Das ist nicht mehr stichhaltig! Das ist veraltet!)

Präsident Norbert Kartmann:

Herr Frömmrich, einen Augenblick. – Herr Kollege Schaus, wir wollen uns friedlich einigen, dass Sie jetzt zuhören. Danke schön.

Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Der zweite Punkt ist die Frage der Tabellenentgelte. Da gibt es in Hessen Unterschiede zu dem, was die TdL vereinbart hat. Das ist eine Größenordnung von 2 Millionen €. Die Jahressonderzahlungen hat der Kollege Rudolph angesprochen. Das ist richtig, da gibt es unterschiedliche Vereinbarungen. Aber da gibt es, wenn man die Vereinbarung der TdL nehmen würde, nicht nur Gewinner, wie Sie gerade dargestellt haben, sondern es würde auch Verlierer geben. Insgesamt reden wir hier über ein Volumen von 10 Millionen €.

Dann haben wir die pauschalierten Erschwerniszulagen. Das betrifft 1.300 Beschäftigte im Bereich Unterhaltungsund Instandsetzungsdienste des Außendienstes der Straßen- und Verkehrsverwaltung. Dann müssten Sie den 1.300 Beschäftigten sagen, dass das in Zukunft nicht mehr so ist.

Ein weiterer Punkt ist der Urlaub. Bei uns haben sie einen Anspruch auf 33 Tage Urlaub, bei der TdL auf 30. Dann müssten Sie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sagen, dass sie in Zukunft auf drei Tage Urlaub verzichten müssen

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das sind Kosten in der Größenordnung von 9 Millionen €.

Ich habe ein paar Punkte aufgezählt, bei denen sich das in der Tat unterscheidet. Ich weiß, dass es bei der Linkspartei nach dem Motto gehen wird: Wir wollen das Gute aus beiden Welten, wir wollen das Gute aus dem TdL, und wir wollen natürlich das Gute des TV-H übernehmen. – Aber wenn Sie nach dieser Prämisse vorgehen, ist das nicht der TV-L, sondern ein TV-L de luxe, und das ist nicht das, was Sie eigentlich fordern.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der CDU)

Präsident Norbert Kartmann:

Kommen Sie bitte zum Ende.

Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Ich komme zum Schluss, Herr Präsident. – Wenn Sie aber wollen, dass wir den TV-L dann auch anwenden, müssen

Sie bei den Beträgen, die wir hier genannt haben, sagen: Darauf sollen die 45.000 Beschäftigten des Landes Hessen

Präsident Norbert Kartmann:

Herr Kollege, bitte.

Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

in Zukunft verzichten. Das wollen wir nicht. Deswegen sagen wir: Wir haben eine Koalitionsvereinbarung –

Präsident Norbert Kartmann:

Herr Kollege, ich schalte Ihnen jetzt das Mikrofon ab. – Danke schön.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der CDU – Demonstrativer Beifall bei Abgeordneten der SPD und des Abg. Florian Rentsch (FDP))

Herr Kollege Greilich für die FDP-Fraktion.

Wolfgang Greilich (FDP):

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Am 17. Februar, also vor knapp einer Woche, sind die Tarifverhandlungen im öffentlichen Dienst der Länder abgeschlossen worden. Das Ergebnis: Rückwirkend zum 1. Januar 2017 gibt es nach dem in der Tarifautonomie gefundenen Ergebnis für die Beschäftigten 2 %, ab dem 1. Januar 2018 nochmals 2,35 % mehr Geld, mindestens 75 € für untere Entgeltgruppen, im Schnitt 150 € mehr für eine besonders betroffene Personengruppe.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das ist das Ergebnis der Tarifverhandlungen im öffentlichen Dienst außerhalb Hessens.

Sie sehen, nach den Forderungen, die auch öffentlich gestellt worden sind, ist dieser Abschluss maßvoll. Sie sollten ihn für die hessischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter übernehmen.

Ich muss es vorlesen, weil es nicht meine Worte sind, sondern die des Kollegen Frömmrich am 5. März 2009. Aber wahrscheinlich stimmen sie diesmal auch.

Jetzt müssen wir überlegen. Wir haben einen Antrag der SPD vorliegen. Wir kennen das Thema. Es kommt regelmäßig wieder ins Parlament.

(Zuruf des Abg. Günter Rudolph (SPD))

Die Landesregierung wird aufgefordert,

in die Tarifgemeinschaft der Länder zurückzukehren und umgehend Verhandlungen hierüber mit den Ländern aufzunehmen.

Da müssen wir uns, wie jedes Mal, ernsthaft mit der Frage beschäftigen, ob wir das tun sollen. Das wäre eine Richtungsänderung in Hessen, eine ganz klare Richtungsänderung. Deswegen haben wir intensiv darüber nachgedacht. Ich habe mit Freude gelesen, die Koalition hat das offensichtlich auch getan. In ihrem Antrag sieht man, es ist aufgelistet – das ist keine klare Aussage, wo es langgehen soll –, um welche Fragen man sich kümmern muss. Ich stelle zum einen fest, dass wir zur Kenntnis nehmen müssen,

dass der Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst der Länder (TV-L) und der Tarifvertrag für Hessen (TV-H) in ihren wesentlichen Strukturelementen vergleichbar sind. Insbesondere bei der Gesamtwirkung der Tariferhöhungen gab es in den vergangenen Jahren eine ähnliche Entwicklung zwischen den Tarifabschlüssen des TV-L und des TV-H.

(Beifall des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

Es war halt unter dem Strich ähnlich, nur ein bisschen weniger.

Zweitens, der TV-H enthält "für die Beschäftigten vorteilhafte Regelungen gegenüber dem TV-L". Das hat der Kollege Frömmrich eben noch einmal dargestellt. "So enthält die hessische Regelung eine Kinderzulage", und "hessische Beschäftigte im Unterhaltungs- und Instandsetzungsdienst … [erhalten] pauschalierte Erschwerniszuschläge". – Das sind die Punkte, wo es bei den anderen Ländern ein bisschen billiger ist. Hier wird es ein bisschen teurer für das Land Hessen. Unterm Strich kommt es, was die Kostenentwicklung angeht, aufs Gleiche heraus.

Dann schreibt uns die Koalition noch in diesen Antrag:

Der Landtag stellt fest, dass in allen 16 Bundesländern die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes auf Grundlage von Tarifverträgen beschäftigt sind.

Richtig.

In keinem Bundesland gibt es einen tariflosen Zustand.

Was soll uns das sagen?

(Zuruf des Abg. Günter Rudolph (SPD))

Gleichzeitig nimmt der Landtag zur Kenntnis, dass für die Gewerkschaften die bundesweite Tarifeinheit ein hohes Gut ist

– da bin ich voll dabei –

und sie deshalb eine Rückkehr Hessens in die Tarifgemeinschaft der Länder fordern.

Das schreibt die Koalition. Mir fehlt irgendwie die Conclusio, die Folgerung, die man daraus zieht.

(Lebhafter Beifall bei der FDP, der SPD und der LINKEN)

Anscheinend war man nicht in der Lage, sich darauf zu verständigen, was man eigentlich will, und hat wie immer eine solche Nullnummer vorgelegt.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der SPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich stelle fest: Der hessische Sonderweg in der Tarifpolitik war ein lohnender, ein guter Versuch. Aber wie sich aus dem Antrag der Koalition ergibt, hat er zu nichts geführt.

(Beifall bei der FDP und der SPD)

Er hat unter dem Strich nichts gebracht. Wenn wir dies nach einer so langen Phase des Experimentierens mit dem hessischen Sonderweg feststellen, was muss man dann tun, wenn man nicht völlig verbohrt ist? Man muss seine Position revidieren, da muss man etwas anderes tun.

(Lebhafter Beifall bei der FDP, der SPD und der LINKEN)

Deswegen sollten wir uns den Aufwand, den wir in Hessen treiben – der arme Innenminister muss jetzt wieder sinnlose Verhandlungen führen, um ein paar kleine kosmetische Korrekturen anzubringen –, sparen. Geben Sie sich den Ruck, weil Sie längst erkannt haben: Wir müssen es verändern. Deswegen muss man irgendwann einmal sagen: Okay, jetzt springen wir.

Deswegen, Herr Kollege Decker, bleiben wir dabei: Wir werden Ihrem Antrag zustimmen.

(Lebhafter Beifall bei der FDP und der SPD)

Ich sage in die Richtung der Koalition: Wir werden auch dem Koalitionsantrag zustimmen, weil er eine hervorragende Begründung für den SPD-Antrag liefert.

(Heiterkeit und Beifall bei der FDP und der SPD)

Als solcher ist er zustimmungsfähig, ansonsten leider nicht

(Anhaltender lebhafter Beifall bei der FDP und der SPD)

Präsident Norbert Kartmann:

Das Wort hat der hessische Innenminister, Herr Beuth.

Peter Beuth, Minister des Innern und für Sport:

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich will die Vorbemerkung machen: Ihre Fürsorge für mich rührt mich nicht wirklich. Herr Kollege Greilich, Ihr Redebeitrag hat mich nicht an die Bratwurst, die der Kollege Rudolph eingeführt hat, erinnert, sondern mehr an dieses Fähnchen im Wind,

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und des BÜND-NISSES 90/DIE GRÜNEN – Zurufe von der FDP: Oh!)

sozusagen wo die Debatte gerade einmal passt.

Meine Damen und Herren, ich habe in dieser Debatte – es tut mir leid –, außer dass wir das einzige Bundesland sind, das nicht Mitglied in der TdL ist, und dass das irgendwie aus Sicht des einen oder anderen hier nicht klug sei, kein einziges inhaltliches Argument gehört, warum wir in die Tarifgemeinschaft der deutschen Länder zurückkehren sollten.

Meine Damen und Herren von den Oppositionsfraktionen, wir haben hier außer Gewerkschaftsrhetorik nichts, aber auch kein einziges Argument gehört.

(Lachen bei der SPD und der FDP – Glockenzeichen des Präsidenten)

Im Gegenteil, wenn ich mir den Antrag anschaue, den die SPD vorgelegt hat, lese ich das Argument, es sei nicht sinnvoll und nicht notwendig, einen eigenen Tarif zu haben. Es sei nicht sinnvoll und nicht notwendig – es fehlt jeder Begründungssatz. Meine Damen und Herren, das ist so inhaltsarm und so substanzlos, dass man es an dieser Stelle kaum debattieren mag.

(Beifall bei der CDU – Zuruf des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

Das fällt ein bisschen in die Kategorie Phantominitiativen der Sozialdemokraten wie unlängst die Gesetzesinitiative der Frau Nahles zur Verlängerung der Kurzarbeit und Ähnliches. In diese Kategorie gehört der Antrag, den Sie hier vorgelegt haben.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Uiuiui! – Vizepräsident Frank Lortz übernimmt den Vorsitz.)

Alles, was mit dem Tarifvertrag Hessen erreicht wurde, spricht gegen eine Rückkehr in die Tarifgemeinschaft der Länder. Ich bin dem Kollegen Heinz und dem Kollegen Frömmrich dankbar, die diese Errungenschaften hier bereits vorgetragen haben.

Alle Tarifparteien des öffentlichen Dienstes haben übrigens bundesweit in den vergangenen Jahren den Vorteil einer eigenen Regelungskompetenz erstens erkannt und ihn sich zweitens auch zu Nutze gemacht. Herr Kollege Schaus, die Verhandlungsgemeinschaft der Arbeitgeber zum Bundesangestelltentarifvertrag, von dem Sie eben gesprochen haben, existiert seit 2003 nicht mehr. Seit 2003 gibt es diese Gemeinschaft nicht mehr. Vielmehr verhandeln der Bund und die Kommunen auf der einen Seite, aber nicht mehr die Länder. Wir haben die Tarifgemeinschaft deutscher Länder, die auf der anderen Seite über die Interessen der Länder verhandelt. Denn es konnte eben nicht mehr so zusammengebunden werden, wie es in der Vergangenheit vor dem Jahr 2003 war.

Herr Kollege Schmitt, der Marburger Bund hat ver.di das Mandat im Jahr 2005 entzogen. Seitdem verhandeln die Ärzte ihren eigenen Tarifvertrag. Zuletzt hat im Jahr 2015 der Deutsche Beamtenbund der Tarifgemeinschaft deutscher Länder das Mandat entzogen, für die Entgeltverhandlungen der Lehrerinnen und Lehrer zuständig zu sein. Meine Damen und Herren, das sind die Fakten in der Tarifwelt. Das ist nicht das, was Sie mit Ihrer Gewerkschaftsrhetorik gerade eben hier vorgetragen haben.

(Beifall bei der CDU sowie der Abg. Sigrid Erfurth und Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) – Zuruf des Abg. Hermann Schaus (DIE LINKE))

 Das Gegenargument ist, dass wir nicht den Gewerkschaftsfunktionären von irgendwo, sondern den Beschäftigten des Landes verpflichtet sind. Das ist das Gegenargument.

Ich will Ihnen nur kurz die Vorteile des Tarifvertrags Hessen skizzieren. Zur Familienzulage wurde hier bereits vorgetragen. Sollen wir dem Familienvater mit drei Kindern erklären, dass er in Zukunft auf 350 € Zulage verzichten soll? Ich will das nicht. Meine Damen und Herren, Sie wollen das aber offensichtlich so haben.

Es gibt im Tarifvertrag Hessen eine günstigere Stufenlaufzeit bei der Anwendung der Elternzeit. Auch das ist eine familienpolitische Komponente, die es nur bei uns gibt. Das ist doch eine schöne Errungenschaft. Warum sollten wir in Zukunft darauf verzichten?

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der Abg. Eva Goldbach (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Die Forstbeschäftigten haben eine hessenspezifische, eine maßgeschneiderte, eine eigene Entgeltordnung. Da gibt es z. B. die kleine Entgeltgruppe 9. Die Entgeltgruppe 8 ist die höchste, die in der Tarifgemeinschaft der Länder erreicht werden kann. Wollen wir den Forstmitarbeitern etwa den Tarifyertrag der Tarifgemeinschaft der Länder vorle-

gen, mit dem sie eine konkrete Verschlechterung hätten? – Nein, ich möchte das nicht.

Wir haben für die Archivare und für die in Bibliotheken, Büchereien und in den Museen Tätigen eine eigene Eingruppierungsregelung getroffen, die es in der Tarifgemeinschaft der Länder nicht gibt. Wir haben einen hessenspezifischen Ärztetarif und einen einzigartigen Zahnärztetarif.

(Norbert Schmitt (SPD): Deswegen fordern die Gewerkschaften, dass wir zurückkehren!)

Das sind die Errungenschaften des TV-Hessen. Das sind die Errungenschaften, die wir bei uns erreicht haben. Ich bedauere, dass die Mitglieder der FDP, die ursprünglich diesen Weg einmal mitgegangen sind, sich hier einfach so nonchalant mit dem Fähnchen im Wind davon verabschiedet haben. Das ist traurig, traurig, traurig.

(Beifall bei der CDU)

Wir werden in der kommenden Woche einen Tarifvertrag zum Wohl der Beschäftigten in Hessen aushandeln. Das wird auf der Basis geschehen, die wir seit dem Jahr 2005 in Hessen haben. Das wird für die Beschäftigten gut sein. Da bin ich mir sicher.

Die Gewerkschaftsrhetorik sollten wir hier herauslassen. Wie gesagt, von den Mitgliedern der FDP hätte ich sie erst gar nicht erwartet.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Frank Lortz:

Herr Minister, vielen Dank. – Das Wort erhält Herr Abg. Günter Rudolph von der SPD-Fraktion.

Günter Rudolph (SPD):

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Innenminister, traurig war er, Ihr Beitrag. Warum beschimpfen Sie eigentlich die Gewerkschaften, die die legitimen Interessen ihrer Mitglieder und anderer Beschäftigter vertreten? Warum beschimpfen Sie sie eigentlich?

(Beifall bei der SPD und des Abg. Willi van Ooyen (DIE LINKE))

Sie sind doch sonst nicht so kleinlich. Sie sind doch sonst nicht so kleinlich, wenn die VhU oder Herr Fasbender eine Pressemitteilung macht und die Landesregierung lobt, obwohl das Gegenteil angesagt wäre. Da sind Sie doch auch nicht so kleinlich und sagen, das sei ein Interessenverband. Herr Innenminister Beuth, hören Sie mit dieser Heuchelei auf.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des Abg. Willi van Ooyen (DIE LINKE))

Ich will etwas zum Ablauf sagen. Denn ich habe nicht den Eindruck, dass der eine oder andere weiß, wie das abläuft. Wenn die Landesregierung den Beschluss des Landtags umsetzen würde, würde das bedeuten, dass es zu einem mehrjährigen Verfahren kommt. Das Land Hessen müsste dann den Antrag stellen. Die anderen Mitglieder der Tarifgemeinschaft der Länder müssten dann darüber entscheiden. Es würde dann eine längere Übergangsphase geben. Das wäre ein ganz normaler Prozess mit Besitzstandswahrung. Das würde nicht von heute auf morgen gehen.

Wenn die Gewerkschaften das so wollen, dann müssen sie das ihren Mitgliedern auch erklären. Deswegen müssen Sie sich keine Sorgen darüber machen, ob da eine Regelung vielleicht günstiger oder nicht ist. Unter dem Strich können wir eines feststellen. Das ist die Erkenntnis der Mitglieder der FDP-Fraktion. Das kann man kritisieren. Aber wenn jemand vernünftiger wird, finde ich, sollte man das nicht kritisieren. Vielmehr sollte man sagen: Danke FDP, so kann man weitermachen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Sie können den Mitgliedern der FDP-Fraktion viel vorwerfen. Aber das mit Gewerkschaftsrhetorik, das passt nun wirklich nicht.

(Heiterkeit und Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Das können Sie uns und den Mitgliedern der LINKEN vorwerfen. Das möchten die Mitglieder der FDP auch gar nicht.

(Demonstrativer Beifall bei der FDP)

Wir begrüßen es, dass die Mitglieder der FDP erkannt haben: Der Weg, den wir einmal gegangen sind, ist nicht mehr zielführend. Wenn er nicht zielführend ist und man zu der Erkenntnis kommt, man kann es auch anders und besser machen, kann man die notwendigen Konsequenzen ziehen.

Den Eindruck hat man bei Schwarz-Grün überhaupt nicht. Da gilt: Die Wand ist dick. Der Kopf ist schon leicht lädiert. Dann rennt man noch einmal gegen die Wand.

Herr Beuth, Ihre Bilanz für den öffentlichen Dienst ist nicht nur für die Tarifbeschäftigten "herausragend". Ich habe den Eindruck, Sie leiden unter politischem Autismus. Sie nehmen die Welt nicht mehr so wahr, wie sie ist. Das ist nicht mein Problem. Sie leben in einer Scheinwelt.

(Holger Bellino (CDU): Unerhört!)

– Was ist daran unerhört? Der Innenminister sagt, er habe eine hervorragende Bilanz.

(Holger Bellino (CDU): Das ist eine Beleidigung!)

Nein. Ich sage Ihnen: Er nimmt die Welt nicht so wahr –

Vizepräsident Frank Lortz:

Herr Kollege Rudolph, "Heuchelei", "politischer Autismus": Ich würde Sie bitten, etwas zurückzugehen, damit Sie mich nicht veranlassen, Sie rügen zu müssen. Seien Sie so lieb.

Günter Rudolph (SPD):

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wenn man die Realität nicht so wahrnimmt, wie sie ist, dann muss man darauf hinweisen. Herr Kollege Bellino, da können Sie sich aufblasen, wie Sie wollen. Der Minister sagt, er habe eine hervorragende Bilanz. Wir stellen dann fest, wie die Bilanz für den öffentlichen Dienst aussieht. Es gibt eine hohe Unzufriedenheit in der hessischen Landesverwaltung. Es gibt einen hohen Krankheitsstand. Es gibt bei der Einkommensentwicklung einen deutlichen Abstand. Es gibt die 42-Stunden-Woche. In vielen Bereichen hinkt der öffentliche Dienst in Hessen hinterher. Dass Sie das als hervorragend bezeichnen, ist Ihr Problem.

Es wäre deswegen richtig, in die Solidargemeinschaft der Länder zurückzukehren. Deswegen werden wir heute über unseren Antrag abstimmen. Wenn Sie ihn ablehnen, werden die Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes es zu würdigen wissen. Die Stimmung ist ohnehin auf dem Nullpunkt. Dann wird das Bild rund. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD sowie der Abg. Willi van Ooyen und Hermann Schaus (DIE LINKE))

Vizepräsident Frank Lortz:

Zur Geschäftsordnung erhält Herr Kollege Bellino das Wort.

Holger Bellino (CDU):

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich blase mich nicht auf, wie Herr Kollege Rudolph das vermutet hat oder meinte, es darstellen zu müssen. Ich bin empört über den Begriff "politischer Autismus", der in Richtung der Landesregierung und des Innenministers ging. Ich bin der Meinung, dass das nicht parlamentarisch ist, auch nicht am Weiberfasching.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Vizepräsident Frank Lortz:

Herr Kollege Bellino, ich stelle fest, dass ich Herrn Kollegen Rudolph mitgeteilt habe, dass ich diese Formulierung für nicht angemessen halte. Das habe ich bereits gemacht.

Herr Kollege Schaus, Sie haben das Wort.

Hermann Schaus (DIE LINKE):

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn man dem Herrn Innenminister zugehört hat, dann konnte jemand, der da unbefangen herangeht, den Eindruck gewinnen, als stelle sich der Innenminister vor seine Angestellten, um sie vor den Gewerkschaften und ihren Forderungen zu schützen. Herr Minister, das können Sie niemandem weismachen. Denn seit Jahr und Tag fordern die Gewerkschaften – im Übrigen auch der Beamtenbund, da ist der DBG nicht allein – unisono die Rückkehr in die Tarifgemeinschaft deutscher Länder. Das tun sie unisono.

(Beifall der Abg. Willi van Ooyen und Marjana Schott (DIE LINKE) sowie bei Abgeordneten der SPD)

Ich sage das, damit klar ist, wer auf welcher Seite steht.

Ich will das einmal mit Argumenten angehen. Sie haben mich bewusst missverstanden. Ich weiß, Sie haben mich an der Stelle genau verstanden, aber Sie haben es in der Darstellung bewusst missverstanden. Ich als jemand, der seit über 30 Jahren mit den Tarifverträgen im öffentlichen Dienst zu tun hat, weiß, dass es den BAT nicht mehr gibt. Ich kenne noch den BAT und den MTL für die Arbeiter des Landes oder den BMT-G für die Arbeiter der Gemeinden. Das ist jetzt anders. Der Bund und die Kommunen haben einen eigenständigen Manteltarifvertrag, den TVöD, und 15 Bundesländer haben den TV-L – nur Hessen nicht. Das ist Fakt.

(Hans-Jürgen Irmer (CDU): Hallo, mit wem sprechen Sie eigentlich?)

- Moment, zum Herrn Minister.

(Klaus Peter Möller (CDU): Dann können Sie das auch privat sagen! – Unruhe – Glockenzeichen des Präsidenten)

Es mag ja sein, dass Sie jetzt nicht zuhören wollen. Aber so ist das im Parlamentarismus. Manchmal muss man auch den unangenehmen – –

(Fortgesetzte Zurufe von der CDU)

Vizepräsident Frank Lortz:

Meine Damen und Herren, ich darf Sie bitten, wieder etwas zur Ruhe zu kommen. Der Redner kann reden, wohin er will, und jeder kann zuhören, wem er will. – Herr Kollege Schaus hat das Wort.

Hermann Schaus (DIE LINKE):

Ich kann es nur wiederholen. Herr Kollege, manchmal ist das mit dem Parlamentarismus so. Man muss auch den Wahrheiten, denen man nicht ins Auge blicken will, ins Auge blicken und vielleicht auch einmal zuhören. Aber das fällt Ihnen im Moment sehr schwer.

Ich will das sofort noch einmal erläutern. Als der Bundes-Angestelltentarifvertrag geschaffen wurde, gab es eine Vielzahl unterschiedlichster Regelungen für die Angestellten in den einzelnen Bundesländern – also genau das, was hier vorgetragen wurde. Da gab es Sonderregelungen, z. B. für Kinder, Erschwerniszuschläge für bestimmte Gruppen, und es gab Urlaubsregelungen, die in den einzelnen Bundesländern unterschiedlich waren. Damals hat man sich darauf verständigt, dass diese Regelungen nicht nur in der Übergangszeit, sondern auf Dauer bestehen bleiben.

Hessen hatte sich in den Sechzigerjahren z. B. dafür entschieden, dass die Urlaubsregelung – auf die sich Herr Frömmrich bezogen hat – Bestandteil des Tarifvertrags wurde. Deswegen war es bis zum Auslaufen des BAT immer so, dass für hessische Beschäftigte eine andere, günstigere Urlaubsregelung galt als in den anderen Bundesländern.

Sie gehen her und sagen: "Wir können dies nicht machen", oder: "Ihr wollt den Beschäftigten dieses oder jenes wegnehmen". - Das wissen Sie gar nicht. Sie wissen gar nicht, welche Anforderungen die Gewerkschaften an Überleitungstarifverträge haben und welche Ergebnisse sie erzielt haben. Sie stellen sich allwissend hierhin und sagen: "Das soll weggenommen werden". Nehmen Sie einmal zur Kenntnis, dass Ihr Argument, irgendjemand von uns wolle jetzt die Kinderzulage wegnehmen – und Sie stellen sich schützend vor die Kinderzulage -, nicht zutreffend ist, weil ich ein Instrument dargelegt und aufgezeigt habe, das es in der Tarifwelt des öffentlichen Dienstes über Jahrzehnte bewährt gegeben hat. Herr Minister und Herr Frömmrich, das Instrument gibt Ihnen die Möglichkeit, diese von Ihnen so hoch gelobte Kinderzulage auch in Zukunft zu erhalten, wenn Sie das wollen. Unterstellen Sie uns doch nicht das Argument, wir würden die Zulage abschaffen wollen, wenn Sie eigentlich diejenigen sind, die das betreiben. Das muss nur noch als Argument herhalten, um einen Tarifvertrag, einen Alleingang des Landes Hessen, hier darzustellen und weiter voranzutreiben. Das ist und bleibt nichts anderes – ich bleibe dabei – als eine Starrsinnigkeit, auf die sich die CDU einmal eingelassen hat. Die FDP ist davon abgekommen. Die GRÜNEN haben sich dieser Starrsinnigkeit aber mittlerweise angeschlossen.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsident Frank Lortz:

Vielen Dank, Kollege Schaus. – Es gibt keine weitere Wortmeldung.

Ich habe verstanden, es sollen beide Anträge sofort abgestimmt werden.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 14 auf, Antrag der Fraktion der SPD, Drucks. 19/4498. Wer stimmt zu? – SPD, FDP, Fraktion DIE LINKE. Wer ist dagegen? – CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Dann rufe ich den Dringlichen Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Drucks. 19/4567, auf. Wer ist dafür? – CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Wer ist dagegen? – SPD, Fraktion DIE LINKE. Wer enthält sich? – Die FDP. Dann ist dieser Antrag beschlossen.

Wir haben gesagt, **Tagesordnungspunkt 17** wird nicht behandelt.

Ich rufe auf Tagesordnungspunkt 19:

Antrag der Fraktion der SPD betreffend Frauenrechte stärken – Gleichberechtigung endlich realisieren – auch in Hessen – Drucks. 19/4526 –

mit dem Tagesordnungspunkt 60:

Dringlicher Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend Gleichberechtigung von Frauen und Männern verwirklichen – Maßnahmen des Landes zeigen bereits Wirkung – Drucks. 19/4572 –

Das Wort hat Frau Kollegin Gnadl, SPD-Fraktion.

Lisa Gnadl (SPD):

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir müssen feststellen, dass die seit 1949 verfassungsrechtlich garantierte Gleichberechtigung von Frauen und Männern immer noch nicht gesellschaftliche Realität geworden ist. Die Aufforderung zur freiwilligen Umsetzung von erforderlichen Maßnahmen zur Gleichberechtigung war in den letzten Jahrzehnten von wenig Erfolg gekrönt. Das zeigt uns auch die jüngste OECD-Studie. Die Folgen dieses halbherzigen Umgangs mit einem Verfassungsrecht sehen wir heute deutlich. Eine große Kluft von 21 % bei den Löhnen zwischen Frauen und Männern ist zu verzeichnen, und das bedingt eine noch größere Kluft in der Rente. Die bittere Realität ist: Mehr Frauen leben in Armut, auch im Alter.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, um gesetzliche Regelungen zur Verwirklichung von Gleichberechtigung kommen wir nicht herum.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Deutliche Verbesserungen für Frauen konnten durch die SPD in der Bundesregierung erzielt werden, beispielsweise bei der Einführung des gesetzlichen Mindestlohns, von dem insbesondere auch Frauen im Niedriglohnsektor profi-

tieren – ebenso auch die Quotenregelung in Aufsichtsräten. Die befürchteten Nachteile sind samt und sonders ausgeblieben.

Aktuell steht das Gesetz zur Förderung der Transparenz von Entgeltstrukturen noch an, das ein weiterer wichtiger Baustein zur Bekämpfung der Lohnungleichheit sein wird.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Ebenso steht das Gesetz zur Rückkehr von Teilzeit auf Vollzeit an. Etwa 80 % der mehr als 11 Millionen Teilzeitbeschäftigten sind Frauen. Es muss eine rechtliche Vorgabe geben, damit Frauen aus dieser Teilzeitfalle endlich herauskommen.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Widerstände bei allen frauenpolitischen Maßnahmen sind nach wie vor sehr groß. Das sehen wir aktuell bei dem Gesetz zur Lohntransparenz. Immer wieder müssen wir uns anhören, dass das alles viel zu bürokratisch sei.

(Alexander Bauer (CDU): Ja!)

Sehr verehrter Herr Bauer, dieses Argument kennen wir auch aus Hessen. Genau das Gleiche wurde der SPD vorgeworfen, als es um eine Novellierung des Hessischen Gleichberechtigungsgesetzes ging.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abg. Alexander Bauer (CDU))

Die Chance, in Hessen mit gutem Beispiel voranzugehen, hat Schwarz-Grün verpasst. Das HGlG wurde zwar novelliert. Aber auch in seiner jetzigen Fassung gehört es noch immer zu den halbherzigen Lösungen.

(Beifall bei der SPD)

Frauenbeauftragte haben nach wie vor eine schlechte Ausstattung und keine Instrumente, Gleichberechtigung im öffentlichen Dienst tatsächlich durchzusetzen. Das Gesetz hat deshalb auch keine Wirkung gezeigt im Hinblick auf den Geltungsbereich und auf die Gremienbesetzung nach der Kommunalwahl hier in Hessen.

(Beifall bei der SPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, deswegen fordern wir die Beseitigung der bestehenden Nachteile, ein fortschrittliches HGlG und die vermehrte Besetzung von Führungspositionen mit Frauen.

Wir fordern flexiblere Betreuungsangebote und vor allen Dingen auch in Hessen echte Ganztagsschulen, damit die Vereinbarkeit von Familie und Beruf endlich auch hier in Hessen Realität wird.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Wir fordern die Aufwertung insbesondere der sozialen Berufe. Denn bisher sind diese weder gesellschaftlich hoch angesehen noch finanziell ausreichend ausgestattet.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es muss endlich Schluss sein mit dem Rollen- und Frauenbild, das wir aus dem Märchen "Hänsel und Gretel" von 1812 kennen, in dem die Frau dargestellt wird als grausame Mutter, die ihre Kinder in den Wald schickt, als menschenfressende Hexe oder als Mädchen, das zur Dienstmagd gemacht wird. Frauen verdienen mehr, nämlich Anerkennung und Wertschätzung ihrer Arbeit, auch finanziell. Gleicher Lohn für gleiche Arbeit.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Frank Lortz:

Frau Kollegin Gnadl, Sie müssen zum Schluss kommen.

Lisa Gnadl (SPD):

Ich komme zum Schluss. – Es geht um die Verwirklichung der verfassungsrechtlich garantierten Gleichberechtigung.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Vizepräsident Frank Lortz:

Vielen Dank. – Das Wort hat Frau Kollegin Erfurth, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Sigrid Erfurth (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist gut, in zeitlicher Nähe zum Frauentag, zum Aktionstag "One Billion Rising" und zum "Equal Pay Day" im Hessischen Landtag über Anspruch und Wirklichkeit einer echten Geschlechterparität zu sprechen.

Die schwarz-grüne Regierungskoalition nimmt den Auftrag, der sich aus Art. 3 Abs. 2 des Grundgesetzes und aus Art. 1 der Hessischen Verfassung ergibt, sehr ernst. Es ist immer wieder gut, dorthin zu schauen, wo es Defizite gibt. Welche Stellschrauben müssen bedient werden, um noch vorhandene Defizite abzubauen? Unstreitig helfen auch Dinge, die auf Bundesebene angeschoben worden sind, weitere Defizite bei der Geschlechtergerechtigkeit abzubauen.

Weil wir uns sehr bewusst sind, dass es bei der Herstellung einer tatsächlichen Geschlechterparität noch Defizite gibt, haben wir zu Beginn der gemeinsamen Regierungszeit begonnen, ganz praktische Dinge zu tun. Denken Sie an das Sozialbudget. Wir haben im Rahmen des Sozialbudgets dafür gesorgt, dass Frauenhäuser finanziell abgesichert sind und dass von Gewalt bedrohte Frauen erstmals flächendeckend in ganz Hessen die Möglichkeit haben, sich an Interventions- und Beratungsstellen zu wenden. Das ist praktische Politik für Frauen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der CDU)

Ein wichtiger Schritt war die Novellierung des Hessischen Gleichberechtigungsgesetzes, auch wenn Sie, liebe Kollegin Gnadl, in Ihrem Antrag all die Forderungen wieder aufgewärmt haben, die wir aus guten Gründen bei der Novellierung des Hessischen Gleichberechtigungsgesetzes nicht mit aufgenommen haben.

Sie müssen aber zur Kenntnis nehmen, dass wir mit diesem Gesetz eine ganz wichtige Neuausrichtung vorgenommen haben. Diese Neuausrichtung zielt darauf ab, mehr Frauen in Führungspositionen zu bringen und deshalb die Vereinbarkeit von Familienaufgaben und Beruf zu verbessern. Ich spreche bewusst von Familienaufgaben, weil das nicht nur die Kindererziehung, sondern auch die Pflege umfasst, die Frauen heutzutage sehr bedrückt und belastet. Diese Vereinbarkeit muss für Frauen und auch für Männer besser erreicht werden. Das ist Kern des Hessischen Gleichberechtigungsgesetzes. Außerdem soll dadurch – wenn man es

noch einmal in Ruhe liest, wird man es vielleicht auch merken – Führung in Teilzeit ermöglicht werden. Auch das ist ein wichtiger Schritt in Richtung Gleichberechtigung und gleiche Chancen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der CDU)

Ich habe es im Zusammenhang mit frauenpolitischen Themen hier schon öfter gesagt: Vieles lässt sich regeln, aber nicht alles lässt sich gesetzlich verordnen. Vieles ist eine Frage des öffentlichen Bewusstseins und auch des praktischen Handelns. So ähnlich hat sich auch Frau Schwesig bei ihrem Frauenempfang ausgedrückt. In Teilen findet sich das in Ihrem Antrag genau so wieder.

Gehen Sie doch einmal in Gedanken all die Vorstände durch, die Ihnen in Vereinen und Verbänden gegenübersitzen, wenn Sie vor Ort Termine haben. Ist Geschlechterparität in den Vorständen hergestellt? Das sind ehrenamtliche Strukturen. Da können Sie nichts verordnen. Sie können nur durch Bewusstseinsbildung dafür sorgen, dass Frauen und Männer auch in solchen Bereichen gleichberechtigt teilhaben. Daran müssen wir gemeinsam arbeiten.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der CDU)

Meine Damen und Herren, wir haben in das Kommunalwahlgesetz den Appell aufgenommen, bei der Aufstellung von Listen für die Kommunalwahl Frauen und Männer zu gleichen Teilen zu berücksichtigen. Dass das nicht immer einfach ist, weiß ich auch, da ich schon lange kommunalpolitisch unterwegs bin. Ich halte auch immer Ausschau nach Frauen, die man unterstützen muss, damit sie motiviert sind, auf kommunaler Ebene politisch tätig zu werden.

Wir alle wissen, dass die Wählerinnen und Wähler die Listen durch Kumulieren und Panaschieren verändern. Im Werra-Meißner-Kreis hat das dazu geführt, dass in meiner Kreistagsfraktion nur noch ein Mann ist. Alle Frauen wurden nach oben gewählt. Das ist so. Das ist auch ein schönes Ergebnis. Ich weiß, dass es aber auch andersherum passieren kann, dass die Männer hochgewählt werden. Auch das können Sie nicht verordnen, sondern das ist eine Frage des Bewusstseins und des gesellschaftlichen Wandels. Ich glaube, es ist richtig, darüber zu reden, dass hier ein Wandel eintreten muss. Mit der Änderung des Kommunalwahlgesetzes haben wir hierfür eine Weiche gestellt.

Die Gremienbesetzung wird immer wieder – auch von Ihnen – angesprochen. Das ist ein Punkt, der einer ganz besonderen Aufmerksamkeit bedarf. Deshalb haben wir bei der Änderung der Hessischen Gemeindeordnung im Jahr 2015 darauf gedrungen, dass in Aufsichtsgremien der Kommunen Männer und Frauen möglichst zu gleichen Teilen entsandt werden und die Gremien zu gleichen Teilen besetzt werden. Ich finde es schade, dass die Verkehrsdezernentin der Stadt Wiesbaden abgesetzt wurde, damit Platz für zwei Männer da ist.

(Hans-Jürgen Irmer (CDU): Das ist ja unglaublich!)

Vizepräsident Frank Lortz:

Frau Kollegin, bitte kommen Sie allmählich zum Schluss.

Sigrid Erfurth (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Ich danke Ihnen für den freundlichen Hinweis. – Auch das ist Realität und Praxis.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ganz zum Schluss möchte ich meine große Freude darüber zum Ausdruck bringen, dass die Änderung bei der Besetzung des Rundfunkrats dazu geführt hat, dass der Frauenanteil fast verdoppelt worden ist. Statt sieben sind es nun zwölf Frauen.

(Zuruf des Abg. Timon Gremmels (SPD))

Durch den klugen Änderungsmechanismus, wofür ich den Macherinnen und Machern des Gesetzes herzlich danken möchte, werden wir erreichen, dass auch der Rundfunkrat viel weiblicher wird. Das finde ich eine super Idee. – Vielen Dank

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der CDU)

Vizepräsident Frank Lortz:

Vielen Dank, Kollegin Erfurth. – Das Wort hat der Abg. René Rock, FDP-Fraktion, Seligenstadt.

(Beifall der Abg. Nicola Beer (FDP))

René Rock (FDP):

Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Frau Gnadl, meine Vorrednerin, hat Ihnen bereits erklärt, dass wir die Debatte, die wir hier führen, auch sehr intensiv zu Ihrem Gesetzentwurf geführt haben und dass vieles, was im Antrag steht, sich ein Stück weit wiederholt.

(Beifall der Abg. Claudia Ravensburg (CDU))

Ich fand es verheißungsvoll, wie Sie in die Debatte eingestiegen sind. Sie haben damit begonnen, über die Verfassung zu sprechen. Die SPD ist zweifelsfrei die Partei in Deutschland, die sich mit Blick auf die Durchsetzung von Frauenrechten große Verdienste erworben hat. Elisabeth Selbert ist einfach ein Denkmal, eine herausragende Persönlichkeit, die viel geleistet hat. Insofern genießt sie Anerkennung in allen Fraktionen und in allen Parteien.

Ich glaube, bei der Frage der Gleichberechtigung sind wir hier im Großen und Ganzen einer Meinung. Ich teile auch Ihre Analyse, dass die gesellschaftliche Realität der Gleichberechtigung noch nicht dort angekommen ist, wo sie eigentlich ankommen müsste. Ich teile allerdings nicht die Analyse der Lösung dieser Realität, mit der wir leben.

Ich möchte das noch etwas grundsätzlicher ausführen. Wir sehen dieses Thema als einen Konflikt in der Gesellschaft, der ausgetragen werden muss zwischen Frauen und Männern, zwischen Karrierechancen von Frauen und Unternehmen, zwischen der Leitung einer Behörde und Frauen, die gute Positionen anstreben. Diese Konflikthaftigkeit, die aus jeder Phase Ihrer politischen Überlegung durchdringt: Ich weiß nicht, ob diese Art des Versuchs, die Gleichberechtigung in der Gesellschaft besser zu verankern, der richtige Weg ist.

Ich will nicht bestreiten, dass es sicherlich Möglichkeiten gibt, auf gesetzlichem Wege ein Stück voranzukommen. Die Frage, die man sich allerdings stellen sollte, lautet: Steht der Aufwand, den man da treibt, in der richtigen Relation zu dem Ziel, eine Verminderung der Ungerechtigkeit zu erreichen? Das, was Sie an Konflikt in Unternehmen tragen, was vielleicht an Verwaltungstätigkeit und anderem erforderlich wird: Ist das der richtige Weg, oder kann man vielleicht versuchen, das Unternehmen als Partner zu sehen, die Verwaltung als eine Organisationeinheit zu sehen, die diese Haltung eigentlich teilt?

Der Umgang mit dem Ziel der Gleichberechtigung muss sich nicht konflikthaft darstellen. Ich denke, dass uns die Instrumente, die Sie gerade in der Bundesregierung immer wieder zu schärfen versuchen, dem Ziel, das wir haben, nicht wirklich signifikant näher bringen – jedenfalls nicht im Verhältnis zu dem Aufwand, den Sie den Unternehmen und anderen auflasten. Ich wünschte mir, Sie würden einmal versuchen, einen anderen Weg zu gehen, nämlich aus einer nicht konflikthaften Sicht heraus zu fragen: Wie kann man diesen Weg im Einvernehmen gehen? - Wir sind der Meinung, dass die Lösung, die die Koalition uns vorgelegt hat, immer noch zu stark eingreift. Aber der Versuch, auf Konsens und auf Überzeugung zu setzen, ist in dem Stadium der Diskussion, in dem wir uns in dieser Gesellschaft befinden, sinnvoller, als immer weiter Zuspitzungen und Konflikte in den Mittelpunkt zu stellen.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Jetzt können Sie natürlich sagen: Da steht wieder der Mann von der FDP-Fraktion, der weiß gar nicht, wovon er redet.

(Lisa Gnadl (SPD): So ist es!)

Sie sollten mir glauben, dass auch ich eine Familie habe, dass zu dieser Familie auch Frauen und Töchter gehören, dass man sich selbstverständlich über diese Themen auseinandersetzt und dass ich die Botschaften, die ich aus diesem Umfeld erhalte, nicht mit den Beobachtungen in Übereinstimmung bringen kann, die Sie hier oftmals vortragen.

(Beifall bei der FDP)

Frau Gnadl, ich möchte jetzt nicht mit Ihnen in einen Konflikt eintreten; dieses Erleben ist vielleicht ganz einfach dem Umfeld geschuldet. Ich würde Sie trotzdem bitten, den harten, konflikthaften Kurs, den Sie in der Frage der Gleichberechtigung fahren, noch einmal zu überdenken und zu überlegen, ob Sie wirklich glauben, damit ans Ziel zu kommen in einer Gesellschaft, in der im Grundsatz ein Konsens besteht und eigentlich nur noch die Frage ist, wie wir den Konsens gerade im unternehmerischen Bereich noch besser in die Realität umsetzen können.

(Beifall bei der FDP – Lisa Gnadl (SPD): Wo ist der Konsens bei der Forderung nach gleichem Lohn für gleiche Arbeit?)

Vizepräsident Frank Lortz:

Vielen Dank, Kollege Rock. – Das Wort hat Frau Abg. Schott, Fraktion DIE LINKE.

(Unruhe)

Marjana Schott (DIE LINKE):

Ich dachte, wir hätten uns darauf verständigt, dass Kommentare unterbleiben, wenn Abgeordnete ans Pult gehen. Es wäre schön, wenn sich auch Herr Irmer daran halten würde.

(Hans-Jürgen Irmer (CDU): Wir haben gar nicht von Ihnen gesprochen! So bedeutend sind Sie nicht!)

Vizepräsident Frank Lortz:

Meine Damen und Herren, ich bitte Sie alle, etwas friedlicher zu werden.

Marjana Schott (DIE LINKE):

Lieber Kollege Rock, die Gleichberechtigung ist eine Schnecke. Das muss man sagen, wenn man sich die Entwicklung in den letzten Jahrhunderten anschaut. Wir Frauen haben ein bisschen die Nase voll davon, die Gleichberechtigung im Schneckentempo zu erreichen.

(Holger Bellino (CDU): Schließen Sie nicht von sich auf andere!)

Wenn es in diesem Tempo weitergeht, dann wird es auch in absehbarer Zeit nichts damit werden, das umzusetzen, was in unserem Grundgesetz schon seit vielen Jahren verankert ist – dank einer Frau, die dafür mit ihrer persönlichen politischen Karriere gezahlt hat; denn die war damit zu Ende. Wenn es in diesem Tempo weitergeht, dann werden wir alle, die wir hier im Saale sitzen, die Umsetzung nicht mehr erleben. Das ist ein Zustand, der so nicht geht. Es muss mit mehr Nachdruck vorangehen.

(Beifall bei der LINKEN und bei Abgeordneten der SPD)

Wir haben zwei Anträge vorliegen, die sich in dem einen Fall damit beschäftigen, ganz viel Regierungstätigkeit in Berlin zu loben, in dem anderen Fall damit, ganz viel Regierungstätigkeit hier in Hessen zu loben. Ob das zielführend ist, wage ich zu bezweifeln; denn es wäre doch spannend, sich anzuschauen, was nicht funktioniert und was man tun muss, darüber eine Debatte zu führen, was man tun muss, damit die Gleichberechtigung in diesem Lande endlich voranschreitet, und zwar in dem Tempo, das es braucht, damit wir - oder zumindest unsere Kinder - erleben, dass Frauen und Männer in dieser Gesellschaft tatsächlich gleichgestellt sind, die gleichen Chancen haben, und es nicht mehr so ist, wie es jetzt ist. Zurzeit kann man schlichtweg sagen: Armut ist weiblich, Altersarmut ist erst recht weiblich. Es gibt zwar eine Tendenz, dass auch Männer zunehmend arm sind; das ist aber nicht die Zielrichtung, die wir haben sollten. Die Zielrichtung müsste vielmehr sein, dass wir die Armut abschaffen oder zumindest zurückfahren, statt dass die Männer bei der Armut "aufholen" und es auf diese Weise zu einem Ausgleich kommt.

(Beifall bei der LINKEN)

Wenn ich mir anschaue, was vielen der Maßnahmen, die der Bund macht, innewohnt, dann muss ich sagen: Das hat ganz viel mit der Gleichberechtigung in den Chefetagen zu tun. Es freut mich, wenn das auch dort gelingt. Für die Mehrheit der Frauen bringt das allerdings keine Verbesserungen. Es bringt auch nicht unbedingt eine Verbesserung, wenn in den Führungsetagen irgendwann einmal mehr Frauen als Männer sitzen; denn die Masse der Frauen arbeitet im Geringverdienersektor, die Masse der Frauen profitiert vom Mindestlohn – auch wenn der viel zu gering ist, aber immerhin gibt es ihn –, die Mehrheit der Frauen arbeitet in Bereichen, in denen nach wie vor sehr schlecht verdient wird, oder sie sind alleinerziehend und arbeiten häufig gar nicht, weil sie das Erwerbstätigsein und die Erzie-

hung ihrer Kinder nicht unter einen Hut bringen können oder weil die Rahmenbedingungen so schlecht für sie sind, dass das Erwerbstätigsein nicht zielführend ist, um eine Besserung ihrer Lebenssituation zu erreichen.

(Beifall bei der LINKEN)

Wenn wir die Situation haben, dass jetzt zwar länger Unterhaltsvorschuss gezahlt wird, die Regelung aber so kompliziert und so ausgrenzend ist, dass die Frauen, von denen ich hier spreche, ohnehin wieder nicht davon profitieren, weil sie ausgeschlossen sind, dann ist auch das nicht zielführend, um die Armut von Frauen und ihren Kindern zu bekämpfen. Die Ausweitung der Bezugsdauer des Unterhaltsvorschusses kommt den Frauen natürlich zugute. Eine längere Bezugsdauer und Zahlungen bis zum 18. Lebensjahr der Kinder sind zwar gut, aber da gibt es eine große Kröte, die von der SPD geschluckt wurde: Zur Beantragung des Unterhaltsvorschusses nach dem 12. Geburtstag eines Kindes müssen die Bescheide des Jobcenters bei den Unterhaltsvorschussstellen vorgelegt werden. Das heißt, bis zu 140.000 Jugendliche kommen nach dem 12. Geburtstag gar nicht in den Genuss von Zahlungen, in den sie kommen könnten. Das ist doch wirklich nichts, wofür wir uns hier beklatschen können.

Der Gesetzentwurf zur Förderung der Transparenz von Entgeltstrukturen ist aus unserer Sicht ein Placebo, das nicht wirken wird. Wenn ich meinen Chef fragen darf, wie viel meine männlichen Kollegen verdienen, dann ist das einfach zu wenig. In allen Betrieben sollte Transparenz bei den Löhnen und Gehältern bestehen; dann kommen die Frauen gar nicht erst in die Situation, fragen zu müssen.

(Beifall bei der LINKEN)

Unabhängig von der Behandlung dieses Gesetzentwurfs klagt zurzeit eine Redakteurin gegen das ZDF, weil sie für gleiche Arbeit viel weniger verdient als ihre männlichen Kollegen, die netto teilweise mehr haben als sie brutto. An sich ist es bereits ein Skandal, dass das bei einem öffentlich-rechtlichen Sender passiert. Dieser Skandal wird allerdings von den Aussagen des Richters getoppt, wenn wir der "Frankfurter Rundschau" glauben dürfen. Der Richter erläuterte der kinderlosen Klägerin, dass Schwangerschaften dazu beitrügen, dass Frauen eine geringere Berufserfahrung hätten. Auf die Frage, warum es Männer in der Redaktion gebe, die weniger Berufserfahrung hätten als sie und trotzdem mehr verdienten, fragte er zurück: "Weil der Kollege besser verhandelt hat? Das ist Kapitalismus." Das ist auf jeden Fall ein Grund mehr, den Kapitalismus abzuschaffen.

(Heiterkeit und Beifall bei der LINKEN – Zurufe von der CDU)

Vizepräsident Frank Lortz:

Frau Kollegin Schott, Sie müssen zum Schluss kommen.

Marjana Schott (DIE LINKE):

Allerdings sollten wir bereits jetzt daran arbeiten, dass Lohngleichheit hergestellt wird. Die Landesregierung hätte eine gute Gelegenheit, damit anzufangen, indem sie die Gehälter der Grundschullehrer endlich auf A 13 anhebt. In den Grundschulen sind zu 90 % Frauen beschäftigt, die die gleiche Ausbildung haben wie die Kollegen an den Hauptund Mittelschulen, aber schlechter bezahlt werden. Hier

haben Sie es in der Hand, zu beweisen, dass Sie es ernst meinen.

(Hans-Jürgen Irmer (CDU): Die Grundschullehrer verdienen das Gleiche wie die Grundschullehrerinnen!)

 Die 10 % männlichen Grundschullehrer dürfen gerne die gleiche Besoldung haben. Wir Frauen haben überhaupt nichts dagegen; denn wir sind für Gleichberechtigung.

(Heiterkeit und Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsident Frank Lortz:

Vielen Dank, Frau Kollegin Schott. – Das Wort hat die Frau Abg. Claudia Ravensburg, CDU.

Claudia Ravensburg (CDU):

Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Frau Gnadl, Ihr Antrag ist ein schöner Beweis dafür, dass schwarz-grüne Frauenpolitik in Hessen sehr erfolgreich ist.

Sie sehen es wahrscheinlich anders, aber schauen wir uns doch einmal Ihren Antrag an. Dieser hat fünf Punkte. Die ersten beiden sind verfassungsrechtliche Feststellungen. Punkt 3 ist Bundespolitik; darauf gehe ich gern ein. Ja, die schwarz-rote Bundesregierung hat wichtige frauenpolitische Maßnahmen in Angriff genommen, Maßnahmen, die Schwarz und Rot gemeinsam im Kabinett und im Bundestag vertreten und die wir in unserem Antrag ausdrücklich anerkannt haben. Frau Gnadl, so hätten Sie das auch in Ihrem Antrag formulieren können. Doch was haben Sie daraus gemacht? Es ist ein Begrüßungsantrag – Frau Schott hat es gesagt – für Ihre Ministerin in Berlin geworden. Ein Schelm, wer dabei an die Bundestagswahl denkt.

(Beifall bei der CDU)

Doch was Sie dann in Ihren letzten zwei Antragspunkten mit Bezug auf die hessische Frauenpolitik gemacht haben, ist doch nichts anderes als das Aufwärmen oller Kamellen.

(Zuruf des Abg. Gerhard Merz (SPD))

Beginnen wir mit Ihrem Gleichberechtigungsgesetz. Dieses ist auch im zweiten Durchlauf, ich will daran erinnern,

(Anhaltende Unruhe – Glockenzeichen des Präsidenten)

in der Anhörung krachend durchgefallen. Sie sagen: "Instrumente". Ich sage: "Keulen". Es ist ein Bürokratiemonster.

(Lisa Gnadl (SPD): Ach, jetzt kommt wieder die Bürokratie!)

Es ist Frauenpolitik mit festen Quoten, Zwang und Gerichtsverfahren; dafür steht die Gleichstellungspolitik der SPD.

(Hans-Jürgen Irmer (CDU): Sehr richtig!)

Des Weiteren fordern Sie in Ihrem Antrag die Vereinbarkeit von Familie und Karriere. Schön finde ich, dass Sie den Schwerpunkt unseres bereits im letzten Jahr beschlossenen Gleichberechtigungsgesetzes jetzt auch für richtig halten. Sie wollen, dass junge Männer die Erzieher- und Pflegeberufe kennenlernen. – Das ist richtig, aber das – Herr Degen hat heute darauf hingewiesen – machen wir

bereits. Genau deshalb ist nämlich der Girls' Day jetzt zum Girls' and Boys' Day umbenannt worden.

Noch ein Wort zu Ihren Forderungen nach echten Ganztagsangeboten: Sagen Sie doch ehrlicherweise lieber "verpflichtende" Ganztagsschulen. Das klingt zwar nicht so schön, aber so sind nun einmal die Fakten. Wir bauen die Ganztagsschulen kontinuierlich, aber auf freiwilliger Basis aus –

(Hans-Jürgen Irmer (CDU): So ist es!)

übrigens mit Zustimmung der SPD; denn schließlich hat sie in Verbindung mit dem Etat 2016, um diesen um über 6 Millionen € aufzuwerten.

(Christoph Degen (SPD): Es gibt viel mehr Gründe!)

für den Ganztag mit gestimmt.

Wir sorgen mit dem Pakt für den Nachmittag für mehr Vereinbarkeit in der Grundschulzeit und während der Ferien

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie aber ignorieren die Fakten. Das hat Ihnen Mathias Wagner schon einmal deutlich erklärt. Ich sage es noch einmal: Alle Anträge von Schulträgern auf gebundene Ganztagsgrundschulen wurden auch genehmigt. "Wo ist denn da der Mangel?", frage ich mich. Deshalb bleibt von Ihrem Antrag eben nichts übrig. Ich sage: Stimmen Sie heute besser unserem Antrag zu.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

CDU und GRÜNE können in der Frauenpolitik bereits eine beeindruckende Bilanz aufweisen.

(Holger Bellino (CDU): Jawohl!)

Wir haben ein modernes und bundesweit vorbildliches Gleichberechtigungsgesetz beschlossen. Mehr Vereinbarkeit von Familie und Karriere zu ermöglichen, ist ein Eckpfeiler unseres Gesetzes. Frau Kollegin Erfurt hat dies erwähnt.

(Anhaltende Unruhe – Glockenzeichen des Präsidenten – Holger Bellino (CDU): Und eine Bundeskanzlerin!)

Wir sind davon überzeugt, dass wir mit Anreizen und der Förderung von Frauen mehr erreichen können als durch Zwang. Wir stehen für den konsequenten Ausbau der Betreuungsangebote in Kita und Schule. Wir haben den Schutz für Frauen und Kinder, die Hilfe benötigen, erheblich verbessert – ob für Frauenhäuser, ob für Interventionsund Beratungsstellen gegen häusliche und sexuelle Gewalt. Wir zeigen, dass pragmatische Regelungen wie beim Rundfunkrat akzeptiert und erfolgreich sind.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir werden auch künftig weiterhin konsequent an der Verbesserung der Chancen und Lebensbedingungen von Frauen in Hessen arbeiten. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Frank Lortz:

Vielen Dank, Frau Kollegin Ravensburg. – Das Wort hat Sozialminister Stefan Grüttner. Bitte.

Stefan Grüttner, Minister für Soziales und Integration:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich will in der Tat an das anschließen, was Frau Ravensburg eben dargelegt hat. Wenn man sich den Antrag der SPD durchliest, dann stellt man fest, dass es eine Reihe von allgemeinen Aussagen ist, welchen man durchaus zustimmen kann. Es werden Maßnahmen benannt, die schon längst beschlossen und umgesetzt worden sind, die beispielsweise auch mit den Stimmen des Landes Hessen in einem Bundesratsverfahren umgesetzt worden sind, wie das Mindestlohngesetz.

Gleichzeitig wird noch immer das Pay Gap angesprochen. An dieser Stelle verweise ich noch einmal auf das, was ich bereits in der Debatte zu den Gesetzentwürfen gesagt habe: Es reicht uns schlicht und einfach nicht, dass das bundesweit gerade einmal um 1 % gesenkt worden ist. Daher haben wir in Hessen das Projekt "Entgeltgleichheit" ins Leben gerufen und die Erstellung eines hessischen Entgeltatlasses in Auftrag gegeben. Darauf basiert dann auch die Möglichkeit, passgenaue untergesetzliche Maßnahmen in Angriff zu nehmen, um letztendlich Ungerechtigkeiten zu verringern.

Sie sprechen in Ihrem Antrag auch das Unterhaltsvorschussgesetz an. Ich darf Ihnen an dieser Stelle sagen: Das ist ein Gesetz, das noch nicht in Kraft getreten ist, obwohl Sie mit Ihrem Antrag genau dies darstellen. Das Gesetzgebungsverfahren ist bisher überhaupt nicht abgeschlossen. Sie hantieren in diesem Kontext mit falschen Zahlen. Sie sprechen nämlich von 1,45 Millionen alleinerziehenden Müttern. Wenn Sie sich einmal die Daten des Statistischen Bundesamtes anschauen, dann werden Sie feststellen, dass diese eine andere Sprache sprechen. Dort wird schon jetzt von 2,3 Millionen alleinerziehenden Müttern und von 409.000 alleinerziehenden Vätern gesprochen. Dazu mögen Sie sagen: "Das ist Erbsenzählerei", aber es bedeutet, dass Sie schlicht und einfach einen Antrag hingeschustert haben, ohne sich zu überlegen, was Sie schreiben. Das ist die Conclusio.

Dann treten Sie auch noch in die Fragestellungen des Hessischen Gleichberechtigungsgesetzes ein. Das haben wir anhand Ihres Gesetzentwurfs bereits diskutiert. Möglicherweise sollten Sie es einfach etwas deutlicher lesen. Denn flexible Arbeitszeitmodelle werden in der hessischen Landesverwaltung bereits umgesetzt. Die Frauenbeauftragten haben ein Klagerecht eingerichtet bekommen, wenn sie sich in ihrer Organschaft benachteiligt fühlen. Wir haben den Aspekt Frauen in Führungspositionen bereits in unterschiedliche Bereiche aufgenommen. Ich weise darauf hin, dass Sie im Hinblick auf die Umsetzung von Gleichberechtigung auch einmal in unsere Fachkräftestrategie schauen können, insbesondere auf die von uns ins Leben gerufene Onlineplattform "Arbeitszeit klug gestalten im Unternehmen". An dieser Stelle können Sie sehen, was wir versuchen mit aufzunehmen.

Ich gehe jetzt gar nicht auf die Zahl der Betreuungsplätze in unseren Kindertagesstätten ein. Aber da Sie sich auch auf die Erzieherinnen und Erzieher berufen haben, will ich Ihnen an dieser Stelle sagen: Wir haben mit unserer Kampagne "GROSSE Zukunft mit kleinen HELDEN – Werde

Erzieherin/Erzieher" einen wirklichen Erfolg erzielt. Im Schuljahr 2006/2007 waren nur noch 12 % der Erzieherinnen und Erzieher in der Ausbildung männlich. Im aktuellen Schuljahr sind es bereits 18 % junge Männer. Betrachtet man die Zuwachsrate nach Geschlecht, dann liegt diese bei den Männern deutlich über dem Zuwachs der Frauen. Auch das macht deutlich, dass es in der Lebenswirklichkeit angekommen ist.

(Zuruf von der CDU: So ist es!)

Deswegen sage ich: Auch in Zukunft wird sich Hessen an dem selbertschen Verfassungsauftrag messen lassen. Wir brauchen keinen weiteren Zusatz in der Hessischen Landesverfassung. Im Mittelpunkt unserer Arbeit werden wir weiterhin die konkreten Lebenslagen und praktischen Bedürfnisse von Frauen sehen, angefangen bei der politischen Teilhabe, über die Vereinbarkeit von Familie, Pflege, Beruf und Ehrenamt, der Entgelt- und Rentengerechtigkeit und bis hin zur Armuts- und Gewaltprävention. Wir stehen ein für ein gleichberechtigtes Miteinander von Frauen und Männern in Hessen.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): So schaffen Sie das nicht!)

Vizepräsident Frank Lortz:

Herr Minister, vielen Dank. – Frau Kollegin Gnadl hat sich noch einmal für die SPD-Fraktion gemeldet. Bitte sehr.

Lisa Gnadl (SPD):

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Man kann es auch mit Arroganz versuchen, so wie es der Minister, der auch für Frauenfragen zuständig ist, eben versucht hat.

(Beifall bei der SPD – Zuruf von der CDU: Na, na, na!)

Ich möchte es noch einmal anders versuchen, um zu verdeutlichen, um was es uns geht. Ja, aus unserer Sicht bedarf der Grundsatz der Gleichberechtigung von Frauen und Männern einer Verankerung in der Hessischen Verfassung, weil das eben auch ein Ausdruck ist, wie man in Hessen Politik gestalten möchte.

Dass wir noch nicht alles in Deutschland und in Hessen erreicht haben, was zur Gleichberechtigung beiträgt, das haben wir in unserem Antrag verdeutlicht. Ich habe auch vorhin in meiner Rede verdeutlicht, was noch alles passieren muss, damit Frauen in Hessen und in Deutschland gleichberechtigt sind.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ja, Gleichberechtigung ist auch ein Kampf. Ohne den Kampf um mehr Gleichberechtigung hätten wir auch nicht den Gleichberechtigungsgrundsatz verfassungsrechtlich im Grundgesetz verankern können.

(Holger Bellino (CDU): Ist das alles ein Kampf!)

wenn es nicht Frauen wie Elisabeth Selbert gegeben hätte, die darum gekämpft haben.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN – Zuruf der Abg. Nancy Faeser (SPD))

Wenn Sie glauben, dass das alles ohne Regelungen läuft, dann können wir noch lange warten, bis Frauen gleichberechtigt sind. Was wäre denn, wenn wir keinen gesetzlichen Mindestlohn hätten? – Dann würden jetzt immer noch die Frauen in die Röhre gucken, die im Niedriglohnsektor beschäftigt sind.

Wenn wir keine klaren Vorgaben bei der Besetzung von Aufsichtsräten gemacht hätten, nämlich dass ein Platz frei bleiben muss, wenn nicht genügend Frauen für diese Positionen vorgeschlagen werden, dann hätte es bis jetzt noch keine Veränderungen in den Vorständen und Aufsichtsräten gegeben.

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN und der LINKEN)

Deswegen bedarf es gesetzlicher Regelungen, wenn man Gleichberechtigung erreichen will. Das gilt eben auch für das Hessische Gleichberechtigungsgesetz.

Frau Erfurth hat eben verschiedene positive Dinge erwähnt, die im Hessischen Gleichberechtigungsgesetz verankert wurden, beispielsweise auch zum Thema Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Was passiert denn, wenn Frauenbeauftragte nicht die notwendigen Instrumente besitzen, um diese Dinge dann auch durchsetzen zu können? – Dann bleibt das, was Sie Schönes vorschlagen, ein zahnloser Tiger. Das ist doch das Problem. Gleiches gilt für die Gremienbesetzung.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Gleichberechtigung bedarf eben klarer Regeln und klarer Vorgaben, sonst werden wir sie nicht erreichen.

Wenn wir irgendwann einmal so weit sind, dass wir eine tatsächliche und nicht nur verfassungsrechtlich verankerte Gleichberechtigung von Frauen und Männern haben, dann bin ich gerne bereit, auf alle diese Instrumente zu verzichten.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Vizepräsident Frank Lortz:

Vielen Dank, Frau Kollegin Gnadl. – Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Es ist verabredet, die beiden Anträge an den zuständigen Fachausschuss zu überweisen.

Dann rufe ich die letzten Tagesordnungspunkte auf. Tagesordnungspunkt 53:

Dringlicher Entschließungsantrag der Fraktion DIE LINKE betreffend Mobilisierung pensionierter Polizeikräfte für Abschiebungen belegt völlig verfehlte Personalplanung und inhumane Flüchtlingspolitik der Landesregierung – Drucks. 19/4556 –

Tagesordnungspunkt 61:

Dringlicher Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend ausreisepflichtige Asylbewerber aus Afghanistan – Drucks. 19/4573 –

Tagesordnungspunkt 62:

Dringlicher Antrag der Fraktion der SPD betreffend Abschiebungen nach Afghanistan aussetzen – Drucks. 19/4574 –

Die Redezeit beträgt fünf Minuten. Das Wort hat Herr Kollege Schaus, Fraktion DIE LINKE.

Hermann Schaus (DIE LINKE):

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Am Dienstag hat zuerst die "Frankfurter Rundschau" berichtet, dass das Landeskriminalamt und die Polizeipräsidien derzeit pensionierte Polizeibeamtinnen und -beamte anschreiben, um sie zu reaktivieren. Für 25 € in der Stunde zusätzlich zu ihrer Pension sollen sie angeheuert werden, um beim jüngst erst aufgebauten sogenannten Rückführungsmanagement des Landes mitzuarbeiten.

Wer sich zu einer Vollzeittätigkeit bereit erklärt, könnte also bei 173 Stunden à 25 € bis zu 4.325 € pro Monat, frei von Abgaben, zusätzlich einstreichen; denn, so steht es im Schreiben, es gebe da keine Hinzuverdienstgrenzen.

Ich habe es bereits am Dienstag gesagt: Weil Personalmangel bei der Polizei herrscht, werden nun Pensionierte mit Zusatzgeld gelockt, um offenbar in großem Maß Abschiebungen zu organisieren; denn das ist die zentrale Aufgabe eines Rückführungsmanagements, angesiedelt beim Landeskriminalamt.

Die Gewerkschaft der Polizei kritisiert zu Recht, dass die Polizei Tätigkeiten übernehmen soll, die Aufgaben der Ausländerbehörden und des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge sind.

Es geht aber nicht nur um Beratung und Unterstützung von freiwillig Ausreisenden, wie uns der Innenminister am Dienstag weismachen wollte; dafür braucht man kein Rückführungsmanagement innerhalb der Polizei. Es geht um die Ausübung von Druck auf Ausreisepflichtige und um die koordinierte, massenhafte und zentrale Organisation von Abschiebungen.

Herr Minister, am Dienstag haben Sie auf meine Fragen nicht geantwortet. Also versuche ich es heute noch einmal. Was ist an Abschiebungen im großen Stil geplant? Wie soll das organisatorisch durchgeführt werden? Sollen jetzt auch jahrelang geduldete und bereits gut integrierte Menschen wieder in Kriegsgebiete zurückgeführt werden?

(Zuruf des Abg. Alexander Bauer (CDU))

Meine Damen und Herren, die hessischen GRÜNEN verstecken sich derzeit gerne hinter dem Bundesinnenminister und dem Auswärtigen Amt, wenn es um die angeblich sicheren Gebiete in Afghanistan geht.

(Angela Dorn (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Falsch!)

Jüngst konnten wir erleben, wie Herr de Mazière die sichereren Gebiete zu rechtfertigen versuchte. Ich zitiere aus den "Tagesthemen" vom 20.02.2017:

Die normale zivile Bevölkerung ist zwar Opfer, aber nicht Ziel von Anschlägen der Taliban, und das ist ein großer Unterschied.

Die Absurdheit und der Zynismus, die in dieser Antwort stecken, sind nicht mehr zu überbieten.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Herr Klose, Sie haben als Landesvorsitzender der GRÜ-NEN am 11.02.2017 in der "hessenschau" behauptet:

Es ist in Hessen auch so wie in anderen Bundesländern, dass vorrangig, d. h. vorerst nur Straftäter abgeschoben werden.

Herr Klose, Sie wissen doch ebenso wie wir, dass sich unter den vier jungen Männern aus Hessen, die am 8. Dezember 2016 von Frankfurt aus abgeschoben wurden, drei völlig unbescholtene Flüchtlinge befanden, die nach vier bis sechs Jahren bereits integriert waren. Gestern wurden erneut vier Flüchtlinge aus Hessen von München aus nach Afghanistan abgeschoben.

Herr Klose, ich würde mir wünschen, dass sich die hessischen GRÜNEN endlich der Ablehnungsfront der Länder Schleswig-Holstein, Nordrhein-Westphalen, Bremen, Rheinland-Pfalz und Thüringen anschließen und sich nicht weiter hinter dem Auswärtigen Amt verstecken.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Bitte hören Sie also auf, Ihre eigene Wählerschaft und alle anderen weiter an der Nase herumzuführen.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Vizepräsident Frank Lortz:

Vielen Dank, Herr Kollege Schaus. – Das Wort hat Frau Abg. Astrid Wallmann, CDU-Fraktion.

(Zuruf der Abg. Janine Wissler (DIE LINKE))

Astrid Wallmann (CDU):

Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte mich bei der Debatte auf ein paar wesentliche Fakten beschränken und vor allem auch ein paar Sachen zurechtrücken.

Im Oktober 2016 hat es ein bilaterales Rückkehrabkommen zwischen Deutschland und Afghanistan und genauso zwischen der EU und Afghanistan gegeben. Aktuell schieben die skandinavischen Länder und auch beispielsweise die Niederlande nach Afghanistan ab. Weitere Abschiebungen sind angekündigt. Zuständig ist und bleibt die Bundesregierung, und nach ihrer Einschätzung gibt es sichere Regionen. Im Übrigen wird nur in diese Regionen zurückgeführt.

(Janine Wissler (DIE LINKE): Welche sind die sicheren Regionen?)

Grundlage hierfür – und ich finde, das ist wesentlich dafür – ist der aktuelle Asyllagebericht des Auswärtigen Amtes. Das Außenministerium wird derzeit von Sigmar Gabriel, SPD, geführt.

(Zuruf von der SPD: Gut, dass Sie es noch einmal erwähnen!)

Demnach ist die Sicherheitslage volatil und weist regional starke Unterschiede auf.

(Unruhe – Glockenzeichen des Präsidenten)

Es gibt Provinzen und Distrikte, die eben als vergleichsweise sicher und stabil eingestuft sind.

(Janine Wissler (DIE LINKE): Könnten Sie die einmal namentlich nennen?)

Diese Position teilt im Übrigen auch die Internationale Organisation für Migration. Gerade im Dezember hat der Generaldirektor erklärt, dass auch aufgrund der Erfahrungen mit der hohen Zahl an freiwilligen Rückkehrern die Sicherheitslage in bestimmten Regionen als sicher gilt. Über 3.200 Menschen sind nämlich im vergangenen Jahr freiwillig nach Afghanistan zurückgekehrt. Jetzt muss man sich schon die Frage gefallen lassen: Warum sollten diese Menschen das tun, wenn die Lage in Afghanistan so wäre, dass man dorthin nicht abschieben kann?

(Janine Wissler (DIE LINKE): Weil es nicht ganz freiwillig war!)

Jetzt kommen wir einmal zum Bericht vom UNHCR vom 22.12. Ja, dort sind ernst zu nehmende Hinweise auf eine Verschlechterung der Sicherheitslage enthalten. In einem zentralen Punkt kommt man aber zu einer sehr ähnlichen Einschätzung wie der Asyllagebericht des Bundes. Denn auch dieser Bericht bestätigt, dass es in Afghanistan große regionale Unterschiede gibt.

(Vizepräsidentin Heike Habermann übernimmt den Vorsitz.)

Jetzt möchte ich ganz kurz auf eine Pressemitteilung der Linksfraktion eingehen, die heute herausgegeben wurde. Da wird sozusagen der UNHCR zitiert. Die Sicherheitslage sei so, dass es keine sicheren Regionen in Afghanistan gebe. Ich darf das hier kurz einmal zeigen. Das ist von den "Tagesthemen". Ich darf kurz einmal den UNHCR zitieren:

Mit Blick auf ... Afghanistan möchte UNHCR anmerken, dass UNHCR aufgrund der sich ständig ändernden Sicherheitslage bei der Feststellung internationalen Schutzbedarfes selbst keine Unterscheidung von "sicheren" und "unsicheren" Gebieten vornimmt

(Janine Wissler (DIE LINKE): Ja, genau!)

Aber dann können Sie sich ganz sicher auch nicht darauf beziehen, wenn Sie in Ihrer Pressemitteilung sagen – –

(Janine Wissler (DIE LINKE): Sie verstehen nicht, was Sie gerade vorgelesen haben! Das soll jetzt ein Witz sein!)

Nein, nein, dann haben Sie die "Tagesthemen" nicht verstanden. Doch, das ist ein sehr klarer Hinweis, dass UNHCR das eben gerade nicht vornimmt.

(Beifall bei der CDU)

UNHCR nimmt das ausdrücklich nicht vor. Das hat die Bundesregierung übrigens auch geteilt.

Außerdem – das ist vielleicht auch noch einmal wichtig zur Kenntnis zu nehmen – hat der Sprecher von Sigmar Gabriel, dem neuen Bundesaußenminister, gerade erst, und zwar im Nachgang des UNHCR-Berichts, mitgeteilt, dass es keine generelle Neubewertung geben wird.

Dann kommen wir jetzt einmal zum SPD-Antrag. Da fordern Sie in Punkt 2, mit dem Bundesinnenminister darauf hinzuwirken, dass es längerfristig keine Abschiebungen gibt. Grundlage – das habe ich eben gesagt – ist der Asyllagebericht des Auswärtigen Amtes. Dann finde ich, dass hier auch der Bundesaußenminister genannt werden sollte.

(Michael Boddenberg (CDU): Wenn schon, denn schon!)

Ehrlich gesagt, finde ich, dass Sie es sich da ein bisschen einfach machen. Das sollten Sie dann vielleicht einmal mit ihm klären. Wenn Sie sich sozusagen nur auf den CDU-Minister beziehen, merkt man eben auch, dass Sie da irgendwie Parteipolitik machen. Der Bundesaußenminister ist da genauso in der Verantwortung.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der FDP)

Ich kann hier auch noch andere SPD-Politiker nennen. Auch Hamburg schiebt weiterhin ab. Der Innensenator hat das gestern auch noch einmal formuliert.

Wir haben geringe Ermessensspielräume. Das haben wir hier auch schon diskutiert. Wir haben außerdem gesagt, dass wir – das ist klar – eine intensive Einzelfallprüfung machen und uns vorrangig auf Straftäter konzentrieren wollen.

Jetzt wird es interessant, wenn wir zu dem Abschiebestopp am Beispiel Schleswig-Holstein kommen. Das wird hier auch zitiert. Das ist nämlich eine verkehrte Welt. Gestern gab es ja auch eine Debatte dazu im Schleswig-Holsteinischen Landtag. Die Wahrheit ist: Schleswig-Holstein sowie alle anderen Länder haben ja Straftäter von diesem Abschiebestopp ausgenommen. Das Perfide daran ist doch, dass man also sagt, dass Straftäter dorthin können, dafür ist es sicher genug, aber für alle anderen nicht. Das funktioniert ja nicht. Entweder ist es sicher, oder es ist nicht sicher. Das kann mir dann auch keiner erklären.

(Beifall bei der CDU)

Wir haben einen Beschluss der Innenministerkonferenz. Da sind alle Länder vertreten. Demnach sind – das ist geltende Beschlusslage – Abschiebungen nach Afghanistan nicht generell ausgeschlossen. Wir müssen funktionierende Regeln haben, die die Rückkehr derer sicherstellen, die hier eben kein Aufenthaltsrecht haben. Wir leben in einem Rechtsstaat, und es gehört eben dazu, dass Gesetze auch angewandt werden.

(Zuruf von der CDU: Sehr richtig! – Zuruf des Abg. Willi van Ooyen (DIE LINKE))

Wer das nicht möchte, soll das dann sagen. Aber vom Landtag aus halte ich es für falsch, Gesetze außer Kraft zu setzen

Ich sehe die Zeit, Frau Präsidentin. – Einen Satz möchte ich zur Aktivierung pensionierter Polizisten sagen. Ich kann überhaupt nicht nachvollziehen, was daran kritikwürdig sein soll, dass man Ausländerbehörden unterstützt.

(Zuruf von der LINKEN: Jetzt kommen Sie doch noch zum Thema!)

Daran kann ich nichts finden.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Heike Habermann:

Kollegin Wallmann, bitte ein letzter Satz.

Astrid Wallmann (CDU):

Ja. – Meine sehr geehrten Damen und Herren, unsere Position ändert sich nicht, wie oft wir das auch diskutieren. Wir stehen zur Solidarität mit politisch verfolgten Menschen, die unsere Hilfe benötigen. Aber genauso stehen wir auch

dazu, dass Menschen, die keinen Schutzstatus haben, unser Land eben auch wieder verlassen müssen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Heike Habermann:

Vielen Dank. – Als Nächster spricht Kollege Bocklet für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Marcus Bocklet (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir befinden uns in einer schwierigen Situation. Wir hören Berichte – zuletzt auch vom UNHCR –, die beträchtliche Zweifel daran aufkommen lassen, ob Abschiebungen nach Afghanistan angesichts der Sicherheitslage im Land noch zu verantworten sind. Trotz dieser Zweifel hält die Bundesregierung bislang an ihrer Praxis fest. Wir GRÜNE teilen ausdrücklich die Bedenken bei der Sicherheit in Afghanistan, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir haben deshalb auf Bundes- wie auf Landesebene einmütig die Bundesregierung aufgefordert, unter Berücksichtigung der Erkenntnisse von UNHCR, der NGOs und der in Afghanistan tätigen Hilfsorganisationen die Situation nochmals zu überprüfen und so die Voraussetzung für ein Ende der derzeitigen Abschiebepraxis zu schaffen.

(Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Dauerhaft!)

 Ja, natürlich dauerhaft. Richtig, genau. Das kann man selbstverständlich noch dazusagen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Die Frage von Kollegen Schäfer-Gümbel ist richtig. Eine dauerhafte Lösung bei dem Thema Abschiebung nach Afghanistan kann es nur geben, wenn die Sicherheitseinschätzung des Bundesaußenministers eine andere ist, woraufhin der Bundesinnenminister einen anderen Bericht zu Herkunftsländern an das BAMF gibt, woraus folgt, dass das BAMF keine Spielräume hat, um überhaupt noch ablehnende Bescheide zu erstellen, sodass Afghanen erst gar nicht mehr ausreisepflichtig sind. Das ist die Grundvoraussetzung.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf des Abg. Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD))

Ich will da keine Schärfe hineinbringen, zumindest nicht aufgrund der Kürze der Redezeit. Ich will Ihnen sagen, was die Konsequenzen daraus sind, dass das nicht so ist, dass es auf Bundesebene eine solche Regelung gibt. Das bedeutet, dass jedes Bundesland seine Ermessensspielräume nutzen muss.

Wichtig ist in diesem Zusammenhang für uns GRÜNE – und das gilt für alle elf Bundesländer, in denen GRÜNE mitregieren –, dass die Interessen der Menschen aus Afghanistan gewahrt bleiben und die Ermessensspielräume in den Ländern effektiv genutzt werden. Auf dem Weg dorthin gibt es unterschiedliche Optionen. Aber im Ergebnis halte ich für heute fest: Ob Schleswig-Holstein, ob Hessen, ob Thüringen, Rheinland-Pfalz oder andere – wir in Hessen haben uns für die Option entschieden, dass die Landesverwaltung die Einzelfälle so daraufhin prüft und dass sie ihre Ermessensspielräume so wahrnimmt, dass faktisch nur

noch vorrangig Straftäter nach Afghanistan abgeschoben werden.

(Zuruf von der SPD)

Das heißt: Wir haben eine Lösung, die nicht auf drei Monate beschränkt ist, wie das etwa in Schleswig-Holstein mit dem temporären Abschiebestopp der Fall ist, sondern wir haben eine Lösung, die bedeutet: Wir prüfen jeden Einzelfall, und zwar dahin gehend, ob da ein Straftäter oder Mehrfachstraftäter ausreisepflichtig ist.

(Zuruf der Abg. Janine Wissler (DIE LINKE))

Diese Personen werden vorrangig abgeschoben.

Das zeigt auch: Wer sich fragt, wer in diesem Flieger in München saß, den verweise ich darauf, dass der hessische Innenminister heute öffentlich bekannt gegeben hat, dass sich vier ausreisepflichtige Mehrfachtäter aus Hessen an Bord diese Maschine befanden.

Damit haben wir als Regierungskoalition eine Vereinbarung getroffen, die die Landesverwaltung klugerweise umsetzt und die für mich bedeutet: Faktisch werden nach Afghanistan nur noch Straftäter abgeschoben. Das ist aus unserer Sicht eine gute Lösung.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Weil meine Redezeit nahezu abgelaufen ist, erspare ich mir die Bemerkung, dass ich mir das Engagement aller hier im Raume Vertretenen wünsche, dass der Druck auf die Bundesebene so stark wird, dass wir uns über dieses Thema möglichst schnell nicht mehr unterhalten müssen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Ein denkbares Modell wäre, Afghanistan gleich zu behandeln wie Syrien. Sie kennen die Verfahren, sie sind schnell und sicher. Dann wäre das eine mögliche Lösung, die jedes einzelne Bundesland und auch Hessen vor diesen quälenden Prozessen schützt und die vor allem für die Menschen, die Afghanen, die hier von Abschiebung bedroht sind, eine deutliche Erleichterung bedeuten würde. Denn sie wüssten dauerhaft und sicher, dass sie nicht abgeschoben werden, es sei denn, sie sind Straftäter.

Das ist unser Ziel. Wir GRÜNE haben damit ein klares Signal gesetzt. Wir danken unserem Koalitionspartner, und ich denke auch: Wenn die Oppositionsfraktionen – vor allem die SPD – ihrer Verantwortung gerecht werden, müssen wir hier vielleicht in nur wenigen Wochen schon gar nicht mehr über dieses Thema reden. – Danke schön.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD sowie des Abg. Manfred Pentz (CDU) – Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Das stimmt!)

Vizepräsidentin Heike Habermann:

Vielen Dank. – Nächster Redner ist Kollege Rudolph für die SPD-Fraktion.

Günter Rudolph (SPD):

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich fand die Debatte bisher durchaus sachlich. Herr Kollege Bellino, bei einem Thema, das wir, glaube ich, gemeinsam –

(Holger Bellino (CDU): Dafür waren Sie jetzt nicht sachlich!)

– Sie haben ja recht. Warum gehe ich auf Sie ein?

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des Abg. Dr. Ulrich Wilken (DIE LINKE))

Der erste Aspekt zu dem Antrag der LINKEN – Stichwort: pensionierte Polizeibeamte –: Sie werden nicht erst seit ein paar Tagen eingesetzt, schon länger.

(Zuruf des Abg. Holger Bellino (CDU))

Das zeigt in der Tat, dass wir eine verfehlte Personalpolitik haben. Das haben wir seit Jahren thematisiert. Nicht nur Polizeibeamte werden jetzt benötigt, sondern auch Tarifbeschäftigte.

(Zuruf des Abg. Hans-Jürgen Irmer (CDU))

Die könnten tätig werden. Jetzt werden acht Stellen im höheren Dienst geschaffen. Kollegin Faeser hat es gesagt. Also: Es rächt sich. Man braucht auch qualifiziertes Personal zur Erfüllung seiner Aufgaben. Meine sehr verehrten Damen und Herren, das ist die Konsequenz einer verfehlten Personalpolitik der letzten Jahre.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten der LIN-KEN)

Nachdem dieser Sachverhalt relativ klar darstellbar ist, ist der zweite Teil schon deutlich komplizierter. Wie gehen wir mit dem Thema Abschiebung nach Afghanistan um? Ich glaube, keine Fraktion hier im Landtag macht es sich leicht und hat die Patentlösung; denn hier geht es um Menschen, und ich finde, da sollte das Gebot der Humanität von uns gemeinsam an die erste Stelle zu setzen sein.

Ja, die Bundesregierung trägt natürlich auch die Hauptverantwortung – nicht nur der Bundesaußenminister, sondern die gesamte Bundesregierung. Da sind zwei Ministerien gefordert: das Außenministerium und das Innenministerium. Sie sind natürlich auch für die Beurteilung der Lage –

(Michael Boddenberg (CDU): Das ist völlig unstreitig!)

- Das bestreiten Sie, dann nehmen wir das so zur Kenntnis.

(Michael Boddenberg (CDU): Nein, das ist völlig unstreitig!)

Völlig unstreitig. – Dann können wir als Landtag auch – das Angebot machen wir Ihnen – die Regierung unterstützen und bitten, dass wir uns an die Bundesregierung wenden: Sie sollen die Sicherheitslage in Afghanistan neu überprüfen.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten der LIN-KEN – Zuruf des Abg. Alexander Bauer (CDU))

Das können wir gemeinsam hier und heute verabreden. Das ist ein wichtiger Anhaltspunkt; denn der Bericht des UNHCR – er ist erwähnt worden – weist darauf hin, dass die Situation in Afghanistan in vielen Bereichen eben nicht sicher ist.

(Zurufe der Abg. Alexander Bauer (CDU) und Timon Gremmels (SPD))

Sie sagen ja zu Recht, die Hauptverantwortung trägt der Bund. Das teilen wir. Aber wenn wir ehrlich sind, haben wir natürlich auch als Land eine Möglichkeit, einen Ermessensspielraum, was Sie sehen, wenn Sie sich den § 60a des Aufenthaltsgesetzes anschauen, wie wir es in unserem Antrag formuliert haben.

Ein Land kann einen vorübergehenden Abschiebestopp für drei Monate nach § 60a Abs. 1 Aufenthaltsgesetz für Afghanistan erlassen. Dieser Ermessensspielraum ist vorhanden. Das Land Schleswig-Holstein nutzt ihn, und deswegen ist es ein rechtlich zulässiges Instrument im Interesse der Menschen und der humanitären Verantwortung, die wir gemeinsam haben.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN – Zuruf des Abg. Alexander Bauer (CDU))

In Thüringen und in Nordrhein-Westfalen wird es nicht formaljuristisch, aber faktisch ähnlich gehandhabt.

(Lachen des Ministers Tarek Al-Wazir)

– Ja, Herr Al-Wazir, ich weiß nicht, was Ihre permanenten Zwischenrufe immer sollen. Na ja, dass Sie allwissend sind, weiß ich. Aber dieser Zwischenton ist bei der Debatte völlig unangemessen; denn ich habe den Eindruck, wir wollen gemeinsam an einer Lösung eines schwierigen Sachverhaltes arbeiten.

Noch einmal: Das Gebot der Humanität muss Priorität bei dieser Frage im Hessischen Landtag haben.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten der LIN-KEN – Zuruf des Abg. Hans-Jürgen Irmer (CDU))

Herr Kollege Bocklet, deswegen will ich Ihre Anregung und Ihren Hinweis auch durchaus aufgreifen. Sie haben gesagt, es würden Kriterien vorliegen, wie wir mit dem Thema Abschiebung nach Afghanistan umgehen. Dann greife ich den Ball auf. Dann würden wir Sie als Koalitionsfraktion, als Teil der Landesregierung bitten, diese Kriterien auch dem Landtag in einem zuständigen Ausschuss kurzfristig darzulegen, damit nachvollziehbar ist, unter welchen Bedingungen eine Abschiebung nach Afghanistan überhaupt noch möglich ist; denn wir brauchen natürlich eine Gleichheit der Anweisungen für die Ausländerbehörden, damit nicht die eine Ausländerbehörde so und die andere Ausländerbehörde so entscheidet.

(Beifall bei der SPD)

Deswegen sind wir Ihnen für diesen Hinweis dankbar. Wir haben eine Verantwortung auch auf Bundesebene, die GRÜNEN übrigens über den Bundesrat. Ich könnte jetzt auf die Diskussion nach den Abschiebungen von gestern in Baden-Württemberg hinweisen, den augenscheinlichen Dissens zwischen Ministerpräsident und Innenminister. Aber ich glaube, das parteipolitische Karo sollten wir bei dieser Frage einmal außen vor lassen. Ich finde, das ist bisher in dieser Debatte auch gelungen.

(Zuruf des Abg. Holger Bellino (CDU))

Das ist bisher in dieser Debatte gelungen – bis auf einen einzelnen Zwischenrufer in der ersten Reihe der CDU.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn es der Sache dient, sollten wir die Anträge an den zuständigen Innenausschuss überweisen. Wir sollten dann zur nächsten Sitzung die Landesregierung bitten, die Kriterien darzulegen. Wenn es darum geht, Humanität an erste Stelle zu setzen, dann, glaube ich, haben wir eine gemeinsame Verantwortung. Vielleicht ist es auch einmal der Lackmustest, ob es in diesem Hessischen Landtag gelingen kann. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Hermann Schaus (DIE LINKE))

Vizepräsidentin Heike Habermann:

Vielen Dank. – Als Nächster spricht Kollege Greilich, FDP-Fraktion.

Wolfgang Greilich (FDP):

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir haben eigentlich auf der Tagesordnung den Dringlichen Entschließungsantrag der LINKEN, bei dem es zunächst einmal um die Mobilisierung pensionierter Polizeikräfte geht. Aber ich habe inzwischen verstanden, dass das offensichtlich nur der Aufhänger war, um das Thema Afghanistan anhängen zu können, um den gescheiterten Versuch erneut zu unternehmen, das an einen anderen Punkt der Tagesordnung anzuknüpfen.

(Hans-Jürgen Irmer (CDU): So ist es!)

Trotzdem vorab dann einen Satz zu dem Thema: Es spricht überhaupt nichts dagegen, gerade wenn Personalengpässe bestehen, wenigstens pensionierten Beamten die Möglichkeit zu geben, dort ihre Tätigkeit auszuüben. Das gilt im Lehrerbereich – wir hatten das gestern oder vorgestern, ich weiß es schon gar nicht mehr –, und das gilt im Polizeibereich ganz genauso. Ich sage insgesamt, wir sollten sowieso sehr viel mehr für die Flexibilisierung der Altersgrenze tun und den Menschen die Gelegenheit geben, so lange zu arbeiten, wie sie das selbst für richtig halten, und sie nicht zwangsweis in Ruhestand schicken.

(Beifall bei der FDP)

Aber das Thema Afghanistan, um das es offensichtlich ansonsten geht, hatten wir jetzt in jeder Plenarrunde – ich glaube im Dezember, Januar, Februar, vielleicht kommt es im März auch wieder. Das Thema ist ein wichtiges, aber es hat sich an den Rahmenbedingungen relativ wenig geändert, seitdem wir das im Dezember hier diskutiert haben. Fest steht nun einmal – das müssen wir alle zur Kenntnis nehmen –: Abschiebungen sind zum Abschluss eines umfangreichen rechtsstaatlichen Verfahrens mit individueller Prüfung die Konsequenz daraus, wenn im Einzelfall festgestellt wird, hier gibt es keinen Aufenthaltsstatus, kein Aufenthaltsrecht. Solche rechtsstaatlichen Entscheidungen müssen letztlich auch exekutiert, also umgesetzt und vollzogen werden, wenn sich dieser Staat nicht lächerlich und unglaubwürdig machen will.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Ein spezielles Thema ist in der Tat die Situation in Afghanistan. Deswegen haben wir uns hiermit auch schon mehrfach sehr intensiv befasst. Wir schauen alle – ich glaube, das kann man für alle Fraktionen sagen – seit Jahren mit großer Sorge auf die innenpolitische Situation in Afghanistan. Nicht umsonst hat sich die Bundesrepublik dort massiv engagiert, und es ist höchst bedauerlich, dass es nicht gelungen ist, dort eine dauerhafte flächendeckende Befriedung zu schaffen.

(Willi van Ooyen (DIE LINKE): Im Gegenteil!)

Es gibt keine Sicherheit in Afghanistan. Das ist ein Tatbestand, an dem keiner vorbeikommt. Aber es gibt auf der anderen Seite nach der Einschätzung der Bundesrepublik Deutschland, der zuständigen Minister der Bundesrepublik

Deutschland, des früheren zuständigen Bundesaußenministers Steinmeier, des jetzigen zuständigen Außenministers Sigmar Gabriel – so heißt er –, offensichtlich Bereiche in Afghanistan, in die man abschieben kann, weil es dort sicher ist. Ich wiederhole das, was ich hier auch schon mehrfach gesagt habe: Das entzieht sich meiner Beurteilung. Es ist Sache der zuständigen Instanzen in der Bundesrepublik Deutschland, insbesondere des Außenministeriums, diese Entscheidung zu treffen. Die Diskussion, wie sie teilweise geführt wird, ist in der Tat eine, die einen häufiger zum Ärger bringen kann.

(Beifall bei der FDP)

Ich habe es jetzt in der "Frankfurter Rundschau" gelesen. Der geschätzte Herr von Bebenburg, der in der Tat sehr sorgfältig arbeitet, ist da aber, immer mal ein wenig von der Emotion geleitet, ein bisschen unsorgfältig, wenn er von der Abschiebung von Flüchtlingen nach Afghanistan spricht.

(Hans-Jürgen Irmer (CDU): Das sehe ich nicht so!)

Meine Damen und Herren, es geht nicht um die Abschiebung von Flüchtlingen. Diese Begriffsverwirrung, diese Legende, muss man einmal ein wenig aufräumen.

(Zuruf des Abg. Armin Schwarz (CDU))

Flüchtlinge dürfen nach geltendem deutschen Recht nicht abgeschoben werden – egal, welchen Flüchtlingsstatus Sie haben. Die Menschen, um deren Abschiebung es geht, haben eben keinen Flüchtlingsstatus, sind keine Flüchtlinge.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Es dürfen nur diejenigen abgeschoben werden, die keinen rechtlichen Aufenthaltsstatus haben.

Meine Damen und Herren, Sie erwecken mit Ihrem Verhalten den Eindruck, Deutschland sei ein Willkürstaat. Das ist nicht nur falsch, sondern das untergräbt das Vertrauen in die Bundesrepublik Deutschland.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Deutschland und im Besonderen Hessen gewähren großzügig Zuflucht und Aufenthalt für Menschen, die vor Verfolgung und Krieg fliehen müssen. Wer aber am Ende eines rechtsstaatlichen Verfahrens – das wiederhole ich – nachweislich keinen Anspruch auf Aufenthalt hat, der muss wissen, dass unser Rechtsstaat sich dann auch durchsetzt, um die Interessen unseres Landes zu wahren.

Meine Damen und Herren, das erwarten wir als Freie Demokraten von unserem Staat, und – das habe ich hier schon einmal gesagt – das erwarten die Menschen in unserem Land von der Politik.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Vizepräsidentin Heike Habermann:

Vielen Dank. – Das Wort hat Staatsminister Beuth.

Peter Beuth, Minister des Innern und für Sport:

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Das Thema Abschiebungen nach Afghanistan haben wir in mehreren Debatten hier schon miteinander geklärt und diskutiert. Die aktuelle Bewertung der Bundesrepublik

Deutschland, die in der Tat zuständig ist, ist, dass die Sicherheitslage in Afghanistan Rückführungen nach Afghanistan zulässt. Das ist bisher gerichtlich bestätigt worden, soweit ich das weiß. Im Übrigen gilt das auch für unsere europäischen Nachbarn, die ebenfalls Rückführungen nach Afghanistan durchführen.

Ich sage, ich habe auch keine Zweifel an der Korrektheit der Einschätzung der Bundesrepublik Deutschland und der Bundesregierung hierzu. Wir haben am Ende Recht und Gesetz umzusetzen.

Meine Damen und Herren, wir haben die Akzeptanz in der Bevölkerung für die Aufnahme von Flüchtlingen. Wir haben in den vergangenen zwei Jahren viele Menschen in unser Land aufgenommen. Ich finde, dass wir, diesem humanitären Auftrag folgend, die Akzeptanz weiterhin hochhalten müssen, sodass wir auch in Zukunft Flüchtlinge in unserem Land aufnehmen. Dafür ist es aber unabdingbar, dass wir diejenigen, die kein Bleiberecht in unserem Land haben, wieder in ihre Heimatländer zurückführen.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der FDP)

Da gibt es keine Unterschiede, sondern da geht es nach Recht und Gesetz und nach vollziehbarer Ausreisepflicht.

Meine Damen und Herren, wie wir die Rückführung nach Afghanistan durchführen, haben wir in den Debatten hier im Hessischen Landtag bereits miteinander erörtert. Es ist niedergelegt, auch die Kriterien oder Maßstäbe sind dargelegt in den Anträgen, die wir hierzu im Hessischen Landtag beschlossen haben. Ich weise darauf hin, Herr Kollege Schaus, Herr Kollege Rudolph, Sie waren beide dabei: Ich habe in der letzten Innenausschusssitzung zu diesen Fragen, sowohl was die Maßstäbe angeht wie auch was das Rückführungsmanagement und das entsprechende Referat im hessischen Innenministerium angeht, ausführlich Stellung genommen.

Meine Damen und Herren, wir mobilisieren im Moment Polizeivollzugsbeamte. Wir reaktivieren nicht, sondern wir mobilisieren Pensionäre zur Unterstützung der Ausländerbehörden dabei, dass sie den anfallenden Aufwand, der durch die vielen Entscheidungen, die jetzt durch das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge bei den Ausländerbehörden entsprechend ankommt, bewältigen können. Deswegen ist die Folgerung zweifach falsch, die Herr Kollege Rudolph hier getroffen hat.

Erstens. Die Situation, die wir in Hessen mit den Flüchtlingszugängen haben, war nicht erkennbar. Das ist keine Frage von jahrzehntelanger Personalpolitik. Das ist schlicht und ergreifend falsch.

(Günter Rudolph (SPD): "Jahrzehntelang" habe ich nicht behauptet!)

– Sie haben aber die Personalpolitik in den Raum gestellt. Ich sage Ihnen, es war nicht erkennbar, dass 1 Million Flüchtlinge nach Deutschland kommen. – Mit den Auswirkungen haben wir uns jetzt zu beschäftigen, und das in einer anständigen und ordentlichen Form nach Recht und Gesetz. Wenn wir temporäre Spitzen haben, temporäre Belastungsspitzen in bestimmten Behörden, dann müssen wir darauf jetzt reagieren. Das tun wir in einer angemessenen Form.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das ist das Erste, was Sie übersehen haben, Herr Kollege Rudolph.

Das Zweite, was Sie übersehen haben: Wenn wir die Ausländerbehörden unterstützen, dann sind das 31-mal kommunale Behörden und dreimal Landesbehörden. Wir unterstützen mit diesem zusätzlichen Personal, das wir zur Verfügung stellen, kommunale Behörden. Ich finde, Sie sollten zur Kenntnis nehmen, dass wir seitens des Landes genau das machen.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Polizeivollzugsbeamten, die wir dort mobilisieren, sollen keine vollzugspolizeiliche Tätigkeit ausüben. Sie werden keine Aufgaben erledigen, für die bisher Polizeivollzugsbeamte eingesetzt wurden, sondern sie werden die Ämter unterstützen, insbesondere bei der Beratung ausreisepflichtiger und ausreisewilliger Ausländer, ganz im Sinne unseres Rückführungsmanagements, die Menschen zu beraten, freiwillig zurückzukehren und sich nicht diesen furchtbaren Abschiebungen zu unterziehen. Das sollen die Polizeivollzugsbeamten machen.

Herr Rudolph, Herr Schaus, ich weiß nicht, was Sie an dieser Frage kritisieren können. Das ist mir völlig schleierhaft.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie werden die Ausländerbehörden unterstützen in der Frage der Aktenanlage, der -pflege, der statistischen Auswertungen, weil wir mit den pensionierten Polizeivollzugsbeamten eher junge Pensionäre haben und welche, die in Verwaltungstätigkeiten ausgebildet sind, die einen großen Erfahrungsschatz und auch eine große Durchsetzungskraft haben.

Vizepräsidentin Heike Habermann:

Herr Staatsminister, ich darf an die Redezeit der Fraktionen erinnern.

Peter Beuth, Minister des Innern und für Sport:

Ich komme zum Schluss, Frau Präsidentin. – Die Kolleginnen und Kollegen sind eine wertvolle Ressource, die wir uns in einer schwierigen Frage für die erwarteten Belastungsspitzen zunutze machen. Das ist eine gute, angemessene und – ich möchte auch sagen – aus 2015 und 2016 bewährte Strategie, die ich in keiner Weise kritikwürdig finde. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der FDP)

Vizepräsidentin Heike Habermann:

Vielen Dank. – Das Wort hat Frau Kollegin Wissler, Fraktion DIE LINKE.

Janine Wissler (DIE LINKE):

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich habe mich gemeldet, weil ich noch einmal auf den Bericht des UNHCR eingehen wollte, den Frau Wallmann in einem Satz zitiert hat. Frau Wallmann, ich würde Ihnen empfehlen, erstens den UNHCR-Bericht komplett zu lesen und nicht nur einen Satz, den Sie dann auch noch falsch verstanden haben. Der Bericht des UNHCR – ich kann ihn zitieren, ich habe ihn vollständig hier – beginnt mit dem Satz, dass sich die Sicherheitslage im letzten Jahr "insgesamt nochmals deutlich verschlechtert hat".

(Zuruf der Abg. Astrid Wallmann (CDU))

Vor diesem Hintergrund ist die statistische Entwicklung der Entscheidungspraxis des Bundesamtes eher überraschend, ...

Wurde im Jahr 2015 noch in 78 % aller Entscheidungen in der Sache Schutz gewährt, ist die Gesamtschutzquote 2016 nur noch gut 60 %, also rückläufig. Das kann der UNHCR nicht nachvollziehen. Man spricht von einer "sich ständig ändernden Sicherheitslage".

Frau Wallmann:

Ein pauschalierender Ansatz, der bestimmte Regionen ... als sichere und zumutbare interne Schutzalternative ansieht, ist nach Auffassung von UNHCR vor dem Hintergrund der aktuellen Situation in Afghanistan nicht möglich.

Meine Damen und Herren, ich empfehle, den Bericht komplett zu lesen und zu verstehen, weil er ganz deutlich macht: Afghanistan ist nicht sicher, und deswegen darf nach Afghanistan nicht abgeschoben werden.

(Beifall bei der LINKEN und bei Abgeordneten der SPD)

Über 11.000 verletzte und tote Zivilisten im letzten Jahr, davon ein Drittel Kinder – da kann man sich natürlich wie der Bundesinnenminister hinstellen und sagen: Zivilisten sind in Afghanistan nicht Ziel, sie sind Opfer, und das sei ein großer Unterschied. – Das ist aber zynisch. Das ist einfach nur zynisch angesichts dieser Opferzahlen.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Das Problem ist: Nennen Sie einmal eine sichere Region. Herr Innenminister, nennen Sie namentlich eine sichere Region. Dann können wir darüber reden, was dort an Kampfhandlungen stattfindet oder nicht.

(Zuruf der Abg. Astrid Wallmann (CDU))

Im Januar fand die zweite Sammelabschiebung nach Afghanistan ab Frankfurt statt. Unter den Abgeschobenen war auch ein junger Mann namens Akbari. Er war Altenpfleger und lebte in einer Gastfamilie in Bayern. Kurz nach der Abschiebung wurde er durch ein Selbstmordattentat in Kabul, bei dem 20 Menschen gestorben sind, schwer verletzt. Ich finde, angesichts der Gefahr, der wir jeden einzelnen Menschen aussetzen, der dahin abgeschoben wird, ist es doch zynisch, zu sagen: Wir halten uns hier an Recht und Gesetz. – Was hat das mit Recht und Gesetz zu tun, wenn wir zulassen, dass Menschen in Lebensgefahr geraten?

Er wurde im Januar 2017 abgeschoben. Nur wenige Tage später kam er bei einem Selbstmordattentat zu Schaden. Es kann doch nicht sein, dass man Menschen in ein Kriegsgebiet abschiebt.

(Beifall bei der LINKEN und bei Abgeordneten der SPD)

Ich kann es einfach nicht nachvollziehen. Der UNHCR sagt, Afghanistan sei nicht sicher. Der Global Peace Index

besagt das. Amnesty International sagt es. Ich verstehe einfach nicht, warum sich das Auswärtige Amt dieser Auffassung nicht anschließt. Deswegen brauchen wir natürlich dringend eine Neubewertung, was die Sicherheitslage in Afghanistan angeht.

(Beifall bei der LINKEN und bei Abgeordneten der SPD)

Ja, der Bund ist in der Pflicht. Das heißt aber nicht, dass das Land und die Landesregierung nichts machen können. Man könnte einen dreimonatigen Abschiebestopp beschließen. Das würde all den Menschen Sicherheit geben, die in diesem Bundesland leben und die tagtäglich Angst haben, abgeschoben zu werden.

Herr Bocklet hat sich jetzt hierher gestellt und erklärt, es würde vorläufig bis auf Straftäter keiner mehr abgeschoben. Das mit den Straftätern halte ich auch für falsch. Wenn Afghanistan nicht sicher ist, darf man niemanden dahin abschieben.

(Beifall bei Abgeordneten der LINKEN)

Einmal abgesehen davon, dass das Land nicht sicherer wird, wenn man die ganzen Straftäter dorthin abschiebt.

Ich halte das für falsch. Ich habe diese Aussage des Herrn Bocklet bei Frau Wallmann und bei Herrn Beuth so nicht gehört. Deswegen meine Frage: Gibt es einen Erlass, gibt es eine Anweisung, oder gibt es irgendetwas, was diese Landesregierung veranlasst hat, nicht weiter nach Afghanistan abzuschieben?

Gerade haben wir gehört, dass es allein 140 ausreisepflichtige afghanische Hindus und Sikhs in Hessen gibt. In Afghanistan ist niemand sicher. Aber religiöse Minderheiten sind besonders gefährdet. Den Menschen, die jetzt einen Abschiebebescheid bekommen, die in Angst leben, die tagtäglich Angst davor haben, abgeschoben zu werden, die Angst haben, ihre Kinder in die Schule zu schicken, weil sie Angst haben, dass sie abgeschoben werden, hilft doch nicht die Aussage, Herr Bocklet habe im Landtag gesagt: "Ihr werdet nicht abgeschoben". Vielmehr brauchen sie etwas Schriftliches. Sie brauchen entweder einen Beschluss des Landtags, dass es einen Abschiebestopp gibt, oder einen klaren Erlass dieser Landesregierung. Deshalb lautet meine Frage: Ist diese Landesregierung bereit, diese Abschiebungen sofort auszusetzen, zumindest auszusetzen, um den Menschen in Hessen ein Gefühl der Sicherheit zu geben? - Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN und bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsidentin Heike Habermann:

Vielen Dank. – Das Wort erhält Herr Kollege Merz für die SPD-Fraktion.

Gerhard Merz (SPD):

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich will genau an der Stelle ansetzen, an der Kollegin Wissler aufgehört hat. Ich will aber zwei Dinge vorausschicken.

Erstens. Ich wiederhole das, was ich im Dezember 2016 in diesem Plenarsaal gesagt habe: Niemand unterstellt hier irgendjemandem, dass man ein Interesse an Abschiebungen hätte. Das unterstellen wir niemandem in diesem Saal.

(Beifall bei der SPD)

Niemand aus der SPD-Fraktion hat die Absicht, Leute in diesem Saal für das haftbar zu machen, was Parteifreunde in anderen Bundesländern tun. Das hat Herr Kollege Roth hier schon einmal bei anderer Gelegenheit gesagt. Ich glaube, es wäre ganz gut, wenn wir uns bei Gelegenheit daran einmal erinnern würden. Wir sind die Mitglieder des Hessischen Landtags. Wir sind verantwortlich dafür, was den Menschen in unserem Verantwortungsbereich zustößt oder eben auch nicht zustößt.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten der LIN-KEN)

Das schließt auch die ausreisepflichtigen Menschen aus Afghanistan mit ein. Wir haben uns zu vergewissern, ob die Entscheidung darüber, ob die Ausreisepflicht tatsächlich durchgesetzt wird – darum geht es –, nach vernünftigen Kriterien und nach menschlichen Maßstäben geschieht, ja oder nein.

Letzte Vorbemerkung. Ich glaube, von Frau Kollegin Wallmann wurde in Bezug auf unseren Dringlichen Antrag gesagt, wir hätten bewusst nur den Innenminister erwähnt. Frau Kollegin, das ist falsch. Der Innenminister ist hinsichtlich der Frage der Durchführung der Sammelabschiebungen zuständig. Deswegen wird er da aufgeführt.

(Zuruf)

 Langsam, langsam. Sie sollten wissen, dass es klug ist, mich ausreden zu lassen.

(Michael Boddenberg (CDU): Okay, das wissen wir jetzt alle! Weiter!)

- Ja, das sollten Sie wissen.

(Manfred Pentz (CDU): Jetzt überzeugen Sie mich einmal! Sie haben mich noch nicht überzeugt! – Weitere Zurufe)

– Er weiß es nicht, gut. – Wir arbeiten mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln auf allen uns zur Verfügung stehenden Wegen daran, dass das Bundesaußenministerium – und zwar unabhängig davon, ob es von einem Menschen der SPD geführt wird oder nicht; aber es wird von einem der SPD geführt, deswegen sind bei uns Einflussmöglichkeiten gegeben – seine Haltung in dieser Frage ändert. Denn sie stimmt unserer festen Überzeugung nach mit der Realität in Afghanistan nicht überein.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und bei der LIN-KEN sowie der Abg. Angela Dorn (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Jetzt komme ich zu dem zentralen Punkt, der uns heute in dieser Debatte betrifft. Ich habe festgestellt, dass es zwischen dem, was Herr Kollege Bocklet hier und in dem Gespräch vorhin mit den Vertretern der afghanischen Sikhs und Hindus gesagt hat, und dem, was der Innenminister hier gesagt hat, einen Unterschied gibt, und zwar einen klaren Unterschied. Kollege Bocklet hat hier an diesem Pult dargelegt – so habe ich es verstanden, und so haben es noch mehr Leute verstanden –, dass bis auf Weiteres, d. h. bis auf Widerruf, keine Menschen mehr nach Afghanistan abgeschoben werden, es sei denn, es seien Mehrfachstraftäter. So habe ich es verstanden Nun ist der Begriff des Mehrfachstraftäters auslegungsbedürftig.

Aber was ich verstanden habe, ist, dass das, was der Innenminister gesagt hat, etwas ganz anderes war. Korrigieren

Sie es, wenn ich es falsch verstanden habe. Der Innenminister hat gesagt, dass die Verfahrensweise des Landes Hessen in den verschiedenen Anträgen, die die Koalition vorgelegt hat, niedergelegt ist.

Nun lese ich den Punkt 3 und den Punkt 4 dieses Dringlichen Entschließungsantrags. Ich lese da, Entschuldigung, etwas anderes als das, was Kollege Bocklet gesagt hat. Deswegen wüssten wir jetzt gerne, was wir den Menschen sagen sollen, die uns fragen.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Was sagen wir z. B. den Erwähnten, die da oben sitzen? Das sind die erwähnten Vertreter der Hindu- und Sikh-Minderheiten. Sie haben in einer Größenordnung von 140 Personen Angehörige, die eigentlich ausreisepflichtig sind.

Herr Kollege Bocklet, was gilt? Herr Innenminister Beuth, was gilt? – Das wüssten wir gerne.

(Anhaltender Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Vizepräsidentin Heike Habermann:

Vielen Dank. – Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Wenn ich Herrn Kollege Rudolph richtig verstanden habe, sollen die Initiativen dem Innenausschuss überwiesen werden

(Zuruf des Abg. Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD) – Weitere Zurufe und Gegenrufe)

Herr Kollege Schäfer-Gümbel, ich kann nur Wortmeldungen entgegennehmen, die bei mir eingehen. Ansonsten muss ich die Debatte schließen. – Ich stelle fest, es meldet sich niemand zu Wort. Die Debatte ist geschlossen.

Ich gehe davon aus, dass alle drei Initiativen dem Innenausschuss überwiesen werden. Das sind die Initiativen unter den Tagesordnungspunkten 53, 61 und 62. – Das ist der Fall

Kolleginnen und Kollegen, wir haben jetzt noch zu entscheiden, was mit den restlichen Initiativen auf der Tagesordnung passiert. – Die Initiativen unter den **Tagesordnungspunkten 21, 24, 25, 26, 28 und 56** kommen alle auf die Tagesordnung der nächsten Plenarsitzungsrunde.

Ich bedanke mich und wünsche Ihnen einen guten Heimweg. Die Sitzung ist geschlossen.

(Schluss: 18:38 Uhr)